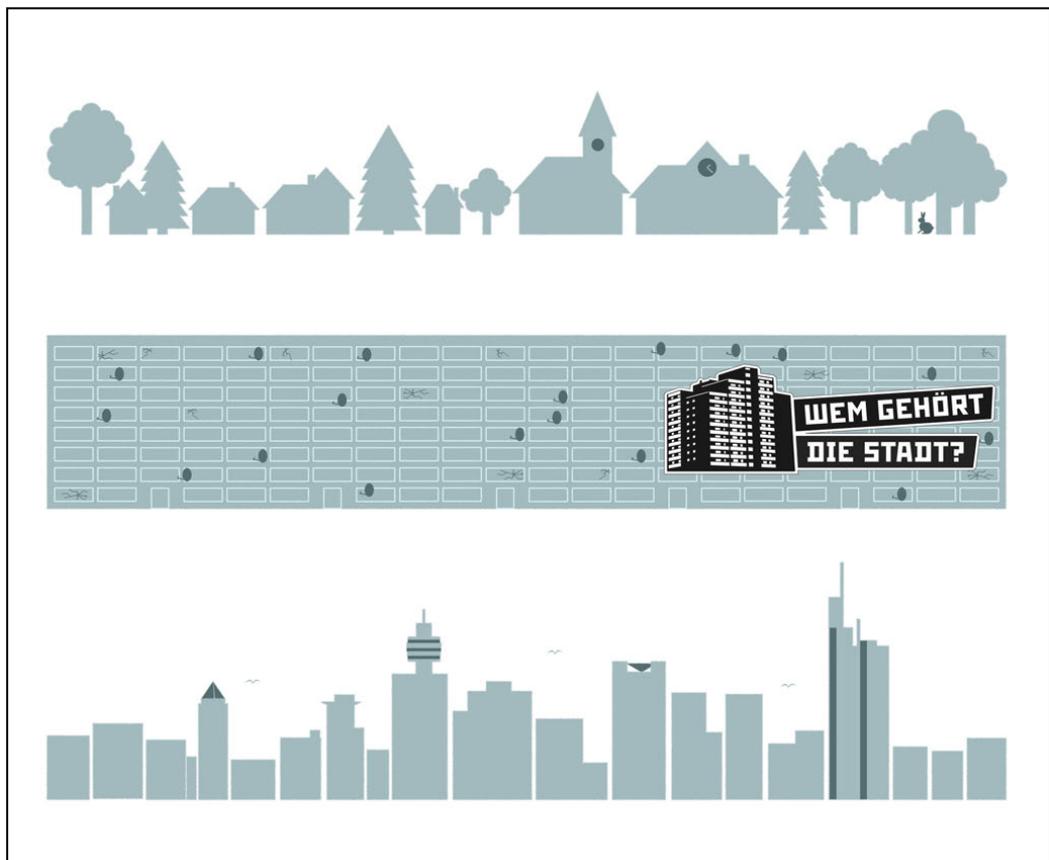


AK Kritische Geographie Frankfurt

Wem gehört Frankfurt?

Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert aus dem „Wem gehört die Stadt?“-Netzwerk



AK Kritische Geographie Frankfurt

Wem gehört Frankfurt?

Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert aus dem „Wem gehört die Stadt?“-Netzwerk

© AK Kritische Geographie Frankfurt: Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert aus dem „Wem gehört die Stadt?“-Netzwerk Frankfurt am Main, 2012. (= Forum Humangeographie 9)

Verantwortlich: Hannah Hecker, Tino Petzold, Lucas Pohl und Sebastian Schipper

ISBN: 978-3-935918-18-3

Kontakt: Institut für Humangeographie, Forum Humangeographie, Marit Rosol (Schriftleitung), Robert-Mayer-Str. 6-8, 60325 Frankfurt am Main, www.humangeographie.de.

Abbildung Titelseite: Plakat zum Kongress, 2012 (© David Figula 2012)

Inhaltsverzeichnis

Hannah Hecker, Tino Petzold, Lucas Pohl & Sebastian Schipper

Einleitung zum Sammelband 6

I Wem gehört die Stadt? 15

Sebastian Schipper & Anika Duveneck

Die neoliberale Stadt im globalen Wettbewerb? – Kritische Anmerkungen zum
Leitparadigma gegenwärtiger Kommunalpolitik 16

Hans-Dieter von Frieling

Aufwertungs- und Veränderungsprozesse in der Stadt – Ausdruck kapitalistischer
Konkurrenzlogik oder politisches Programm? 21

Andrej Holm

Wohnung als Ware – Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung 36

Murat Çakir

MigrantInnen und Flüchtlinge: „Bodensatz“ kapitalistischer Gesellschaften 46

II Wem gehört Frankfurt? 53

Klaus Ronnerberger

„Diese Stadt haben wir satt. Wie sie ist, ist sie Mist“ – Ein Rückblick zum Global City-
Aufstieg Frankfurts 54

Iris Dzudzek

Wem gehören Kreativität und Vielfalt in Frankfurt am Main? 65

Susanne Heeg

Flexibel bis zum Anschlag: Bauen und Planen für die Global City Frankfurt 75

Bernd Belina

Wem gehört die Deutsche Börse? Oder: so schön kann Global City Region sein 86

Café 2 Grad

Frankfurt in Zeiten der Grünen Ökonomie: Die Green City und ihre Akteure 94

Petra Schmidt

Flughafenausbau – weit mehr als nur ein Flughafen 105

Wolf Wetzel

Bürgerbeteiligung – ein attraktives Angebot oder ein Narkoseraum 114

<i>Dirk Treber</i>	
Das Frankfurter Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens	124
<i>Lucas Pohl</i>	
Leben in der Frankfurter B-Ebene.....	130
<i>Michael Weissenfeldt</i>	
Arbeitskampf bei Maredo: Angriff auf Gewerkschaftsrechte	135
III Wie weiter?	141
<i>FGZ</i>	
„Frankfurter Gemeine Zeitung“ – Lokales Web-Projekt zwischen Politik und Kultur	142
<i>Birgit Kasper</i>	
Raum für gemeinschaftliche Wohnprojekte in Frankfurt	148
<i>Jürgen Schardt</i>	
Thesen zum Vergleichsmietensystem.....	154
<i>Harald Rein</i>	
Warum ‚Stadt‘ und warum ‚gutes Leben‘?	157

Einleitung zum Sammelband

Von Hannah Hecker, Tino Petzold, Lucas Pohl & Sebastian Schipper

„Gehört die Stadt überhaupt? Wir wollen mit der Frage die Möglichkeiten, die eine Stadt bietet, ausfindig machen und vor allem die Grenzen, die die gesamte Stadt durchziehen, benennen und angreifen.“ (*Wem gehört die Stadt?-Netzwerk 2008*)

Die Frage, ob eine Stadt im Allgemeinen und Frankfurt im Besonderen überhaupt gehört, muss eindeutig mit „ja“ beantwortet werden. Unter kapitalistischen Bedingungen und insbesondere im Zuge der globalen Enteignungsökonomie (Zeller 2004) und der Neoliberalisierung des Städtischen (Heeg, Rosol 2007; Mullis 2011) befinden sich städtische Räume – von der Wohnung bis zum öffentlichen Raum – im Privateigentum und sind zunehmend der Profitorientierung unterworfen. Einher gehen damit massive Ausschlüsse von den städtischen Qualitäten all derer, die gemäß dieser Logik nicht als nützlich, kreativ, angepasst – sprich: verwertbar – gelten.

Während diese Ausschlüsse global zu beobachten sind, ist ihre jeweilige Manifestation pfadabhängig von lokalen Kräfteverhältnissen und Entwicklungen. Exemplarisch lassen sich für die Metropolregion Rhein/Main und insbesondere die Kernstadt Frankfurt fünf zentrale Felder skizzieren, auf denen sich Ausgrenzungsprozesse manifestieren. So gehört *erstens* das Frankfurter Wohnungsangebot zum teuersten der Bundesrepublik. Der komplette Innenstadtbereich ist durchgentrifiziert und erlebt mittlerweile – wie bspw. im Nordend¹ und in Bockenheim² – eine „Supergentrifizierung“ (Holm 2010). In der Folge werden subalterne Bevölkerungsschichten aus diesen städtischen Vierteln verdrängt oder müssen mit immer höheren Belastungen kalkulieren. Die Bugwelle der Gentrifizierung pflügt in den letzten Jahren auch durch ehemals noch relativ bezahlbare Stadtteile – Bahnhofsviertel³, Gallus⁴, Mainfeld⁵ und Ostend⁶ sind hier aktuelle und gravierende Beispiele (Schulze 2012; MHM 2010). Im Zuge

¹ <http://www.fr-online.de/kultur/gentrifizierung--wem-gehoert-frankfurt--,1472786,16116436.html>

² <http://www.zukunft-bockenheim.de>

³ <http://www.fr-online.de/stadtteil-portraits/frankfurter-bahnhofsviertel-bunt-und-ruhelos,8430636,11298200.html>

⁴ <http://www.fr-online.de/frankfurt/frankfurt-gallus-gentrifizierung-das-gallus-lockt---besserverdiener-kommen,1472798,16787122.html>

⁵ <http://www.yenihayat.de/deutsch/das-mainfeld-wehrt-sich>

⁶ <http://www.fr-online.de/frankfurt/wohnen-in-frankfurt-mieten-im-ostend-explodieren,1472798,8629486.html>

der Neoliberalisierung haben indessen Stadt- und Landespolitik Mittel aus der Hand gegeben, um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken – so hat sich etwa der Bestand öffentlich geförderter Wohnungen in Frankfurt seit 1990 mehr als halbiert oder es ist das Gesetz zum Verbot der Wohnraumzweckentfremdung 2004 auf Landesebene abgeschafft worden. Im Effekt entwickelt sich Frankfurt immer mehr zu einer gespaltenen Stadt, in der ökonomisch Marginalisierte in immer weiteren Runden an die Grenzen der Stadt – oder darüber hinaus – verdrängt werden. *Zweitens* hat der Ausbau der *Global City*-Infrastruktur (Keil 2011; Keil, Ronneberger 2000) – also: Flughafen, Straße, Schiene und die Telekommunikationsinfrastruktur der postfordistischen Produktionsweise – die ökologischen Bedingungen in der Stadt deutlich verschlechtert. Frankfurt und viele Gemeinden in der Metropolregion haben ein massives Fluglärmproblem, die Feinstaubbelastung ist infolge der Pendlerströme enorm und der pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ liegt beim Doppelten des europäischen Durchschnitts (Café 2 Grad in diesem Band). Auch hier ist zu beobachten, dass ökologische Belastungen tendenziell sozio-ökonomisch ungleich verteilt sind. So findet sich bspw. günstiger – und damit bezahlbarer – Wohnraum am ehesten in emissionsbelasteten Zonen. *Drittens* manifestiert sich die Neoliberalisierung des Städtischen auf dem Feld der öffentlichen Räume. Im Namen der Ideologie der konsumfreundlichen Innenstadt wurden und werden nicht-passfähige Menschen aus dem öffentlichen Raum vertrieben (Schipper 2013). Aktuelle Entwicklungen sind hier die Debatte um Drogenkonsument_innen im Frankfurter Bahnhofsviertel⁷ oder die sozialhygienisch legitimierte Räumung des Occupy-Camps am Willy-Brandt-Platz.⁸ Neuerdings artikuliert sich das Mantra der sicheren und sauberen Stadt auf einem ungewöhnlichen Feld: dem Demonstrationsrecht. So wurden die „Blockupy“-Aktionstage gegen das autoritäre Krisenregime der Europäischen Union kurzerhand vom städtischen Ordnungsdezernenten untersagt und ein massives Polizeiaufgebot sorgte tagelang für die Durchsetzung des Verbots (EA Frankfurt 2012). Zwar gilt die Stadt Frankfurt *viertens* im öffentlichen Diskurs als liberales Musterkind in Versuchen, rassistische Ausschlüsse aus dem städtischen Leben einzudämmen – das 1989 geschaffene Amt für multikulturelle Angelegenheiten oder der Integrationspreis der Stadt Frankfurt sind Symbole, die über die Stadtgrenzen hinaus weisen. Allerdings trägt dieses Bild. Ein trauriges Gegensymbol ist Christy Schwundeck, die am 19.05.2011 im Jobcenter im Frankfurter Gallus von einer Polizistin erschossen wurde – die Initiative Christy Schwundeck fordert bis heute eine Aufklärung der Umstände.⁹ Ein anderes Gegensymbol ist der Frankfurter Flughafen, dessen Betreibergesellschaft Fraport mehrheitlich in öffentlichem Besitz ist. Als Bestandteil des europäischen Frontex-Grenzregimes fungiert er als *die* deutsche Drehscheibe für Abschiebungen und damit als Ort rassistischer Ausgrenzung (Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main 2011). Darüber hinaus produziert die *Global City*-Formation mit ihrer Sanduhrenökonomie eine weitreichende Prekarisierung unter rassistischen und sexistischen

⁷ Siehe z.B.: <http://bahnhofsviertelfrankfurt.wordpress.com>; <https://www.openpetition.de/petition/online/nicht-in-unserem-namen-frankfurt-bhfviertel>

⁸ <http://www.taz.de/Gerichtsbeschluss-zu-Occupy-Frankfurt/198994/>

⁹ <http://initiative-christy-schwundeck.blogspot.de/>

Vorzeichen – die Vorfälle um die Frankfurter Maredo-Beschäftigten¹⁰ sind hier nur die Spitze des Eisberges (Weissenfeldt in diesem Band). Die liberale Integrationspolitik der Stadt kann also höchstens selektiv rassistische Ausschlüsse eindämmen und ist daher im Wesentlichen als Symbolpolitik im Namen der unternehmerischen Stadt zu bezeichnen. Ähnlich ist *fünftens* der neueste stadtpolitische Trend, das Kreativitätsmanagement, zu verstehen: der *creative cities*-Diskurs ist auch in Frankfurt angekommen und ganz dem Leitbild der unternehmerischen Stadt entsprechend wird versucht, kreative und diverse Potentiale in der Stadt zu entdecken und im Dienste der globalen Standortkonkurrenz in Wert zu setzen. Ausgeschlossen werden hierbei diejenigen, die als „nicht-kreativ“ gelten; aber auch die Kreativen selbst haben in der Regel nur prekär an den städtischen Ressourcen teil.

Als Ergebnis dieses kursorischen Streifzugs kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Stadt aktuell den Nichtverwertbaren nicht gehört, dass die Teilhabe an den städtischen Qualitäten von den Gewinnern der *Global City*-Formation monopolisiert ist. In der Frage, ob die Stadt überhaupt gehört, ist aber auch eine emanzipatorische Perspektive angesprochen: das Einfordern, dass sie nicht oder allen gehören soll. Diese Forderung institutionalisiert sich global unter dem Banner „Recht auf Stadt“, dem Recht, nicht von den städtischen Qualitäten ausgeschlossen zu sein (Gebhardt, Holm 2011). In Frankfurt begann sich ab 2008 eine lokale Variante zu formieren: das „Wem gehört die Stadt?“-Netzwerk. Während der aktuelle Stadtraum gekennzeichnet ist durch rassistische, sexistische und sozio-ökonomische Ausschlüsse, fordert das Netzwerk in seinem Selbstverständnis:

„Wir wollen, dass nicht die soziale Herkunft oder die Hautfarbe darüber entscheidet, wer eine Wohnung in der Stadt bekommt. Wir wollen uns unkontrolliert und nach eigenem Belieben überall bewegen können. Wir wollen eine Stadt, in der das Wohnen ein bedingungsloses Recht aller ist, völlig egal, welche materiellen Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen und egal, in welche Kategorie von ‚Nützlichkeit‘ irgendwer gesteckt wird. [...] Gleichzeitig sind wir der Meinung: Wohnraum darf keine Ware sein, Stadt darf keine Ware sein!“ (Wem gehört die Stadt?-Netzwerk 2008)

Das Netzwerk stellt dabei kein klassisches Bündnis dar, sondern versucht unterschiedlichsten Initiativen mit heterogenen Positionen und Strategien eine Plattform zur Artikulation und Vernetzung zu bieten.

Einige Initiativen und Einzelpersonen aus dem Netzwerk organisierten vom 16.-18. März 2012 unter dem Titel „Wem gehört Frankfurt?“ im Studierendenhaus der Goethe-Universität Frankfurt einen Kongress. Dieser bot Gelegenheiten, die Entwicklungen in Frankfurt/Rhein-Main in Form von Vorträgen, Workshops, Kunstprojekten und Exkursionen zu diskutieren und zu kritisieren. Die vorliegende Dokumentation versammelt einige der Beiträge und formt so eine schlaglichtartige Analyse und Kritik des urbanen Lebens in und um Frankfurt. Der Anspruch des Kongresses, eine Schnittstelle zwischen Aktivismus und Wissenschaft zu schaf-

¹⁰ <http://www.fr-online.de/frankfurt/maredo-prozess-in-frankfurt-kuendigung-fuer-ein-steak-und-eine-olive,1472798,16413768.html>

fen, spiegelt sich auch in den folgenden Artikeln wider: neben Beiträgen, die stärker den Spielregeln wissenschaftlichen Publizierens folgen, stehen Texte im journalistischen oder aktivistischen Stil. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den *Status quo* kritisch hinterfragen und mögliche Alternativen aufzeigen.

Die Beiträge sind in drei Abschnitte gegliedert: Insofern sich Stadtentwicklung zwar immer lokal spezifisch ausprägt, aber gleichzeitig größeren Trends folgt, sind im ersten Abschnitt „Wem gehört die Stadt?“ Beiträge versammelt, die sich mit allgemeinen Stadtentwicklungsprozessen auseinandersetzen.

Sebastian Schipper und *Anika Duveneck* thematisieren die allgegenwärtigen Formen und Praktiken neoliberaler Stadtpolitik. Die oft unhinterfragten und scheinbar natürlichen Sachzwang- und Wettbewerbslogiken der „unternehmerischen Stadt“ werden dabei als gesellschaftlich hergestellte und damit potenziell veränderbare Machtverhältnisse benannt. Durch die Kritik und Repolitisierung dieser stadtpolitischen Leitparadigmen eröffnen die Autor_innen ein Feld für die Forderung nach einem radikal-demokratischen und solidarischen „Recht auf Stadt“.

In zwei Beiträgen wenden sich *Hans-Dieter von Frieling* und *Andrej Holm* der Frage zu, ob die allseits zu beobachtenden Aufwertungsprozesse von Wohnungsbeständen Ausdruck kapitalistischer Konkurrenz oder (stadt-)politisches Programm sind. *Hans-Dieter von Frieling* widmet sich dieser Frage anhand von zwei Thesen: Zum einen seien Aufwertungsprozesse damit zu erklären, dass es unter Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz das Interesse von Grundeigentümern und Wohnungsbaukapitalisten ist, die sogenannten *rent gaps* – spekulative Lücken zwischen aktuell und zukünftig möglicher Bodenrente – herzustellen und zu verwerten. Die Leistung der Politik bestehe zweitens darin, dieses alltägliche „Marktgeschehen“ zu gewährleisten, indem sie die Rahmenbedingungen möglichst günstig für eine gelingende Kapitalakkumulation einrichtet. Er kommt damit zu dem Schluss, dass die eingangs gestellte Frage nicht mit einem „oder“, sondern mit einem „und“ zu beantworten sei. Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch *Andrej Holm* in seinem Beitrag. Er hebt im Anschluss an Marx den Doppelcharakter von Wohnungen als Gebrauchs- und Tauschwert hervor und beschreibt Wohnungsmärkte als unvollkommene bzw. systematisch versagende Märkte, die politisch unter dem Einfluss von lokalen Immobilien-Verwertungscoalitionen stehen. In diesem Kontext wird auch auf die Besonderheiten des Wohnungsmarktes eingegangen, d.h. auf das grundlegende Widerspruchsverhältnis in der Konstellation von Mieter_innen und Eigentümer_innen, das aus der ungleichen Verteilung von Eigentum und der Entkoppelung von Tausch- und Gebrauchswert beruht. Möglichkeiten einer sozial orientierten Stadtpolitik sieht Holm in Maßnahmen der Dekommodifizierung und Vergesellschaftung der Wohnungsversorgung.

Abgeschlossen wird der Abschnitt mit einem Beitrag *Murat Çakirs*, in dem sich der Autor kritisch mit der Rolle von Migrant_innen und Flüchtlingen in kapitalistischen Gesellschaften auseinandersetzt. Çakir macht deutlich, wie die Themen Migration und Flucht im Zeitalter der Globalisierung vor dem Hintergrund einer zunehmend neoliberal ausgerichteten Gesellschaft an Relevanz und Ausmaß zunehmen. Zudem werden neue Herrschaftsinstrumente, beispielsweise im Sinne eines „sarrazinischen Rechtspopulismus“, hervorgebracht, weshalb der Autor

abschließend der Frage nachgeht, welche Anreize eine Gesellschaft braucht, um Gegenstrategien zu entwickeln, um sich in dem alltäglichen Kampf gegen neoliberale Vewertungslogiken zur Wehr setzen zu können.

Der zweite Abschnitt bündelt unter dem Titel „Wem gehört Frankfurt?“ Beiträge, die sich mit der spezifisch lokalen Stadtentwicklung auseinandersetzen. Er ermöglicht somit einen schlaglichtartigen Blick auf stadtpolitische Entwicklungen in Frankfurt/Rhein-Main der letzten Dekaden.

Als Eröffnung rekonstruiert *Klaus Ronneberger* in einem historischen Rückblick den umkämpften Aufstieg Frankfurts zur *Global City*. In den Blick nimmt er dabei u.a. die ambivalente Rolle von Widerständen in Gestalt sozialer Bewegungen, welche von ihrer Intention her zwar gegen die *Global City*-Formierung gerichtet waren, nichtsdestotrotz aber ungewollt auch zu deren Modernisierung beigetragen haben. Ausdruck davon sei etwa die im aktuellen Leitbild der kreativen Wissensstadt versinnbildlichte Kulturalisierung der Stadtpolitik, welche das ‚Soziale‘ – so die These des Autors – zunehmend als Bestandteil städtischer Politik marginalisiere.

Daran anschließend setzt sich der Beitrag von *Iris Dzudzek* mit der Bedeutung von urbaner Kultur, Kreativität und der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen für die Frankfurter Stadtentwicklung auseinander. Am Beispiel aktueller Entwicklungen in der Wirtschaftsförderungspraxis, im Bahnhofsviertel und auf dem zukünftigen Kulturcampus wird gefragt, inwiefern in Frankfurt lokale Formen von Kreativität und Vielfalt in den Dienst einer neoliberalen Stadtentwicklung gestellt werden. Problematisiert werden die Reduzierung von Kreativität und Differenz auf eine Ökonomie des Spektakels und unternehmerischen Handelns. Auch die Rolle von Kreativen zwischen Instrumentalisierung und Schaffung von Freiräumen wird kritisch reflektiert. Abschließend wird gefragt, wie Kreativität in Frankfurt wieder zum Ausgangspunkt eines „Rechts auf Stadt“ gemacht werden könnte.

Susanne Heeg widmet sich in ihrem Beitrag „Flexibel bis zum Anschlag: Bauen und Planen für die *Global City* Frankfurt“ den zentralen Verwertungsprozessen, die das Stadtbild prägen, und ihrer politischen Rahmung. Anhand der Entwicklungen der Frankfurter Büro- und Wohnungsmärkten zeigt sie, dass die städtische Planungspolitik zwar planlos erscheint, dass aber gerade die dem zu Grunde liegende Flexibilität strategisches Element der *Global City*-Politik ist. Ihre These ist, dass gerade die großzügige Flächenpolitik der Stadt die Schaffung von Büro- und hochwertigem Wohnraum für die Ansiedlung globaler Finanzdienstleistungen und damit verbundener einkommensstarker Haushalte erst ermöglicht habe.

Dass jedoch genau diese Art von Planung für die *Global City* manchmal auch schief gehen kann, illustriert *Bernd Belina* am Beispiel des Umzugs der Deutschen Börse ins benachbarte Steuerparadies Eschborn von 2008 und dessen Folgen. Darin argumentiert er, dass es die städtischen Eliten letztlich nicht in der Hand haben, wie sich ihr „Unternehmen Stadt“ auf dem Weltmarkt schlägt. Dies zeigt sich insbesondere dann, wenn die gewünschte *Global City*-Formierung an der Wirklichkeit scheitert – in diesem Fall konkret daran, dass ein scheinbar ortsgebundenes Unternehmen wie die Deutsche Börse strategisch die Region gegen die Stadt zwecks „Steuroptimierung“ in Stellung bringt.

Mit der Bewerbung Frankfurts als „European Green Capital 2012“ setzt sich der Beitrag von *Café 2 Grad* auseinander. Die Autor_innen gehen der Frage nach, warum die Stadt Frankfurt – die bspw. aufgrund des Flughafens und enormen Pendlerströmen nicht gerade als ökologisch vorbildlich gilt – sich beworben hat. Über eine Analyse der (Kapital-)Interessen, die sich auf dem Feld der *Green City* verdichten, arbeiten sie heraus, dass die Bewerbung als Standortpolitik zu lesen ist und sich damit als *green washing* in Zeiten der „grünen Ökonomie“ charakterisieren lässt. Abschließend entwickeln die Autor_innen als Gegenvariante die Forderung nach der radikalen Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Während der Flughafenausbau häufig unter ökologischen Kriterien betrachtet wird, diskutiert *Petra Schmidt* vor allem dessen ökonomische Effekte. Sie legt ihren Fokus dabei auf die globalen und regionalen Bezüge und analysiert die Funktion des Flughafens auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Dabei setzt sie global stattfindende Prozesse wie Deregulierung, Globalisierung und Privatisierung in Verbindung mit der Entstehung der Airport City, dem Anwachsen von Logistik und Verkehr, den teilweise schlechten Arbeitsbedingungen am Flughafen und der fehlenden demokratischen Kontrolle der Flughafenbetreiber.

Partizipationsverfahren und die Frage demokratischer Teilhabe stehen im Fokus von *Wolf Wetzels* Beitrag. Anhand von aktuellen Erfahrungen der Bürgerbeteiligung bei dem Bau der Nordbahn am Frankfurt Flughafen, Stuttgart 21 und dem Frankfurter Leuchtturmprojekt ‚Kulturcampus‘ geht er der Frage nach, ob Bürger_innen heute mehr Einfluss auf Planungsprozesse haben und ob sich in der Stadtpolitik auf diesem Feld substanziell etwas verändert habe. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass es heute faktisch weniger anstatt mehr Bürgerbeteiligung gibt und diese sich zumeist auf symbolische Beteiligungsformen beschränkt. Er fordert stattdessen einen Protest ein, der aktiv in die zentralen Verwertungsprozesse der Stadt eingreift, anstatt den Ort der Auseinandersetzung so zu verlagern, dass die Interessen der Bürger_innen bedeutungslos werden.

Mit Partizipationsverfahren setzt sich auch *Dirk Treber* auseinander. Am Beispiel des Mediationsverfahrens zum Ausbau des Frankfurter Flughafens diskutiert und bewertet er rückblickend die Teilnahme von lokalen Bürgerinitiativen. Dabei werden nicht nur die Schwächen des Instruments aufgezeigt, sondern das Verfahren sowie dessen scheinbar überregionaler Vorbildcharakter grundsätzlich in Frage gestellt. Durch die Kritik der Voraussetzungen und Folgen des Planungsinstruments gelingt es dem Autor, den rein symbolischen Wirkungsgrad der Beteiligungsform Mediationsverfahren offenzulegen.

Im Mittelpunkt des Beitrags von *Lucas Pohl* steht die Öffnung der B-Ebene der Frankfurter Hauptwache für Obdachlose in den Wintermonaten. Was oberflächlich als sozialpolitische Maßnahme erscheine, müsse im Rahmen der Neoliberalisierung des Städtischen verstanden werden. Anhand von Interviewmaterial arbeitet der Autor Eckpfeiler und Widersprüche des Frankfurter Umgangs mit Obdachlosigkeit heraus und kommt zu dem Schluss, dass die Öffnung der B-Ebene einen 15 000 m² Teppich darstelle, unter den all die gekehrt werden können, die in Frankfurt keinen Platz haben.

Michael Weißenfeldt widmet sich in seinem Beitrag den Arbeitsbedingungen oder dem „Arbeitskampf“ bei der Frankfurter Restaurantkette Maredo. Durch eine Kündigungswelle auffällig geworden, steht das Steakhaus auf der ‚Freßgass‘ seit November 2011 unter Verdacht der Freiheitsberaubung und Nötigung seiner Mitarbeiter_innen. In Schlagworten beschreibt

der Autor den Verlauf der Geschehnisse und die Forderungen der Arbeiter_innen und zeigt damit die Dimensionen von Deregulierung, Flexibilisierung und Migration in Bezug auf eine autoritäre Unternehmensführung auf.

Gemeinsam ist diesen Analysen der Frankfurter Stadtentwicklung, dass sie verdeutlichen, dass sich der städtische Raum im Zuge der Neoliberalisierung des Städtischen zunehmend zu einem Raum des materiellen und symbolischen Ausschlusses entwickelt. Daran anschließend sind im letzten Abschnitt des Readers unter dem Titel „Wie weiter?“ einige Vorschläge für konkrete Alternativen versammelt, welche gegen die Ausschlüsse gerichtet auf die Bedingungen für die Verwirklichung eines „Rechts auf Stadt“ hinarbeiten. Dass der Abschnitt lediglich vier Beiträge umfasst, spiegelt zugleich auch eine Schwachstelle des hier dokumentierten Kongresses wider, wonach die Entwicklung und Diskussion von gesellschaftlichen Alternativen sowie von politischen Strategien zur Verwirklichung eines Rechts auf die Stadt insgesamt sicherlich zu kurz gekommen sind.

Eröffnet wird der dritte Abschnitt des Sammelbandes vom politisch-kulturellen Blog *Frankfurter Gemeinde Zeitung*¹¹, welcher in nichtkommerzieller und kollektiver Organisation versucht, eine Gegenöffentlichkeit zum „neoliberalen Mainstream“ zu etablieren und zugleich als Lokalzeitung das Internet mit dem konkreten Ort Frankfurt/Rhein-Main zu verbinden. In dem Beitrag stellt sich das Projekt in der Absicht vor, neue Autor_innen und Mitstreiter_innen zu finden.

Eine andere Onlineplattform ist der von *Birgit Kaspar* vorgestellte ‚Leerstandsmelder‘¹². Ziel dieser Plattform ist es, den massenhaften Leerstand an Wohn- und Büroflächen sichtbar zu machen und zu politisieren, um ihn perspektivisch anderen Nutzungen zugänglich zu machen. Eine solche könnten die von der Autorin vorgestellten gemeinschaftlich oder genossenschaftlich organisierten Wohnprojekte sein, die eine kleinräumige Antwort auf die Aufwertungsspirale im Frankfurter Wohnungsmarkt bieten. Allerdings, so die These, gewinnen diese zwar zunehmend an Attraktivität, stoßen aber bei der Realisierung auf handfeste Schwierigkeiten, da sie auf einen besonderen Flächenbedarf angewiesen sind. Dies sei insofern paradox, als der Wohnungsnot und Raumknappheit in Frankfurt ein bspw. durch den Leerstandsmelder dokumentiertes Brachliegen riesiger Flächenpotenziale gegenüberstehe.

Mit der Wohnraumfrage setzt sich auch *Jürgen Schardt* mittels acht Thesen zum Vergleichsmietensystem auseinander. Während selbiges als Kern des sozialen Mietrechts einen Ausgleich zwischen Vermieter- und Mieterinteressen produzieren soll, zeigt bspw. der Frankfurter Mietspiegel von 2010, dass die sozialen Dämpfungsmechanismen in Zeiten boomender Wohnungsmärkte zahnlos bleiben. Notwendig wäre daher eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik, deren Rahmen der Autor anreißt. Darüber hinaus gelte es aber, so Schardt, Präzedenzen einer solidarischen und mithin nicht an Profit orientierten Ökonomie zu entwickeln.

Ausgehend von der These, dass die Stadt ein vielversprechendes Terrain für soziale Bewegungen sein kann, diskutiert *Harald Rein* abschließend, inwiefern die Forderung nach ei-

¹¹ <http://kwassl.net>

¹² <http://www.leerstandsmelder.de/frankfurt>

nem guten Leben dazu beitragen könnte, die verschiedenen sozialen Kämpfe in der Rhein/Main-Region wieder stärker zusammen zu denken, ohne deren Unterschiedlichkeit aufzuheben. Vorgestellt wird somit ein Ansatz, welcher der Tendenz zur Zersplitterung linker Bewegungen entgegenwirken möchte und dazu zukünftig in einer breiten Stadtversammlung inhaltlich zu konkretisieren wäre.

Auch im Namen der Vorbereitungsgruppe des Kongresses wollen wir den Referent_innen, Workshop- und Ausstellungsorganisator_innen und den Teilnehmer_innen für die regen Diskussionen danken. Für finanzielle und organisatorische Unterstützung bedanken wir uns bei der Fachschafftenkonferenz und dem AStA der Goethe-Universität.

Literatur

- Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main (2011): Tatort Flughafen – das Abschieberegime stoppen! URL im Internet: <http://rhein-main.antira.info/2011/05/16/20-6-2011-im-frankfurter-flughafen-demonstration-gegen-abschiebungen/#more-11> (13.08.2012).
- Ermittlungsausschuss (EA) Frankfurt (2012): Notstandsübung legt Stadt lahm – Das Konzept der Stadt und der Polizei ist nicht aufgegangen – Demonstration verlief friedlich und gelassen – Provokationen der Polizei gegenüber Protestler_innen liefen ins Leere. URL im Internet: <http://ea-frankfurt.org/blockupy-pressemitteilung-des-ermittlungsausschusses-frankfurt-19052012> (13.08.2012).
- Gebhardt, Dirk und Andrej Holm (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: Dies. (Hrsg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: 7-23.
- Heeg, Susanne und Marit Rosol (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: Prokla 149: 491-509.
- Holm, Andrej (2010): Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster.
- Keil, Roger (2011): The Global City comes Home: Internalized Globalization in Frankfurt Rhine-Main. In: Urban Studies 48(12): 2495–2517.
- Keil, Roger und Klaus Ronneberger (2000): The Globalization of Frankfurt am Main: Core, Periphery and Social Conflict. In: Marcuse, Peter; van Kempen, Ronald (Hrsg.): Globalizing cities. A new spatial order? Oxford: 228–248.
- Mieter helfen Mietern e.V. (MHM) (2010): Die Pläne für die Umgestaltung der Hochhaussiedlung im Mainfeld zielen auf einen bundesweit einzigartigen Umbau einer Sozialsiedlung – statt „sanfter“ Sanierung. URL im Internet: <http://www.mhm-fm.de/Wohnungspolitik/100602Mainfeld-sanft.pdf> (13.08.2012).
- Mullis, Daniel (2011): Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen. In: Holm, Andrej; Lederer, Klaus; Naumann, Matthias (Hrsg.): Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster: 14-33.
- Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der ‚unternehmerischen Stadt‘. Neoliberale Regieren in Frankfurt am Main zwischen 1960 und 2010. Münster (i. Ersch.).
- Schulze, Rainer (2012): Das Gallusviertel steht vor dem Wandel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.07.2012: 29.
- Wem gehört die Stadt-Netzwerk (2009): Selbstverständnis. URL im Internet: <http://www.wemgehörtdiestadt.net/selbstverständnis.html> (13.08.2012).
- Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.

I Wem gehört die Stadt?



Die neoliberale Stadt im globalen Wettbewerb? – Kritische Anmerkungen zum Leitparadigma gegenwärtiger Kommunalpolitik¹

Von Sebastian Schipper & Anika Duveneck

„Zumal im Zeitalter der Globalisierung befinden wir uns auch als Region in einem weltweiten Wettbewerb, dem wir uns stellen müssen – denn wir wollen diesen Wettbewerb gestalten und nicht erleiden. Bestehen können wir in diesem Wettbewerb nur dann, wenn wir alle unsere Stärken, die in der Region vorhanden sind, entwickeln und zur Geltung bringen“
(Petra Roth, als Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main 2008)²

Ganz gleich an welcher Stelle man in die kommunalpolitische Diskussion hineinschaut – ob in Reden von KommunalpolitikerInnen, in Leitbilder von Städten und Regionen oder in zufällig ausgewählte Texte, die sich mit den Aufgaben und Herausforderungen städtischer Politik beschäftigen: So gut wie immer wird darauf verwiesen, dass die Städte untereinander in einem Wettbewerb stehen und welche Gefahren für den eigenen Standort damit verbunden sind. Wie aber kommt es dazu, dass kommunale EntscheidungsträgerInnen ganz selbstverständlich so agieren, als seien ihre Städte Unternehmen auf dem freien Markt? Mit dieser Frage beschäftigen sich seit einiger Zeit zahlreiche kritische StadtforscherInnen, die die Auseinandersetzung mit der „unternehmerischen“ bzw. „neoliberalen Stadt“ zu einem wissenschaftlichen Gegenstand erhoben haben (vgl. z.B. Harvey 1989; Heeg, Rosol 2007). So untersuchen sie etwa, warum seit den ausgehenden 1980er Jahren sämtliche lokale Politikfelder auf das Ziel hin ausgerichtet werden, dass Städte angesichts der vermeintlichen „Bedrohungen der globalisierten Welt“ konkurrenzfähig bleiben.

Die politische Relevanz ergibt sich aus den problematischen Auswirkungen, die es mit sich bringt, wenn Städte und Kommunen wie Unternehmen behandelt und dementsprechend wettbewerbsorientiert geführt werden, was derzeit so gut wie ausnahmslos der Fall ist. So wird kritisiert, dass diese Ausrichtung tendenziell zu einer *Postdemokratisierung der lokalen Politik* führt (obgleich die demokratischen Strukturen selber unangetastet bleiben). Wenn die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zum zentralen Referenzpunkt städtischen Handelns wird, verändert sich damit einhergehend nämlich die Funktion lokaler Politik: Während die

¹ Dieser Artikel ist zuerst 2010 in "NABU IMPULS Stadt – Land – Fläche" (Heft 12) veröffentlicht worden.

² Roth, Petra (18.02.2008): Die Rolle der Stadt Frankfurt in der regionalen Zusammenarbeit. Rede vor der ‚Wirtschaftsinitiative Frankfurt Rhein-Main‘. Online unter: <http://www.petra-roth.de>

gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen primär um die Frage nach den besten Instrumenten zum Erreichen dieses Zieles kreisen, nimmt das Bewusstsein darüber ab, dass es sich bei Kommunen innerhalb von demokratisch verfassten Gesellschaften eigentlich um politische Gemeinwesen handelt, in denen es gerade um die Diskussion und streitbare Aushandlung verschiedener Zielsetzungen gehen sollte. Der wichtigste bis alleinige Zweck lokaler Politik wird stattdessen die technokratische Anpassung an übergeordnete, natürlich erscheinende Sachzwänge, denen sich KommunalpolitikerInnen wie Bürger als lokale Schicksalsgemeinschaft im Kampf um den besten Standort zu beugen haben. Von BewohnerInnen artikulierte Bedürfnisse sowie soziale, ökologische oder andere der Wettbewerbsfähigkeit entgegenstehende Forderungen, Interessen und Wünsche werden dagegen meist als realitätsfern, ideologisch oder nicht finanzierbar vom Tisch gefegt (vgl. dazu auch Wolf Wetzel in diesem Band).

Eine weitere Konsequenz ist die systematische *Verschärfung sozialer Ungleichheiten* durch eine einseitige Orientierung an den Bedürfnissen privilegierter Gesellschaftsschichten sowie einem parallel verlaufenden Abbau des lokalen Wohlfahrtsstaats und einem kontinuierlichen Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau. Neben standortpolitischen Maßnahmen wie der Senkung von Gewerbesteuern oder dem Ausbau der Wirtschaftsförderung wird gemäß neoliberaler Stadtpolitik dem „Wettbewerb um die Köpfe“ bzw. um die „Wissensnomaden“ eine ausschlaggebende Rolle zugeschrieben. Versprechen sich Städte vom Zuzug hochmobiler, kreativer, junger und einkommensstarker Haushalte doch Wachstum und Arbeitsplätze. Als attraktivitätssteigernde Maßnahme wird die Lebensqualität dieser Zielgruppe durch die Investition in „weiche Standortfaktoren“ subventioniert; darunter kann die Einrichtung kostspieliger Stadtmarketingabteilungen genauso fallen wie die Realisierung teurer Leuchtturmprojekte (z.B. die Elbphilharmonie Hamburg), die bauliche und soziale Aufwertung innerstädtischer Wohngebiete (Gentrifizierung) oder der Umbau der City zum Ort des unbeschwerten Konsums. Da gesellschaftliche Randgruppen sowie die Sichtbarkeit sozialen Elends nicht in das angestrebte, werbeträchtige Bild passen, setzen viele Städte auf eine Mischung repressiver sicherheits- und ordnungspolitischer Instrumente sowie die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume. So können störende Elemente zumindest vordergründig ausgeblendet werden.

Überhaupt lassen sich im Kontext der neoliberalen Stadt mannigfaltige Beispiele für die *Ökonomisierung der Stadtentwicklung* finden. Sie gilt als eines der wesentlichen Charakteristika und paust sich durch sämtliche lokalpolitischen Bereiche hindurch: Dass große Teile der städtischen Infrastruktur, wie etwa die Energieversorgung oder der soziale Wohnungsbau, privatisiert werden, ist hierauf genau so zurückzuführen wie die massiven Kürzungen im Sozialbereich oder der Umbau der Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Vor diesem Hintergrund wird es auch wenig überraschen, dass der schon immer eng gesteckte Spielraum für emanzipatorische Projekte oder „nur“ für Forderungen nach mehr sozialem Ausgleich systematisch eingeschränkt bis verunmöglicht wird.

Es drängt sich die Frage auf, warum diese Form lokaler Politik trotz all der genannten Folgen solch ein hohes Maß an aktiver Zustimmung in Verwaltungen und fast dem gesamten parteipolitischen Spektrum genießt. Kritische StadtforscherInnen führen dies darauf zurück, dass sich das Bild der „Stadt als Wettbewerbseinheit in globaler Konkurrenz“ mitsamt allen

Konsequenzen als natürlich, vernünftig, unvermeidbar und alternativlos präsentiert – und gleichzeitig verschweigt, dass es aus konkreten politischen Handlungen hervorgeht. Im Folgenden soll die Entstehung dieses Bildes erläutert sowie dargelegt werden, warum es heute den Charakter eines quasi-natürlichen Sachzwanges angenommen hat.

Der Siegeszug der unternehmerischen Stadt

Was in der Diskussion um den Wettbewerb der Städte nicht auftaucht ist der Umstand, dass die interurbane Konkurrenz weder vom Himmel gefallen, noch in der Natur des Menschen begründet und auch kein unvermeidbares Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung ist.

Vielmehr wurde der Wettbewerb der Städte politisch als langfristige Reaktion auf die Krise in den 1970er Jahren aktiv hergestellt. Die Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und die Globalisierung der Ökonomie haben dazu geführt, dass der Außenhandel liberalisiert und die Finanzmärkte dereguliert wurden. In diesem als „Neoliberalisierung“ bezeichneten Prozess wurde gleichzeitig der Umbau der Bundesrepublik (und zahlreicher weiterer westlichen Staaten) zum so genannten „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995) eingeleitet. Wie sich bereits erahnen lässt, ist es demnach das wichtigste Ziel nationaler Staatstätigkeit, den nationalen Standort unter den neuen Bedingungen (etwa der gestiegenen Kapitalmobilität) global wettbewerbsfähiger zu machen. Dafür wurden etwa der Niedriglohnsektor eingerichtet, sozialstaatliche Leistungen abgebaut und analog zu den Kapitalmärkten auch andere nationale Politikfelder dereguliert, liberalisiert und flexibilisiert.

Doch noch eine weitere Entwicklung wurde in diesem Prozess eingeleitet, nämlich der Bedeutungszuwachs der kommunalen Ebene. In der wissenschaftlichen Debatte wird dies als ‚skalare Verschiebung politischer Regulationsformen von nationaler auf die lokale Ebene‘ bezeichnet (Brenner 2004; Knapp 2009). In diesem Zusammenhang wurde ein Teil der wirtschaftspolitischen Verantwortung für die Erzeugung von Wachstum und Arbeitsplätzen von Bund und Ländern auf die Kommunen übertragen sowie im gleichen Zuge die finanziellen Zuweisungen an selbige zurückgefahren. Die sinkenden Steuereinnahmen und die Übertragung neuer Pflichtaufgaben ohne finanziellen Ausgleich (Verletzung des Konnexitätsprinzips) haben die Kommunen spätestens ab Anfang der 1990er Jahre in eine chronische Finanzkrise und hohe Verschuldung geführt. Ungefähr zu dieser Zeit kam es auch zu einer grundlegenden Neudefinition der Rolle der Raumordnung: Diente sie vor der Krise noch primär der Herstellung gleicher Lebensbedingungen in allen Teilräumen der Republik (Ausgleichsparadigma), wurde sie nun zu einem Wettbewerbsinstrument umfunktioniert: Seitdem geht es darum, dass Raumordnung Städte und Regionen dazu anleitet, als souveräne Wirtschaftssubjekte die ihnen innewohnenden Potenziale zur eigenverantwortlichen Generierung von Wachstum und Arbeitsplätzen zu nutzen.

Durch diese Verschiebung wurden Städte bewusst einem direkten ökonomischen Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der ihnen eine unternehmerische, wachstums- und wettbewerbsorientierte Politik auferlegt. Dadurch, dass sie in Konkurrenz zueinander gesetzt werden, wird eine „Vervielfältigung der Unternehmensformen“ auf lokaler Ebene erzielt – dies wiederum als

Mittel, um den Standort Deutschland als Ganzen wettbewerbsfähiger zu machen. Der Wettbewerbsdruck und dessen Bedeutung für Kommunalpolitik ist daher keineswegs nur das Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung, wie es etwa exemplarisch Petra Roth im obigen Zitat nahelegt, sondern mit bestimmten Absichten gezielt auf nationalstaatlicher Ebene herbeigeführt worden.

Warum aber verfestigt sich der Eindruck so sehr, dass eine unternehmerische Stadtpolitik für lokale Akteure quasi natürlich als die einzig mögliche und daher alternativlose Form kommunaler Politik erscheint? Dies wird darauf zurückgeführt, dass sich so gut wie alle Akteure in Politik und Verwaltung die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als übergeordnetes Ziel zu Eigen machen und ihr Handeln ausschließlich daran orientieren (vgl. etwa für Frankfurt: Schipper 2013). Trotz aller extern hergestellten Zwänge basiert eine neoliberale Stadtpolitik nämlich letztlich darauf, dass sie auch tatsächlich vor Ort angewendet und somit reproduziert wird. Der kritische Geograph Don Mitchell (2007: 274) fasst es treffend zusammen, wenn er feststellt, dass es nicht nur darum geht, „ob das Kapital ‚wirklich‘ so funktioniert“ – spricht tatsächlich global derartig mobil ist, dass sich ein Konkurrenzverhältnis zwischen Städten herausbildet –, sondern dass es vollkommen ausreicht, „dass diejenigen in den machtvollen Positionen denken, dass es so funktioniert.“ Dass lokale Akteure die Wettbewerbsrhetorik beständig wiederholen und ihr Handeln dementsprechend ausrichten, führt dazu, dass der Mechanismus einer selbsterfüllenden Prophezeiung in Kraft tritt: Die beständige Wiederholung der Wettbewerbsrhetorik und die damit verknüpfte standortpolitische Praxis stellen somit überhaupt erst eine Realität her, die vorgeblich nur ‚objektiv‘ und ‚sachlich‘ beschrieben wird. Dieser Mechanismus wird an vielen Stellen abgesichert: Etwa dadurch, dass städtische Akteure stets als ManagerInnen angerufen werden oder Städterankings vorgeben, Wettbewerbsfähigkeit ließe sich objektiv in Zahlen messen und vergleichen.

Von der „unternehmerischen Stadt“ zum „Recht auf Stadt“ ...

Kritische Untersuchungen zur neoliberalen Stadt ergeben also, dass die Globalisierung und der Wettbewerb der Städte keine unveränderbaren Zwangsgesetze der Konkurrenz darstellen. Vielmehr ist die Fokussierung in den Kommunen auf die wettbewerbsorientierte Standortpolitik als ein Anpassungszwang zu begreifen, der auf der nationalstaatlichen Ebene strategisch hergestellt wurde. Ihre Wirkmacht bezieht sie daraus, dass sie von städtischen Akteuren unentwegt reproduziert und dadurch überhaupt erst wahr gemacht wird – manchmal bewusst, wenn sich so bestimmte Interessen besser durchsetzen lassen, meist aber unbewusst, weil die Rede vom Wettbewerb als nicht hinterfragbare und natürliche Realität Plausibilität für sich beansprucht. So lässt sich erklären, warum der in vielen Hinsichten so problembehaftete Ansatz bei den handlungsmächtigen Akteuren nicht auf Kritik oder wenigstens Skepsis, sondern fast durchweg auf breite Akzeptanz stößt.

Damit emanzipative Gegenentwürfe überhaupt wieder Gehör finden können, bedarf es einer politischen Öffnung der Debatte um Stadtentwicklung: Die scheinbare Naturhaftigkeit des Standortwettbewerbs und der vermeintlich unpolitische Charakter der neoliberalen Stadt müs-

sen aufgedeckt werden. Außerdem gilt es offenzulegen, wer von der derzeitigen Politik profitiert und welche problematischen Konsequenzen sie nach sich zieht.

Nur wo dies gelingt, kann überhaupt ein kritisches Fundament gedeihen, auf dem die Forderung nach einem sozialen und demokratischen „Recht auf Stadt“ (Gebhardt, Holm 2011) endlich in der Diskussion positioniert werden kann. Dabei handelt es sich weniger um ein juristisches Recht, als vielmehr um ein Recht auf die Aneignung der Stadt, welches sich von den Menschen genommen und somit durch kollektives Handeln geschaffen werden muss. Die hiermit verbundenen Forderungen erschöpfen sich nicht darin, für bezahlbaren Wohnraum einzutreten, sondern stehen vor allem dafür, die „Ansprüche der Reichen und Mächtigen“ (Mayer 2009) anzuzweifeln und zugleich einen Ausblick auf ein anderes, selbstbestimmtes Leben in einer gerechteren Gesellschaft zu werfen.

Literatur

- Brenner, Neil (2004): Urban governance and the production of new state spaces in Western Europe 1960–2000. In: *Review of International Political Economy* 11 (3): 447–488.
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler, Series B* 71 (1): 3–17.
- Heeg, Susanne und Marit Rosol (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *Prokla* 149: 491–510.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin.
- Holm, Andrej und Dirk Gebhardt (2011, Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg.
- Knapp, Wolfgang (2009): Metropolregion, Staat und die aktuelle Politik der räumlichen Re-dimensionierung. Aus der Sicht des Regulationsansatzes und der radical geography. In: Knieling, Jörg (Hrsg.): *Metropolregionen. Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit*. Hannover: 151–199.
- Mayer, Margit (2009): Das "Recht auf Stadt". Slogans und Bewegungen. In: *Forum Wissenschaft* 26 (10): 14-18. URL im Internet: <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/2380971.html> (31.07.2012).
- Mitchel, Don (2007): Die Vernichtung des Raums per Gesetz. Ursachen und Folgen der Anti-Obdachlosen Gesetzgebung in den USA. In: Belina, Bernd und Boris Michel (2007): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Münster: 256-290.
- Schipper, Sebastian (2013): *Genealogie und Gegenwart der „unternehmerischen Stadt“*. Neoliberale Regieren in Frankfurt am Main zwischen 1960 und 2010. Münster (i. Ersch.).

Aufwertungs- und Veränderungsprozesse in der Stadt – Ausdruck kapitalistischer Konkurrenzlogik oder politisches Programm?

Von Hans-Dieter von Frieling

1. Ungleiche räumliche Entwicklung

Prozesse der Aufwertung wie der Entwertung gehören zu den alltäglichen Erscheinungen in diesem Wirtschaftssystem. Wir sind einerseits daran gewöhnt, dass es Entwertungen von fiktivem wie produktivem Kapital gibt zur Bereinigung von Überakkumulation, dass durch Rationalisierungen Arbeitskräfte dequalifiziert und überflüssig gemacht werden, dass der Wert der Arbeitskraft gesenkt wird, so dass sie ein Fall für die staatliche Armenfürsorge wird, dass die natürlichen Lebensgrundlagen unbrauchbar gemacht werden, dass Stadtteile, ganze Städte und Regionen entwertet werden und verfallen, weil sie als Kapitalstandort nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Andererseits kommt es beständig zu Aufwertungen und Inwertsetzungen – in Form von Wachstumsregionen oder Boomtowns, besser entlohnten Qualifikationen von Arbeitskräften, neuen Geschäftsfeldern, Wachstum von Unternehmen und Beschäftigung, Wertsteigerungen bei Naturstoffen (wie den „Seltenen Erden“), Finanzprodukten oder Standorten und Immobilien wie z.B. innerhalb bestimmter städtischer Quartiere.

Zu den alltäglichen Erfahrungen gehört auch, dass der theoretische Umgang mit diesen Prozessen der Auf- und vor allem der Entwertung sich oft darauf beschränkt, die eigene Betroffenheit zu kalkulieren und die Prozesse dann als Chance, als Risiko oder als notwendiges Übel zu deuten und zu bewerten. Statt sie sich zu erklären.

Ungleiche Entwicklung – wirtschaftliche, soziale und auch räumliche – ist in diesem Wirtschaftssystem nicht eine temporäre Erscheinung, sondern ein notwendiges Resultat wie Mittel in der Konkurrenz des Kapitals. Die Analyse von Aufwertungsprozessen wie der Gentrifizierung ist daher eine Analyse, wie die Zwecke und Mittel wirtschaftlicher Akteure unter bestimmten politischen Rahmenbedingungen eben diese Räume herstellen. Auf der allgemeinen Ebene hat u.a. David Harvey eine theoretische Bestimmung kapitalistischer Raumproduktion geliefert (Harvey 1982, 2005; eine gute Einführung zu Harvey durch Belina 2011; vgl. auch Zeller 2003). Zur Frage der Gentrifizierung hat Neil Smith (1987) wichtige Argumente beigetragen (zum Stand der Debatte um Gentrifizierung vgl. Slater 2006, 2008; allgemeiner einführender Überblick bei Holm 2010).

Daran anknüpfend wird hier die These vertreten, dass auch die Durchsetzung und Formierung innerstädtischer Aufwertungsprozesse solch eine Raumproduktion ist. Sie beruht darauf, dass Grundeigentümer und Wohnungsbaukapitalisten erfolgreich auf bessere Geschäfte spekulieren und ein so genanntes rent gap, eine Grundrentenlücke (zwischen aktuellem und möglichem Bodenpreis), herstellen. Wenn sich eine wachsende Wohnungsnachfrage durch Haushalte, die über eine deutlich höhere Mietzahlungsfähigkeit verfügen als die gegenwärtig dort wohnenden Mieter, verwirklichen lässt und wenn über den Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage die bisherigen, weniger zahlungsfähigen Mieter verdrängt werden, hat sich die Spekulation der Investoren und Grundeigentümern auf höhere Renditen erfüllt.

Die sich so vollziehende Gentrifizierung ist – in der Regel – nicht ein gezieltes politisches Programm, so die zweite These. Die Politik sieht darin einen ganz normalen und nützlichen Vorgang auf dem „Markt“, auch wenn das Marktpendel manchmal lokal und zeitlich zu weit ausschlagen sollte und Korrekturen gefordert werden. Denn im Grundsatz steht das politische Programm nicht gegen die Konkurrenzlogik. Ihr Inhalt besteht darin, dass die Konkurrenz der Kapitaleigentümer um Renditen und die der Mieter mit ihrer begrenzten Zahlungsfähigkeit funktioniert, so dass Privateigentümer ihr Kapital erfolgreich vermehren.

Der Verlauf von Gentrifizierungen hängt somit entscheidend ab von bestimmten Bedingungen, besonders von der Liberalisierung des (nationalen) Wohnungsmarktes, der lokalen Wohnungsnot, dem Kreditmarkt, den lokalen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und davon, welche Rahmenbedingungen die lokale Planungspolitik setzt.

2. Kapitalistischer Wohnungsmarkt

Die Versorgung mit dem lebenswichtigen Gut Wohnung soll, so hat es die Politik eingerichtet, über den „Markt“, den Wohnungsmarkt, erfolgen. Privateigentümer sollen ihr Exklusionsrecht an der Ware Wohnung benutzen können, um ihren Reichtum zu vergrößern. Das lohnende Geschäft soll aber kein willkommener Zusatz zum Versorgungszweck sein, sondern die Bedingung der Versorgung. Das Bedürfnis nach einem Dach über dem Kopf lässt sich auf dem „Markt“ nur soweit und nur dann verwirklichen, wenn es über eine für das Verwertungsinteresse ausreichende Zahlungsfähigkeit verfügt. Die Politik macht damit auch diese entscheidende Bedingung der Reproduktion der Arbeitskraft abhängig vom Kalkül privater Kapitaleigentümer und den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Konkurrenz.

Die Auf- wie Abwertungsprozesse, die Investitionen und Desinvestitionen in den Wohnungsbau sind Verlaufsformen der Konkurrenz. Diese Verlaufsformen ergeben sich aus den geschäftlichen Kalkulationen der Privateigentümer im Umgang mit den Besonderheiten der Ware Wohnung, den spezifischen Strukturen des Wohnungsmarktes, der Nachfrage und den Interventionen der Politik. Um die aktuell in deutschen Metropolen ablaufenden Aufwertungsprozesse zu verstehen, ist an eine allgemeine Besonderheit des Wohnungsmarktes und dem daraus folgenden Umgang der Politik damit zu erinnern.

Die besondere Funktionsweise des Wohnungsmarktes hängt zusammen mit dem besonderen Charakter der Ware Wohnung. Das in der Wohnung gebundene Leihkapital erfordert ei-

nen hohen Kapitalvorschuss. Dieser Vorschuss fließt erst über einen längeren Zeitraum (meist erst nach 50, oft nach 80 oder 100 Jahren) zurück – die amtliche Kapitalstockrechnung geht bei Wohnimmobilien von einer Nutzungsdauer von 74 Jahren aus, bei Ausrüstungen für die Produktion sind es nur 13 Jahre (Deutsche Bundesbank 2002, 30). Wegen der langfristigen Kapitalbindung und des meist hohen Fremdkapitalanteils ist einerseits die langfristige Zinsentwicklung ein entscheidendes Kalkül für Investoren. Andererseits ist ein in Wohnungen bzw. Wohnhäusern fixiertes Kapital standortgebunden. Der Rückfluss hängt davon ab, wie groß die nachfragende Mietzahlungsfähigkeit in dem jeweiligen räumlichen wie sektoralen Teilmarkt ist, und zwar für einen relativ langen Zeitraum.

Aufgrund dieser Eigentümlichkeiten müssen Mietwohnungseigentümer darauf bedacht sein, das mit dem Verleihgeschäft verbundene Risiko unzureichender oder gar ausbleibender Mietzahlungen gering zu halten. Sie müssen als Fraktion ein Interesse daran haben, dass es auf dem Wohnungsmarkt immer ein Defizit an Wohnungen gibt, eine Knappheit, damit die Mieten nicht sinken, sondern auch in Altbauwohnungen steigen können. Diese Knappheit ist strukturell notwendig. Gleichen sich Angebot und Nachfrage aus, bricht der Wohnungsneubau mit Sicherheit notwendig ein. Der kapitalistische Wohnungsmarkt funktioniert nur unter der Bedingung des Mangels, der Wohnungsnot.

Mit der Unterordnung der Wohnungsversorgung unter das private Geldvermehrungsinteresse schafft die Politik also einen Widerspruch, an dem sie sich mit ihrer Wohnungspolitik permanent abarbeitet. Zum einen muss die Politik dafür sorgen, dass der Wohnungsmarkt ein rentierliches, attraktives Geschäftsfeld ist, und zwar auch im Vergleich zu Aktien, Anleihen und anderen Kapitalanlagen. Zum anderen gibt es ein Problem auf der Gebrauchswertseite, ob nämlich die Versorgung mit Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität an den richtigen Standorten zur richtigen Zeit und zu einem akzeptablen Preis stattfindet, so dass die von den anderen Kapitalfraktionen wie die der Industrie, des Finanzgewerbes usw. benötigten Arbeitskräfte an den jeweiligen Standorten taugliche Wohnungen vorfinden.

Die Politik folgert daraus, dass, wenn sie einen funktionierenden kapitalistischen Wohnungsmarkt will, sie die Rahmenbedingungen so setzen muss, dass weder ein zu großer Mangel noch ein Überangebot entsteht. Bei einem Überangebot und entsprechend hohen Leerstandsdaten erfordert die Marktlogik staatliche Subventionierung von Wohnungsabriss wie z.B. in ostdeutschen Städten, damit die Investoren aufgrund des so hergestellten Wohnungsmangels höhere Mieten durchsetzen können und ihre Investitionen Gewinn abwerfen. Nicht immer sind derart drastische Maßnahmen wie Abriss / Vernichtung zur Sicherung der Knappheit erforderlich. In der Regel reicht es, Instrumente wie steuerliche (Abschreibungs-)Vorschriften oder die des Mietrechts (Kündigungsschutz und Mieterhöhungsregelung) so zu verändern, dass die Neubautätigkeit sinkt. Diese Instrumente lassen sich auch umgekehrt einsetzen, wenn die Wohnungsnot zu groß ist. Dann wird der Mieterschutz erhöht (bis hin zum Mietpreisstopp) und der Wohnungsneubau durch steuerliche Erleichterungen, staatliche Förderprogramme (z.B. Sozialer Wohnungsbau) und – seit den 1980er Jahren – durch Subventionierung der Mietzahlungsfähigkeit von Haushalten (z.B. durch Wohngeld) so ergänzt, dass sich das Geschäft der privaten Eigentümer rentiert. Diese Staatsintervention läuft nicht unter der Rubrik Wirtschaftspolitik, sondern erhält den gern positiv konnotierten Titel Sozialstaats- oder Wohlfahrtspolitik.

3. Der aktuelle Wohnungsmarkt in Deutschland: Wohnungsnot und Leerstand

In jüngster Zeit überschlagen sich die Immobilien-Newsticker und Medien mit für Investoren positiven Nachrichten: Die Mieten steigen wieder (Abb. 1). Auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt gebe es eine Trendwende, zumindest in den Metropolen.

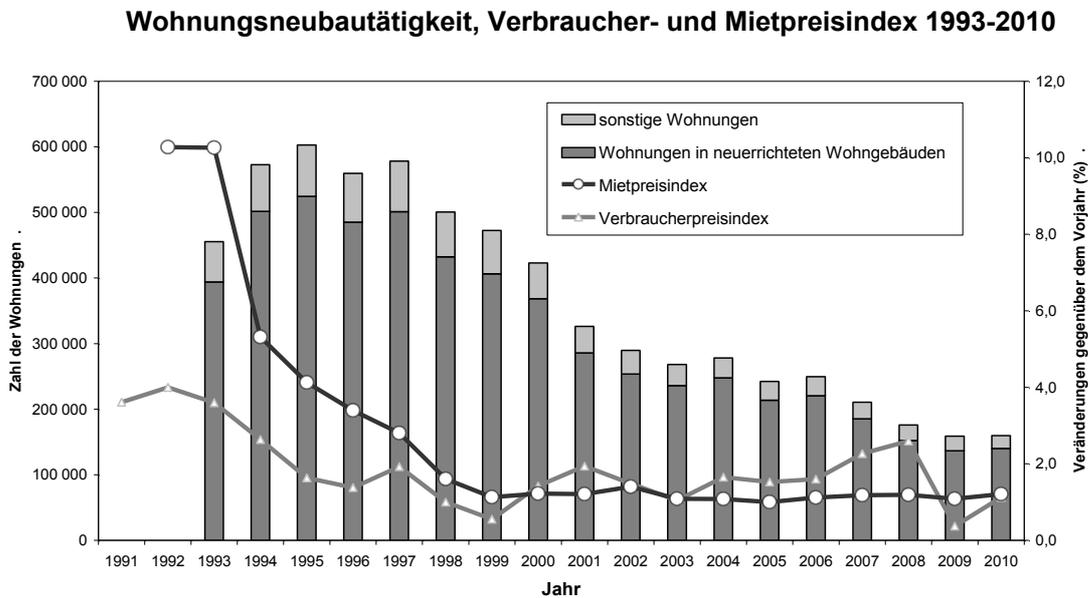
Abbildung 1: Medienberichte über die aktuelle Wohnungsmarktentwicklung (2010-2012)



Ein Rückblick auf die Wohnungsneubautätigkeit in den vergangenen 15 Jahren macht deutlich, was die Immobilienwirtschaft veranlasst, von einer Trendwende zu reden. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Neubautätigkeit drastisch gesunken, von rund 440.000 neuen Wohnungen (1995) auf 117.000 (2009) (Abb. 2). Ein historischer Tiefstand.

„Der Umfang der Neubautätigkeit ist aktuell an die Untergrenze dessen gelangt, was zum Ausgleich des Wohnungsabgangs und auf Grund der demografischen Entwicklung nachhaltig erforderlich ist.“ (BMVBS 2009: 44)

Abbildung 2: Wohnungsneubautätigkeit, Verbraucher- und Mietpreisindex BRD 1993-2010 (Quellen: Statistisches Bundesamt 2011: Baugenehmigungen/ Baufertigstellungen, Lange Reihen, Tab. 1; Statistisches Bundesamt nach SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) Tab. ZR 084; eigene Berechnung)

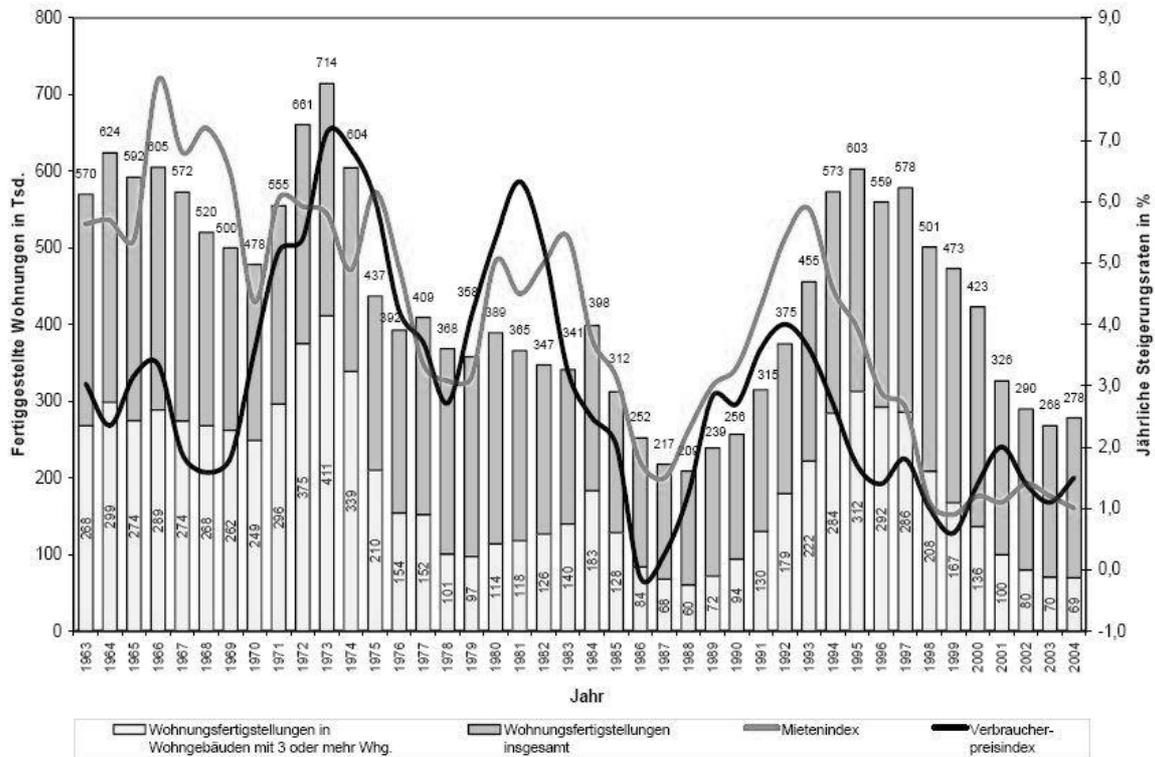


Ein wichtiger Grund der nachlassenden Investitionstätigkeit liegt in der Entwicklung der Mietpreise. Die Nettokaltmieten sind seit Ende der 1990er Jahre nur sehr gering gestiegen, meistens geringer als die Inflationsrate. Eine Ursache dieser Entwicklung ist die nachlassende Nachfrage – aufgrund der Abnahme innerdeutscher Wanderungen und der Behebung von Mangellagen in Ostdeutschland. Sie führte dazu, dass sich der Wohnungsmarkt in Deutschland einem Gleichgewicht näherte und damit einem unerfreulichen Zustand für das Renditekalkül von Investoren.

„In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre setzte als Folge der deutlichen Annäherung von Angebot und Nachfrage eine zunehmende Abschwächung der Wohnungsbauaktivitäten ein.“ (Deutsche Bundesbank 2000: 37)

Die jüngste Entwicklung stellt keinen Sonderfall dar. Ein Rückblick auf die Nachkriegsentwicklung zeigt, dass es sich um den normalen Marktmechanismus handelt: abnehmende Wohnungsknappheit verringert die Durchsetzung von Mietpreiserhöhungen, was zum Rückgang des Wohnungsneubaus führt, was die Wohnungsknappheit wieder erhöht und damit auch die Durchsetzbarkeit von Mietpreissteigerungen. (Abb. 3)

Abbildung 3: Entwicklung der Preise, Mieten und Wohnungsfertigstellungen in der BRD 1953-2004 (Quelle: Koch 2005: 247; Daten des Statistisches Bundesamtes, Fachserie 17, Reihe 7, Preise, Verbraucherpreisindizes für Deutschland – nähere Angaben bei Koch ebd.)¹



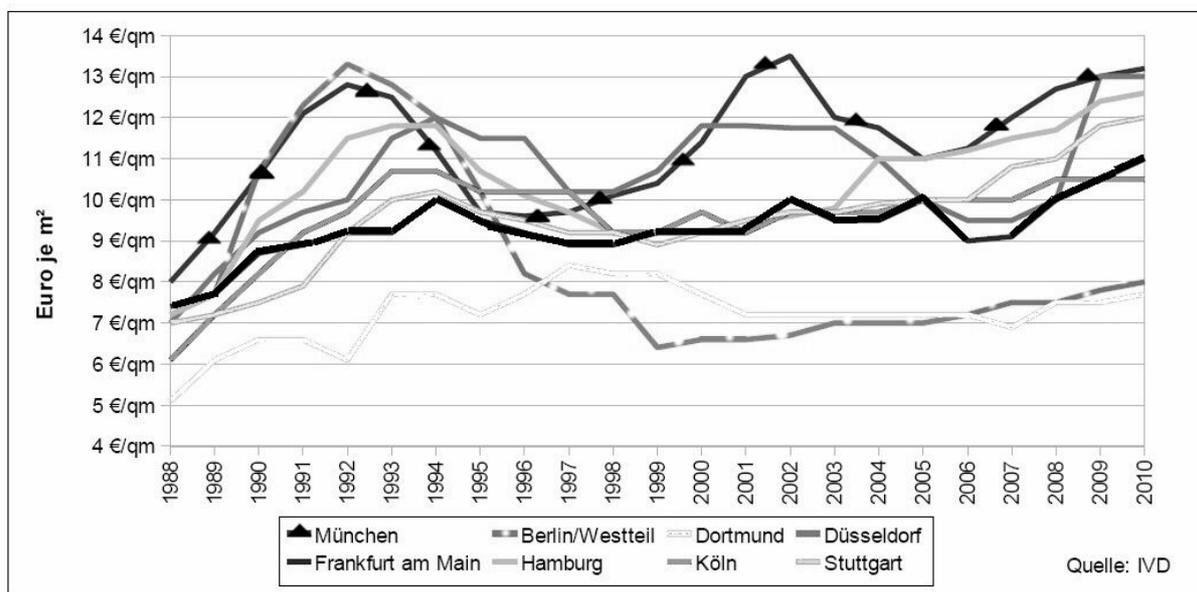
Die Wohnungspolitik verhindert diesen „Mechanismus“ nicht, sondern sorgt sich um dessen Funktionieren. So reagierte die Bundesregierung auf den Bauboom in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit dämpfenden Maßnahmen. Die fiskalischen Anreize – steuerliche Vergünstigungen wie Abschreibungsvorteile – wurden zurückgenommen, einkommensteuerliche Verrechnung von Verlusten aus Vermietung eingeschränkt, die Grunderwerbssteuer erhöht, zudem Mieterhöhungen begrenzt und Kündigungen erschwert. Die politisch gewollte Verschlechterung der Investitionsbedingungen war ein weiterer Grund für den drastischen Rückgang der Neubautätigkeit im letzten Jahrzehnt. Die vorteilhafte Bedingung der historisch tiefen Zinsen für Hypothekarkredite hat für die Investoren die Risiken nicht ausreichend ausgeglichen, zumal die Finanzmärkte vor der Krise andere verlockende Vermehrungsmöglichkeiten boten.

¹ Verbraucherpreise und als Teil davon die Wohnungsmieten werden im Rahmen von Einkommens- und Verbrauchsstichproben, in denen Ausgaben der privaten Haushalte erhoben werden, vom Statistischen Bundesamt regelmäßig gemessen. Zur Darstellung der zeitlichen Entwicklung der Preise werden Indexzahlen berechnet, bei denen der Preisstand in einem Basisjahr gleich 100 gesetzt wird. In der Grafik sind Veränderungen (Wachstumsraten) dieser Indexwerte angegeben

„Dieses Bündel von Maßnahmen hat neben der marktbedingten Abschwächung des Mietanstiegs sicherlich dazu beigetragen, dass mancher potenzielle Investor seine Renditeerwartungen in Bezug auf Wohnimmobilien kritisch überprüft hat.“ (Deutsche Bundesbank 2002: 37)

Inzwischen hat sich die Wohnungsmarktsituation geändert. Erstmals seit dem Wiedervereinigungsboom ziehen seit 2009/10 die Miet- wie Immobilienpreise deutlich und auf „breiter Basis“ an – zum einen bedingt durch den konjunkturellen Aufschwung, zum anderen bedingt durch das schwache „marktfähige Angebot“ aufgrund geringer Bautätigkeit in den Jahren zuvor (Deutsche Bundesbank 2012: 54). Die Neubautätigkeit, so stellt die Deutsche Genossenschaftsbank fest, war in den vergangenen Jahren in den größten Wirtschaftsmetropolen so gering, dass sie selbst bei stagnierenden Einwohnerzahlen zu einer Wohnraumverknappung führt (DG Hypo 2011: 28). Da diese Metropolen in den vergangenen Jahren vermehrt Zuzüge und wachsende Einwohnerzahlen verzeichnen, verschärft sich der Mangel und verbessert die Chancen, dort höhere Mieten durchzusetzen – in der Erst- oder Neuvermietung (Abb. 4) und in der Folge davon auch bei Altbauwohnungen. Während in diesen Ballungsräumen Neubauten benötigt werden, weisen die restlichen Regionen ein erhöhtes Leerstandsrisiko auf (BBSR 2010: 7ff.).

Abbildung 4: Erstvermietungsmieten in deutschen Großstädten 1998-2010
(Quelle: Landeshauptstadt München 2011a: 24)



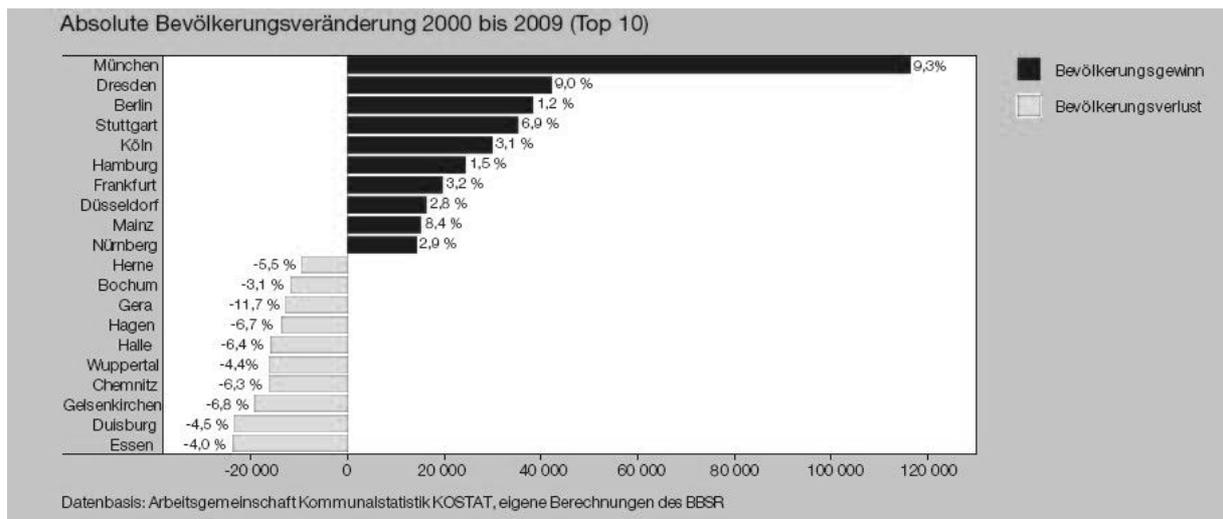
4. Wachsende Nachfrage in Metropolen: „neue Urbaniten“

Die zahlungsfähige Nachfrage nach Wohnraum hat sich im letzten Jahrzehnt räumlich verlagert. Während in vielen Städten – von den ländlichen Regionen ganz abgesehen – die Einwohnerzahlen stagnieren oder sinken, verzeichnen die Großstädte und Metropolenkerne deut-

liche Zugewinne. Die zehn am stärksten gewachsenen Großstädte – München, Dresden, Berlin, Stuttgart, Hamburg, Köln, Frankfurt, Düsseldorf, Mainz, Nürnberg – haben ihre Einwohnerzahl von 2000 bis 2009 insgesamt um 350.000 Einwohner erhöht, davon allein München um gut 100.000 (BBSR 2011) (Abb. 5). Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung spricht von einer Renaissance der großen Städte; es sieht in diesen Konzentrationstendenzen eine positive, strukturelle Änderung zu den bisher vorherrschenden Suburbanisierungstrends.

„Renaissance der Städte tatsächlich ist es so, dass die Großstädte im Gegensatz zu allen anderen Stadt- und Gemeindetypen seit 2004 einen Bevölkerungsgewinn verzeichnen. Dieser ‚ungewöhnliche‘ Entwicklungspfad scheint auf eine strukturelle Veränderung im Siedlungssystem Deutschlands hinzuweisen. Die Großstädte sind die siedlungsstrukturellen Ankerpunkte und erfüllen ihre Funktion als Motoren der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.“ (BBSR 2011: 2)

Abbildung 5: Bevölkerungsentwicklung ausgewählter deutscher Großstädte 2000-2009
(Quelle: BBSR 2011: 4)

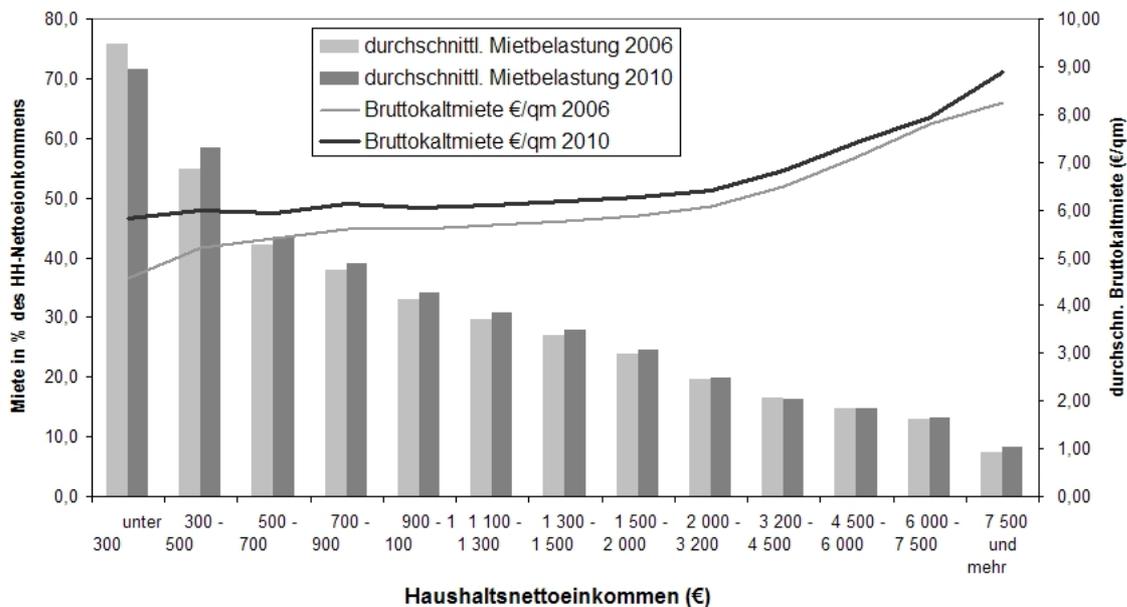


Grundlage des Zustroms in die Metropolenkerne sind die höheren Chancen, dort einen etwas besser entlohnten Arbeitsplatz zu finden. Die veränderten Bedürfnisse des produktiven wie des Finanzkapitals haben an diesen Standorten neue Arbeitsmarktsegmente geschaffen, das der „wissens- und kulturbasierten Dienstleistungen“ (Häußermann, Siebel, Läßle 2008: 179) und der „Kreativen“ (BBSR 2012). Und die Unternehmen in diesen Sektoren haben auch die Arbeits- und damit die Reproduktionsbedingungen verändert. Für nur einen gewissen Lohnaufschlag erwarten sie flexible, mobile, leistungsorientierte, hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Sie können Arbeitsbedingungen durchsetzen, die – um es mit Worten der Marktforscher zu sagen – zu veränderten Lebensstilen und -milieus führen, zu individualisierten Singles und Familien mit Kindern, die als Wohnstandort nicht mehr den suburbanen Rand präferieren, sondern die zentrale Lage, weil sie verstärkt auf die Dichte und gute Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen („kurze Wege“) angewiesen sind.

Ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen erlaubt es dieser Gruppe von Arbeitskräften, höhere Quadratmetermieten zu zahlen und dennoch nur eine unterdurchschnittliche Mietbelastung in Kauf nehmen zu müssen (Abb. 6). Das ermöglicht Verdrängung von einkommensschwachen Gruppen. Aber den Anbietern ermöglicht es auch, – die innerstädtische, lokale Wohnungsknappheit vorausgesetzt – ein höheres Mietniveau durchzusetzen und damit die Mietbelastung zu steigern. In München liegt die durchschnittliche Mietbelastung aller (!) Haushalte schon bei 32%, also rund 10 Punkte über dem westdeutschen Durchschnitt (BT 2010: 43f.).

Abbildung 6: Mietbelastung der Haushalte und Einkommen in Deutschland 2006 und 2010 (Quelle: Statist. Bundesamt 2008 bzw. 2010: Fachserie 5, H. 1 Bauen und Wohnen; Mikrozensus Zusatzerhebung 2006 bzw. 2012)

Mietbelastung der Haushalte und Einkommen in Deutschland 2006 und 2010



Für das Wohnungsbaukapital stellt damit die Nachfragesituation eine günstige Bedingung dar, wenn auch begrenzt auf wenige Teilmärkte in den Metropolen mit deutlichem Wirtschaftswachstum.

5. Aufwertung: Spekulation und Herstellung des *rent gap*

Die günstigen Voraussetzungen, mittels Wohnungsbau und -vermietung in diesen spezifischen Teilmärkten Kapital zu vermehren, müssen entdeckt und genutzt werden. Zunächst werden es einzelne Hauseigentümer und Investoren sein, die in günstigen innerstädtischen Lagen in boomenden Metropolen, dort in Quartieren mit relativ preiswertem Wohnraum oder

anderen geringwertigen Nutzungen, Potenziale für deutlich steigbare Mieten und Preise für Eigentumswohnungen vermuten und zu realisieren versuchen. Sind diese vereinzelt Spekulationen erfolgreich und ziehen sie weitere nach sich, werden Immobilienmakler und Kapitalanleger von einem Trend ausgehen, den es frühzeitig zu nutzen gilt. Sie ziehen zahlreiche Indikatoren heran – Wanderungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Wohnungsmarktstatistiken usw. –, um die zukünftige Nachfrage zu antizipieren. Eine ganze Branche lebt mit Marktbeobachtungen und Wohnungsmarktprognosen von diesem Bedürfnis, spekulieren zu wollen aber möglichst ohne Risiko. Doch es bleibt natürlich eine Spekulation auf zahlungskräftigere Käufer und Mieter und auf die Wirtschaftsentwicklung.

Das *rent gap* ist am Beginn von Aufwertungsprozessen nicht einfach vorhanden. Die Investoren produzieren es – durch die Realisierung erster Geschäfte. Wie bei der Spekulation mit Rohstoffen oder Aktien wird sie erst so richtig erfolgreich, wenn sie einen Trend setzt, wenn die Erwartung auf höhere Renditen eine verbreitete, allgemeine wird. Wenn Medien und Immobilienberater sie thematisieren, wenn im Wohnumfeld mit neuen Cafés, Restaurants, Geschäften erste Anzeichen sichtbar werden, wenn soziologisch gesprochen die Pionier- in die Sukzessionsphase übergeht, wenn Grundeigentümer über den Wert ihres Eigentums nachzudenken beginnen, dann existiert ein Aufwertungsdruck, dann haben die spekulierenden Investoren das *rent gap* geschaffen (Abb. 7).

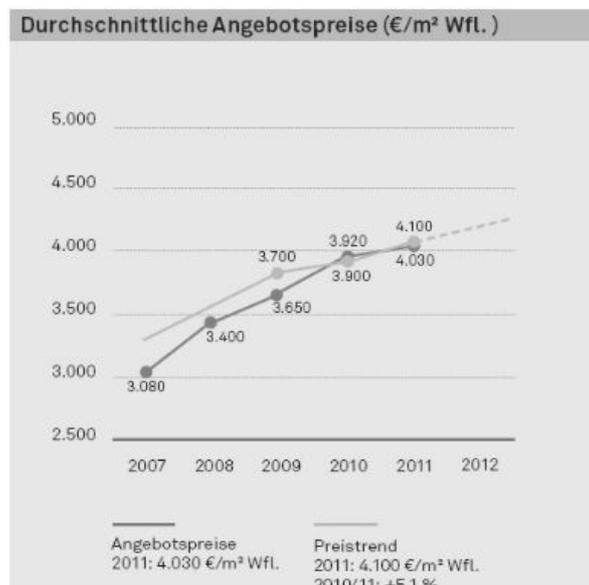
Abbildung 7: Entwicklung der Angebotspreise für neue Eigentumswohnungen in Hamburg-St.Pauli 2007-2011 (Quelle: Grossmann & Berger 2012: 4)

St. Pauli / Sternschanze



Preisentwicklung

Seit dem Jahr 2007 sind die Preise im Schnitt **um über 8 % pro Jahr gestiegen**, wobei der Anstieg in den letzten 2 Jahren etwas langsamer verlief. Mittlerweile werden Preise über **4.000 €/m² Wohnfläche** gezahlt. Damit erreichen diese jungen und szenigen Stadtteile das Preisniveau von Eimsbüttel.



6. Lokale Politik und Planung

Die Politik zeigt sich – in der Regel – sehr zufrieden damit, dass Geschäft und Versorgung so wunderbar harmonieren. Sie sieht sich ihrem Ideal vom konflikt- und krisenfreien Kapitalismus näher. Es sei denn, es stellt sich heraus, dass der „Markt“ neue Widersprüche und Konflikte produziert.

Wenn z.B. die Spekulationen fehl laufen, weil alle Investoren, gefangen in der Konkurrenz, in das Luxussegment drängen und sich im Nachhinein herausstellt, dass sie am Bedarf vorbei gebaut haben. Dann sieht sich die Politik vielleicht genötigt einzugreifen, zumindest ideologisch, indem sie die Spekulationsblasen bei Immobilien wie auf den Finanzmärkten nicht als normales Mittel kapitalistischen Konkurrenz für notwendig und gut erklärt, sondern als ein Versagen, das sich einem menschlichen Defekt, dem Herdentrieb, verdanken soll.

Unzufrieden wird die Politik auch, wenn die Mietbelastung selbst einkommensstarker Haushalte so sehr wächst, dass sie zu einem Problem wird, weil andere Wirtschaftsbereiche unter dem Mangel an Arbeitskräften (oder höheren Lohnforderungen) zu leiden beginnen. So befürchtet der Jahreswirtschaftsbericht der Stadt München, die Stadt als Ganzes könnte sich aus dem Wachstumsprozess „Herauspreisen“ („Holländische Krankheit“):

*„Der Fachkräftemangel wird zu einer angebotsseitigen Belastung der Arbeitsmärkte führen.Um nicht nur ein Arbeiten, sondern auch ein Leben in der bayerischen Landeshauptstadt für alle Bevölkerungsschichten zu ermöglichen, ist es notwendig, dass bezahlbarer Wohnraum in ausreichendem Maß in der Stadt zur Verfügung gestellt wird. Hier sind alle Anstrengungen der Stadt aber auch der Wirtschaft notwendig, um diesen potenziellen Engpaß durch unterschiedlichste flächen- und wohnungsmarktpolitische Instrumente konstruktiv anzugehen.“
(Landeshauptstadt München 2011: Jahreswirtschaftsbericht: 71)*

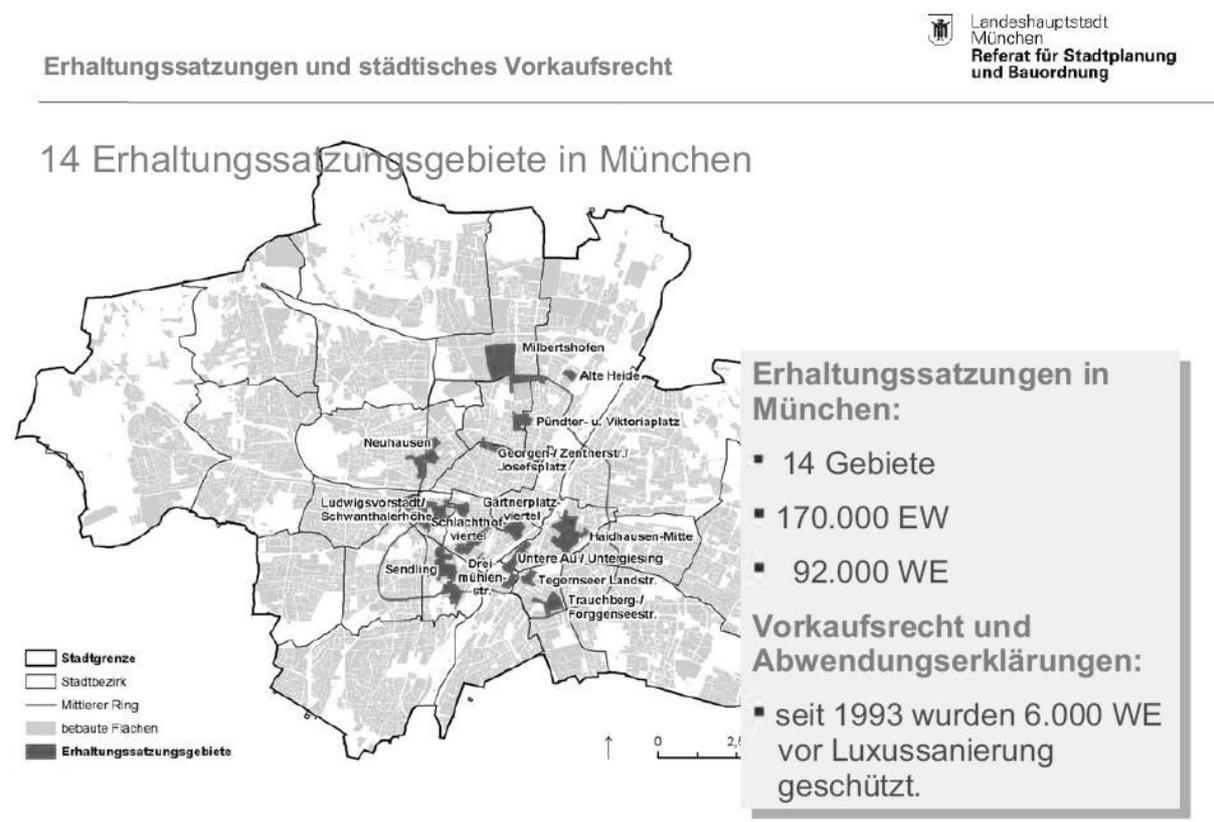
Was unternimmt die Politik, vor allem die lokale Politik, die sich mit diesen Problemen konkret und vor Ort auseinandersetzen muss?

Die Politik beauftragt ihre planende Verwaltung. Diese soll ermitteln, wie notwendig bzw. nützlich Aufwertungen sind. Sie soll prüfen, welche Auswirkungen die Aufwertungsprozesse auf Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und auf die sozialen Verhältnisse in der Stadt haben können. Planung und Politik legen hierbei ihr eigenes Interesse, das gesamtwirtschaftliche, zugrunde. In ihrer Sorge um das Allgemeinwohl versuchen sie, so viel Wachstum wie möglich zu fördern und dabei negative Effekte auf andere Branchen, Blockaden, Widersprüche oder Kosten für den Staat vorausszusehen, abzuschätzen und nach Möglichkeit zu verhindern.

Zu diesem Zweck mischt sich die Planung häufig schon frühzeitig ein. Sie berät die Immobilienwirtschaft beim Auffinden von Geschäftsmöglichkeiten, die die Planung für Wohnungsversorgung für notwendig hält. Sie berät die Investoren, um die chaotischen Prozesse der Spekulation vor allem räumlich zu lenken und mit anderen Stadtentwicklungsprozessen zu koordinieren. Schließlich ziehen Aufwertungsprozesse nicht nur Aufwendungen für öffentliche Infrastrukturen nach sich – Verkehrs-, Grünanlagen oder Anderes müssen geschaffen werden. Wenn Bevölkerung mit geringem Einkommen verdrängt wird, wenn das städtische

Segregationsmuster neu geschrieben wird, dann wird möglicherweise im Aufwertungsgebiet die soziale Infrastruktur entwertet. Und an anderen Standorten, dort wo die Verdrängten hinzuziehen müssen, braucht es zusätzliche Kitas und Schulen. Die Segregation, so die Sorge der Stadtplaner, kann sich durch die Verdrängungsprozesse verschärfen und neue Probleme für die Stadtpolitik schaffen, weil soziale Brennpunkte oder Desinvestitionsprozesse und Abwärts-spiralen in der Quartiersentwicklung entstehen. Es kann sein, dass neuer sozialer Wohnraum überhaupt erst geschaffen werden muss, weil er knapp ist. Das belastet die kommunalen Kassen, so dass manche Städte zu dem Schluss kommen, dass die erfolgreichen privaten Einzelinteressen der Wohnungsbaukapitalisten sich nicht unbedingt mit dem gesamtwirtschaftlichen Interesse decken, dass sie kein positiver Beitrag zur Erhöhung des Allgemeinwohls sind. Dann legt die Politik fest, dass – in diesem Fall und für eine gewisse Zeit – öffentliches und privates Interesse auseinanderfallen. Die Politik weist das partikulare Interesse in die Schranken. Die Formen und Mittel dieser Intervention können sehr unterschiedlich sein. Die planende Verwaltung kann dank ihrer Frühwarnsysteme schon im Vorfeld intervenieren und versuchen, über Informationen, Angebote und Absprachen das private Interesse zu kanalisieren. Es kann sein, dass frühzeitig entlastende Angebote für die Verdrängten gefördert und bereitgestellt werden. Es kann auch sein, dass die lokale Politik zum gesetzlichen Mittel greift, ein im Prinzip gewünschtes privates Interesse temporär und räumlich begrenzt zu untersagen. Z.B. kann dann mit Hilfe des § 172 Baugesetzbuch eine Soziale Erhaltungsverordnung festgelegt werden wie beispielsweise in Hamburg für St. Pauli (HmbGVBl. Nr. 7 vom 14.2.2012) oder in München (Abb. 8).

Abbildung 8: Erhaltungssatzungsgebiete in München (Quelle: Reiß-Schmidt 2011)



Die relative Autonomie des lokalen Staates gegenüber den privaten, partikularen Interessen beinhaltet aber auch, dass die Politik entscheiden kann, den anarchischen, Rendite getriebenen Prozess auf dem Wohnungsmarkt laufen zu lassen wie z.B. in Berlin – weil arme Bevölkerungsgruppen verdrängt werden, die ökonomisch ohnehin überflüssig sind, weil irgendwo in der Stadt noch halbwegs ausreichender billiger Wohnraum vorhanden ist, weil die Aufwertung Image und Tourismus fördern soll oder den Hoffnungsträger „Kreativwirtschaft“.

7. Logik der Konkurrenz oder politischen Programm?

Abschließend kann die Frage, ob Aufwertungsprozesse Ausdruck eines politischen Programms oder „nur“ der kapitalistischen Konkurrenzlogik sind, – in Umrissen – beantwortet werden.

Daran, dass die Kommunen selbst die Frage stellen, was eine erwünschte Aufwertung ist und was nicht, kann man schon einen berechnenden Umgang bemerken, ein Kalkül, was dem Allgemeinwohl der Stadt am besten dienlich ist.

Da der Staat die Gesellschaft so eingerichtet hat, dass ihre Entwicklung von den Erfordernissen und Erfolgen der Kapitalakkumulation abhängt, steht außer Frage, dass auch die lokale Politik Wirtschaftswachstum auf ihrem Territorium als obersten Zweck setzt (vgl. Duveneck/Schipper in diesem Band). Es geht um das Wie. Wie partizipiert sie am allgemeinen Wirtschaftswachstum, wie wettbewerbsfähig ist sie in der internationalen Standortkonkurrenz, wie kann sie mehr Investitionen/Kapital anziehen, welche finanziellen Mittel hat sie, dafür entsprechende Bedingungen in der infrastrukturellen Ausstattung und der gebauten Umwelt zu produzieren.

Mit dieser Zwecksetzung wird der Strukturwandel der Wirtschaft zu einem Sachzwang, dem die Politik sich unterwerfen will: Sie passt die Wohn- und sonstigen Reproduktionsbedingungen den wechselnden Erfordernissen an, verwaltet die von der Wirtschaft nicht nachgefragte Wohnbevölkerung sozialstaatlich in Wohnquartieren am Stadtrand, schafft Bedingungen, um benötigte Mittelschichten in der Stadt zu halten, u.a.m. Dazu gehört auch, die daraus resultierenden Konflikte, Exklusionen und negativen Wirkungen abzufangen, zu integrieren und zu legitimieren: z.B. die negativ betroffenen Stadtbewohner davon zu überzeugen, dass die Schädigung, die sie erfahren, dem Allgemeinwohl nützt und deshalb letztendlich auch ihnen, dass die Politik in Sachzwängen steckt und sich dem Markt, dem Strukturwandel, den Modernisierungsprozessen nicht entziehen kann, dass Kritiker von Gentrification nur eines von vielen partikularen Interessen vertreten und dies am Allgemeinwohl relativieren müssen, wollen sie ernst genommen werden.

Aufwertung (Gentrification) ist als Beitrag zu mehr Wirtschaftswachstum für die lokale Politik verlockend, aber nicht an sich ein politisches Programm. Das politische Programm besteht darin, die kapitalistische Konkurrenz zu gewährleisten, die Akkumulation zu befördern und am Erfolg der Unternehmen in der Konkurrenz zu profitieren. Insofern ist das ODER in der gestellten Eingangsfrage ein UND.

Literatur

- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2010): Wohnungsmärkte im Wandel. Zentrale Ergebnisse der Wohnungsmarktprognose 2025. = BBSR- Berichte Kompakt 1/2010.
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2011): Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz. = BBSR- Berichte Kompakt 9/2011.
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2012): Die Attraktivität großer Städte: ökonomisch, demografisch, kulturell. Ergebnisse eines Ressortforschungsprojekts des Bundes. Bonn.
- Belina, Bernd (2011): Kapitalistische Raumproduktion und ökonomische Krise. Zum Begriff des spatial fix bei David Harvey. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 55(4): 239-252.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2009): Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland. Berlin.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2011): Finanzierungsstrategien wohnungswirtschaftlicher Akteure unter veränderten Rahmenbedingungen auf den Finanzierungsmärkten. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2011.
- BT (Deutscher Bundestag) (2010): Wohngeld- und Mietenbericht 2010. = BT-Drucksache 17/12075.
- Deutsche Bundesbank (2002): Der Wohnungsmarkt in den neunziger Jahren. In: Monatsberichte, 2002/1: 29-39.
- Deutsche Bundesbank (2012): Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland 2011. In: Monatsberichte, 2012/2: 54-58.
- DG Hypo (Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG) (2011): Immobilienmarkt Deutschland 2011/2012. Frankfurt am Main.
- Grossmann & Berger (2012): Marktbericht Bauträger 2012. Beste Perspektiven mit Neubauwohnungen in Hamburg. Hamburg.
- Harvey, David (1982): The limits to capital. Oxford.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter und Dieter Läßle (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main.
- HmbGVBl. (Hamburgisches Gesetz- und Ordnungsblatt) (2012): Verordnung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für ein Gebiet im Stadtteil St. Pauli (Soziale Erhaltungsverordnung St. Pauli). Nr. 7 vom 14.2.2012: 41f.
- Holm, Andrej (2010): Wir bleiben alle! Gentrifizierung - städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster.
- Just, Tobias und Michael Voigtländer (2011): Zur Rolle der öffentlichen Hand auf dem deutschen Wohnungsmarkt. In: Informationen zur Raumentwicklung, 12/2011: 661-673.
- Koch, Uwe (2005): Mietpreispolitik in Deutschland. Augsburg.
- Landeshauptstadt München (2011): Münchner Jahreswirtschaftsbericht 2011. München.
- Landeshauptstadt München (2011a): Wohnungsmarkt München - Expertenbefragung 2011. München.

- Reiß-Schmidt (2011): Stadtteilentwicklung in München. (Vortrag Frankfurt/M. 17.11.2011) Stadtplanungsamt Frankfurt am Main.
- Slater, Tom (2006): The eviction of critical perspectives from gentrification research. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 30(4): 737–757.
- Slater, Tom (2008): ‘A literal necessity to be re-placed’: A rejoinder to the gentrification debate. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 32(1): 212-223.
- Smith, Neil (1987): Gentrification and the rent gap. In: *Annals of the Association of American Geographers* 77(3): 462-465.
- Statistisches Bundesamt (2011): Baugenehmigungen/ Baufertigstellungen, Lange Reihen.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2012): Verbraucherpreise in Deutschland. Tab. ZR 084. URL im Internet: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/zeitreihen/ZR084.xls> (14.08.2012).
- Zeller, Christian (2003): Bausteine zu einer Geographie des Kapitalismus. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 47(3-4): 215-230.

Wohnung als Ware – Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung¹

Von Andrej Holm

Steigende Mietpreise in vielen Städten, der Ausverkauf von bisher öffentlichen Wohnungsbeständen, die Verdrängung von ärmeren Einkommensgruppen aus den Innenstädten sowie die damit einhergehenden Segregationsprozesse beschäftigen nicht nur die Stadtforschung, sondern werden aktuell auch von städtischen Protestbewegungen auf die Tagesordnung der Stadtpolitik gesetzt. So hat sich der lange Zeit ausschließlich in den Fachdebatten verhandelte Begriff der Gentrification in die Überschriften der überregionalen Zeitungen emporgearbeitet. Die Vorstellungen von fast schon natürlichen Abfolgen einer kulturellen Aufwertung durch Studierende, Kreative und Subkulturen und die anschließende Inwertsetzung durch die Immobilienwirtschaft nehmen einen festen Platz in den aktuellen Stadtdebatten ein. Doch diese Ausweitung der Diskussion geht vielfach zu Lasten der konzeptionellen Klarheit des Modells. Insbesondere polit-ökonomische Erklärungen von Wohnungsnot und Stadtentwicklung drohen im breiten Diskurs um Wohnbedürfnisse der kreativen Klassen, Standortwettbewerbe und Festivalisierungsstrategien der Stadtpolitik unterzugehen.

Doch schon der verbreitete Begriff des Wohnungsmarktes deutet auf eine Organisation der Wohnungsversorgung unter den Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie hin. Wie andere Waren unterliegen der Wohnungsbau und die Wohnungsbewirtschaftung dabei vor allem makro- und mikroökonomischen Rationalitäten. Daraus können einige grundsätzliche Überlegungen abgeleitet werden, die für die Einschätzung der aktuellen Entwicklungen in den Städten, aber auch für die Formulierung von Alternativen einer sozialen Wohnungsversorgung von zentraler Bedeutung sind.

Wohnungen haben einen Doppelcharakter als Gebrauchs- und Tauschwerte

Der Doppelcharakter von Waren, zugleich Träger von Gebrauchs- und Tauschwerten zu sein, trifft auch für die Wohnungsversorgung zu. Während der Gebrauchswert (die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert) Aspekte wie die Größe, Qualität und Ausstattung

¹ Dieser Artikel ist zuerst 2011 in der Zeitschrift Widersprüche (Heft 121, S. 9-22) erschienen. Vielen Dank an den Verlag "Westfälisches Dampfboot" für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

einer Wohnung umfasst – drückt sich der Tauschwert in den Verkaufspreisen bzw. den Gewinnspannen der Wohnungsvermietung aus. Damit ist ein zentrales Konfliktfeld in marktformig organisierten Wohnungsversorgungssystemen benannt.

Steigende Mietkosten ohne Ausstattungsverbesserungen etwa werden von vielen Bewohner/innen als auseinanderklaffende Schere zwischen Gebrauchswert und Tauschwert empfunden. Während Mieter/innen vor allem an einer Verbesserung der Gebrauchsgütern ihrer Wohnungen interessiert sind, orientieren sich ökonomisch rational handelnde Eigentümer/innen an der Maximierung der Mieteinnahmen bzw. Verkaufspreise.

Anders als in den Annahmen zur Warenproduktion bestimmt sich der Wert einer Immobilie jedoch nicht nur über den Produktionspreis, also die zu ihrer Erstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeit (MEW 23: 53), sondern wesentlich über externe Bewertungsfaktoren wie der Lage, dem Wohnungsmarktsegment oder der Knappheit des Angebots. In der Perspektive der klassischen Politikökonomie wird auch die Wertform der gebauten Umwelt, wie beispielsweise von Wohnungen, nach ihrer Stellung im Produktionsprozess als fixes Kapital, allgemeine Produktionsbedingungen oder als Teil des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds bestimmt (Belina 2010: 10). Das Geschäft des Wohnungshandels und der Wohnungsvermietung wird in dieser Konzeption selbst bei beträchtlichen Gewinnen nicht als Generierung von Mehrwert verstanden, da es mit Ausnahme der Erstellung von Gebäuden außerhalb der Produktionsprozesse steht. „Zirkulation schafft keinen Wert“ (MEW 25: 209) und auch keinen Mehrwert. Wohnungen werden daher als spezifische Form des Geldkapitals angesehen:

„Gewisse Waren können der Natur ihres Gebrauchswertes nach immer nur als fixes Kapital verliehen werden, wie Häuser, Schiffe, Maschinen usw. Aber alles verliehene Kapital, welches immer seine Form und wie die Rückzahlung durch die Natur des Gebrauchswertes modifiziert sein mag, ist immer nur die besondere Form des Geldkapitals. Denn was hier verliehen wird, ist immer eine bestimmte Geldsumme, und auf diese Summe wird dann auch der Zins berechnet“ (MEW 25: 356).

Die Profite der Wohnungswirtschaft entstammen also nicht unmittelbar der Mehrwertproduktion, sondern aus dessen Abzug im Zins (Belina 2010: 16).

Doch auch ohne eine gegensätzliche Stellung in den Produktionsprozessen muss die Konstellation von Mieter/innen und Eigentümer/innen als grundlegendes Widerspruchsverhältnis interpretiert werden, dass in der ungleichen Verteilung von Eigentumstiteln und der Entkoppelung von Tausch- und Gebrauchswerten von Häusern und Wohnungen begründet liegt. Die Geschichte der Wohnungspolitik lässt sich als dauerhafter Versuch beschreiben, diesen Antagonismus durch eine Reihe von gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen (Mietrecht, Baurecht, Wohngeld etc.) zu regulieren (Egner u.a. 2004) – aufgehoben werden kann er nicht. Für die aktuellen Diskussionen zur Stadtentwicklung ist das insofern von Bedeutung, weil sich Wohnungspolitik in dieser Perspektive nicht als moderierbares Politikfeld mit Vorteilsoptionen für alle Seiten verstehen lässt. Mieter/innen werden sich immer auch noch bessere und also gebrauchswertere Wohnungen vorstellen können und Eigentümer/innen werden sich – eine ökonomische Rationalität ihres Handels unterstellt – immer an einer Steigerung der Einnahmen orientieren. Eingriffe in den Wohnungsmarkt sind also immer eine Balance von widersprüchlichen Interessen und damit Ausdruck von Machtverhältnissen in den Städten.

Wohnungen sind zinstragende Kapitalanlage

Aus einer ökonomischen Perspektive stellen sich Immobilien wie beschrieben als zinstragendes Kapital – vergleichbar mit einer Finanzanlage – dar (Brede/Kohaupt/Kujath 1975; 24 ff.). Wegen der hohen Erstellungskosten von Wohnungen oder auch Bürogebäuden zirkuliert der Wert von Immobilien in „eigentümlicher Weise“ (MEW 24: 160). Anders als beim Verkauf eines Autos oder einer Waschmaschine wird der Wert nicht auf einmal und vollständig, sondern allmählich und bruchweise übertragen. Dadurch bleibt das investierte Kapital über lange Zeit in den gebauten Strukturen fixiert – und kann so eben nicht sofort wieder investiert werden. Diese zeitliche Verzögerung des Kapitalumschlags wird durch Zinsen ausgeglichen, die sich letztendlich in der Logik von Mietzahlungen widerspiegeln.

„Die Verzinsung ist es, die sich der Hauseigentümer von der Wohnungsvermietung erhofft und die ihn deshalb zum Bau oder Kauf des Hauses veranlasst hat. Die Höhe dieses Zinses ist von zwei Faktoren abhängig: von der Größe des vorgeschossenen Kapitals und von dem Zinssatz, der auf dem Wohnungsmarkt erzielt werden kann“ (Brede/Kohaupt/Kujath 1975: 25).

Diese Zinsökonomie des Wohnungsmarktes hat enorme Folgen, denn in einem solcherart organisierten Wohnungsbau konkurrieren Investitionen in den Neubau und den Erhalt von Wohnungen immer mit anderen Anlageoptionen (Sparbuch, Aktien, Schiffscontainer) und erst wenn die durchschnittliche Verzinsung höher als in anderen Bereichen ist, lohnt sich eine Investition in den Wohnungsmarkt. Aber auch innerhalb des Wohnungsmarktes weisen verschiedene Teilmärkte unterschiedliche Gewinnaussichten auf, sodass in der Tendenz v.a. in die profitablen Bereiche der Wohnungsversorgung investiert wird. Preiswerte Mietwohnungsbestände gehören in der Regel nicht dazu. Aus der ökonomischen Struktur der Grundrenten heraus kann erklärt werden, warum es einen systematischen Mangel an preiswerten Wohnungsgelegenheiten gibt.

Die Struktur der Immobilienökonomie als zinstragendes Kapital führt aktuell zu dem (nur) scheinbaren Paradox, dass auf dem Höhepunkt der Finanzkrise verstärkt in den Immobilienmarkt investiert wurde, weil die Anlagen ins sogenannte „Beton-Gold“ als relativ sicher gelten (Raggamby 2010).

Auch das wohnungswirtschaftliche Geheimnis der Gentrification lässt sich mit dem Zinscharakter der Wohnungswirtschaft erklären: Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen versprechen eben dort die höchsten Gewinne, wo die Ertragslücken am höchsten sind (Smith 1979). In der Regel sind das Wohngebiete, die aus wohnungswirtschaftlicher Sicht die geringsten Restnutzwerte aufweisen, über die schlechteste Bausubstanz verfügen und die niedrigsten Mieteinnahmen erbringen. Gerade weil die Ertragslücken in solchen heruntergewirtschafteten Nachbarschaften regelmäßig am höchsten ausfallen, ist die Verdrängung kein ungewollter Nebeneffekt der Erneuerung, sondern notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Investitionsstrategie (Marcuse 1992).

Finanzialisierung der Immobilienwirtschaft

Unter den Bedingungen der Globalisierung verstärken sich solche Prozesse der ungleichen Raumentwicklung (Smith 2007). Statt der kreditfinanzierten Projekte traditioneller Immobilienentwickler und Wohnungsbauunternehmen werden Wohnungsmärkte zunehmend direkt von Finanzmarktakteuren bestimmt, die auf die Wohnungs- und Immobilienmärkte drängen. Banken wie UBS und globale Finanzdienstleister wie Morgan Stanley erwarben Immobilien wie das Atlantic-Haus oder den Astra-Turm in Hamburg, Investmentgesellschaften wie Cerberus, Blackstone und Fortress kauften deutschlandweit Wohnungen und der Bestand institutioneller Anleger/innen wird mittlerweile auf etwa 850.000 Wohnungen geschätzt (BBR 2006). Insbesondere der Verkauf von Wohnungen aus der öffentlichen Hand und die Privatisierungen ganzer Wohnungsbaugesellschaften haben eine Debatte um die Verwertungsstrategien und Investitionsmotive der neuen Eigentümer/innen ausgelöst, die regelmäßig unmittelbar mit dem Finanzmarktsektor verbunden sind. Dieser Übergang zur Finanzialisierung der Immobilienwirtschaft lässt sich als Umkehr der bisherigen Funktionsbeziehungen zwischen dem Finanzmarktbereich und dem Immobiliensektor beschreiben. Finanzmärkte stehen nicht mehr länger im Dienst der Realökonomie, sondern zielen direkt auf einen Renditesteigerung von Finanzanlagen (Huffschild 2007). Das frühere Mittel zur Umsetzung von Bauprojekten verwandelte sich so in den Selbstzweck des anlagesuchenden Kapitals (Heeg 2011: 181 f.).

Kritiker/innen der massiven Privatisierungsprozesse in der letzten Dekade haben die Verkäufe als Teil einer „globalen Enteignungsökonomie“ (Zeller 2004) interpretiert und in den Kontext internationaler Kapitalkreisläufe gestellt. Angeregt von Debatten kritischer Geographen (Harvey 2009) und Ökonomen (Chesnais 2004) lassen sich die verstärkten Investitionen in deutsche und internationale Immobilien- und Wohnungsmärkte als Ausdruck eines 'finanzdominierten Akkumulationsregimes' verstehen. Dahinter verbirgt sich die Beobachtung der zunehmenden Disparität zwischen der globalen Wertschöpfung und den, um ein vielfaches höheren, Umsätzen der Finanzmärkte. Das Volumen der Devisentransaktionen entspricht dem 70fachen des weltweiten Handels mit Gütern und Dienstleistungen, der Handel mit Zinsderivaten ist sogar 100mal höher (Klein 2008: 94). Die nun in die Krise geratene Finanzwirtschaft der vergangenen 20 Jahre kann als eine Ökonomie der ungedeckten Schecks bezeichnet werden. Auf der einen Seite wurden immer neue Anlagemodelle in Fonds, Versicherungen und Derivat Handel aufgelegt, auf der anderen Seite gab es immer weniger gewinnträchtige Produktionssphären, die diesen Handel tatsächlich hätten decken können. Die den Anleger/innen versprochenen Gewinne gerieten so in Gefahr. Als Ausweg solcher Verwertungskrisen wurden in der Geschichte der kapitalistischen Ökonomie regelmäßig Investitionen in den sogenannten 'zweiten Kapitalkreislauf', also in große Bauprojekte, Immobilienmärkte und Infrastrukturen getätigt. David Harvey beschreibt diesen Vorgang als Absorption der Gewinne, um deren Reinvestition in Bereichen der Warenproduktion („erster Kapitalkreislauf“) einzuschränken. Auch der Einstieg in vormals öffentliche Unternehmen ist Teil einer Strategie, die Verwertungslogik auch auf bisher marktferne Gesellschaftsbereiche auszuweiten. Das überschüssige und damit nicht mehr renditefähige Kapital soll so von den Kapitalmärkten abgezogen werden, um die Verwertungsaussichten in den gewerblichen und produzierenden Sekto-

ren der Wirtschaft zu stabilisieren. Doch diese Strategie hat zumindest im Bereich des Immobilienmarktes einen kleinen Haken: auch die kurzfristig in den Immobilienmarkt abgeführten Investitionssummen müssen sich langfristig amortisieren und Gewinne erwirtschaften. Die längeren Umschlagszeiten des Kapitalkreislaufes im Immobilienbereich stellen somit nur eine vorübergehende Entlastung für die Verwertungskrisen dar. So wundert es nicht, dass die aktuelle Krise der Finanzmärkte ihren Ausgangspunkt in den Hauskauf-Krediten der amerikanischen Arbeiterklasse genommen hat (Popelard und Vannier 2010). Die aktuelle Krise ist daher nicht nur die Krise des Finanzmarktes, sondern vielmehr die Krise der Krisenbewältigungsstrategien des Kapitals.

Wohnungsmärkte sind 'unvollkommene Märkte'

Wohnungsmärkte weisen neben den langen Reinvestitionszyklen einige weitere Besonderheiten auf, die zu eingeschränkten Allokationseffekten führen: Insbesondere die Immobilität des Wirtschaftsgutes Wohnung, die beschränkte Reproduzierbarkeit (Wohnung als knappes Gut) und die externen Preisbildungsfaktoren (z.B. werden die Preise weniger von den wohnungsbezogenen Qualitätskriterien, als von Lagemerkmalen bestimmt) weisen den Wohnungsmarkt als unvollkommenen Markt aus. Im Vergleich zu idealtypischen Marktmodellen sind Wohnungsmärkte durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet (Krätke 1995: 194 ff.):

- eine mangelnde Transparenz des Marktes, da insbesondere die Aufspaltung in Teilmärkte eine vollständige Marktübersicht erschwert und die Herausbildung von Monopolstellungen begünstigt,
- eine geringe Anpassungselastizität, da langwierige Produktionsprozesse und eine ökonomisch zu berücksichtigende Restnutzungsdauer die kurzfristige Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen verzögert und behindert,
- das Vorhandensein persönlicher Präferenzen, etwa wenn bei der Vergabe von Wohnungen außerökonomischer Kriterien der Benachteiligung und Bevorzugung eine Entscheidung beeinflussen,
- die fehlende sachliche Gleichartigkeit der Güter, da Wohnungen sich in Hinsicht ihrer regionalen, sachlichen und mierechtlichen Situation deutlich voneinander unterscheiden und nicht als einheitlicher Markt angesehen werden können.

Die oft betonten Verteilungsfunktionen des Marktes können sich im Bereich der Wohnungsverorgung nur sehr eingeschränkt entfalten — deshalb die Rede vom unvollkommenen Markt bzw. vom systematischen Marktversagen. Darüber hinaus würden aber auch funktions-tüchtige Verteilungsfunktionen des Wohnungsmarktes das Problem der sozialen Blindheit nicht überwinden. Denn auf Märkten zählen nicht Bedürfnisse und Bedarf, sondern die Nachfrage. Obdachlosigkeit wäre dann keine Versorgungslücke im ökonomischen Sinn, weil sie ja keine zahlungskräftige Nachfrage konstituiert.

Die Wohnungsversorgung ist in der Hand von Immobilien-Verwertungs-Koalitionen

Doch der Wohnungsmarkt wirkt nicht einfach aus seiner ökonomischen Logik heraus, sondern wird auch gemacht. Das Wohnungswesen ist ein hochkomplexes System, das nur im Zusammenspiel verschiedener Akteure funktioniert. So setzt ein städtischer Wohnungsmarkt die Kooperation von Grundeigentümer/innen, finanzierenden Banken, Architekt/innen und Stadtplaner/innen, der Bauwirtschaft und, in der Regel, der Stadtverwaltungen voraus. Politische und administrative Rahmenbedingungen wie etwa die Steuergesetzgebung, das Bau- und Mietrecht, Denkmalschutzbestimmungen und Förderprogramme haben einen wesentlichen Einfluss auf die Investitionsaktivitäten.

All die benannten Akteursgruppen haben ein gemeinsames Interesse an der Bodenverwertung der Stadt und müssen sich auf ein gemeinsam geteiltes Programm des Wohnungsbaus einigen. Die dominierende Orientierung auf die Errichtung von Eigenheimen an den Stadträndern in den 1960er und 1970er Jahren steht ebenso wie die Hinwendung zu Stadterneuerungsprogrammen in den 1980er und 1990er Jahren für die Konstitution solcher Interessenblöcke (siehe Bodenschatz 1987: 10). Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive können wir in Anlehnung an die städtischen Wachstumskoalitionen (Logan und Molotch 1987) von lokalen Immobilien-Verwertungs-Koalitionen sprechen. Während das Interesse von Eigentümer/innen, Banken und der Bauwirtschaft v.a. wirtschaftlich begründet werden kann, ist die aktive Rolle von Stadtregierungen vor allem über Strukturen der Klientelpolitik und eine zunehmend unternehmerische Orientierung von Stadtpolitiken (Harvey 1989; Brenner/Theodore 2002) zu erklären. Gerade in Zeiten der internationalen Standortkonkurrenz gibt es wohl keinen schlimmeren Vorwurf an die lokale Politik als 'investitionsfeindlich' zu sein. Mit dieser Orientierung ist regelmäßig die Abkehr von sozialen Zielen und ausgleichenden Instrumenten der Stadtpolitik verbunden. Amerikanische Akademiker/innen und Aktivist/innen haben diesen Zusammenhang für die New Yorker Stadtpolitik seit den 1970er Jahren trefflich als „Sieg des Immobilienmarktes über den Wohlfahrtsstaat“ beschrieben (Moody 2007; Brash 2011).

In der politischen Diskussion dieser Orientierung ist eine naive Hoffnung auf nach unten durch sickernde Wohlstandeffekte eines Wirtschaftswachstums bis weit in sozialdemokratische, grüne und linke Politikauffassungen verbreitet (Alber 2001: 80 ff.).

Im Rückgriff auf den beschriebenen Doppelcharakter der Ware Wohnung kann in den Städten ein Interessengegensatz zwischen der an den Tauschwerten orientierten Immobilien-Verwertungs-Koalitionen und den an Gebrauchswerten orientierten Bewohner/innen angenommen werden. Ein Beispiel: während Bauherren, Banken und Bauwirtschaft von steigenden Bodenpreisen und Wohnkosten profitieren, sind Mietsteigerungen bei der Mehrheit der Bewohner/innen eher unbeliebt. Doch die hier beschriebene Interessenkonstellation ist von einer enormen Ungleichverteilung von Macht geprägt. Während die eine Seite institutionell vernetzt ist und über wesentliche ökonomische, fachliche und politische Ressourcen verfügt, ist die gemeinsame Artikulation von Interessen der Bewohner/innen erheblich schwieriger.

Systematische Benachteiligung auf Wohnungsmärkten

Die Folgen dieser ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Wohnungsversorgung bewirken eine zunehmende soziale und räumliche Polarisierung in den Städten. Insbesondere der Zugang und die Qualität der Wohnungsversorgung wird einer Abhängigkeit von den ökonomischen Ressourcen der Bewohner/innen unterworfen. So führen freifinanzierte Neubauten und Modernisierungen regelmäßig dazu, dass die besseren (neuen) Wohnungen zu meist höheren Preisen angeboten und ärmere Haushalte auf die älteren, preiswerteren und oft schlechteren Wohnungsbestände verwiesen werden. Über die sozialen und emotionalen Kosten einer Verdrängung aus angestammten Nachbarschaften hinaus, führt diese Struktur zu der Herausbildung eines Zweiklassenwohnens: „Die Reichen wohnen, wo sie wollen, die Armen dort, wo sie müssen“ (Häußermann 2007: 237).

Der durch den Markt systematisch hervorgerufenen Mangel an preiswerten Mietwohnungen verschärft sich durch die wachsende Konkurrenz in diesem Teilsegment des Wohnungsmarktes. So hat beispielsweise in vielen Städten durch die demografischen Veränderungen (Zunahme der Kleinsthaushalten) die Nachfrage nach kleinen Wohnungen erheblich zugenommen. Effekt dieser erhöhten Nachfrage sind die deutlich steigenden Mieten bei den Neuvermietungen.

Im Zusammenhang mit systematischen Benachteiligungen beim Zugang zur Wohnungsversorgung sind auch diskriminierende Praktiken von Wohnungsverwaltungen und Eigentümer/innen bei der Wohnungsvergabe zu nennen. So zeigen Studien aus verschiedenen Städten, dass nicht-deutsche Wohnungsbewerber/innen in einigen Stadtteilen (unabhängig von ihren Einkommenssituationen) bei der Wohnungsvergabe benachteiligt werden (Planerladen 2005; Kilic 2008). Auch Hartz-IV-Haushalte sind durch die beschränkte Übernahme der Unterkunftskosten und die zeitlichen Verzögerungen bei den Wohnungsbewerbungen durch die Zustimmungspflicht der Jobcenter gegenüber anderen Wohnungsbewerber/innen benachteiligt (BBR 2009: 93 ff.). Auch im privaten (Unter)Vermietungsgeschäft sind ärmere Haushalte etwa durch das Angebot von teilweise üppigen Vermittlungsprämien einem ungleichen Wettbewerb ausgesetzt.

Sozialorientierte Stadtpolitik heißt Dekommodifizierung und Vergesellschaftung

Welche Schlussfolgerungen sind aus diesen Bedingungen der Wohnungsversorgung zu ziehen? Welche Voraussetzungen hat eine soziale Stadtpolitik? Ganz allgemein lässt sich das Programm einer sozialen orientierten Organisation der Wohnungsversorgung als Dekommodifizierung und Vergesellschaftung beschreiben. Im Zusammenhang mit den Verdrängungsdynamiken im Zuge von Aufwertungsprozessen haben Neil Smith und Peter Williams bereits Ende der 1980er Jahre formuliert:

„Langfristig ist die Dekommodifizierung der Wohnungsversorgung die einzige Verteidigung gegen Gentrification [...]. Anständige Wohnungen und Nachbarschaften sollten ein Recht und kein Privileg sein. Natürlich ist dies nicht mit einer Reihe von Reformen zu erreichen; vielmehr wird es politische Umwälzungen brauchen, die tiefgreifender sein werden, als die sozialen und räumlichen Veränderungen, wie wir sie heute kennen“ (Williams/Smith 1986: 222).

Die Dekommodifizierung, also das Herauslösen der Wohnungsversorgung aus den Marktlogiken, kann dabei als Ziel und Maßstab für die Bewertung wohnungspolitischer Programme und Regelungen verstanden werden. Ganz grundsätzlich lassen sich drei zentrale Steuerungsmedien für einen staatlichen bzw. kommunalen Eingriff in die Wohnungsversorgung benennen (siehe Holm 2006):

- *Geld* umfasst als Steuerungsinstrument im Bereich der Wohnungsversorgung insbesondere Subjekt- und Objektförderungen sowie finanzielle Förderinstrumente zur Unterstützung bestimmter Wohnungsanbieter. Neben dem Wohngeld zählten in der Vergangenheit insbesondere die Förderprogramme des Sozialen Wohnungsbaus zu den zentralen Instrumenten der Wohnungspolitik. Durch die Übernahme der unrentierlichen Kosten wurden dabei zeitlich begrenzt preiswerte Wohnungen erstellt und durch Belegungsbindungen aus den Vergabepinzipien der Wohnungsmärkte herausgelöst. Bei aller Kritik an den traditionellen Programmen des Sozialen Wohnungsbaus ist vor dem Hintergrund der Liberalisierung und Mittelkürzungen im Bereich der Wohnungspolitik eine Diskussion über Perspektiven eines Neuen Sozialen Wohnungsbaus überfällig.
- *Recht* bezieht sich als Steuerungsinstrument auf meist zivilrechtliche und hoheitliche Regulationsmechanismen, bei denen beispielsweise durch die Ausgestaltung des Mietrechts, des Baurechts und des Städtebaurechts in Form von Festlegungen, Auflagen und Genehmigungsvorbehalten auch soziale Ziele durchgesetzt werden sollen. Die auch stadtpolitischen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der gesetzlichen Regulationsinstrumente verweisen unmittelbar auf die widersprüchlichen Interessenskonstellationen im Bereich der Wohnungsversorgung.
- *Eigentum* kann in Gestalt des Eigentums an Grundstücken und öffentlicher Wohnungsbestände als Steuerungsinstrument genutzt werden. So kann beispielsweise die privilegierte Vergabe von öffentlichen Grundstücken an ausgewählte Bauträger mit Auflagen zur Erstellung eines preiswerten (Miet)Wohnungsbaus verbunden werden. Kommunale und andere öffentliche Wohnungsbestände können über entsprechende Vorgaben für die Bewirtschaftungs- und Vergabepaxis zur soziale Wohnungsversorgung benachteiligter Haushalte beitragen. Auch hier weisen die aktuellen Trends der Privatisierung und Ökonomisierung jedoch auf eine Abkehr von einer sozialen Stadtpolitik.

Ein zweiter Aspekt einer sozialorientierten Stadtpolitik kann mit dem Stichwort der Vergesellschaftung umrissen werden. Gemeint sind damit zunächst vor allem die Entmachtung der beschriebenen Immobilien-Verwertungs-Koalitionen und eine Re-Politisierung der Stadtpolitik im Sinne einer gemeinsamen und öffentlichen Debatte und Entscheidung über gemeinsame und öffentliche Belange.

In einer weitergehenden Perspektive kann Vergesellschaftung auch als die Übernahme der Verfügungsgewalt von Wohnungen in eine Bewohnerselbstverwaltung verstanden werden. Modelle für solche Selbstverwaltungsstrukturen gibt es bisher nur in den gesellschaftlichen Nischen von Wohnprojekten (wie z.B. dem Mietshäuser Syndikat), die durch ein hohes Maß an kultureller und sozialer Exklusivität gekennzeichnet sind. Hier gilt es, verallgemeinerbare Perspektiven zu entwickeln. In der Praxis einer sozial orientierten Stadtpolitik werden Dekommodifizierung und Vergesellschaftung nicht auf einen Schlag durchsetzbar sein. Als Maßstab des eigenen Handelns bieten sie jedoch eine sinnvolle Orientierung bei der Formulierung von Forderungen, Vorschlägen und Programmen.

Literatur

- Alber, Jens (2001): Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt? In: Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Frankfurt am Main: 59-112.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2006): Veränderungen der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen. Forschungen 124. Bonn.
- BBR (2009): Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte. Forschungen 142. Bonn.
- Belina, Bernd (2010): Krise und gebaute Umwelt. Zum Begriff des 'sekundären Kapitalkreislaufs' und zur Zirkulation des fixen Kapitals. In: Z — Zeitschrift Marxistische Erneuerung 20(83): 8-19.
- Bodenschatz, Harald (1987): Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskasernenstadt der Welt“. Berlin.
- Brash, Julian (2011): Bloomberg's New York. Class and Governance in the Luxury City. Athens, London.
- Brede, Helmut, Bernhard Kohaupt und Hans Joachim Kujath (1975): Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung. Frankfurt am Main.
- Brenner, Neil und Nik Theodore (2002): Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe. Oxford.
- Chesnais, Francois (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: 217-254.
- Egner, Björn, Nikolaos Georgakis, Huber Heinelt und Reinhart C. Batholomäi (2004): Wohnungspolitik in Deutschland. Darmstadt.
- Häußermann, Hartmut (2007): Effekte der Segregation. In: Forum Wohneigentum 2007/5: 234-240.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: Geografiska Annaler B. 71: 3-17.

- Harvey, David (2009): Is This Really the End of Neoliberalism? The Crisis and the Consolidation of Class Power. URL im Internet: <http://www.counterpunch.org/harvey03132009.html> (25.07.2012).
- Heeg, Susanne (2011): Finanzkrise und städtische Immobilienmärkte. Die räumlichen Auswirkungen in und zwischen Städten. In: Demirovic, Alex u.a. (Hrsg.): *Vielfach Krise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: 181-198.
- Holm, Andrej (2006): Der Ausstieg des Staates aus der Wohnungspolitik. In: Altrock, Uwe u.a. (Hrsg.): *Planungsrundschau*: 103-113.
- Huffs Schmid, Jörg (2007): Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklungen, Akteure. In: Huffs Schmid, Jörg u.a. (Hrsg.): *Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte*. Hamburg: 10-50.
- Kilic, Emsal (2008): Diskriminierung von Migranten bei der Wohnungssuche Eine Untersuchung in Berlin (Unveröffentlichte Diplomarbeit am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin).
- Klein, Dieter (2008): *Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht*. Berlin.
- Krätke, Stephan (1995): *Stadt. Raum. Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*. Basel, Boston, Berlin.
- Logan, John R. und Harvey L. Molotch (1987): *Urban Fortunes: The Political Economy of Place*. Berkeley.
- Marcuse, Peter (1992): Gentrification und die wirtschaftliche Umstrukturierung New Yorks: In: Helms, Hans G. (Hrsg.): *Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn*. Leipzig: 80-90.
- MEW (Marx, Karl und Friedrich) (1969f.): *Werke*. Berlin.
- Moody, Kim (2007): *From Welfare State to Real Estate. Regime Change in New York City, 1974 to the Present*. New York.
- Planerladen e.V. (Hrsg.) (2005): *Migranten auf dem Wohnungsmarkt: Befragung von Wohnungsunternehmen zu „Migranten als Mieter, Käufer, Kunden“*. Ergebnisbericht. Dortmund.
- Popelard, Allan und Paul Vannier (2010): Detroit, Detroit. Die Autostadt stirbt. In: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), Nr. 9089 vom 15.01.2010.
- Raggamby, Nikolaus von (2010): Interesse an Betongold hält an. In: *Capital Online*, 09.08.2010. URL im Internet: <http://www.capital.de/naehrrichten/investieren-anlegen/:Mehr-Kaeufe-Interesse-an-Betongold-haelt-an/100032078.html> (06.05.2011).
- Smith, Neil (1979): Toward a Theory of Gentrification: A Back to the City Movement by Capital, not by People. In: *Journal of American Planning Association* 45(4): 538-548.
- Smith, Neil (2002): New globalism, new urbanism: gentrification as global urban strategy. In: *Antipode* 34(3): 427-50.
- Smith, Neil (2007 [1984]): Die Produktion des Raumes. In: Belina, Bernd; Boris Michel (Hrsg.): *Raumproduktionen*. Münster: 61-76.
- Williams, Peter und Neil Smith (1986): From 'renaissance' to restructuring: the dynamics of contemporary urban development. In: Smith, Neil; Williams, Peter (Hrsg.): *Gentrification of the City*, Boston: 204-224.
- Zeller, Christian (Hrsg. 2004): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster.

MigrantInnen und Flüchtlinge: „Bodensatz“ kapitalistischer Gesellschaften

Von Murat Çakir

Für Immanuel Wallerstein ist die Migration eine sich stets wiederholende Geschichte. In der Tat: Wanderungsbewegungen sind so alt wie die Menschheitsgeschichte selbst – gerade in Europa, dessen BewohnerInnen nicht nur die Wanderung der Menschen über die Grenzen, sondern auch die Bewegung der Grenzen über Menschen (Bade 1994) mehrfach erlebt haben.

Heute erleben wir Migration und Flucht als eine unendliche Geschichte und die Welt als eine globale Fabrik. Der Strom der Millionen in Richtung der westlichen Metropolen ebbt nicht ab. Es sind nicht nur unqualifizierte Billigskräfte, sondern auch Gutsausgebildete und Qualifizierte aus Asien, Afrika, Osteuropa und dem Nahen Osten, die einen immer größer werdenden Teil westeuropäischer Bevölkerungen ausmachen – nur dass sie und im Besonderen die Flüchtlinge nicht mehr sind, als der "Bodensatz" kapitalistischer Gesellschaften. Gemeinsam mit den Einheimischen bilden sie das transnationale Arbeitskräftereservoir für das transnationale Kapital.

In den kapitalistischen Metropolen findet ein globales Treffen der Klasse statt, das jedoch von einer immer stärker werdenden Segregation der Klasse begleitet wird. Das Land der Teutonen ist ein Paradebeispiel dafür. Während die vollzogene Transformation des rheinischen Kapitalismus, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Erosion sozialstaatlicher Regulationen und die Prekarisierung immer größerer Bevölkerungsgruppen die hässliche Fratze der Klassengesellschaft für alle sichtbar machen, verdecken eine mit Schreckensszenarien und Horrorvisionen begründete innere wie äußere "Sicherheitspolitik", die geschürte Terrorhysterie und ein als uferlose Gefahrenabwehr konzipiertes Migrations- und Grenzregime die eigentlichen Ursachen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Probleme – nämlich jene, die in der Profitlogik des kapitalistischen Systems wurzeln.

Den durch die Transformationen traumatisierten Kleinbürgern und Mittelschichten, die auch in sonstigen Krisenzeiten das typische Verhalten des nach oben Buckelns und nach unten Tretens an den Tag legen, sowie den privilegierten Kernbelegschaften werden MigrantInnen und Flüchtlinge als Sündenböcke präsentiert. Dies wiederum korrespondiert mit dem mitten in der Mehrheitsgesellschaft verankerten Rassismus und dem Wohlstandschauvinismus des weißen Mannes. So verlieren breite Teile der Bevölkerung die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen – vor allem den Zusammenhang zwischen der neoliberalen Programmatik, der

Militarisierung der Außenpolitik und dem massiven Abbau sozialer wie demokratischer Rechte.

Die gesellschaftliche Segregation jedoch macht auch vor Einheimischen nicht Halt. Die neo-liberale Strategie der Verunsicherung und der Umbau der sozialen Sicherungssysteme führen zu einer Nivellierung der Unterprivilegierungs- und Konkurrenzbedingungen zwischen den einheimischen und zugewanderten ArbeiterInnen. Aufgrund der Hartz-Gesetzgebung, der Erweiterung des Niedriglohnssektors und der vielen anderen Roll-back-Instrumente sind Ausbeutung, Armut und Elend auch für die Einheimischen keine Fremdbegriffe mehr. Doch obwohl Erwerbslose, Arme und MigrantInnen in gleicher Weise von sarrazinischen Eliten attackiert und von der konservativ-liberal-sozialdemokratisch-grünen Großkoalition jeden Tag aufs Neue enteignet werden, entsteht keine wirksame Gegenwehr – geschweige denn eine von der Klasse getragene gesellschaftliche Opposition.

Herrschaftsinstrument “Integration“

Der von oben aufgezwungene Klassenkampf bedient sich zahlreicher Herrschaftsinstrumente. Migrations- und Grenzregime ist eines der wirksamsten dieser. Während der BDI und Teile des neoliberalen Blocks mit der Begründung, "den demographischen Wandel abzumildern" und damit der Industrie die Möglichkeit des Zugriffs auf einen "flexibleren Arbeitsmarkt" geben zu können, weitere Zuwanderung von Arbeitskräften fordern, werden Domestizierungs- und Disziplinierungsmaßnahmen für Zugewanderte ergriffen, die aber gleichzeitig zur Disziplinierung und Herrichtung der Mehrheitsgesellschaft dienen. Denn jede denkbare soziale wie rechtspolitische Verschärfung setzt zuerst bei Flüchtlingen und MigrantInnen an, um diese dann nach und nach auf die gesamte Bevölkerung auszuweiten.

In der sog. "deutschen Integrationsdebatte" wird dies allzu deutlich. Hier setzt die neoliberale Programmatik auf Rechtspopulismus, mit der nicht nur die Widerstandspotentiale in der Bevölkerung gebrochen werden, sondern die Akzeptanz der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse als "Gottgegeben" verfestigt und imperialistische Interventionskriege als "Notwendigkeit für den Erhalt der Freiheiten und der Demokratie des Westens" hingenommen werden sollen.

Mit einer konstruierten "Integrationsunfähigkeit" werden MigrantInnen und Flüchtlingen kulturelle Rückständigkeit und soziale Defizite bescheinigt, da sie im Gegensatz zu den aufgeklärten, modernen und zivilisierten Mehrheitsgesellschaften Westeuropas weder die Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Religionsfreiheit kennen würden, noch tolerant und offen seien. Daher wäre es sowohl zum Schutze der "deutschen Gesellschaft", die sich als Opfer des religiösen Fundamentalismus und der "sich bedrohlich ausbreitenden Parallelgesellschaften" fühle, und natürlich im Eigeninteresse der MigrantInnen, die "grundsätzlich autoritäre, sexistische und undemokratische Grundhaltungen" hätten, notwendig, die Zugewanderten pädagogisch, politisch und kulturell zu sozialisieren, zu zivilisieren und durch "Integrationsmaßnahmen" in die Aufnahmegesellschaft einzugliedern. Jenen, die unwillig sind, sich integrieren zu lassen, werden Sanktionen angedroht.

In den "Grundsätzen der Frankfurter Integrationspolitik", welche m. E. den Kern des sog. Integrationskonzeptes ausmachen, heißt es dazu: "(...) Integration ist ein grundlegender demokratischer Prozess gegenseitiger Verständigung und gemeinsamer Willensbildung: Niemand soll benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Umgekehrt ist es auch die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen, selbst Missverständnisse zu vermeiden. (...) Dies verlangt Rechtstreue und erfordert, sich von Fundamentalismus und radikalen Weltanschauungen abzugrenzen. Ideologien, die unserer demokratischen Rechtsordnung zuwiderlaufen, haben in unserer Stadt keinen Platz und werden mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgt".

Von MigrantInnen, die sich als "integrationswillig" zeigen, wird Loyalität, Rechtstreue und Ablass von "radikalen Weltanschauungen" verlangt – so z.B. bei der Einbürgerung. Loyalität zu einem System der Ausbeutung, Ausgrenzung, Entfremdung und Diskriminierungen. Rechtstreue zu einem Staat, in der die bürgerliche Demokratie ausgehöhlt, die Sozial- und Rechtsstaatlichkeit regierungsamtlich ad absurdum geführt und verfassungsrechtliche Richtlinien des Bonner Grundgesetzes mit Füßen getreten werden. Gefordert wird ein Kniefall vor dem Kapitalismus. Wer sich in der Berliner Republik integrieren lassen will, hat sich der "moralischen Überlegenheit" und Leitkultur der kapitalistischen Gesellschaft unterzuordnen.

Mensch braucht nicht unbedingt der kategorischen Imperative Marxens "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" zu folgen, um als ein "Extremist" abgestempelt zu werden. Es reicht die Angehörigkeit zu einer bestimmten Religion, z.B. dem Islam oder zu einer bestimmten Ethnie, z.B. den KurdInnen, aus, um mit "radikalen Weltanschauungen" verdächtigt zu werden – geschweige denn, wenn jemand die gegebenen Verhältnisse kritisiert oder das System an sich hinterfragt.

Das Ziel des Migrations- und Grenzregimes ist relativ banal: Abschottung nach Außen und selektive "Integration" im Innern. Es gilt die infantilen und unmündigen, aber für das Kapital unverzichtbaren Arbeitskräfte zu züchtigen und zu domestizieren und gleichzeitig jene, die unerwünscht sind, draußen zu halten. So begründet und legitimiert sich das Migrations- und Grenzregime mit all seinen Sondergesetzen, Abschiebeknästen, Lagern, paternalistischer Praxis, Entrechtung, administrativen Registrierungs-, Speicherungs- und Sanktionsmaßnahmen.

Die sog. "Integrationspolitik", im Wesentlichen ein kapitalistisches Herrschaftsinstrument, klammert in den Diskursen die institutionellen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen sowie den strukturellen Rassismus der Mehrheitsgesellschaft bewusst aus. Denn sie dient zugleich der Konstruktion eines "Wir-Gefühls" der "Schicksalsgemeinschaft deutscher Nation".

Während die Stigmatisierung und Kriminalisierung von MigrantInnen und Flüchtlingen Entsolidarisierung und Vertiefung von rassistischen Ressentiments in der Mehrheitsgesellschaft zur Folge hat, verstetigt das "Wir-Gefühl" die Umwandlung der sozialen Frage in eine nationale Frage. Eine alte und bewährte Taktik: wenn sich Klassengegensätze verschärfen, haben nationalistische Töne Hochkonjunktur.

Alle sitzen wieder im selben Boot. Die "Nation" wird zur Rettungsinsel für die von Krisen geplagten Mehrheitsgesellschaften Europas. Die Rechnung geht auf: die herrschenden Kapitalfraktionen deuten ihre eigenen Profit- und Verwertungsinteressen zu "nationalen" Interes-

sen um. Die Sicherung des "freien" Welthandels und des ungehinderten Zugangs in die globalisierten Märkte, Energie- und Rohstoffressourcen, ggf. mit militärischen Mitteln, erhält Verfassungsrang.

Dem wird wenig widersprochen. Im Gegenteil - breite Bevölkerungsschichten teilen die Auffassung von der militärischen, wirtschaftlichen, politischen, technologischen und kulturellen Überlegenheit des Westens und von der "naturegebenen" Verpflichtung des weißen Mannes, die Welt unter seiner Führung zu gestalten. Um in Sicherheit und Freiheit "führen" zu können, ist man bereit, auf demokratische und soziale Rechte zu verzichten.

Die Manipulationsmaschinerie "die Nation" läuft in Höchstform auf. Die "Durchrassung" und der Islam gefährde deren Homogenität... Dabei ist "die Nation" nichts anderes als ein künstliches Produkt der kapitalistischen Moderne. Es gibt nun mal keine rationale Erklärung für nationalitätsspezifische Unterschiede. Arbeitskraft bleibt Arbeitskraft – unabhängig davon, wo dessen VerkäuferIn geboren ist, welche Hautfarbe, welche Religionszugehörigkeit oder welches Geschlecht sie hat. Für die Produktion des Mehrwertes sind diese Unterschiede unerheblich, wohl aber für die Organisation dessen Ausbeutung.

Die Stigmatisierung und Kriminalisierung der "Nichtdazugehörigen" ist ein wirksames Instrument für die Konstruktion der "Schicksalsgemeinschaft" und für die hohe Zustimmung der gesellschaftlichen Mitte, aus dem die bürgerlichen Parteien des neoliberalen Blocks ihre Wählerpotentiale schöpfen.

Christoph Butterwegge (2006) erklärt die hohe Zustimmung zum neoliberalen Projekt mit der "Sinnkrise des Sozialen". Dazu zählt er die Ökonomisierung, Kulturalisierung, Ethnisierung und Biologisierung des Sozialen. Er spricht davon, dass der Sozialstaat in seiner Eigenwertigkeit nicht mehr anerkannt wird, sondern nach Nützlichkeitskriterien umgebaut und im Rahmen des Wirtschaftsstandortwettbewerbs positioniert werden soll.

Butterwegge ist zuzustimmen, aber seine Feststellungen sind nur Teilaspekte, mit denen auch der Wohlstandschauvinismus erklärt werden kann. Die Tatsache, dass Millionen Menschen trotz Vollzeitarbeit auf Aufstockung durch Transferleistungen angewiesen sind, oder auch das Sanktionsregime der Hartz-Gesetze sind nicht nur Teile des perversen Ausbeutungsmechanismus, sondern zugleich ein Disziplinierungsinstrument für die Mittelschichten und privilegierten Kernbelegschaften. Es gehört zum Wesen der kapitalistischen Gesellschaften, dass jene, die gefährdet sind, in untere Schichten abzurutschen, stets ihren zornigen Blick nach unten, zu den schwächer Gestellten richten. So machen Wohlstandschauvinismus und "die Nation" die Entsolidarisierung und Spaltung der Klasse erst möglich.

Insofern kann konstatiert werden, dass der Sozialrassismus der sarrazinischen Eliten, mit dem sie die Erwerbslosen, Armen und MigrantInnen zur Ausschlusspopulation erklären, durchaus Sinn macht: Im Grunde genommen gibt es an den Thesen Sarrazins oder dem Rechtspopulismus der bürgerlichen Kräfte nichts Originäres. Sie verbinden geschickt die in der Mehrheitsgesellschaft vorhandenen Auffassungen miteinander und nutzen diese für ihre Polarisierung aus. Dabei geht es ihnen nur um die Wiederverallgemeinerung des neoliberalen Projekts und für die Verschärfung dessen Instrumente.

Auf dem Weg in einen autoritären Neoliberalismus

Die eigentliche Frage, die wir zu stellen haben, ist, auf welchem Weg sich der gegenwärtige Kapitalismus befindet und welche Rolle der Migration dabei zugesprochen wird – gerade im Hinblick auf die organischen Krisen des Kapitalismus.

Die aktuellen Krisen und die Krisenbearbeitung machen deutlich, auf welchem Weg wir uns befinden. Für verschiedene Länder haben die Krisen unterschiedliche Folgen. Während jene, die ihr Wachstum der Verschuldung und Spekulation verdanken, nun besonders betroffen sind, werden jene Länder, die durch den Ausbau ihrer "Exportfähigkeit" globale Gläubige geworden sind, die relativen "Gewinner" der Krisen – auch wenn deren Gewinn mit der Stabilität der "Verlierer" steht und fällt.

Obgleich die "Gewinne" helfen, die offiziellen Arbeitslosenzahlen zu senken, wirken die Krisen und die Angst vor Arbeitslosigkeit disziplinierend. Trotz massiver Prekarisierung, Lohndumping und erhöhtem Druck gehen nur wenige auf die Straße. Weder die ungleiche Verteilung der Krisenlasten, noch die ständigen Enteignungen rufen einen allgemeinen Aufschrei aus. Für die Betroffenen wiederum, die in einem Fatalismus gefangen sind, ist die Krise All-tag. Das Sanktionsregime der Job-Center nimmt ihnen den Atem. Natürlich finden auch Pro-teste statt, aber nur in Teilbereichen wie Stuttgart 21 oder gegen AKWs bzw. Bankenrettungen, aber sie bleiben weitgehend von der sozialen Frage getrennt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die seit mehr als 30 Jahren umgesetzte neoliberale Programmatik relativ erfolgreich ist: Kollektivrechte sind weitgehend geschwächt, Kräfteverhältnisse längst aufgebrochen, der Arbeitsmarkt ist flexibilisiert, die negative Lohnentwicklung verstetigt sich und Gegenwehr ist kaum vorhanden. Konflikte, die aus der Verteilungs- und Zugangskrise, aus der Legitimations- und Repräsentationskrise der Politik, aus den öko-logischen Krisen und Kriegen herauswachsen, führen dazu, dass Mehrheitsgesellschaften Westeuropas in eine Angststarre verfallen.

Währenddessen bemühen sich die Herrschenden um die Restauration eines autoritären Neoliberalismus. Kürzungsdiktate, Privatisierungen, Flexibilisierungen, Entdemokratisierung und Militarisierung sind die Stichworte. Im Inneren wie auf internationalen Ebene wird eine Klassenpolitik zugunsten der Vermögenden und der exportorientierten transnationalen Konzerne betrieben. Das Leitbild ist der globale freie Markt und der Einzelne als Unternehmer seiner eigener Arbeitskraft und Daseinsvorsorge. Während in den "Gewinner"-Länder einige soziale Zugeständnisse gemacht werden, stehen die Bevölkerungen in anderen Ländern vor massiven Sozialkürzungen.

Ab- und Ausgrenzung in der Gesellschaft und nach außen, Konzentration auf "nationale Interessen", eine selektive Verbindung von Protektionismus und offenem Kapitalverkehr sowie das Einschränken von grundlegenden demokratischen Rechten und die drastische Senkung von rechtsstaatlichen Standards sind wesentlichen Elemente dieses Autoritarismus.

In der EU ist die Verfolgung dieser Strategie mit einer Spaltung in Kerneuropa und EU-Peripherie verbunden. Es ist ein Europa der Märkte, des verschärften Standortwettbewerbs und abgeschotteten Außengrenzen geworden. Während mit der sog. "EU-Nachbarschaftspolitik" in den benachbarten Länder "Regime-Change" betrieben wird, werden in osteuropäischen EU-Ländern rechtspopulistische und nationalistische Regierungen und in

den Grenzländern wie Griechenland und Italien legitimationsfreie Technokraten-Regierungen installiert. Die Entkernung der bürgerlichen Demokratie vollzieht sich in ganz Europa.

Gleichzeitig beteiligt sich Kerneuropa verstärkt an der militärischen Sicherung der westlichen Vorherrschaft. Stichworte sind der sog. "Krieg gegen den Terror" und "Kampf der Kulturen". Armut, Migrationsströme, ökologische Katastrophen und organisierte Kriminalität - allesamt Ergebnisse dieser Vorherrschaft begründen als Sicherheitsbedrohungen die Militarisierung der Außenpolitik, Aufrüstung, Interventionskriege und völkerrechtswidrige Besetzungen. Internationale Institutionen wie die UN, IWF oder andere dienen der Verfestigung dieser globalen Machtverhältnisse.

Der "gutmütige Imperialismus", wie er von Robert Cooper und Xavier Solana beschrieben wird (2002), findet Anklang in den verängstigten Mehrheitsgesellschaften. Den "deutschen Michel" interessiert es nicht, wenn alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert, eine Milliarde Menschen permanent unterernährt sind oder jeden Tag irgendwo in der Welt Zivilisten durch Bombardierungen umkommen. Breite Teile der Mehrheitsgesellschaft hierzulande kümmert es nicht, warum die weltweiten Reichtümer derart ungleich verteilt sind – solange sie am Katzentisch des Kapitals sitzen können und ihre Privilegien unangetastet bleiben, ist es egal, ob die 500 größten Privatkonzerne mehr als 52 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts kontrollieren oder nicht. Tja, das Sein bestimmt nun mal das Bewusstsein!

Gegenstrategien

Um es mit Jean Ziegler (2011) zu sagen: diese kannibalische Weltordnung ruht auf der Gleichgültigkeit der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens. Und genau hier setzen die Herrschenden ihre Strategien an und messen der Migration eine besondere Rolle zu. Die hohe Zustimmung von rund zwei Drittel der Bevölkerung zu den unsäglichen Thesen von Sarrazin ist ein deutliches Indiz dafür.

Doch was bedeuten dieser Erkenntnisse für die Alltagskämpfe? Was wäre die Schlussforderung, was die Herausforderungen? Nun - jede und jeder wird dies selbst beantworten müssen. Ein Patentrezept existiert genauso wenig, wie vorgefertigte Handlungsstrategien. "Was tun?" ist hier die eigentliche Frage.

Persönlich glaube ich nicht, dass die Antworten von irgendeiner Avantgarde kommen werden. Ich denke, dass es eher notwendig ist, zuallererst aus der Perspektive der Schwächsten eine radikale Politik und Praxis zu entwickeln. Es ist notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, um die richtigen Fragen zu stellen. Alltagskämpfe in den Teilbereichen sozial, demokratisch, ökologisch und feministisch miteinander verbinden, sich organisieren und andere mobilisieren, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen.

Meines Erachtens spielt die Demokratiefrage in den sozialen, aber auch in antirassistischen und anderen Alltagskämpfen eine zentrale Rolle – weil mit der Demokratiefrage zugleich die Eigentumsfrage gestellt wird. Ohne öffentliches Eigentum wird die Demokratie zu einer leeren Hülle. Ohne demokratische Strukturen wiederum wird der Kampf gegen Rassis-

mus, Faschismus, Sexismus und Rechtspopulismus die notwendige Durchsetzungskraft nicht entfalten können.

Um Missverständnisse zu vermeiden: es geht mir nicht um die Etablierung in den Verhältnissen. Auch nicht um einen reinen Parlamentarismus. Für mich gilt die Devise weiterhin: keinen Fußbreit den Faschisten! Gleichzeitig sind für mich die sozialen Kämpfe, Tarifikämpfe, Kämpfe in den Betrieben, städtische Kämpfe gegen steigende Mieten, Gentrifizierung und Verdrängungsprozesse, Flughafenausbau, Fluglärm, gegen Privatisierungen, für menschenwürdiges Wohnen, für sozial-ökologischen Umbau und für gleiche Rechte für alle weiterhin unverzichtbar.

Es geht mir um die Demokratisierung der bürgerlichen Demokratie, weil ich die Demokratie nicht als ein ausgereiftes und fertiges Konstrukt verstehe, sondern als einen ständigen Prozess der Sicherstellung und Erweiterung der direkten Einflussnahme durch die Bevölkerung, der Zurückdrängung von Enteignungen, der Ausbau von Freiheiten, der Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens und der Vergesellschaftung des Öffentlichen.

Weil der Kampf um die Demokratisierung der bürgerlichen Demokratie gleichzeitig ein anti-kapitalistischer Kampf, ein Kampf für Frieden und gegen Militarismus ist, sind wir, nämlich diejenigen, die den Kapitalismus überwinden wollen, angehalten, die bürgerliche Gesellschaft an die Werte der bürgerlichen Revolutionen, an Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit zu erinnern. Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Frieden und Demokratisierung sind das Gegengift von Rassismus, Faschismus und Rechtspopulismus.

Es gilt, die Migration als einen Bestandteil der sozialen Frage zu verstehen, die Alltagskämpfe vor Ort, in den Stadtteilen, in den Betrieben, auf der Straße und wenn möglich in den Parlamenten zu formieren und mit dem Kampf gegen den Neoliberalismus und mit dem Hinterfragen der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen zu verbinden, im hier und jetzt zu intervenieren.

Die Konferenz vom 17. März 2012 hat mit einer richtigen Frage begonnen: Wem gehört die Stadt? Beginnen wir mit deren Aneignung.

Literatur

- Bade, Klaus J. (1994): Homo migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Essen.
- Butterwegge, Christoph (2006): Neoliberalismus und Standortnationalismus. Eine Gefahr für die Demokratie? URL im Internet: <http://www.politik-poker.de/neoliberalismus-und-standortnationalismus-eine-gefahr-fuer-die-demokratie.php> (20.07.2012).
- Cooper, Robert (2002): The new liberal imperialism. URL im Internet: <http://www.guardian.co.uk/world/2002/apr/07/1> (20.07.2012).
- Ziegler, Jean (2011): Nicht gehaltene Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele. In: Süddeutsche Zeitung vom 24.07.2011. URL im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/dokumentation-jean-ziegler-nicht-gehaltene-rede-zur-eroeffnung-der-salzburgen-festspiele-1.1124001> (20.07.2012).

II Wem gehört Frankfurt?



Abb. 1: Absicherung der Baustelle der Europäischen Zentralbank im Frankfurter Ostend



Abb. 2: Graffiti am alternativen Zentrum Klapperfeld in der Frankfurter Innenstadt



Abb. 3: Temporäre Besetzung des Abrissgeländes des technischen Rathauses anlässlich des Aktionstags des „Wem gehört die Stadt?“-Netzwerkes im Juni 2011



„Diese Stadt haben wir satt. Wie sie ist, ist sie Mist“¹ – Ein Rückblick zum *Global City*-Aufstieg Frankfurts

Von Klaus Ronneberger

Weltstadtpolitik

Die Ursprünge der gegenwärtigen ökonomischen Strukturen Frankfurts lassen sich auf die jahrhundertealte Tradition der Stadt sowohl als Handels- und Messestandort als auch als Banken- und Börsenplatz zurückführen. Doch mit der Reichsgründung 1871 und dem Aufstieg Berlins zum zentralen Banken- und Börsenplatz verlor Frankfurt zunehmend seine Bedeutung als internationaler Finanzstandort.

Nach dem Ersten Weltkrieg versuchte der umtriebige Oberbürgermeister Landmann mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik einen weiteren Niedergang der Stadt zu verhindern. Dem diente u.a. der Ausbau des Festhallengeländes zur sog. Messestadt. Mit der Entscheidung, einen dauerhaften Standort außerhalb der Altstadt zu errichten, wurden die Voraussetzungen für eine moderne Messeökonomie geschaffen. Zudem gelang es der städtischen Administration, dass sich in Frankfurt die Hauptverwaltung des IG-Farbenkonzerns ansiedelte. Mit der Vereinigung der Farbwerke Hoechst und BASF zur „Industriegesellschaft Farben“ im Jahre 1925 entstand einer der bedeutendsten europäischen Industriekonglomerate. Durch die Errichtung des damals größten Verwaltungsgebäudes in Europa, des sog. IG-Farben-Hauses im Frankfurter Westend, demonstrierte der Chemiegigant ökonomische „Weltgeltung“ und seinen Machtanspruch. Darüber hinaus verfolgte die städtische Administration zur Absicherung der lokalen Industriepolitik – flankiert von ambitionierten Siedlungsbauprojekten (dafür steht das „Neue Frankfurt) – eine expansive Territorialpolitik. 1928 wurden Produktionsstandorte wie die Casella-Werke im Osten und die Farbwerke Hoechst im Westen eingemeindet (Ronneberger, Keil 1995).

Gleichzeitig setzten die Verantwortlichen auf eine Stärkung der zentralörtlichen Funktionen der Stadt durch den Ausbau verkehrstechnischer Infrastrukturen. Der aufkommende Automobil- und Flugverkehr eröffnete in dieser Hinsicht neue Chancen. Die in den 1920er Jahren geplante Autobahn Hamburg-Frankfurt-Basel kam zwar erst unter dem NS-Regime in

¹ Populäre Frankfurter Protestparole aus den frühen 1970er Jahren

Teilabschnitten zustande, aber bereits 1924 gründete die Stadt Frankfurt gemeinsam mit der „Junkers Luftverkehrs AG“ die „Südwestdeutsche Luftverkehrs AG“ und erhielt damit später Stimmrecht im Aufsichtsrat der „Lufthansa AG“. 1926 erfolgte dann die Eröffnung des Flughafens auf dem Rebstockgelände. Da die Landekapazitäten schon bald nicht mehr ausreichten, beschloss der Magistrat im südlich gelegenen Stadtwald einen neuen Fughafen zu errichten, der dann 1936 in Betrieb ging. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, Frankfurt zu einem internationalen Luftverkehrskreuz auszubauen. Infolge der geographischen Zentrallage der Stadt führten die Luftverbindungen vieler europäischer Fluglinien über den Rhein-Main-Flughafen (Rebentisch 1991).

Die „Amerikanisierung“ der Stadt

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich Frankfurt als „wilder Raum“ umschreiben: Das jüdische Bürgertum, bis 1933 eine treibende Kraft in der städtischen Gesellschaft, war von den Nazis fast vollständig vernichtet bzw. vertrieben worden. In Folge des Krieges lebte nur noch ein Teil der ursprünglichen Bewohner in der Stadt. Zurück blieb eine „leere Mitte“, ein bürgerliches Vakuum, das darauf wartete, neu besetzt zu werden. Kriegsbedingt kamen neue Gruppen in die Stadt. Flüchtlinge und Vertriebene aus Osteuropa, ehemalige „Fremdarbeiter“, in Zeilsheim entstand ein Lager für „*Displaced Persons*“ und US-amerikanische Soldaten bezogen Kasernen und Wohnsiedlungen im gesamten Stadtgebiet.

Die städtische Ökonomie Frankfurts war zunächst vom Schwarzmarkt geprägt. Dies lag u.a. an der starken Präsenz der US-Armee, die über unendlich viel Ressourcen verfügte. Das Gebiet um den Hauptbahnhof galt als einer der wichtigsten illegalen Umschlagpunkte für Waren aller Art in Deutschland und lockte tausende von Menschen aus Europa und Übersee an. Von der Schatten-Ökonomie profitierten Schwarzmarktschieber, Typen aus Milieus, die in den Augen der angestammten bürgerlichen Klasse zum Abschaum gehörten und in ungebührlicher Weise zu Wohlstand kamen. Doch deren Einfluss auf die Geschehnisse der Stadt war nicht zu unterschätzen. Über Jahrzehnte wurde die städtische Entwicklung maßgeblich von der sog. Halb-Welt und dem Rotlicht-Milieu mit geprägt.

Letztlich erwies sich Frankfurt als „Kriegsgewinnler“: So entschieden sich die westlichen Alliierten, die Stadt wegen ihrer zentralen geographischen Lage zum Verwaltungssitz des vereinigten Wirtschaftsgebietes der drei Besatzungszonen zu machen. Mit der Gründung der „Bank deutscher Länder“, der Vorläuferin der späteren Bundesbank (1948), und der Verlegung der Hauptsitze vieler Berliner Kreditinstitute wurden wichtige Grundsteine für die spätere Entwicklung zu einem internationalen Finanzplatz gelegt. Auch zahlreiche aus der sowjetischen Besatzungszone und den ehemaligen deutschen Ostgebieten stammende Industrieunternehmen und Handelsorganisationen wanderten nach Frankfurt/Rhein-Main ab. In wachsendem Maße siedelten sich hier Unternehmen, Verbände und Institutionen mit Zentralfunktionen an. Zugleich baute die US-amerikanische Besatzungsmacht den Frankfurter Flughafen zu einem wichtigen Luftwaffenstützpunkt aus. Die „Rhein-Main-Air-Base“ stieg zum wichtigsten *Gate* nach Europa auf. Auch die Organisation der Luftbrücke nach West-Berlin (1948/49), dessen Transitverbindungen zu den westlichen Besatzungszonen zeitweilig von der

sowjetischen Regierung blockiert wurden, steigerte die logistische Bedeutung des Flughafens erheblich.

Die „City“ (hier im kapitalismuskritischen Sinne von Bertolt Brecht (1970) gemeint) profitierte vor allem vom ökonomischen Potential der stark exportorientierten deutschen Wirtschaft und der Bedeutung der D-Mark als zweitwichtigste Reservewährung der Welt. Immer mehr ausländische Banken ließen sich in Frankfurt nieder und werteten den Standort beständig auf. Darüber hinaus umfasste der historisch gewachsene lokale Branchenmix, nämlich Chemie, Elektrotechnik und Maschinenbau, genau diejenigen industriellen Sektoren, die für den Aufbau der bundesdeutschen Wirtschaft von strategischer Bedeutung waren (Ronneberger 1994a).

In den 1950 und 1960er Jahren verlief die städtebauliche Entwicklung Frankfurts mit einer solchen Wucht, dass bald die Redeweise von der „amerikanischen Stadt“ aufkam. Das Amerika-Bild speiste sich aus einer mehrfachen Codierung: Die „raubeinige“ Stadtentwicklung, die brutalistisch auf eine moderne Infrastruktur setzte, tilgte fast alle Reste des Alten. Bald wuchsen die ersten Hochhäuser in den Himmel – die entstehende Skyline galt in der Bundesrepublik als einzigartig. Konsequenterweise strebte die städtische Verwaltung eine Internationalisierung der Stadt an. Der sozialdemokratische Planungsdezernent Hans Kampffmeyer, der zwischen 1956 und 1972 die Stadtentwicklung entscheidend vorantrieb, hatte diesbezüglich klare Vorstellungen: *„Ich habe die Banktraditionen aufgenommen und alles nur Denkbare getan, um Frankfurt zum ersten Bankenplatz zu machen. Und alles gegen eine provinzielle Haltung der Bevölkerung mit einer sehr amorphen Bewusstseinsstruktur. Und dabei, wie gesagt, die Aufgabe, aus diesem zerstörten und daniederliegenden Körper die Voraussetzungen für eine Weltstadt zu machen.“* (zit. nach Roth 1975: 16)

Gemäß dieser Standortlogik wurde die Kernstadt völlig umgekrempelt. Die städtebaulichen Maßnahmen orientierten sich fast ausschließlich an den wirtschaftlichen Interessen des Kapitals und verschafften der Stadt bald das Image eines „Mainhattan von Deutschland“. Zum schlechten Ruf der Main-Metropole trug auch die Bordellszene im Bahnhofsviertel bei, aus Sicht der Verantwortlichen eine denkbar unvorteilhafte „Visitenkarte der Stadt“. Frankfurt galt als kalt, hektisch, kulturlos und geriet zum Synonym städtischen Schreckens. Für den Schriftsteller Zwerenz galt damals die Stadt als *„so unbewohnbar wie der Mond.“*

Bei aller „Amerikanisierung“ stellte Frankfurt in dieser Zeit eine sozialdemokratische Hochburg dar. Die Durchsetzung des funktionalen Stadtmodells war auch mit einem partiellen Aufstieg der arbeitenden Klassen in die (angeblich) nivellierte Mittelstandsgesellschaft des Fordismus verbunden. Der damalige Oberbürgermeister Rudi Arndt (SPD) verkörperte exemplarisch den hemdsärmeligen Macher-Typ, der das lokale „Wirtschaftswunder“ mit der Brechstange durchboxte. Berühmt war damals sein Vorschlag, die Ruine der Alten Oper einfach in die Luft zu sprengen. Fortan hieß er Dynamit-Rudi.

Häuserkämpfe

Da die Finanzwirtschaft vor allem Standorte im Citybereich bevorzugte, befürchteten die Stadtverantwortlichen eine wachsende Raumknappheit in sog 1a-Lagen. Um dem vorzubeu-

gen, setzte man auf die Umwandlung bebauter Wohnhausgrundstücke in sog. City-Ergänzungsgebieten und auf eine stärkere vertikale Verdichtung in der Innenstadt. Diese Strategie konnte sich dabei auf den „Fingerplan“ stützen: Demnach sollten entlang den Hauptverkehrsstraßen und den geplanten U-Bahn-Linien im Nordend und Westend Verdichtungszone entstehen, die sich gleichsam wie Finger an diesen Ausfallstraßen entlang zogen.

Doch die dabei verfolgte Hochhauspolitik kollidierte mit dem bestehenden Bau- und Bodenrecht, das von einer kleinteiligen Parzellierung und weit gestreuten Besitzverhältnissen ausging. Im Grunde war das Baurecht weiterhin an einer Blockrandbebauung orientiert, in der der Typus des Hochhauses nicht vorgesehen war. Die geltenden Baunutzungsordnungen und die planerischen Vorstellungen einer „Auflockerung durch Verdichtung“ ließen sich gesetzlich nicht zur Deckung zu bringen. Als neue Grundlage des Planungshandelns kam deshalb eine großzügig gehandhabte Befreiungspraxis von Bebauungsplänen oder baurechtlichen Vorschriften zum Einsatz. Die Taktik bestand darin, die Investoren aufzufordern, möglichst mehrere Grundstücke zu erwerben, da für den Besitz einer größeren Grundfläche eine höhere Geschosflächenzahl in Aussicht gestellt wurde. Häufig ließ die Stadt eine Überschreitung der von ihr genehmigten Geschosflächenzahl zu und animierte in vielen Fällen die Investoren zum Kauf und Abriss ganzer Häuserzeilen. Die Befreiungspraxis heizte die Bodenspekulation an und führte zur Vertreibung von Mietern. Einem kleinen Kreis von Immobilienhändlern gelang es in wenigen Jahren mehr als zehn Prozent der Gesamtfläche des Quartiers aufzukaufen. Diese Personengruppe fungierte quasi als „Rammbock“ für die Restrukturierung des Westends. Dabei erhielt sie die finanzielle Unterstützung der Banken, den eigentlichen Nutznießern der Grundstücksaufkäufe, die sich aber dezent im Hintergrund hielten (Stracke 1980).

Ab den späten 1960er Jahren regte sich in den Stadtteilen Widerstand gegen diese Wachstums- und Verdrängungspolitik. Im Westend begann eine Bürgerinitiative mit Demonstrationen gegen die Umwandlung ihres Wohnquartiers in ein Büroviertel zu protestieren – übrigens eine der ersten Aktionen dieser Art in der Bundesrepublik. Wenig später machte sich in Form von Hausbesetzungen² eine neue politische Strömung bemerkbar: Hauptsächlich von linksradikalen Studenten und Studentinnen organisiert, aber auch durch migrantische Mietstreiks unterstützt, stellte diese militante Bewegung die grundlegenden Arrangements der lokalen Wachstumsallianz in Frage. Es kam zu einem jahrelangen und mit äußerster Härte geführten Kampf, der bei großen Teilen der Frankfurter Bevölkerung zunächst auf viel Verständnis stieß.³ Die regierenden Sozialdemokraten versuchten die Bewegung durch eine Mischung von Repression und taktischen Zugeständnissen einzuhegen, ohne grundsätzlich von ihren ursprünglichen Planungsvorhaben abzurücken. Letztlich endete diese Phase heftiger Auseinandersetzungen mit dem Niedergang der radikalen Opposition. Allerdings agierte nun die städtische Administration deutlich vorsichtiger. So änderte sich das städtebauliche Konzept für das Westend dahingehend, dass eine weitere Hochhausplanung zugunsten der Erhaltung der alten Bausubstanz aufgegeben wurde.

² Diese Praxis war in Italien schon länger üblich. 1972 brachte der linksradikale Trikont Verlag Texte der italienischen Lotta Continua unter der Überschrift „Nehmen wir uns die Stadt!“ heraus.

³ Die Filmregisseure Alexander Kluge und Edgar Reitz haben einige Geschehnisse des Frankfurter Häuserkampfes in dem Spielfilm „In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod“ (1974) eindrucksvoll dokumentiert.

In gesellschaftspolitischer Hinsicht waren die Auswirkungen der sozialen Kämpfe der frühen 1970er Jahren erheblich: Zum einen zerbröselte die bis dahin bestehende Hegemonie der lokalen Sozialdemokratie, zum anderen konnten sich über den „Häuserkampf“ die sog. Sponti-Szene innerhalb der Frankfurter Linken als dominante Fraktion etablieren. Zu den führenden Köpfen dieser Strömung zählten Leute wie Josef Fischer, Tom Koenigs und Daniel Cohn-Bendit.

Metropolen-Ökonomie und soziale Polarisierung

Anfang 1977 wurde die sozialdemokratische Stadtregierung abgewählt. Der Wahlsieg der CDU unter der Führung von Walter Wallmann basierte auf der tiefen politischen Krise der Sozialdemokraten, die es nicht verstanden hatte, die Metropolitanisierung der Stadt mit „soften“ Vermittlungsstrategien abzufedern.

In der Wallmann-Ära überschritt Frankfurt die Schwelle zur *Global City*. Eine vom Finanzsektor beherrschte Dienstleistungsökonomie, international eingebunden durch Börse, Messe und Flughafen, bildete die Basis für die fortschreitende Verflechtung der Metropole in den Weltmarkt. Die Stadt entwickelte sich von einem nationalen Finanzzentrum zu einem strategischen Knoten in der Global-Ökonomie.

Obwohl Frankfurt in den 1980er Jahren zu den Boom-Städten der Republik zählte, kam es zu einer wachsenden sozialen Polarisierung. Die Büro- und Dienstleistungsökonomie verdrängte zunehmend das verarbeitende Gewerbe aus der Stadt und verstärkte damit den eh stattfindenden Deindustrialisierungsprozess. Nicht zuletzt sorgten die steigenden Bodenpreise am Finanzstandort Frankfurt dafür, dass eine Reihe von Industrieunternehmen (Braun, VDO, Grundig) aus der Kernstadt ins Umland abwanderte. Ein herausragendes Beispiel stellte in dieser Hinsicht der Wegzug der traditionsreichen Schreibmaschinenfabrik Triumph-Adler dar. Noch zu Beginn der 1980er Jahre schien der Erhalt des Standorts durch einen massiven Stellenabbau gesichert. Dennoch verlagerte der italienische Mutterkonzern Olivetti ein Jahrzehnt später das Unternehmen und verkaufte das Gewerbeareal weiter, da der Grundstückwert der Betriebsimmobilie den Gewinn aus der Produktion überstieg (Ronneberger, Keil 1995)

Dieser Restrukturierungsprozess hatte entsprechende Folgen für den lokalen Arbeitsmarkt: Einerseits verloren viele Geringqualifizierte im industriellen Sektor ihren Arbeitsplatz, andererseits erforderte die Zitadellenökonomie auch ein Reservoir von billigen Arbeitskräften, die die anfallenden *bad jobs* im Dienstleistungs- und Servicebereich übernahmen. Das waren in Frankfurt vor allem Migranten und Illegalisierte. Deren strukturelle Benachteiligung im Verhältnis zur deutschen Mehrheitsbevölkerung sowie die wachsende Schere zwischen den Qualifikationsanforderungen der Zitadellenökonomie und der Sozialstruktur der Frankfurter Wohnbevölkerung markierten die Spaltungen in der Stadt.

Zudem machte sich ein neuer sozialer Typus bemerkbar: die sog. *Urban Professionals*. Damit waren jene Berufsmilieus gemeint, die eng mit dem Zitadellen-Komplex zusammenhängen. Also Finanzberater, EDV-Kader, Weber, Designer etc. Der urbane Lebensstil der neuen Dienstleister und Dienstleisterinnen geriet in Konflikt mit den Alltagspraktiken der „klei-

nen Leute“. Aufwendige Konsummuster und spezielle Wohnsitzstrategien führten zu einer Gentrifizierung citynaher Wohnquartiere wie etwa dem Nordend (Noller, Ronneberger 1995).

Flughafenökonomie und Anti-Startbahnbewegung

Der Aufstieg zur *Global City* vollzog sich Anfang der 1980er Jahre in einer Phase militanter Auseinandersetzungen um den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens. In gewisser Weise kann man die Kämpfe um die Startbahn West als Widerstand gegen die sich herausbildende Superstruktur der *Global City*-Formation verstehen. Ein großer Teil der Auseinandersetzungen fand jedoch physisch im Wald und politisch auf der Landes- und Bundesebene statt. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand der Konflikt zwischen mächtigen ökonomischen Interessen an einem unbegrenzten Wachstum des Flugaufkommens und den Anwohnern, die ihre Lebensqualität in Frage gestellt sahen. Gleichzeitig ging ein Riss durch die gesamte Region: Der Bedrohung einer wachsenden Umweltbelastung stand die Forderung nach gesicherten Arbeitsplätzen gegenüber. Auch wenn es vordergründig um die ökologischen Grenzen des Wachstums ging, kam der Niederlage der Anti-Startbahnbewegung im Kontext der Metropolitanisierung von Frankfurt/Rhein-Main eine strategische Bedeutung zu.⁴ Eine wesentliche Folge der Startbahnbewegung war jedoch die dauerhafte Verankerung eines grünen Wählerpotentials in der Region. Die Grünen zogen 1981 erstmals in den Römer ein (Ronneberger, Keil 1995).

Weltstadtkultur

Zunächst eine Vorbemerkung: Gegen Ende der 1960er Jahren geriet die funktionale Stadt in die Krise. Die Stadtflucht zahlungskräftiger Bevölkerungsgruppen in das suburbane Eigenheim, die Trostlosigkeit der neuen Trabantsiedlungen und die zunehmende Verödung der Zentren erschienen vielen Kulturkritikern als Vorboten einer Auflösung der Stadt. Gerade das sozialdemokratisch verwaltete Frankfurt, damals auch unter Zuschreibungen wie „Krankfurt“ bekannt, galt überall in der Republik als Paradebeispiel für die „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (Alexander Mitscherlich 1965). Mehr und mehr wuchs in der Bevölkerung das Unbehagen über diese Entwicklung: Dass Wohnen nicht länger eine Ware sein dürfe, war damals eine eingängige Parole. Die fordistische Stadtmaschine galt gerade Intellektuellen als Inbegriff des „Anti-Urbanen“.

⁴ Inzwischen hat sich der Rhein-Main-Flughafen zum eigentlichen „ökonomischen Herz“ der Region entwickelt. Mit mehr als 70 000 Beschäftigten (zum Vergleich 1995: 50 000) weist er die höchste Arbeitsplatzkonzentration in der BRD auf. Dazu kommen noch viele Arbeitsplätze im Umland hinzu, die direkt oder indirekt von dem internationalen Drehkreuz abhängen. Mit dem Ausbau einer weiteren Landebahn haben die sozialen Protestbewegungen gegen die Flughafenökonomie erneut zugenommen (vgl. dazu die Beiträge von Dirk Treber und Petra Schmidt in diesem Band).

Den Begriff der „Urbanität“ hatte der Soziologe Edgar Salin bereits 1960 bei einer Konferenz des Deutschen Städtetages in die Diskussion eingeführt, aber zunächst verstanden die meisten Architekten und Planer darunter lediglich die verstärkte Anhäufung und Stapelung von Baumassen und verwertbaren Geschoßflächen in zentraler Lage. Im Kontrast zur Weiträumigkeit der „aufgelockerten und gegliederten Stadt“ des Nachkriegsstädtebaus wurde die Steigerung der Bebauungsdichte als Ausweis von urbaner Verdichtung legitimiert. Die oppositionelle Praxis der städtischen Bewegungen führte dann in den 1970er Jahren zu einer neuen ideologischen Aufladung des Urbanitätsbegriffs. Als Antwort auf die Krise der funktionalen Stadt gewannen wieder traditionelle Vorstellungen einer bürgerlichen Baukunst an Einfluss. Die symbolische Beschwörung einer lokalen Identität und der Einsatz architektonischer Elemente der „Europäischen Stadt“ (Quartier, Platz, Monument) waren jetzt angesagt. Gegen das funktionalistische Kalkül der städtebaulichen Moderne plädierten Architekten und Urbanisten für „narrative Plätze“, die eine Vielzahl an Aktivitäten zulassen sollten. Das Städtische wurde als Raum vorgestellt, der unterschiedliche Lebensformen, die Erfahrung von Differenz und Andersartigkeit ermögliche. Dieses Ideal von „Urbanität“ orientierte sich am historischen Modell der bürgerlichen Stadt des 19. Jahrhunderts, allerdings in höchst einseitiger, nämlich kulturalistischer Weise.

Frankfurter Metropolen-Urbanität

Im Fall von Frankfurt war die Instrumentalisierung des Urbanitätsdiskurses für die kommunalpolitische Agenda paradigmatisch. Die *Spin-Doctors* der Konservativen hatten begriffen, dass angesichts der veränderten sozialen und kulturellen Bedingungen der 1970er Jahre die Erringung von Wahlmehrheiten nicht mehr ausschließlich durch eine materielle Interessenspolitik zustande kam. Deshalb tauchten in der Programmatik der Frankfurter CDU nun Themen wie „lokale Identität“ und „Urbanität“ auf. „Kultur“ galt als „Ferment der Kommunalpolitik“ – so wörtlich der damalige OB Wallmann. Mit Hilfe eines aufwendigen Urbanisierungsprogramms, das sowohl repräsentative Architekturvorhaben als auch populäre Spektakelereignisse umfasste, sollte der Stadtbevölkerung der Aufstieg in die Weltstadt-Hierarchie vergoldet und zugleich nach außen demonstriert werden, dass Frankfurt auf dem besten Weg war, eine echte *Global City* zu werden.

Exemplarisch lässt sich dafür die Umsetzung des Museumsuferprojektes zu Beginn der 1980er Jahre anführen: Im Auftrag des konservativen Magistrats entwickelte das Planungsbüro Speer einen „Gesamtplan Frankfurter Museumsufer“, der vor allem durch bauliche Maßnahmen „Überschaubarkeit und Identität“ herstellen sollte. Gleichzeitig rückte auch die Gestaltung des Römerbergs (im Verbund mit dem Bau der Schirn-Kunsthalle) in den Vordergrund. Wallmann entschied sich – ähnlich wie beim Wiederaufbau der Alten Oper – für eine historisierende Variante der Römerberg-Ostzeile. Während die Fachwelt und die überregionalen Medien das Projekt als Disney-Kulissenlandschaft kritisierten, stieß die Rekonstruktion bei der lokalen Bevölkerung auf breite Zustimmung. Die Konservativen federten den Ausbau zur *Global City* mit einem breit gefächerten Kulturprogramm ab, das Elemente miteinander

verband, die vormals als unvereinbar galten: Hier Hochkultur und Alte Oper, dort Lego-Fachwerk und Appelwoi-Dunst und über allem die postmoderne Skyline.

In dieser Neuorientierung der kommunalen Standortpolitik lag für mehr als ein Jahrzehnt der Schlüssel zum Erfolg Frankfurts im internationalen Städtewettbewerb. Auf die Globalisierung der Ökonomie reagierte das postmoderne *urban management* mit einer verstärkten Internationalisierung des Standorts, der wachsenden Ent-Traditionalisierung sozialer Milieus setzte es die symbolische Versöhnung von „Bodenständigen“ und Modernisten entgegen; schließlich bearbeitete es die Krise des funktionalen Städtebaus mit dem Diskurs von der „metropolitane Urbanität“. Der Mythos von der aufstrebenden Weltstadt erwies sich als ein identitätsstiftendes Raumbild, dessen Faszinationskraft gewichtige Teile der Frankfurter Stadtbevölkerung dazu veranlasste, der Metropolenentwicklung positiv gegenüberzustehen. Die propagierte „Urbanität“ bildete dabei die regulative Idee, um den ökonomischen und kulturellen Umbruch von der Großstadt zur Metropole zu managen: Hatte das Modell der funktionalen Stadt für eine tendenzielle Angleichung der Lebensverhältnisse gestanden (dazu gehörte auch das Programm „Kultur für alle“ – so der Slogan des damaligen SPD-Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann), verwandelte der postmoderne Stadt-Diskurs soziale Differenzen in kulturelle Unterschiede: Klassenhierarchien ließen sich als Ausdruck pluraler Lebensstile umdeuten und dann als natürlicher Bestandteil einer widersprüchlichen Metropole festschreiben. Die Stadt sollte nicht nur funktionieren, sondern als kulturelle Form ge- und vor allem erlebt werden (Prigge 1988). Eine Strategie, die auch von der späteren CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth (1995-2012) erfolgreich fortgesetzt wurde.

Diese Verschiebung zum „Kulturellen“ bedarf einer grundsätzlichen Reflexion: Eine Thematisierung des „Sozialen“ steht immer in Beziehung zu den Konjunkturen im „ideologischen Raum“, der von dem Widerstreit zwischen Macht und Widerstand strukturiert wird. Die „Herrschenden“ können den ideologischen Raum nicht widerspruchlos regulieren, aber es gibt stets Bestrebungen zu hegemonialen Grenzziehungen. Der jeweils dominante Diskurs produziert eine Reihe von Orientierungswerten, die die Differenzen des Sag- und Unsagbaren (z. B. grundsätzliche Kapitalismuskritik), des Möglichen und Unmöglichen („dafür ist kein Geld da!“) definieren. So führt auf der Ebene des Städtischen die Konzentration der *urban management* auf Kultur und Konsum zu einer Vernachlässigung oder gar Missachtung all jener Alltagspraktiken und Institutionen, die nicht mit der Logik der Kulturalisierung kompatibel sind. Nicht weiter verwunderlich, dass Mieterorganisationen und Stadtteilgruppen mit ihren Anliegen oft nur noch wenig Gehör finden. Etwas gespreizt ausgedrückt: Es kommt zu einer Des-Artikulation des „Sozialen“. Diese Tendenz hat sich mit dem Leitbild von der kreativen Wissensstadt noch verstärkt. Das „Außen“ der *Creative City* ist das Nicht-Kulturelle. Tatsächlich können sich nicht alle Städte in „Kultur-Städte“ verwandeln und nicht jeder Stadtteil lässt sich als Tourismusevent, attraktiver Wohnraum oder „Kreativcluster“ vermarkten (Reckwitz 2009). Das fehlende In-Wertsetzungspotential solcher „Verlierer“-Räume korrespondiert mit deren Verschwinden aus der Sphäre der medialen und politischen Aufmerksamkeit. Insofern war es ein geschickter Schachzug der Hamburger „Gänge-Initiative“ ihre Intervention mit der „Kreativ-Metapher“ zu verknüpfen, die sowohl mit künstlerischem Handeln als auch mit unternehmerischer Produktivität assoziiert wird. Den Künstler und Künstlerinnen

gelang es zumindest zeitweilig, das Modell der „kreativen Stadt“ als Widerspruchsbeziehung zu artikulieren und damit den herrschenden Sinneffekt zu durchbrechen.

Zurück zu den 1980er Jahren. Mit dem postmodernen Urbanitätsprojekt der Konservativen geriet auch das Bahnhofsviertel in den Fokus der Stadtplanung. Das zwielichtige Viertel sollte endlich zum *Entre* der *Global City* Frankfurt „aufgemöbelt“ werden. So klar der Magistrat diesen Willen auch politisch formulierte, so offen blieb die Frage, wie denn eine Verlagerung des Rotlicht-Milieus zu bewerkstelligen sei. Schon in der Vergangenheit hatten die Bordellbesitzer bewiesen, dass ohne ihr Einverständnis gar nichts lief. Ausgefuchste Rechtsanwälte und Kontakte zu wichtigen kommunalen Entscheidungsträgern ermöglichte es ihnen immer wieder, erheblichen Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen. So vertrat in den 1980er Jahren ausgerechnet der vormalige Leiter des Ordnungsamtes berüchtigte Szene-Größen vor Gericht – ein schönes Lehrstück für die „negative Dialektik“ der Frankfurter Stadtentwicklungspolitik. Der konservativen Stadtregierung dämmerte es allmählich, dass eine Umgestaltung des Bahnhofsviertels nur über Verhandlungen mit den Bordellbetreibern zum Erfolg führen konnte. Doch letztlich gelang es dem CDU-Magistrat nicht, diesen Raum in ihrem Sinne ordnungspolitisch zu regulieren.

Die Planungen und Diskussionen um die Gestaltung des Bahnhofsviertels weckten auch alte Begehrlichkeiten. Die Errichtung des Dresdener Bank-Hochhauses (der sog. Silberturm) und der dazugehörige Jürgen-Ponto Platz hatten bereits Ende der 1970er Jahre zu einem ersten tiefen Einschnitt in die Gründerzeitstruktur des Quartiers geführt. In Bankenkreisen zeigte man großes Interesse, sich weiteren Grund und Boden im Bahnhofsviertel zu sichern. Direkt oder über Mittelsmänner begannen Finanzinstitute bedeutende Immobilienbestände aufzukaufen. In der Öffentlichkeit nährte sich deshalb der Verdacht, dass ein Abriss vieler Gründerzeitgebäude bevorstehe, wie man es zuvor schon aus dem Westend erlebt hatte. Doch 1983 versicherte schließlich OB Wallmann, dass der Magistrat eine Bewahrung der bestehenden Baustruktur gewährleisten wolle.

Die Urbanisierung der Frankfurter Grünen

Die linken Bewegungen der 1970er Jahre hatten ein ambivalentes Verhältnis zur Stadt. Einerseits galt der städtische Raum als notwendiges Territorium für die eigene politische und subkulturelle Existenz, andererseits waren kulturkonservative Ausfälle gegen den „Moloch Stadt“ durchaus üblich. Auch die Spontis in Frankfurt pendelten zwischen Landfluchtphantasien und urbanem Hedonismus.

Doch im Laufe der 1980er Jahre gewann in der vormals linksradikalen Szene der postmoderne Urbanitätsdiskurs an Bedeutung. Diese Umorientierung hatte viel damit zu tun, dass einige Größen der Ex-Spontis nach den ersten wahlpolitischen Erfolgen der Römer-Grünen in die Partei eingetreten waren, um sie als Plattform für höhere Ambitionen zu nutzen. Mit dem Aufgreifen der „Metropolen-Urbanität“ verfolgten sie eine Doppelstrategie: Einerseits sollte damit die diskursive Hegemonie der Konservativen in Frage gestellt, andererseits die „Fundis“ innerhalb der Grünen ideologisch marginalisiert werden. Ein erfolgreiches Projekt: Die sog. Öko-Sozialen verließen bald die Partei und 1989 kam es zur ersten rot-grünen Koalition,

die zwar gewisse Reformvorhaben in Angriff nahm, aber im Kern die Metropolenpolitik der Konservativen weiter fortschrieb.

Zugleich erwies sich für die Ex-Spontis die positive Rezeption des Städtischen als Katalysator für den langen Weg in die gesellschaftliche Mitte. Die Großstadt, vormals als kapitalistischer Moloch geißelt, wurde zum positiven Erfahrungs- und Erlebnisraum des eigenen sozialen Aufstiegs umgedeutet. Mit der Betonung von städtischer Kultur, demokratischer Öffentlichkeit und der Rolle des liberalen Citoyens entdeckten die nun urban eingestimmten Grünen (aber auch Teile der Sozialdemokratie) die „Neue Dienstleistungsklasse“ als Trägerin einer „progressiven“ Urbanität (Ronneberger 1994b).

Neben dem Urbanitäts-Diskurs spielte für die Frankfurter Grünen auch der Begriff der „Multikultur“ eine wichtige Rolle. Ausgehend von der Vorstellung einer ethnisch differenzierten Gesellschaft griffen die Befürworter eines multikulturellen Modells die vorherrschende Integrationspolitik als intolerante, nivellierende Assimilation an. Aus ihrer Perspektive stellten die Herkunftskulturen der Einwanderer weniger eine Bedrohung als vielmehr eine Bereicherung für die Gesellschaft dar. Programmatisch handelte es sich bei diesem Konzept um eine Normalisierungsstrategie, die „Ethnizität“ als Alltagsrealität zu verhandeln suchte und von der Notwendigkeit einer regulierten Einwanderung ausging.

Das Bahnhofsviertel diente der vormals linksradikalen Szene als Projektionsraum dafür, wie urban-kosmopolitisch Frankfurt doch eigentlich sei. Tatsächlich wies die Main-Metropole in den 1980er Jahren unter allen Großstädten der BRD den höchsten Anteil von Migranten auf. Die wachsende Internationalisierung der Frankfurter Bevölkerung bemühte das Stadtmarketing zwar gelegentlich als Beleg für das endlich erreichte Weltstadtniveau, doch im Unterschied zu anderen *Global Cities* existierte hier weder eine lokal verankerte multinationale Mittelklasse noch eine ethnisch segmentierte Ausbeutungsökonomie (wie z. B. in Los Angeles oder London). „Gastarbeiter“ galten zwar als notwendiger Bestandteil der Frankfurter *World City*-Ökonomie, die politische und soziale Integration dieser Menschen wurde vom konservativen Magistrat jedoch aktiv be- und verhindert. So profilierte sich die Wallmann-Regierung mit der Forderung nach einem Zuzugsverbot für Ausländer und warb bei den Kommunalwahlen 1985 mit Slogans wie „Das Ausländerproblem liegt in Ihrer Hand“. Vor den Stadtratswahlen 1989, nun unter dem rechtskonservativen OB Brück, setzten die Konservativen noch eins drauf und behaupteten: „Wir Frankfurter sagen Nein zum Ausländerwahlrecht.“ (Ronneberger, Keil 1995)

Für die Frankfurter Grünen besaß deshalb die Frage der Migration eine wichtige programmatische Stoßrichtung, um das hegemoniale Urbanitätsprojekt der Konservativen zu unterminieren. Die Herausbildung eines lokalspezifischen Diskurses über Multikultur und dessen spätere erfolgreiche Institutionalisierung in Form des „Amtes für multikulturelle Angelegenheiten“ lässt sich vom Aufstieg Frankfurts zur *Global City* nicht trennen. Der Multikultur-Diskurs stellte einen Versuch dar, die Internationalisierung und soziale Polarisierung der städtischen Gesellschaft zunächst durch eine symbolische Inklusion der ausländischen Bevölkerung politisch zu bearbeiten und darüber hinaus eine Debatte um die rechtliche Gleichstellung der Migranten in Gang zu setzen.

Doch selbst die Hauptadressaten des Diskurses über die multikulturelle Gesellschaft – die neuen Mittelklassen – wurden nur in einem sehr eingeschränkten Sinne erreicht. Die Rede

von der Multikultur reduzierte sich im Verständnis vieler Dienstleister und Dienstleisterinnen letztlich auf einen exotischen Konsumismus und stand rassistischen Einstellungen nicht entgegen (Grimm, Ronneberger 1995). Das Frankfurter Programm des Multikulturalismus taugte als Slogan gegen die deutschtümelnde konservative Hegemonie, doch seine Halbwertzeit im politischen Leben erwies sich als gering. Gegen Ende der 1990er Jahre distanzieren sich auch die Grünen endgültig von der „multikulturellen Gesellschaft“. Im Fall von Frankfurt mündete der Weg zur Mitte schließlich in eine schwarz-grüne Regierungskoalition.

Literatur

- Brecht, Bertolt (1970): Die Geschäfte des Herrn Julius Caesar. Frankfurt am Main.
- Grimm, Sabine und Klaus Ronneberger (1995): Städtische Professionelle zwischen Weltstadt und Nationalstaat. In: Noller, Peter; Ronneberger, Klaus (Hrsg.): Die neue Dienstleistungsstadt. Frankfurt am Main, New York: 219-248.
- Lotta Continua (1972): Nehmen wir uns die Stadt. Klassenanalyse, Organisationspapier, Kampfprogramm. Beiträge der Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe. München.
- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Eine Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main.
- Noller, Peter und Klaus Ronneberger (1995): Die neue Dienstleistungsstadt. Berufsmilieus in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main.
- Prigge, Walter (1988): Mythos Metropole. Von Landmann zu Wallmann. In: Prigge, Walter; Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozess 1925-1988. Frankfurt am Main: 209-240.
- Rebentisch, Dieter (1991): Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. In: Frankfurter Historische Kommission (Hrsg.): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neuen Beiträgen. Simaringen: 422-519.
- Reckwitz, Andreas (2009): Die Selbstkulturalisierung der Stadt. Zur Transformation moderner Urbanität in der „creative city“. In: Mittelweg 36 (2): 2-34.
- Ronneberger, Klaus und Roger Keil (1995): Außer Atem – Frankfurt nach der Postmoderne. In: Hansruedi Hitz et al. (Hg): Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich: 284-353.
- Ronneberger, Klaus; Stephan Lanz und Walther Jahn (1999): Die Stadt als Beute. Bonn.
- Ronneberger, Klaus (1994a): Zitadellenökonomie und soziale Transformation der Stadt. In: Noller, Peter; Prigge, Walter; Ronneberger, Klaus (Hrsg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt am Main, New York: 180-197.
- Ronneberger, Klaus (1994b): Die Neuen Städter. In: Noller, Peter; Prigge, Walter; Ronneberger, Klaus (Hrsg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt am Main, New York: 249-257.
- Roth, Jürgen (1975): Z. B. Frankfurt: Die Zerstörung einer Stadt. München.
- Stracke, Ernst (1980): Stadtzerstörung und Stadtteilkampf in Frankfurt am Main. Köln.
- Zwerenz, Gerhard (1973): Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond. Frankfurt am Main.

Wem gehören Kreativität und Vielfalt in Frankfurt am Main?

Von Iris Dzudzek

1. Die kreative Stadt – ein urbanes Skript

Frankfurt inszeniert sich selbst nicht in demselben Maße als Kreative Stadt wie Berlin, Hamburg oder Amsterdam und dennoch hat der Diskurs über Kreativität und Vielfalt als Schlüsselressource wissensbasierter Ökonomien und Motor von Stadtentwicklung aktuelle stadtpolitische Entwicklungen in Frankfurt entscheidend geprägt. Um die Rolle von Kreativität und Vielfalt in Frankfurt besser verstehen zu können, soll daher zunächst auf das Konzept kreativer Stadtentwicklung eingegangen werden.

Den zentrale Referenzpunkt in der Debatte um kreative Stadtentwicklung stellt das Buch „The rise of the Creative Class - And how it's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life“ (Florida 2002) des amerikanischen Ökonomen Richard Florida aus dem Jahr 2002 dar. Darin bezeichnet er Kreativität als zentrale Produktivkraft der postindustriellen Gesellschaft und Technology, Talent, Tolerance als Schlüssel zum Erfolg in den wissensbasierten Industrien des 21. Jahrhunderts. Zur Klasse der Kreativen gehörten neben Künstlern vor allem Hochqualifizierte; d.h. Menschen, die durch ihre Kreativität eigenständig Neues schaffen oder Lösungen für bestehende Probleme finden. Diese Klasse der Kreativen fühlte sich in einem kulturell spannenden, vielfältigen und hippen urbanen Milieu am wohlsten. Ungebunden und hochmobil suchte sich diese „Plug -and-Play-Community“ ihre Lebensstandort frei aus. In den kreativen Ökonomien, die im Gegensatz zu anderen Industrien nicht aufgrund des Einsatzes bestimmter Ressourcen oder Produktionsmittel an einen bestimmten Standort gebunden sind, folgten daher nicht mehr die Arbeitskräfte ihren Jobs, sondern die kreativen Industrien ihrer einzigen Ressource: der kreativen Klasse. Folglich stünden Städte in einem „War on Talent“, um ihre Position im internationalen Standortwettbewerb zu behaupten. Florida folgend sollten Städte daher nicht mit der Investition in harte Standortfaktoren wie Infrastruktur oder Steuervergünstigungen um Unternehmen werben, sondern ein Wohlfühlklima für Kreative schaffen, um diese anzuziehen. In vielen Städten kommt es zunehmend zu einem massiven Ausbau kultureller Infrastruktur und der Schaffung von Räumen mit Aufenthaltsqualität für die konsumierende kreative Klasse. Einem weltoffenen Milieu der Toleranz und Vielfalt kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

1.1 Warum konnte das Florida'sche Konzept so erfolgreich werden?

Der kanadische Wirtschaftsgeograph Jamie Peck bezeichnet dieses Konzept kreativer Stadtentwicklung als „urbanes Skript“ und „mobile Politik“ (2005, 2012), die so machtvoll geworden sei, dass sie derzeit als Blaupause weltweit von unterschiedlichen Städten aufgenommen und umgesetzt wird. Wie aber konnte sie so erfolgreich werden? Dies liegt weniger an der charismatischen Figur Floridas als vielmehr an der Tatsache, dass die Florida'schen Thesen zur rechten Zeit am rechten Ort waren und dort auf sehr fruchtbaren Boden fielen. Sie sind Versprechen, die zu Beginn des neuen Jahrtausends für Stadtpolitiker und Stadtplaner wie eine langersehnte Verheißung klangen, die ihre gegenwärtigen Probleme zu lösen vermögen schienen.

Was waren und sind die Probleme der angesprochenen Städte?

Viele der angesprochenen Städte litten unter einer fiskalischen Krise. Sie wurde ausgelöst durch eine massive Deindustrialisierung und fehlende Möglichkeiten der Kompensation dieser wegbrechenden industriellen Grundlage. Andere Städte, die bereits Versuche der Restrukturierung gemacht hatten, hatten mit den Folgen des Platzens der „dot.com“-Blase zu kämpfen.

Im Zuge einer Vertiefung von Globalisierungsprozessen und mitgetragen durch eine zunehmend neoliberale Politik kam es zu einer Vertiefung interurbaner Konkurrenz, die den vom Klassenkompromiss getragenen Wohlfahrtsstaat zunehmend aushöhlten. In vielen Ländern führte eine neoliberale Politik zum Rückzug des Wohlfahrtsstaates zugunsten einer „Workfare“-Politik. Dies ging mit einer zunehmenden Verlagerung von Aufgaben, Lasten und Verantwortlichkeiten vom Staat auf die Kommunen einher. Städte übernahmen mehr und mehr versorgende Aufgaben, die zuvor der Wohlfahrtsstaat übernommen hatte. Der zunehmende ökonomische Druck auf die Kommunen führte zu einer zunehmenden Konkurrenz der Standorte untereinander um Unternehmensansiedlungen zur Refinanzierung der gestiegenen Lasten aus Gewerbesteuererträgen und den städtischen Effekten lokal generierter Umsätze (Brenner 2009).

Die Kreative Stadt als „neoliberale Antwort“ auf die städtischen Probleme

Vor diesem Hintergrund erschien das Florida'sche Konzept der Kreativen Stadt wie eine gerufene Verheißung, denn es versprach urbane Probleme zu lösen, und das zu einem günstigen Preis. Dabei bedient es sich dem kompletten Mantra neoliberaler Stadtentwicklung (Peck 2012): Kreativität, Vielfalt, urbane Milieus werden in einem bislang ungekannten Maße zu einer urbanen Ressource im Sinne wirtschaftlicher Wertschöpfung und führen zu einer weiteren Ausweitung wirtschaftlicher Logik auf zuvor nicht ökonomisierte Bereiche des Lebens. Durch die Förderung subkultureller Szenen und kultureller Vielfalt soll das kreative Potential aktiviert werden, das schon vor Ort ist, um weiteres anzuziehen. Dies legitimiert eine Politik, die eine Wohlfühlatmosphäre für Gutqualifizierte legitimiert und versorgende sozialpolitische Maßnahmen in die zweite Reihe verschiebt. Die Logik, dass durch ein Wohlfühlklima Kreati-

ve anziehen und mit ihnen wie von selbst auch Unternehmen, Technologie, Innovation und Wirtschaftswachstum folgen würden, passt gut in Zeiten fiskalischer Krisen mit geringen Möglichkeiten zur Investition. Statt mit teuren fiskalischen Anreizen zu werben, brauchen Städte jetzt vor allem weiche Standortfaktoren, d.h. ein Wohlfühlklima für Kreative zu schaffen, um ökonomisches Wachstum zu generieren. Kreative Imagepolitik und die Schaffung kultureller Leuchttürme dienen dabei der Erhöhung der Sichtbarkeit des Standortes im interurbanen Wettbewerb. Da in der postindustriellen Gesellschaft die größten Wertschöpfungsgewinne mit wissensbasierter/kreativer Arbeit erzielt werden können, stärken die kreativen Industrien die eigene Position im interurbanen Wettbewerb.

2. Artikulation des Kreativskripts in Frankfurt

In Frankfurt hat die Politik das Thema Kreativität längst für sich entdeckt. Im Folgenden werde ich mich auf eine Spurensuche nach den lokalen Artikulationen des Heilsversprechens kreativer Stadtentwicklung in Frankfurt begeben und schauen, welche Erzählstränge des Skripts im lokalen Kontext in Frankfurt wie aufgenommen werden, welche Formen alternativer Kultur und Kritik es dabei inkorporiert und auf welche Widerstände es bei seiner Umsetzung stößt. Dabei interveniert es in unterschiedliche lokale Kontexte und wird auf sehr unterschiedliche Art und Weise aufgenommen und umgesetzt.

2.1 Kreativpolitik

Kreativförderung = Kreativwirtschaftsförderung

Im Nachgang zum ersten Frankfurter Kreativwirtschaftsbericht 2008 hat die Stadt das Kompetenzzentrum Kreativwirtschaft bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH gegründet. In Frankfurt hat die Definition des Handlungsfeldes kreativer Stadtentwicklung eine zunehmende Verengung erfahren. Nicht mehr die kreative Tätigkeit und der schöpferische Akt stehen im Zentrum des Handelns, sondern „11 Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft“ wie sie das Bundesministerium für Wirtschaft Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009) definiert. Hauptaugenmerk der Wirtschaftsförderung liegt auf den verwertungsstarken Branchen der Software und Games-Industrie und der Werbung sowie auf allen Teilbereichen, in denen durch neue Technologien Wertschöpfungsprozesse verlängert werden können.

Für die Frankfurt RheinMain GmbH, die den Standort Frankfurt im Ausland vermarktet, ist „Kreativität nur eine Krücke hin zu etwas anderem, der Wissensgesellschaft“ und die RheinMain Region ist nach ihrer Definition „nach Silicon Valley der zweitgrößte IT-Standort“ (Interview mit einem Vertreter der FrankfurtRheinMain GmbH 2011). Das sind Argumente, die im globalen Standortwettbewerb ziehen.

Kurz und gut, es geht in Frankfurt nicht um Kreativität, sondern um Wertschöpfung aus wissensintensiven Prozessen und die Kreativwirtschaft ist ein Teil davon. Ziel von politischen

Maßnahmen ist es weniger, die Künste und kreative schöpferische Prozesse zu unterstützen, kulturelle Vielfalt und Subkultur zu unterstützen, sondern ihre Verwertung zu fördern, weil hier die größten Gewinnerwartungen liegen.

Kreativförderung ≠ Kulturförderung

Zwar sind Kunstinstitutionen, Künstler und subkulturelle Szenen für das Image von Städten nicht ganz unbedeutend, der Stadt Frankfurt aber geht es eher um eine relativ klassische Wirtschaftspolitik, die wirtschaftsstarke Branchen, nun auch vermehrt aus der sogenannten Kreativwirtschaft, ansiedeln und halten will, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Unternehmerische Stadtpolitik geht zu Lasten von Sozialpolitik, und dazu gehört sicherlich auch eine fördernde und Mittel bereitstellende Kulturpolitik.

Damit kann hier direkt mit einem Vorurteil aufgeräumt werden, der Stadt gehe es primär um Kunst, Künstler und Subkultur. Kreativförderung ist nicht Kulturförderung. Diese beiden Felder funktionieren in Frankfurt bislang noch nach sehr unterschiedlichen Logiken. Während es bei der Kreativförderung gar nicht um die Förderung im engeren Sinne, sondern um das Anschieben und die Aktivierung von Wertschöpfungsprozessen geht, ist der Kulturbereich nach wie vor sehr stark allokativ organisiert. Während es in der Kreativpolitik direkt um die Schaffung von Mehrwert geht, ist dies bei der Kulturförderung nur indirekt der Fall. Hier geht es erstens um die Schaffung eines Wohlfühlklimas für Hochqualifizierte (die Kulturförderung in Frankfurt ist sehr konservativ, der größte Teil des Geldes fließt in die klassische Hochkultur und nur ein Bruchteil in die politische, freie und subkulturelle Szene) und zweitens um die Erhöhung ihrer Strahlkraft als Leuchtturm im internationalen Wettbewerb der Städte.

2.2 Kulturelle Vielfalt und Differenz

Im Skript von Richard Florida (2002) und insbesondere auch von Charles Landry (2009) kommen kultureller Vielfalt und Differenz eine absolut zentrale Rolle zu und dies in zweierlei Hinsicht. Erstens als Quelle von Wertschöpfung im Differenzkapitalismus und zweitens als Image.

Kulturelle Vielfalt als Ressource im Differenzkapitalismus

Kulturelle Vielfalt, Differenz und Subversion sind im Spätkapitalismus zu einem Produktionsmittel im Wertschöpfungsprozess geworden (Osten, Bismarck 2003). Besonders in den kreativen Industrien sind Produkte hoch individualisiert, auf Kunden zugeschnitten und durch den steten Versuch gekennzeichnet, sich vom Mainstream abzusetzen. Die Forderungen nach Autonomie und Selbstverwirklichung haben in den Kreativindustrien ihre absolute Kommerzialisierung erreicht. Auch Städte haben dieses Potential von Differenz und Subversion für sich erkannt.

Daher ist eine Art, wie Städte auf ihr kreatives Potential zugreifen, die Entdeckung kultureller Vielfalt als ökonomische Ressource. Kulturelle Vielfalt muss sich hier nicht auf ethni-

sche Differenz beschränken, wie sie beispielsweise im kruden Konzept der „ethnischen Ökonomien“ in Wert zu setzen versucht wird, sondern bezieht sich tendenziell auf die Vielfalt aller Differenzachsen und ihrer kulturellen Ausdrucksformen. Hier wird das endogene Potential von kulturell hybriden Gruppen und subkulturellen Szenen als Ressource für neue Trends, Arbeits- und Lebensweisen erkannt und ihre ökonomische Inwertsetzung gefördert (Eckardt, Merkel 2010, Timm 2000).

Zwar hat Frankfurt ein „Diversity Konzept“ (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2011), derzeit aber greift die Stadt nicht so stark auf die Differenzressourcen ihrer BewohnerInnen zurück wie dies andere Städte wie beispielsweise Berlin mit Programmen für ethnische UnternehmerInnen tun. Es gibt zwar in Frankfurt Schulungen zum „unternehmerischen Handeln“ beispielsweise der Wirtschaftsförderung oder des rkw Hessen (Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Wirtschaft e.V.), diese Programme bleiben aber auf die „klassischen Kreativen“ aus den elf Branchen der Kreativwirtschaft beschränkt und aktivieren weniger ethnische oder subkulturelle Differenz.

Vielfalt und Differenz als Image

Eine zweite Strategie, wie Städte auf Vielfalt und Differenz zurückgreifen, ist die Inszenierung urbaner hipper und kulturell vielfältiger Szenen (Allemann-Ghionda und Bukow 2011, Welz 1996). Durch gezielte Imagekampagnen zeigt sich die Stadt als tolerant, innovativ und weltoffen und zieht nicht nur Touristen, sondern andere Kreative und Hochqualifizierte auf der Suche nach alternativen urbanen Lebens- und Arbeitsweisen an. Die Stadt Hamburg hat dieses Prinzip mit ihrer „Marke Hamburg“, die die Stadt als „pulsierende Metropole“ (Hamburg Marketing GmbH 2009) für Kreative inszeniert, auf die Spitze getrieben. Hier hat die Stadt eher versucht, die kulturelle Vielfalt, die vielen kleinen Alleinselbstständigen, Künstler und Kreative für ihre eigene Imagekampagne als Kreative Stadt zu gewinnen, sich mit der Differenz und dem Off-Image bestimmter Gruppen zu schmücken. Der Zorn der Kreativen ließ nicht lange auf sich warten. Sie brachten ihren Unmut über ihre Vereinnahmung für städtische Ziele, ohne etwas vom Kuchen abzubekommen mit der „Not in our name,-Marke Hamburg!“ (2009) zum Ausdruck. Etwas in diesem Ausmaß Vergleichbares ist in Frankfurt nicht zu beobachten. Denn weder findet sich ein derartige Instrumentalisierung von Szenen noch ein entsprechender Protest in Frankfurt.

Eine bemerkenswerte Ausnahme bietet das Bahnhofsviertel, das derzeit aktiv und in allen Medien als kreativer Ort der Vielfalt inszeniert wird: Von der FAZ über das Journal Frankfurt bis hin zum Blättchen der städtischen Müllbetriebe, überall wird es als Ort der Gegensätze und der Vielfalt urbaner Differenz gefeiert. Die Frage nach den Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Achsen der Differenz Herkunft, Nationalität, Geschlecht, ökonomische Ausstattung, Bildungsstatus oder Weltanschauung, die sich hier treffen, ist schon lange zugunsten der Faszination für „das Andere“ ausgeklammert. Das zeigt sich im Rahmen der Bahnhofsviertelnacht ebenso wie in den Bildern eines bekannten „Bahnhofsviertelfotographen“, in der Berichterstattung ebenso wie in Stadtführungen oder Kreativ- und Kunstevents. Der bekannte Bahnhofsviertelfotograph inszeniert Fixer und „Penner“ als bunte Vielfalt im Viertel: die Perspektive immer schön von oben herab. Eine Publikation über das Bahnhofsviertel, die eine

dort ansässige größere Werbefirma als eigene Imagewerbung herausgibt, dokumentiert eine Tänzerin aus dem Rotlichtmilieu an der Stange, ohne dabei den sexistischen Blick des Voyeurs zu verlassen. Im Rahmen der Bahnhofsviertelnacht werden Bildungsbürgerhorden durch Puffs, Fixerstuben und Moscheen geschleust und mit der authentischen Erfahrung von Differenz in der sicheren Geborgenheit der Stadtführung konfrontiert und bekommen ihre Lektion im Fach „zeitgenössisches urbanes Milieu“. Es ist etwas verwunderlich, dass sich zwar einige BahnhofsviertelbewohnerInnen und -anlieger da ein wenig wie im Zoo fühlen, sich bislang, vor allem auch vor dem Hintergrund deutlich erkennbarer Verdrängungsprozesse, kein Widerstand regt.

Ebenso wie im Falle dieser bemerkenswerten Kulturinszenierung im Bahnhofsviertel scheinen sich Kreative in Frankfurt von der Stadtpolitik wenig instrumentalisiert zu fühlen. Vielmehr beklagen sie häufig eine fehlende Anerkennung ihrer Arbeit durch die Stadt, sei es durch monetäre Unterstützung, bei der Suche nach geeigneten Räumen, bei ordnungsrechtlichen Fragen oder in der Repräsentation durch lokale Medien.

Es lässt sich festhalten, dass auf einige Erzählstränge des Skripts besonders intensiv und auf andere Stränge gar nicht zurückgegriffen wird. Während die wirtschaftlichen Aspekte der Kreativwirtschaft in Frankfurt sehr stark verwertet werden, wird der Teil des Skriptes, der produktiven Potentiale von kultureller Vielfalt, Kultur und Subkultur in den Vordergrund stellt, eher vernachlässigt.

3. Fehlen kreativer Orte

In der *Global City* Frankfurt artikuliert sich das Skript kreativer Stadtentwicklung vor dem Hintergrund besonderer lokaler Rahmenbedingungen auf eine sehr spezifische Weise. Zwischen 1 und 2 Mio. m² Gewerbeleerstand machen Frankfurt zur „Leerstandshauptstadt“ (FAZ 2011). Gleichzeitig aber sind bezahlbare Wohn- und auch Arbeitsräume knapp. Der lokale Mangel an Arbeitsräumen für Kreative steht hier im direkten Zusammenhang mit der globalen Immobilienwirtschaft und ihren Verwertungszyklen. Der hohe Verwertungsdruck, der auf der Stadt liegt, und die Eigentumsverhältnisse, in denen großflächiger Leerstand nicht selten in den Händen von Großinvestoren liegt, führen zum Einen dazu, dass Arbeitsräume häufig Spekulationsobjekte sind, zum Zweiten dazu, dass die Zyklen der Verwertung von Objekten immer kürzer werden und Leerstände häufiger auftreten. Für große Immobilienbesitzer ist die Organisation und Verwaltung von kleinteiligen kurzfristigen Mietern teurer als der Wertverlust, der sich durch den Nicht-Gebrauch einstellt. Dies begünstigt Leerstand. Entsprechend sind Räume für kreatives Schaffen Mangelware. Dies macht es der kreativen Szene nicht leicht, in der Stadt Fuß zu fassen. Viele Akteure beklagen daher das Abwandern junger Talente, die in den zahlreichen „Talentschmieden“ wie dem Städel, der Hochschule für Musik und darstellende Kunst oder aber auch an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach ausgebildet wurden, in Städte wie Berlin oder Hamburg.

Die freie Szene - sei es Tanz, Musik oder darstellende Kunst - beklagen den Mangel an bezahlbaren Arbeits-, Aufführungs- und Ausstellungsorten. Hier wird häufig gerade von in-

novativeren Formaten die Projekthaftigkeit ihrer Arbeit betont und damit klassische permanente Orte des Schaffens, Aufführens und Zeigens als nicht unbedingt notwendig erachtet. Vor allem fehlen daher auch temporäre und flexibel nutzbare Orte, in denen Künstler und Kreative unterschiedlicher Genres für verschiedene Projekte zusammenkommen können.

Das „Familie Montez“ musste sein Domizil trotz breiter Unterstützung durch die Stadt sowie die Kunstszene in der Breiten Gasse Ende Mai 2012 verlassen, weil ein Investor mehr als die Stadt zu bieten hatte. Das Institut für vergleichende Irrelevanz ist akut von Räumung bedroht. Temporäre regelmäßige Formate wie die „LichterFilmtage“ oder das „Hazelwood Festival“ beklagen den Verlust ihrer Festivalorte und sind auf der Suche nach Alternativen, die Zukunft der „Nippon Connection“ ist mit der Frage des Erhalts des Studierendenhauses verbunden. Das Künstlerhaus „atelier.frankfurt“ wird definitiv Ende des Jahres 2012 dem Abriss zum Opfer fallen, eine Alternative ist trotz regen politischen Interesses bislang noch nicht gefunden und auch die Zukunft der Künstlerhäuser von „Basis“ ist ungewiss. Die Zukunft des Theater „Willy Praml“ scheint vorerst gesichert, andere kulturelle Einrichtungen wie beispielsweise das „Theater am Turm“ sind den Frankfurter Ökonomien zum Opfer gefallen.

4. Fehlender Widerstand - Post-politischer Konsens und die Frage nach einer Repolitisierung

In Hamburg hat es die „Not In Our Name Marke Hamburg!“ (2009) und viele andere politische Aktivitäten in enger Verzahnung mit der „Recht auf Stadt“-Bewegung gegeben. In Berlin wird gerade das Manifest „Haben und Brauchen“ (2012) diskutiert. Und in Frankfurt?

Im Ostend wie im Bahnhofsviertel sind derzeit massive Aufwertungs- und Verdrängungstendenzen zu erkennen, die Hand in Hand mit der Entdeckung und Inwertsetzung der Viertel durch Kreative gehen und die sich unter den gegebenen Vorzeichen von EZB-Neubau und auslaufenden Mietpreisbindungen zum Einen und einer weiteren Attraktivitäts- und Mietpreissteigerung zum Anderen noch verschärfen werden. Umso erstaunlicher ist es, dass sich so wenig Widerstand regt.

- Hat sich das Bild der wachstumsorientierten Stadt im globalen Wettbewerb soweit naturalisiert, dass es selbst von führenden KulturvertreterInnen reproduziert und gar nicht weiter hinterfragt wird? Werden Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse als natürlicher Prozess und post-politischer Konsens der Stadtentwicklung akzeptiert?
- Oder sind die unterschiedlichen kulturellen Milieus und ihre Probleme so individualisiert, dass eine kollektive Problemanalyse geschweige denn ein kollektives Handeln gegen Politiken der Verwertung und Verdrängung nicht mehr artikulierbar sind?
- Sind die Stimmen und Initiativen, die Widerstand artikulieren könnten, schon so weit in die verlängerten Arme des sozialpolitisch aktivierenden Staates eingeeht, dass Widerstand nur noch in Form von Partizipation denkbar ist?

In jedem Fall scheint es einen breiten Konsens in Bezug auf ein wachstums- und wettbewerbsorientiertes Gesellschafts- und Stadtbild einerseits und in Bezug auf die Diagnose gesellschaftlicher Probleme als individuelle Probleme andererseits zu geben. Die Frage ist, welche politische Praxis in der Lage ist, einen solchen post-politischen Konsens in Frage zu stellen und zu repolitisieren.

Und hier ist der Blick auf die Proteste gegen die Planung des KulturCampus Bockenheim vielleicht ganz aufschlussreich. Der Stadtplaner Tino Buchholz zeigt am Beispiel Amsterdams eine direkte Verbindung zwischen der Hausbesetzerszene der 70er Jahre und Brutplätzen auch kritischen künstlerischen und kreativen Schaffens heute (Buchholz 2011). Eine solche Kontinuität hat es in Frankfurt nur im Westend und Bockenheim gegeben. Und tatsächlich regt sich genau hier auch heute noch der meiste Widerstand gegen eine wachstumsorientierte, kulturinduzierte Stadtpolitik.

Zwei Aspekte des Bockenheimer Protests scheinen mir hier bemerkenswert: die Proteste gegen den Planungsprozess und gegen die Planungsziele. Das Journal Frankfurt schrieb am 22.02.2011 „Oberbürgermeisterin Petra Roth“ betreibe im Planungsprozess „ihren ganz eigenen Kampf. ‚Partizipative Demokratie‘ nennt sie das“ (Lorenz 2011). Und der Witz an diesem Planungsprozess ist, dass er politisch den oben skizzierten Konsens eines kulturinduzierten und wachstumsorientierten Paradigmas der Stadtentwicklung widerspiegelt, in dem hier der Planungsprozess bereits so geframt wird, dass Aspekte, die dieses Paradigma in Frage stellen, im Planungsprozess selbst nicht mehr verhandelbar sind, sondern als Konsens oder auch gern als „Sachzwang“ zum Rahmen und zur Voraussetzung der Planung gemacht werden. Eine solche Form von Konsenserzeugung im Vorfeld, die die Adressierung bestimmter Streitpunkte durch die Struktur des Politik- und Partizipationsprozesses verhindert, wird in der Literatur als postpolitisch beschrieben.

Im Gegensatz zu vielen anderen Formen des Widerstandes gegen kreativpolitische Maßnahmen haben es die Bockenheimer Initiativen und AktivistInnen geschafft, diesen postpolitischen Konsens wieder in einen politischen Prozess zu überführen. Mit dem „Partizipationsbingo“ beispielsweise ist es gelungen, die postpolitischen Regeln des Spiels selbst zum Thema zu machen, zu diskutieren und zu kritisieren. Dies war Ausgangspunkt für weitere Aktionen und Forderungen, die zur Folge hatten, dass Streitpunkte, die bis dato im Planungsprozess nicht adressierbar waren, nicht nur adressiert, sondern politisch auch verändert werden konnten. Das sind bis jetzt: der Erhalt eines Teils der historischen Gebäude, darunter der Erhalt des Studierendenhauses als offenes Haus der Kulturen sowie eine Erhöhung des Wohnanteils auf 40 %.

Das Beispiel zeigt sehr eindringlich, dass konsensuale und hegemoniale Rationalitäten von Regierung der Stadt zwar machtvoll, aber keine Sachzwänge, sondern politisch umkämpfbar sind. Das Beispiel zeigt auch, dass Widerstand sich nicht einfach damit begnügen kann Forderungen zu stellen, weil diese in postpolitischen Aushandlungsformen immer wieder eingehegt werden können, sondern dass Protest performativ in die Regeln des Spiels intervenieren muss, wenn er etwas verändern will.

5. Schluss

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Paradigma der „Kreativen Stadt“, wie sie von Richard Florida und anderen propagiert wird, zu einem Skript geworden ist, das derzeit weltweit von Städten umgesetzt wird, um im globalen Wettbewerb als innovative wissensbasierte Ökonomie bestehen zu können. Ziel ist es, hochqualifizierte Arbeitskräfte durch die Bereitstellung eines Wohlfühlklimas für Kreative anzuziehen und innovations- und wissensgetriebener Wertschöpfungsprozesse in wissens- und oder technikintensiven Branchen auszubauen. Zur Schaffung eines hippen Images als Anziehungspunkt für kreative, aber auch zur Realisierung Gewinn in differenzkapitalistischen Wertschöpfungsprozessen, werden auf kulturelle Vielfalt und Differenz als endogene Potentiale in der Stadt zugegriffen und diese in Wert gesetzt. In Frankfurt konzentriert sich die Politik in erster Linie auf die Aktivierung wissens- und technikgetriebenen Wertschöpfungsprozesse. Eine imagepolitische Inwertsetzung von Vielfalt und Differenz erfolgt ebenfalls, aber in geringerem Maße als in Kreativstädten wie Hamburg, Berlin oder Amsterdam. Die Entwicklung zu einer Kreativstadt findet in Frankfurt vor dem Hintergrund einer sehr besonderen immobilienwirtschaftlichen Situation statt, die FreiRaum für künstlerisches, kreatives, freies und politisches Handeln zunehmend knapp macht.

Dies wirft Fragen auf, die sich in Zukunft immer dringender stellen werden: Welche Möglichkeiten des Widerstandes gegen die Reduzierung von Kreativität und Differenz auf eine Ökonomie des Spektakels und unternehmerisches Handeln gibt es? Wie kann der postdemokratische Konsens über eine wettbewerbs- und wachstumsorientierte Stadtpolitik wieder politisch verhandelbar gemacht werden. Wie können Freiräume geschaffen und erhalten werden, die genau dies leisten, und an denen neue Formen der Produktion und der politischen Auseinandersetzung ausprobiert werden können? Wie können Kreativität und die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in Frankfurt wieder zum Ausgangspunkt eines Rechts auf Stadt gemacht werden können, das gelebte Differenz jenseits von Wertungszwang als Qualität politischer Prozesse sowie sozialer und kultureller Entwicklung in der Stadt begreift?

Literatur

- Allemann-Ghionda, Cristina und Wolf-Dietrich Bukow (2011): Orte der Diversität. Formate Arrangements und Inszenierungen. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009): Kultur- und Kreativwirtschaft: Ermittlung der gemeinsamen charakteristischen Definitionselemente der heterogenen Teilbereiche der „Kulturwirtschaft“ zur Bestimmung ihrer Perspektiven aus volkswirtschaftlicher Sicht. Köln, Bremen, Berlin.
- Brenner, Neil (2009): Restructuring, Rescaling and the Urban Question, in: Critical Planning 16, 61–79.

- Buchholz, Tino (2011): *Creative Capitalist City. The Struggle for Affordable Space in Amsterdam*. Film written and directed by: Tino Buchholz, edited by: Dominik Wulf, produced and supported by University of Groningen, International Network for Urban Research and Action and Medienprojekt Wuppertal. Amsterdam, Groningen.
- Eckardt, Frank und Janet Merkel (2010): *Ethnische Vielfalt als Ressource der Stadtentwicklung*. In: Christine Hannemann, Herbert Glasauer, Jörg Pohlen, Andreas Pott und Volker Kirchberg (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion 2009/10. Stadtkultur und Kreativität*, Opladen: 83–104.
- FAZ (2011): *Hoher Leerstand rückt in den Hintergrund*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Februar 2011.
- Florida, Richard (2002): *The rise of the Creative Class. And how it's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*. New York.
- Haben und Brauchen (2012): *Haben und Brauchen Manifest. Was braucht die Kunst in Berlin?* URL im Internet: <http://www.habenundbrauchen.de> (20.06.2012).
- Hamburg Marketing GmbH (2009): *Am Puls der Zeit – Hamburg, die pulsierende Metropole*. URL im Internet: <http://marketing.hamburg.de/2009-Hamburg-Pulsierende-Me.483.0.html> (20.03.2012).
- Landry, Charles (2009): *The creative city. A toolkit for urban innovators*. London.
- Lorenz, Julia (2011): *Kultur-Campus. Was Bürger wollen*. In: *Journal Frankfurt* vom 22.02.2011.
- Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Dezernat XI – Integration (2011): *Vielfalt bewegt Frankfurt. Integrations- und Diversitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung*. Frankfurt am Main. URL im Internet: http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Integrationskonzept_Magistrat_06_10.758159.pdf. (20.03.2012).
- Not In Our Name, Marke Hamburg! (2009): *Manifest. Not In Our Name, Marke Hamburg!* URL im Internet: <http://nionhh.wordpress.com> (20.03.2012).
- Osten, Marion von und Beatrice von Bismarck (Hrsg.) (2003): *Norm der Abweichung*. Institut für Theorie der Gestaltung und Kunst. Zürich.
- Peck, Jamie. 2005. *Struggling with the creative class*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 24 (4): 740-770.
- Peck, Jamie (2012): *Recreative City: Amsterdam, Vehicular Ideas and the Adaptive Spaces of Creativity Policy*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 36 (3): 462–485.
- Timm, Elisabeth (2000): *Kritik der „ethnischen Ökonomie“*. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 30 (3): 363–376.
- Welz, Gisela (1996): *Inszenierungen kultureller Vielfalt*. Frankfurt am Main, New York, Berlin.

Flexibel bis zum Anschlag: Bauen und Planen für die Global City Frankfurt

Von Susanne Heeg

Die in den Beiträgen von Sebastian Schipper/Anika Duveneck sowie Klaus Ronneberger (beide in diesem Band) beschriebene Standortpolitik, die sich an potenziell gute Steuerzahler, d.h. Unternehmen und einkommensstarke Haushalte richtet¹, lässt sich auch in den Politiken zur gebauten Umwelt erkennen. Grundsätzlich umfassen „Politiken der gebauten Umwelt“ Planungspolitiken, die sich auf Infrastrukturen (Straßen, ÖPNV, Wasser etc.) sowie bauliche Nutzungen (Gewerbe, Einzelhandel, Wohnen, Büro etc.) beziehen. Ich werde mich im Folgenden auf einen Teilbereich, nämlich die bürobezogene Planungspolitik, den Wohnungsbau sowie Wohnungspolitik in Frankfurt konzentrieren. Häufig wird ja der Vorwurf erhoben, dass sich die Planung in Frankfurt quasi willenlos und willfährig zeige. So wurde Edwin Schwarz, dem letzten Planungsdezernenten, in seinem Abgang hinterher gerufen, dass seine Politik und Handlungen ungeregt und planlos gewesen wären. Dieser Einschätzung schließe ich mich nicht an, sondern ich gehe davon aus, dass diesen Politiken eine Wettbewerbslogik zugrunde liegt. Die an einzelnen Projekten orientierte und ermöglichende Politik von Schwarz fügt sich sehr gut in den wettbewerbsorientierten Umbau von Frankfurt ein.² Sie war ausgerichtet an einer Ermöglichung von Büroprojekten und gehobenen Wohnungsbau, um dem noch vor 10 Jahren weithin beklagten Wegzug guter Steuerzahler etwas entgegen zu setzen. Es muss sich noch zeigen, ob der neue Planungsdezernent Olaf Cunitz eine andere Politik wählt. Mit Blick auf die vergangene Politik ergibt sich der Titel des Beitrags: eine sehr flexible, aber nicht willen- und planlose Baupolitik.

Die Politik der letzten 30 und mehr Jahre zielte darauf, die Infrastruktur zu schaffen, die Frankfurt den Status der *Global City* verleiht und sichert (siehe den Beitrag von Klaus Ronneberger in diesem Band). Dazu gehören der Flughafen, die Bürogebäude, Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur sowie der gehobene Wohnraum. Grundsätzlich zielten viele zentrale stadtpolitische Anstrengungen der letzten 30 Jahre darauf, Frankfurt zum attraktiven Büro- und Wohnstandort zu machen. Es handelt sich dabei um einen Prozess ohne Ende, da

¹ Wenn es der Sache dient werden auch Wissensnomaden und Kreative einbezogen, wenngleich bei denen das Einkommen nicht immer gesichert ist, aber dafür der Hype-Faktor.

² Der Vorgänger von Edwin Schwarz, Martin Wentz, führte diese Politik ein und erlangte darüber eine größere Bekanntheit und Zustimmung bei den Eliten. Dieses Glück wurde Edwin Schwarz nicht zuteil.

die Stadtplanungspolitik immer wieder von der Angst getrieben ist, dass der Status „Global City“ im Wettbewerb mit London, Paris und anderen Städten verloren gehen könnte. Ich werde mich im Folgenden auf den Büro- und Wohnungsmarkt bzw. -politik konzentrieren, um die Politik in einer Globalizing City nachzuvollziehen.

Büromarkt

Hintergrund für Entwicklungen in Frankfurt ist eine aktive Wirtschafts- und Wachstumspolitik, die Frankfurt zum Bankenstandort machen sollte und tatsächlich machte. Zwei Entwicklungen haben diesen Prozess beschleunigt. Zum einen die Deindustrialisierung ab den 1980er Jahren und zum anderen die Liberalisierung des Finanzmarktes ab den 1990er Jahren.

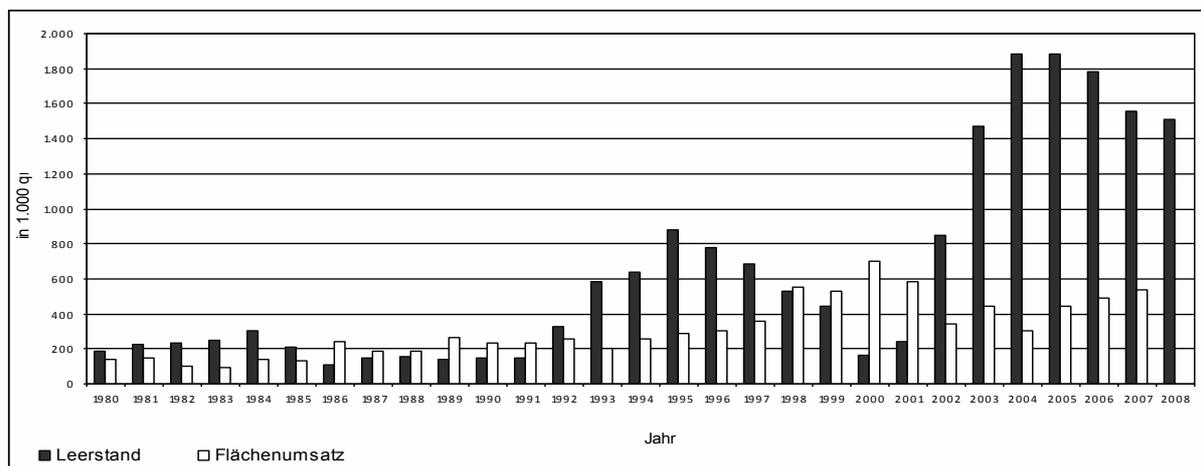
Erstens nahm seit den 1980er Jahren der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor generell und in Städten im Besonderen stark zu. Frankfurt am Main ist von diesen Entwicklungen geprägt: Die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe reduzierte sich von 161.000 in 1970 auf nur noch knapp 53.500 im Jahr 2008 (Statistisches Amt und Wahlamt der Stadt Frankfurt am Main 1971, Stadt Frankfurt am Main 2011). Diese Abnahme um rund 67 Prozent hängt mit der Verlagerung sowie der Schließung von Industrieunternehmen zusammen. Aber nicht alle Unternehmen, die am Standort Frankfurt geschlossen wurden, hörten auf zu existieren, sondern es wurden auch Unternehmen verlagert. Dafür gibt es zwei Erklärungen: zum einen gab es Unternehmen, die Expansionsflächen suchten, die an in der Regel dicht bebauten Standorten bzw. in der Stadt nicht zu finden waren und zum anderen war die Möglichkeit, die im Wert gestiegenen innerstädtischen Flächen zu versilbern, der ausschlaggebende Grund für die Verlagerung. Nicht selten ergänzten sich aber beide Beweggründe. Damit fügten sich derartige Verwertungsstrategien sehr gut in die Wachstums- und Wirtschaftspolitik der Stadt Frankfurt ein. Beispiele für Strategien der Standortverwertung, die mit einer Nutzungsänderung von industrieller Produktion hin zu Büros und Wohnen verbunden sind, sind die Adler-Werke im Gallus (jetzt: Galluspark mit überwiegend Büro- und Wohnfunktionen) oder das Mess- und Regeltechnikunternehmen VDO, das die Produktionsstätte an der Bockenheimer Warte 1997 zugunsten einer Büronutzung aufgab (für weitere Bsp. Gutachterausschuss 2009: 18).

Gleichzeitig mit der Standortverlagerung von Industrieunternehmen erfolgte in vielen Unternehmen eine Ausgliederung von tertiären Tätigkeiten (Software- und Hardware-Betreuung, Marketing, Buchhaltung etc.). Diese Tätigkeiten, die in der Statistik vorher unter „verarbeitendes Gewerbe“ fielen, da sie in einem Industriebetrieb erbracht wurden, wurden durch die Auslagerung statistisch neu zugeordnet. Dies sowie das generelle Wachstum im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen aufgrund neuer Anforderungen im Zuge der betrieblichen Reorganisation, wirtschaftlichen Liberalisierung und Globalisierung führte zu einem Beschäftigungswachstum im Dienstleistungsbereich um 59 Prozent: von 274.000 Jobs 1970 auf knapp 435.000 im Jahr 2008. Im Jahr 2008 sind 89 Prozent aller Arbeitsplätze in Frankfurt im Dienstleistungssektor zu finden (Statistisches Amt und Wahlamt der Stadt Frankfurt am Main 1971, Stadt Frankfurt am Main 2011). Eine besonders starke Entwicklung

erfuhr der Finanzsektor, der von 40.000 Beschäftigten 1970 auf 73.000 im Jahr 2008 wuchs. Bedeutsam ist dieses Wachstum um 82 Prozent, weil der überwiegende Anteil dieser Beschäftigten einen Büroarbeitsplatz benötigt. Dies eröffnete einen Markt für das Errichten, Kaufen, Verkaufen und Mieten; also kurz: den Handel mit Büroimmobilien. Frankfurt erlebte seinen ersten Büroimmobilienboom in den 1970er Jahren, der aber noch überwiegend auf Selbstnutzern basierte. Ein Beispiel dafür sind der Silberturm der Dresdner Bank, der 1978 errichtet wurde, oder der 1979 fertig gestellte Eurotower, die ehemalige Zentrale der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG). Ab Ende der 1980er Jahre erfolgte ein Übergang zur spekulativen Errichtung von Hochhäusern, die zur typischen Frankfurter Skyline beitrug. Eigentümer der Bürogebäude waren nun überwiegend nicht mehr Selbstnutzer, sondern institutionelle Investoren. Auch die ehemaligen selbstgenutzten Immobilien – wie der Silberturm oder der Eurotower – gingen nun in den Besitz von institutionellen Investoren über. Im Falle des Silberturms handelt es sich um ein bilanztechnisch günstiges Finanzkonstrukt für die Deutsche Bank und im Falle des Eurotowers war die Übernahme des Unternehmens durch andere Unternehmen der Hintergrund.

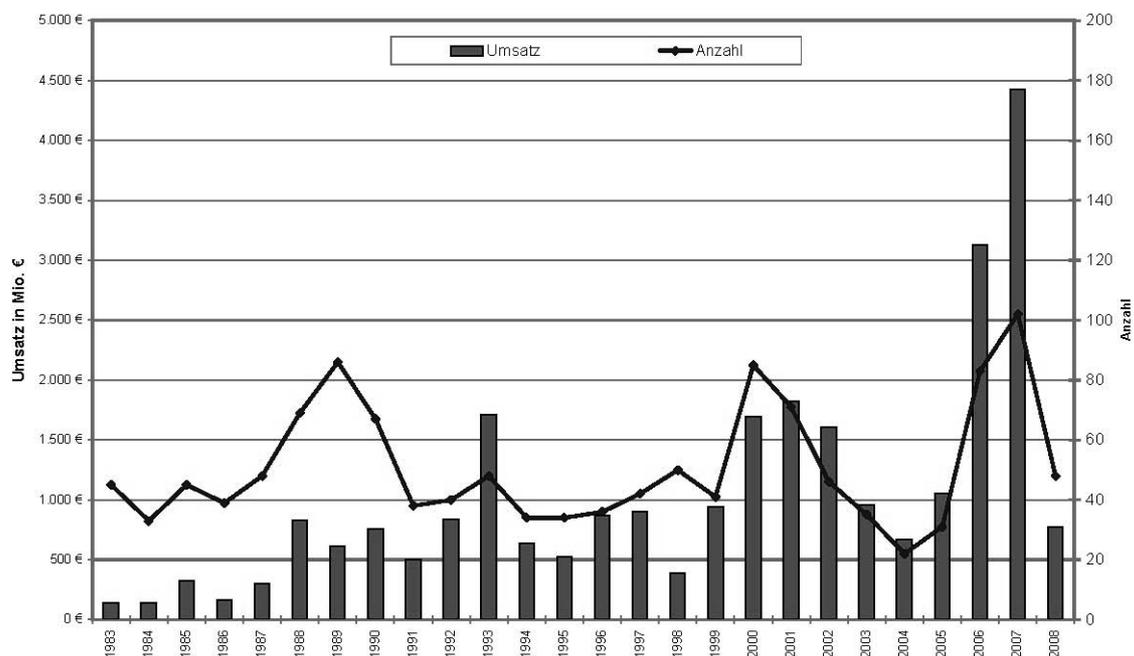
Ein Indikator für die Nachfrage nach Bürofläche ist der Büroflächenumsatz. In der Abb. 1 sieht man die Volatilität von Umsatz und Leerstand. Der Umsatz (in weiß) ist ein Anzeichen für die Nachfrage und der Leerstand (in dunkel) für die fehlende Nachfrage. Demnach verlief die Entwicklung von Leerstand und Umsatz stark zyklisch und seit 2002 verharrt der Leerstand auf einem hohen Niveau. Die zunehmenden Ausschläge auf dem Immobilienmarkt dürften mit einiger Sicherheit dazu beigetragen haben, dass in Immobilien investiertes Kapital sich zum Teil als fiktives Kapital entlarvte. Da sich das Kapital erst im Verkauf realisiert, ist es plausibel davon auszugehen, dass der Verkaufspreis in Phasen mit hohem Leerstand unter dem Kauf- oder gar Erstellungspreis liegt. Auch wenn ein bestimmter Immobilienwert in den Bilanzen oder Büchern steht, so kann sich der angezeigte Wert des Buchrepräsentanten in diesen Phasen vom Preis des bezeichneten Produkts entfernen. Eine Folge davon ist, dass es sich bei Teilen des Kapitals nur noch um fiktives Kapital handelt: es kann nicht mehr realisiert werden, d.h. der Tausch in Geld misslingt. Durch die zunehmende Volatilität wird diese Gefahr sehr real, da die Marktplatzierung von Immobilien bis zum Verkaufsabschluss längere Zeit benötigt und somit in der Baisse stattfinden kann.

Abbildung 1: Büroflächenumsatzes und Leerstand in Frankfurt 1980-2008
(Quelle: PMA (vom Unternehmen freundlicherweise zur Verfügung gestellt))



In Geldeinheiten gemessen hält der Grundstücksausschuss der Stadt Frankfurt fest, dass die Umsätze bei Büroimmobilien von 123 Millionen Euro im Jahr 1983 auf über 1,5 Milliarden Euro im Jahr 1993 stiegen. D.h. es fand mehr als eine Verzehnfachung in 10 Jahren statt. Bis 2001 stieg der Umsatz nur auf 1,7 Milliarden Euro, da in den 1990er Jahren weit über die Nachfrage hinaus gebaut wurde. Das neue absolute Spitzenjahr 2007 wurde primär durch ausländische Investoren bestimmt, die den Umsatz im Bürosektor auf 4,3 Milliarden Euro trieben (Abb. 2). Dies bedeutet eine Ver-35-fachung des Wertes von 1983 (Gutachterausschuss Frankfurt 2009: 47). Dieser Anstieg hängt mit einer zunehmenden Anzahl von handelbaren Immobilien sowie stattfindenden Mehrmalverkäufen zusammen.

Abbildung 2: Umsätze und Anzahl von Büroverkäufen in Frankfurt
(Quelle: Gutachterausschuss 2009: 50)



Zweitens befeuerte ab den 1990er Jahren die Liberalisierung des Finanzmarktes in Deutschland das Wachstum von Finanzdienstleistungen. Die Möglichkeit europaweit und bald global unbegrenzt zu investieren, trug zum Wachstum und der Entwicklung von institutionellen Investoren, d.h. Anbietern von Investmentprodukten und weiteren Anlagemöglichkeiten bei. Diese Entwicklung ging mit einer Ausdifferenzierung von Finanzmarktakteuren und -konstruktionen einher. Allein im Immobilienbereich expandierten bzw. etablierten sich offene und geschlossene Immobilienfonds, Real Estate Investment Trusts, Real Estate Private Equity Fonds, Immobilien AGs etc. Daneben gibt es noch eine Reihe von Investoren, die zur Portfoliodiversifikation in Immobilien anlegen: ein Beispiel hierfür sind Hedge-Fonds. Diese Akteure wirkten sowohl als Nutzer als auch als Investoren in Immobilien. Eine Folge der zunehmenden Aktivität und Anzahl dieser Akteure war, dass Bürofläche nachgefragt wurde und in der Folge eine rege Bautätigkeit stattfand. Seitdem ist der Büromarkt in Frankfurt durch eine hohe Volatilität, d.h. Schwankungen, gekennzeichnet, da diese Akteure wiederum von Finanzmarktentwicklungen abhängig sind.

Dass diese rege Bautätigkeit möglich war, hängt auch mit der großzügigen städtischen Flächenpolitik zusammen. Die Frankfurter Planungspolitik zielt auf die Entwicklung eines Hochhausclusters bzw. darauf, Bürofläche für Finanzdienstleistungen in der Innenstadt zu konzentrieren, wozu entsprechende Flächenausweisungen gemacht wurden. Diese Planung begann bereits in den 1950er Jahren als Hauptverwaltungen nach Frankfurt drängten. Die Entwicklungsachsen für Büroentwicklungen wurden im Fingerplan 1968 das erste Mal zielgerichtet entwickelt, aber unter Aushebelung des Planungsrechtes, da die „Finger“ (Abb. 3) in Wohngebiete hinein reichten. Der Plan sah vor, Büronutzungen in neuzubauenden Hochhäusern entlang von fünf Entwicklungsachsen zu konzentrieren. Der Protest, der sich daraufhin entwickelte, führte zusammen mit einem sich abkühlenden Immobilienmarkt 1971 dazu, dass der Plan offiziell aufgegeben wurde. Dies war aber nicht das Ende einer proaktiven Hochhaus- und Büroflächenpolitik. Vielmehr führte die starke Büronachfrage in den 1980er Jahren dazu, dass die Hochhausplanung wieder aufgenommen wurde. Der City Leitplan von 1983 diente, ähnlich wie die folgenden Hochhausrahmenpläne dazu, Investitionssicherheit zu schaffen, Kapitalanlagen zu steuern und damit den Investitionsdruck aus anderen Stadtgebieten fernzuhalten. Um dies zu belegen, soll Martin Wentz, der damalige Stadtplanungsdezernent selbst zu Wort kommen: „...während sich bei gewerblichen Bauflächen der Bodenpreisindex in den letzten 20 Jahren gerade verdreifacht hat, ist bei Büroflächen in guter Lage der Index auf das Zwölfwache gestiegen. [...] Es wird angenommen, dass die Nachfrage an Büroflächen in der bisherigen Größenordnung unvermindert weiterbesteht und im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt befriedigt werden muß. [...] Dem trägt der auf der Grundlage eines Rahmenplans für das Bankenviertel um die Neue Mainzer Straße herum entwickelte Bebauungsplan Rechnung: er weist Standorte für zusätzliche Hochhäuser nach.“ (Wentz 1991: 108)

Abbildung 3: Fingerplan Frankfurt 1968 (Quelle: Krauß 1997: 213)



Im gleichen Buch – das insgesamt die Bauwut und den Global-City-Gestaltungswillen von Martin Wentz spiegelt – bemerkt Nikolaus Münster zum Bürobau: „Die Elite muß wissen, dass sie hier den Boden für Weiterentwicklung findet und dies muß auch nach außen hin sichtbar sein. Der Anspruch Frankfurts als intelligente Stadt muß sich deutlich in der Architektur niederschlagen.“ (Münster 1991: 129)

Die Hochhausrahmenplanung wurde bis in die Gegenwart mehrmals überarbeitet und es wurde Planungsrecht für einen Pulk von Hochhäusern in der Innenstadt geschaffen. Die Planung ging dabei in Vorleistung, insofern weit mehr Standorte für Hochhäuser ausgewiesen wurden als nachgefragt wurden. Das Instrument der Hochhausentwicklungsplanung kann man insofern als geordnete Nachfolge des Fünf-Finger-Plans bezeichnen. Damit sollen in innerstädtischen Bereichen von Frankfurt Entwicklungsachsen geöffnet und für Investments bereit gemacht werden. Vor allem wird aber erreicht, dass das Bodenpreisgefüge angetrieben wird. Zwar gelang es weitgehend, angrenzende Wohnbezirke vor dem Eindringen von Bürofunktionen zu schützen, aber der Preisauftrieb war enorm. Ein Beispiel hierfür ist das Westend.

Wohnungsmarkt

Grundsätzlich war der Preisauftrieb aber auch nicht ungewollt, da es darum ging, einkommensstarke Haushalte in Frankfurt zu halten. Auch für einkommensstarke Haushalte kann ein teurer Mietwohnungsmarkt ein Ärgernis darstellen, da dadurch andere Konsummöglichkeiten möglicherweise eingeschränkt werden müssen. Eine weniger ungewollte Begleiterscheinung dürfte allerdings sein, dass hohe Mietkosten (aber auch Kosten für Eigentum) diejenigen außen vorhält, die sich aus sozio-ökonomischen Gründen den Wohnstandort nicht leisten können: Sozial Schwache und z.T. Migrant_innen – also jene, die im Dienstleistungssektor die Servicejobs übernehmen. Zwischenzeitlich treffen die gestiegenen Wohnkosten aber auch den Mittelstand. Martin Wentz, der langjährige Planungsdezernent in den 1980er und 1990er Jahren, bemerkte in einer Diskussionsveranstaltung der Evangelischen Stadtakademie am 10. November 2010 unter dem Titel „Wer plant die Stadt?“, dass man sich noch in den 1980er Jahren über die Verarmung und Verelendung der Stadt beklagt hätte. Jetzt wäre erreicht worden, was man seinerzeit wollte, nämlich gut ausgebildete Bewohner und einkommensstarke Haushalte in der Stadt zu halten bzw. anzuziehen. Und da nicht jeder im beliebten Frankfurter Nordend wohnen könne, müsse eben der Markt entscheiden und diejenigen, die es sich nicht leisten könnten, könnten ja nach Griesheim und Höchst ausweichen. Ähnlich äußerte sich der letzte Planungsdezernent Edwin Schwarz in einer HR-Dokumentation vom Februar 2012, in der er einer jungen Familie, die trotz Doppelverdienst keine bezahlbare Wohnung in Frankfurt findet, mit auf den Weg gab, dass wenn sie sich in Frankfurt keine Wohnung leisten könnten, dann sollten sie über den Taunuskamm ziehen. Dort gäbe es Wohnungen für eine geringere Miete (HR defacto 2012). Ich führe Martin Wentz und Edwin Schwarz an, damit die fatale Mischung aus Glauben an die vorteilhafte Wirkung von Marktgesetzmäßigkeiten sowie einer klaren Ausrichtung an einkommensstarken Bewohnern sowie an Bürofläche für gehobene Dienstleistungen deutlich wird. Für Hoffnun-

gen auf bezahlbare und dem Bedarf angemessene Wohnungen scheint es hier keinen Raum zu geben.

Der Abbildung 4 kann man den massiven Rückgang im öffentlich geförderten Wohnungsbestand (-54%) und die zeitgleiche Zunahme von privatem und privatwirtschaftlichem Wohnungsbau (+15,7%) im Zeitraum von 1987 bis 2009 entnehmen. Dahinter steht der Wille, den Markt das Wohnungsproblem lösen zu lassen. Mit der Verabschiedung aus dem sozialen Wohnungsbau sowie dem Einsatz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft als Marktakteur, der nur noch in Teilmärkten wie Gallus oder Griesheim leicht unter dem Marktpreis bei den Mieten bleibt, ziehen die Preise auf dem Wohnungsmarkt an.

Abbildung 4: Entwicklung des Wohnungsbestandes seit 1987 (Quelle: Müller/Seifert 2011: 75)

Entwicklung des Wohnungsbestands seit 1987				
Jahr	Bestand insgesamt 1)		öffentlich gefördert 2)	
		Änderung %		Änderung %
1987	311.238		66.203	
1990	315.548	1,4%	67.980	2,7%
1991	316.769	1,8%	66.887	1,0%
1992	318.770	2,4%	65.951	-0,4%
1993	322.091	3,5%	62.069	-6,2%
1994	324.603	4,3%	58.994	-10,9%
1995	326.793	5,0%	52.965	-20,0%
1996	331.470	6,5%	48.975	-26,0%
1997	333.705	7,2%	46.444	-29,8%
1998	336.243	8,0%	44.154	-33,3%
1999	338.377	8,7%	42.787	-35,4%
2000	340.462	9,4%	41.324	-37,6%
2001	342.250	10,0%	39.450	-40,4%
2002	344.086	10,6%	38.242	-42,2%
2003	347.169	11,5%	37.251	-43,7%
2004	348.714	12,0%	34.900	-47,3%
2005	351.024	12,8%	33.482	-49,4%
2006	353.464	13,6%	32.694	-50,6%
2007	355.638	14,3%	32.149	-51,4%
2008	357.699	14,9%	31.714	-52,1%
2009	360.234	15,7%	30.484	-54,0%

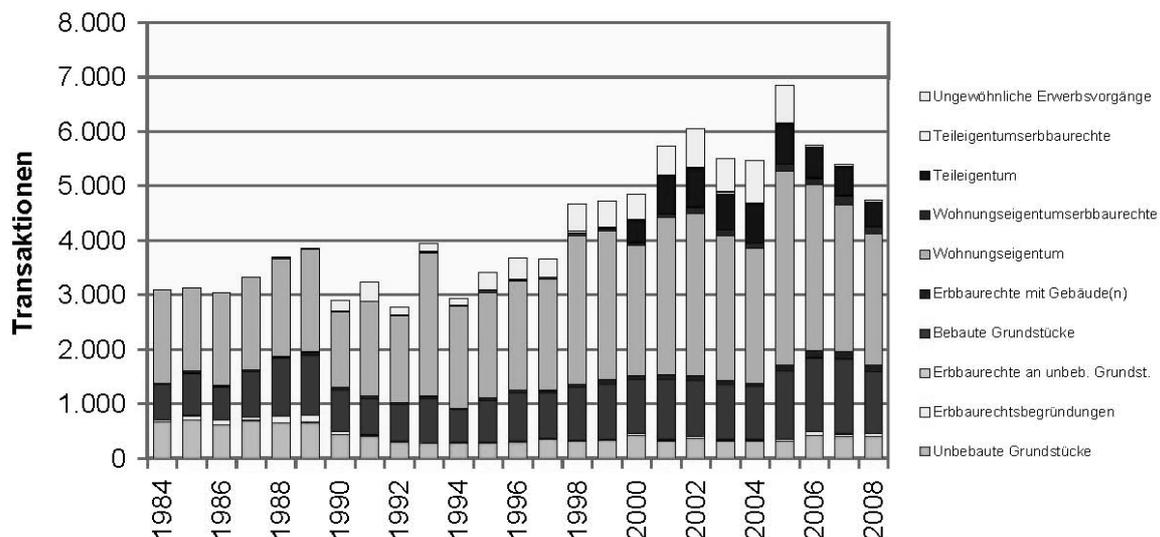
1) Quelle: Frankfurter Statische Jahrbuch, Ziff. 7.1
 2) Quelle: Jahresbericht Kommunale Wohnraumversorgung beim Amt für

Es gibt gegenwärtig keine maßgeblichen Wohnungsmarktakteure mehr, die der Preisentwicklung entgegen steuern könnten. Der Wohnungsbestand in den Händen von Genossenschaften ist zu gering dafür. Es fehlt der öffentliche Wohnungsbestand, der einen dämpfenden Effekt entfalten könnte. Bei einer Tagung zu Gentrification im November 2011 sagte Peter Kreisl, ein Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes, dass in der inneren Stadt (d.h. Westend, Bockenheim, Bornheim, Nordend, Sachsenhausen) die Gentrification weitgehend erfolgt sei. Er belegte dies mit Angaben zum Bruttoarbeitsentgelt, mit Karten zu den gefragten Wohnungsbeständen sowie dem Mietspiegel (Stadt Frankfurt 2011).

Diese Entwicklung ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, was und für wen gebaut wird. Wohnungsneubau erfolgt in jüngerer Zeit maßgeblich in der Form von Eigentumswohnungen; unabhängig davon, ob es sich um Eigentums- oder Mietwohnungen handelt, werden diese auf einem wenig regulierten Markt gehandelt. Wohnungen stellen eine Ware dar wie andere auch. Die privatwirtschaftlich errichteten Wohnungen zielen im Quadratmeterpreis überwiegend auf das maximal mögliche. Die sozial selektive Wirkung wird dadurch unterstützt, dass die gebauten Wohnungen nicht unbedingt klein sind. Größe und Quadratmeterpreis wirken hier zusammen, um den Wohnraum bereits für durchschnittliche Einkommensbezieher schier unbezahlbar zu machen. Dem Wohnungsmarktbericht von 2010 zufolge liegt der Schwerpunkt der neuen Wohnungen bei 4-Raumwohnungen. Dies ist ein bereits länger anhaltender Prozess. So berichtet Michael Kummer, der Leiter der Bauaufsicht der Stadt Frankfurt (FR vom 06.12.2006), dass Neubauten in Frankfurt entweder luxuriöse Großwohnungen in der inneren Stadt oder Einfamilienhäuser am Rand der Stadt sind.

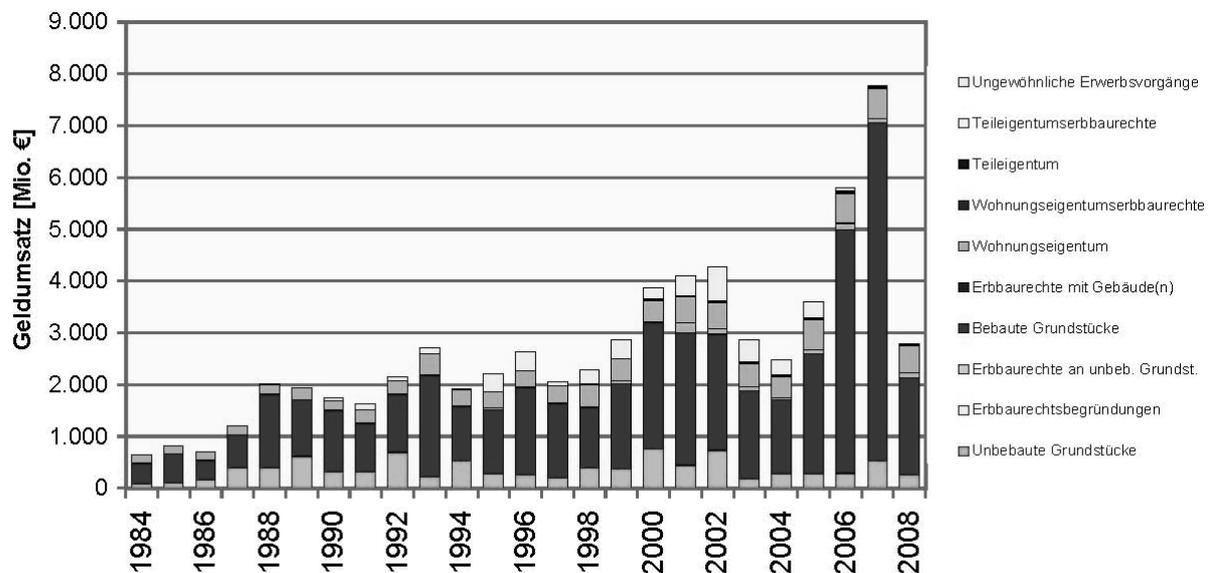
Dahinter steht eine Entwicklung hin zum verstärkten Handel mit Wohngebäuden. Abb. 5 zeigt, wie sich die Zahl der Transaktionen im Wohnungssektor entwickelt hat.

Abbildung 5: Anzahl Transaktionen in Frankfurt, 1984 – 2008
(Quelle: Gutachterausschuss Frankfurt am Main 2009: 153)



Zugenommen haben die Transaktionen sowohl insgesamt als auch in den wichtigen Bereichen der bebauten Grundstücke (d.h. mit Gebäuden mit Wohn- und anderen Nutzungen) und des Wohnungseigentums. Die Zunahme des Verkaufsgeschehens zeigt an, dass von Käufern als auch Verkäufern der Wohnungsmarkt in Frankfurt als interessant eingeschätzt wird. Eine Ursache als auch eine Folge der Zunahme an immobilienbezogenen Transaktionen ist, dass der Wohnungsmarkt angespannt ist. Wohnungen bzw. Immobilien stellen ein knappes Gut dar, das Preissteigerungspotenziale hat. Dies zeigt sich beim immobilienbezogenen Geldumsatz (Abb. 6). Ab 2000 nimmt der Umsatz zu mit einer kurzen Delle um 2004, aber einer umso stärkeren Zunahme ab dem Jahr 2006. In dieser Abbildung wirkt sich der Handel mit Gebäuden absolut stärker aus als der Handel mit Eigentumswohnungen, da nicht alle gehandelten Häuser in Wohneigentum aufgeteilt und als Eigentumswohnungen weiterverkauft werden.

Abbildung 6: Geldumsatz in Frankfurt 1984 – 2008, in Mio. €
(Quelle: Gutachterausschuss Frankfurt am Main 2009: 155)



Insgesamt begünstigt dies einen Preisauftrieb. Unterstützt wird der Preisauftrieb durch den Verkauf und die Vermarktlichung eines großen Bestands zuvor semi-öffentlicher Wohnungen, d.h. von Post, Bahn, aber auch von (Teilen von) städtischen Wohnungsunternehmen. In diese Richtung wirkt auch der letzte Mietspiegel, der Spielraum für Mieterhöhungen eröffnet aufgrund eines nicht nachvollziehbaren Festlegungsverfahrens von Mietpreisen und Wohnlagen. Insbesondere in innerstädtischen Lagen ist eine Entkoppelung des Preisgefüges vom Rest der Stadt zu erkennen. Diese Entwicklung scheint sich jetzt in Richtung Gallus und Ostend fortzusetzen. Projektentwickler haben diese Viertel seit einiger Zeit ins Visier genommen. In diesen Vierteln hat die Anzahl der Umwandlung in Eigentumswohnungen, aber auch die Umnutzung von Gewerbearealen zugunsten von Bürofunktionen stark zugenommen (Müller/Seifert 2011: 33, Gutachterausschuss 2009: 25, 90. 96ff). Dies war ein Phänomen, das vor 2000 in diesen Vierteln kaum bekannt war (vgl. auch Michels 2011).

Es lässt sich insgesamt eine Umwandlung von Industriegebäuden zugunsten von Büro- und Wohnnutzungen sowie Preissteigerungen im Bestand (sowohl Mietpreise als auch Preise für Wohnungseigentum) feststellen. Dies geht mit massiven Aufwertungen des Bestands in innerstädtischen und zunehmend auch in nicht so innerstädtischen Lagen einher. Auch wenn Büro- und Wohnnutzungen auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun zu haben scheinen und meist als zwei getrennte Bereiche behandelt werden, bestehen doch wichtige Zusammenhänge. Diese bestehen darin, dass die Aufwertungstendenzen im Bürobereich sich auch auf weitere Versorgungsbereiche wie Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk etc. auswirken. Bereits 1996 hat Saskia Sassen darauf hingewiesen, dass die Veränderungen in *Global Cities* eine Verdrängung des traditionellen Handwerks sowie von sogenannten Mom-and-Pop-Stores mit geringem Umsatz beinhalten. Über kurz oder lang würden diese Läden im Stadtzentrum sowie in den aufgewerteten Wohngebieten durch Angebotsstrukturen für die besser verdienende Klientel verdrängt werden (Sassen 1996). Dies macht alltägliche Lebensroutinen der ärmeren Bevölkerung in Städten schwer. Hinzu kommt, dass sich Wohnfunktionen in diesen zentralen Lagen in Konkurrenz mit gehobenem Einzelhandel, Gastronomie und Bürotätigkeit-

ten befindet. Eine Folge davon ist, dass günstiger Wohnraum langfristig abnimmt und in bevorzugten innerstädtischen Lagen ein Preiswettbewerb zwischen Wohnungsbau für Einkommensstarke und Büroprojekte entsteht, der sich in einem Preisauftrieb auswirkt.

Damit bestehen zwischen den Büroentwicklungen und den Aufwertungen und Inwertsetzungen im Wohnungsbestand Zusammenhänge, die Prozesse des sozialen Auseinanderdriftens erwarten lassen. Aufwertungsmaßnahmen können für einige eine Zunahme von Komfort und Konsummöglichkeiten bedeuten, aber für andere, die weniger zahlungskräftig sind, gehen sie mit einer Zunahme von Unsicherheiten einher.

Ausblick

Die stetigen Anstrengungen zur Entwicklung von Frankfurt als *Global City* haben also ihren Preis. Aber wie schon am Anfang gesagt, sind diese Entwicklungen kein Ergebnis planloser Politik, sondern das Ergebnis einer kontrollierten marktorientierten Politik. Nicht alle immobilienbezogenen Entwicklungen werden auf Ebene der Stadt Frankfurt entschieden (bspw. die Privatisierung von Bahn, Post), aber die Frankfurt Stadtpolitik hat in der Vergangenheit die *Global City*-Werdung aktiv unterstützt. Dies bedeutet, dass einer an Profit orientierten Immobilienverwertung wenig entgegengesetzt wurde, sondern dass diese mit der Ermöglichung von hochwertigen Büro- und Wohnprojekten unterstützt wurde. Weitere Hochhausprojekte, Umwandlungen und Neubauprojekte wirken weiter in diese Richtung. Man muss sich also Gedanken machen, wie man

- der Vermarktlichung vormals öffentlicher Wohnungen,
- der Privatisierung von öffentlichen Wohnungsunternehmen,
- dem Rückgang sozialen Wohnungsbaus,
- den Umwandlungen von Bestands- in Eigentumswohnungen,
- Neubauprojekten, die ausschließlich auf einkommensstarke Haushalte zielen,
- stetig neuen Büroprojekten,
- dem Leerstand von Bürogebäuden bei gleichzeitiger Wohnungsnot und
- dem Agieren der ABG als „normaler“ Marktteilnehmerin

etwas entgegengesetzt.

Literatur

Gutachterausschuss Frankfurt am Main (2009): 25 Jahre Immobilienmarkt Frankfurt am Main. Fakten und Entwicklungen von 1984 bis 2008. Frankfurt am Main.

HR defacto 2012: Boomtown mit Nebenwirkungen - Wohnungsnot in Frankfurt? Gesendet am 12. Februar 2012. URL im Internet:

<http://www.hr-online.de/website/suche/home/mediaplayer.jsp?mkey=43986269&xtmc=boomtowntown&xtr=1> (12. Juli 2012).

- Krauß, Heinz Ulrich (1997): Frankfurt am Main. Daten, Schlaglichter, Baugeschehen. Frankfurt am Main.
- Michels, Claudia (2011): Frankfurt Gallus. In Liebe gewachsen. In: Frankfurter Rundschau vom 22.11.2011. URL im Internet: <http://www.fr-online.de/stadtteil-portraits/frankfurt-gallus-in-liebe-gewachsen,8430636,11180264.html> (12.07.2012).
- Müller, Wilhelm und Wolfgang Seifert (2011) Wohnungsmarkt Bericht 2010. Stadt Frankfurt, Amt für Wohnungswesen.
- Münster, Nikolaus (1991): Wege des Bürobaus. In: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadtplanung in Frankfurt. Wohnen, Arbeiten, Verkehr. Frankfurt, New York: 124-129.
- Sassen, Saskia (1996): Metropolen des Weltmarktes. Frankfurt am Main.
- Stadt Frankfurt (2011): Gentrifizierung – sozialverträgliche Stadtteilentwicklung. Fachtagung am 17.11.2011 im Kolpinghaus Frankfurt am Main. Situationsbericht aus Frankfurt von Peter Kreisl. URL im Internet: http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/Gentrifizierung_11377.html?psid=37f2d965f49d33711ea3eae850fc66a8 (05. Mai 2012).
- Stadt Frankfurt am Main (2011): Statistisches Jahrbuch der Stadt Frankfurt am Main 2011. URL im Internet: [http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3877&_ffmpar\[_id_elter\]=2811](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3877&_ffmpar[_id_elter]=2811) (11. Juli 2012).
- Statistisches Amt und Wahlamt der Stadt Frankfurt am Main (1971): Statistisches Jahrbuch Stadt Frankfurt am Main 1971. Frankfurt am Main.
- Wentz, Martin (1991): Arbeiten in Frankfurt. In: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadtplanung in Frankfurt. Wohnen, Arbeiten, Verkehr. Frankfurt am Main, New York: 106-109.

Wem gehört die Deutsche Börse? Oder: so schön kann Global City Region sein

Von Bernd Belina

Global City ist, wenn städtische Eliten glauben den globalen Kapitalismus in ihrem Sinne nutzen zu können. Was als kritisches analytisches Konzept das Licht der Welt erblickte, als *Global City* bei Saskia Sassen (1996) oder als *World City* bei John Friedmann und Goetz Wolff (1982), und wo es darum geht, dass zunehmend Reichtum (in unmittelbarer Nähe v.a. migrantischer Armut) in denjenigen wenigen Städten konzentriert ist, an denen die Kommandozentralen des globalen Kapitalismus ansässig sind und in denen die weltweite Ausbeutung organisiert wird, wurde etwa in Frankfurt am Main zu Ziel, Schlachtruf und Allzwecklegitimation derer, die qua Amt das Gemeinwohl vertreten, die lokale Wirtschaft darstellen oder sonst etwas zu sagen haben (bzw. dies wollen). Weil *Global* bzw. *World Cities* zunehmend ökonomisch mit ihrem Umland verflochten sind und gemeinsam mit diesem als ökonomische Einheiten wahrgenommen werden, sollen sie, so die Forderung aus Politik und diese beratender Wissenschaft, auch politisch als *Global City Region* agieren (Scott 2001).

Klaus Ronneberger, Roger Keil und Walter Prigge (Ronneberger, Keil 1995; Prigge, Ronneberger 1996; Keil 2011) haben die Geschichte der *Global City* und der *Global City Region* Frankfurt detailliert geschrieben, Sebastian Schipper (2013) hat sie unlängst auf den neusten Stand gebracht. Sie zeigen, dass Frankfurt in verschiedener Hinsicht funktional eine *World* bzw. *Global City* im Sinne Ssassens, Friedmanns und Wolffs ist, und insbesondere auch, dass die städtischen Eliten das auch so sehen. *Global City* bedeutet für diese Eliten vor allem Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen weltweit um kapitalistischen Reichtum und um Macht. So betont etwa die ehemalige Oberbürgermeisterin, Petra Roth, im Jahr 2009 sie handle „im Interesse der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Frankfurt am Main, im Wettbewerb mit anderen internationalen Städten“ (zit. nach Schipper 2013), und der Präsident der lokalen IHK führt aus: „Die Erwartungen und das Interesse der Wirtschaft an die Weiterentwicklung der Region sind hoch, denn es steht viel auf dem Spiel: Es geht um die Zukunftsfähigkeit von FrankfurtRheinMain als Wirtschafts- und Lebensraum. [...] Der nationale und internationale Standortwettbewerb wartet nicht darauf, bis wir uns sortiert haben. Jeder Tag, den wir verstreichen lassen, ist ein verlorener Tag.“ (May 2012: 8f) Exemplarisch stehen diese Äußerungen für die Sicht städtischer Eliten, die Frankfurt im „globalen Raum des Wettbewerbs“ (Schipper 2013) wähen und denen der Weltmarkt ebenso wie die Region als Mittel erscheinen, um die *Global City* erfolgreich in diesem Raum zu positionieren.

In diesem Essay will ich anhand des Umzugs der Deutschen Börse AG von Frankfurt nach Eschborn illustrieren, dass diese Sicht- und Herangehensweise immer wieder auf den harten Widerstand der Wirklichkeit trifft. Weltmarkt und Region sind eben keine Mittel der Eliten der Stadt Frankfurt, sondern sie sind, wie die *Global City* selbst, sich räumlich ausdrückende soziale Verhältnisse, in die zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Mitteln eingebunden sind. Diese Akteure schaffen durch ihr Tun *Global City*, Region und Weltmarkt, und sie sehen die Ergebnisse ihres Tuns allesamt (und fälschlicherweise) als Mittel an, die sie strategisch einsetzen bzw. auf die sie strategisch zugreifen können, um ihre Position zu verbessern. *Global City* bzw. *Global City Region* heißt dann auch, dass städtischen Eliten – in Frankfurt wie anderswo – es nicht in der Hand haben, dass und wie sich ihr „Unternehmen Stadt“ auf dem Weltmarkt schlägt, und zwar u.a. in dem Maße nicht, wie scheinbar ortsgebundene Unternehmen strategisch die Region *gegen* die Stadt nutzen, um auf dem Weltmarkt zu reüssieren (und dabei auch die Spekulation anderer auf diese Ortsgebundenheit als teure Fehlspekulation blamieren). Eben diese Aspekte will ich illustrieren anhand der Geschichte des Umzugs der Deutschen Börse AG.

City als symbolisches und Region als Kostensenkungsmittel im Dienste des Shareholder Value

Neben dem Flughafen und der Messe ist es vor allem das Finanzkapital, das Frankfurt den Platz in der Riege der *Global Cities* sichert und auch in Zukunft sichern soll. Anders als München oder Stuttgart ist Frankfurt nicht durch (ganz ebenso global agierendes) industrielles Kapital geprägt, sondern eben durch Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister sowie den Sitz zentraler finanzkapitalistischer Institutionen wie der EZB sowie der wichtigsten Börse auf dem europäischen Festland, der Deutschen Börse AG – letzteres zumindest bis vor kurzem.

Denn am 11. Januar 2008 beschließt die Deutsche Börse AG ihre erst 2000 bezogenen, 55.000 qm großen Büroräume im Frankfurter Stadtteil Hausen zu verlassen und mit rd. 2.000 MitarbeiterInnen „ins benachbarte Gewerbesteuerparadies Eschborn“ (Dietz 2010) umzuziehen. Dieser Umzug in die an Frankfurt angrenzende 20.000-EinwohnerInnen-Stadt stellt „kommunalpolitisch eine mittlere Weltreise und steuerlich gesehen eine Reise zu einem anderen Kontinent“ (Schultheis 2008) dar. Um genau zu sein handelt es sich um eine Reise zu neuen Büros 500 Meter jenseits der Frankfurter Stadtgrenze und von einem Gewerbesteuerhebesatz von 460 Punkten in Frankfurt zu einem von 280 Punkten in Eschborn.

Der offizielle Sitz der AG mit einigen wenigen MitarbeiterInnen hingegen bleibt Frankfurt, wo auch nach wie vor Vorstand und Aufsichtsrat tagen und ihre Büroräume haben. Auch der Parketthandel bleibt in der Alten Börse in der Frankfurter Innenstadt. Dabei fungiert das „vor kurzem neu gestaltete Parkett im Haus der IHK am Börsenplatz [...] fast nur noch [als] Kulisse für die Fernsehkameras“ (Dietz 2008).

Die Versuche der offenbar überraschten Frankfurter Stadtpolitik („Über Tage hinweg wirkte der Römer wie im Schockzustand.“; Arning 2008), die Deutsche Börse AG doch noch

umzustimmen, scheitern kläglich. „Lediglich eine deutlich geringere Gewerbesteuer hätte an der Entscheidung etwas geändert, hatte der Börsenvorstand gestern noch einmal klipp und klar gemacht. Er will 60 Millionen Euro jährlich sparen.“ (Ochs 2008b) Es hat also nichts geholfen, dass in Frankfurt erst im Jahr zuvor der Gewerbesteuerhebesatz von 490 auf 460 Punkte gesenkt wurde, womit „auf rund 70 Millionen Euro Gewerbesteuer-Einnahmen verzichtet [wurde]“ (Ochs 2008a) – nachdem der Hebesatz zuvor schon im Rahmen der andauernden Konkurrenz mit Städten und Gemeinden weltweit, innerhalb der BRD und insbesondere innerhalb der Region von 515 (1994-99) auf 500 (2000) und dann auf 490 gesenkt worden war.

Der Umzug hat zahlreiche Effekte – politische und ökonomische, materielle und symbolische. Hier will ich mich hier ganz auf die banale Frage konzentrieren, wer durch ihn eigentlich Geld verdient bzw. verloren hat. Im Zentrum stehen dabei die lokalen, regionalen und globalen Ausprägungen ökonomischer und politischer Verflechtungen, aus denen *Global City* und *Global City Region* bestehen.

Wer hier auf welche Weise reichlich Geld verdient, ist klar und wird auch offen so diskutiert. Die Rechnung, mit der die Deutsche Börse AG im Januar 2008 den Umzug nach Eschborn begründet, sieht in etwa so aus: Die Steuerquote des Unternehmens lag zuvor bei rund 31 bis 33 Prozent. „Mit Umzug, der Übernahme der US-Optionsbörse International Securities Exchange ISE sowie den Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform kalkuliert der Konzern für das Jahr 2010 eine Steuerquote zwischen 25 und 27 Prozent“ (Dietz 2008). Börsen-Chef Reto Francioni wird zitiert: „Die Reduzierung der Steuerquote ist eine weitere Strukturmaßnahme, um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.“ (Dietz 2008) „Wenn es sich um solche Beträge handelt“, so Francioni an anderer Stelle, „brauchen sie keine Taskforce, die ihnen erst sagt, was sie zu tun haben. Das ist im Prinzip schon der Marschbefehl“ (Salzmann 2008). Diesen Befehl erteilen ihm einerseits, ganz abstrakt, „die Märkte“, andererseits aber auch, weit konkreter, die AnteilseignerInnen der AG, der er vorsteht: die Hedgefonds Atticus und TCI, die einem Leitartikel zufolge bereits im Vorfeld des Umzugs „einen harten Kurs steuer[te]n und am liebsten jeden einzelnen erwirtschafteten Euro in die eigene Tasche stecken möchten“ (Schultheis 2008). Die Steigerung ihres *Shareholder Value* fiel auch vor dem Umzug nicht ganz übel aus. Die Bekanntgabe des Umzugs fiel zeitlich zusammen mit jener der Geschäftszahlen für das Vorjahr, das laut Francioni das „erfolgreichste Jahr in der Unternehmensgeschichte“ (Salzmann 2008) markierte. „Die Aktie legte im vergangenen Jahr [...] um 93 Prozent zu und entwickelte sich im Dax wie im Dow Jones Euro Stoxx 50 so stark wie kein anderes Wertpapier.“ (ebd.)

Geld verloren hat offensichtlich die Stadt Frankfurt. Ihr entgehen jährliche Steuereinnahmen in Höhe von rund € 200 Mio. Auch wenn diese nur zu einem geringen Teil in soziale und kulturelle Aspekte lokaler Politik geflossen wären, so fehlen sie doch im Haushalt der Stadt und legitimieren den vermeintlichen Sachzwang des Sparens, der, wie immer, auf Kosten derer geht, die ohnehin schon wenig bis nichts haben. Dieser Effekt des Umzugs ist klar, von ihm sind immer wieder alle möglichen Städten und Gemeinden betroffen, denen Gewerbesteuerzahlende abhandenkommen – auch wenn es meist um weniger hohe Summen geht.

Spezifisch für *Global City* ist an diesem Fall, dass die Deutsche Börse AG nicht einfach ganz woandershin zieht, sondern in der Region verbleibt und, wenn auch weitgehend symbo-

lisch, zu einem Teil sogar in der Stadt Frankfurt. Letzteres hat ganz offenbar mit der „Marke“ zu tun, für die der „Finanzstandort Frankfurt“ steht. Einen „Finanzstandort Eschborn“ würde schon jenseits der Rhein-Main-Region niemand mehr kennen, ein solcher Briefkopf wäre gerade nicht *Global City*. Dass die Börse in der Region bleibt, hat zudem mit den zahlreichen Verflechtungen zu tun, die sie in Stadt und Region hat. Auch wenn das geplante *Offshoring* von Arbeitsplätzen nach Prag verdeutlicht, dass nicht alle 2.000 MitarbeiterInnen in der Region eingebunden sind bzw. sein müssen, so ist die Börse doch Teil dessen, was der Geograph David Harvey (1985) die „strukturierte Kohärenz“ der Region nennt. Damit ist gemeint, dass als Folge des im Einzelnen jeweils egoistischen Tuns relevanter Akteure aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Medien und oft auch Gewerkschaften und sozialen und kulturellen Verbänden enge Verflechtungen innerhalb der Region entstehen, die zur Folge haben, dass viele oder u.U. alle Akteure verlieren, wenn es einem oder einigen Akteuren nicht gut geht bzw. wenn einzelne relevante Akteure verschwinden (sei es in Folge einer Pleite, wegen Standortverlagerung oder aus anderen Gründen). *Global City Region* ist in diesem Sinne ein komplexes Abhängigkeitsverhältnis, das zu (stets egoistisch motivierter) regionaler Solidarität führen kann, das im vorliegenden Fall aber vor allem den völligen Wegzug der Börse in z.B. eine Steueroase in den Alpen oder der Karibik verhindert. Die Deutsche Börse AG bleibt also in der Region, weil sie muss, und sie nutzt die Unterschiede in der Region, weil sie kann. Es ist demnach keine reine Rhetorik, wenn der Chef der Börse von einem „Bekenntnis zur Region“ (Munser 2008) spricht – eine Position, die nicht nur und wenig überraschend der Bürgermeister von Eschborn teilt, sondern auch Ministerpräsident Bouffier, der „ein starkes Signal für den Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main [sieht], der sich nicht entlang von Kommunalgrenzen definiert“ (Mohr 2010). *Global City Region* ist also auch, wenn die *Global City* einen *Global Player* an die *Region* verliert, obschon weder *Player* noch *Region* ohne die *City* wirklich *Global* wären.

City als Fehlspekulation: Leerstand in Hausen, leere Versprechungen auf dem Finanzmarkt

In Erwartung der Ansiedlung der Deutschen Börse wurde 1999 ein Abschnitt der „Tilsiter Straße“ in „Neue Börsenstraße“ umbenannt – eine Adresse, die es heute noch gibt. Die dort angesiedelten ehemaligen Büros der Deutschen Börse AG stehen inzwischen leer. Seit März 2011 zahlt die Deutsche Börse keine Miete mehr, der als „Lateral Towers“ vermarktete Gebäudekomplex wird als „nahezu unvermietbar“ (Ochs 2012) bezeichnet. Die Geschichte des „vermutlich größten Leerstands-Gebäudes in der Stadt-Historie“ (ebd.) verweist ebenfalls auf ein Geflecht von Abhängigkeiten und Strategien mit verschiedenen Effekten. Wo der Deutschen Börse AG 2008 der Umzug nach Eschborn ein Mittel des Geldverdienens ist, schien den Finanziers der Neuen Börse 1999 die o.g. Ortsgebundenheit der Deutschen Börse AG ein ebensolches zu sein. Ein so sehr mit Frankfurt verbundenes und weltweit mit der Stadt identifiziertes Unternehmen wäre, so die damals durchaus plausible Annahme, ein Teil von *Global City*, der bei allem *Global* eben doch *City* ist, also zur Stadt gehört und in ihr bleiben wird.

Wegen dieser Fehleinschätzung haben die AnlegerInnen des geschlossenen Immobilienfonds Recursa CFB Fonds 130 „Neue Börse Frankfurt/Main“, den die Commerzbank-Tochter Commerz Real aufgelegt hatte, viel Geld verloren. Geschlossene Fonds sind Anlagen, bei denen für ein konkretes Projekt, etwa eine Immobilie, Anteile gezeichnet werden können, deren Wert dann ausschließlich dadurch bestimmt ist, welche Gewinne eben dieses Projekt abwirft. Das Anlagerisiko ist also nicht gestreut, sondern ganz auf Gedeih und Verderb an den Erfolg des jeweiligen Projektes gebunden. Anteile können nur auf dem „Zweitmarkt“ verkauft werden, wo sie üblicherweise deutlich niedrigere Preise erzielen als sie einst gekostet haben. Geschlossene Fonds „agieren auf dem Grauen Kapitalmarkt – nahezu unbeobachtet von der Finanzaufsicht“ (Schönwitz et al. 2011), werfen für VermittlerInnen hohe Provisionen ab (ebd.) und gelten vielen, so das Handelsblatt, inzwischen als „die schlechteste Geldanlage der Welt“ (ebd.).

So sehen das vermutlich auch die gut 2.500 AnlegerInnen von Recursa. Angelockt von einem Beteiligungsprospekt (CFB Commerz Fonds Beteiligungsgesellschaft o.J.), in dem Ausschüttungen von zunächst 5,5 %, später ansteigend bis 8,0 % in 2019 versprochen wurden, haben sie 1999 rd. € 100 Mio. investiert. Die Fondskonzeption, so heißt es im Prospekt, arbeite mit „vorsichtige[n] Annahmen der prognostizierten Einnahmen- und Ausgabenentwicklung“ (ebd.: 5) und sei „auf eine langfristige, ausschüttungsorientierte Beteiligung ausgelegt und deshalb u.a. auch zur Sicherung der privaten Altersvorsorge geeignet“ (ebd.). Diese Versprechungen basierten auf den „langfristig gesicherte[n] Mieteinnahmen durch Vollvermietung an die Deutsche Börse AG“ (ebd.). 13 Jahre später äußert der Geschäftsführer der Commerz Real Fonds Beteiligungsgesellschaft, dass es seinerzeit „undenkbar [schien], dass die Deutsche Börse ihren Firmensitz jemals an einen Standort außerhalb der Stadtgrenzen verlagern könnte“ (Ochs 2012).

Als Folge der Ankündigung des Umzuges in 2008 erhalten die AnteilseignerInnen seit 2009 auf Druck der refinanzierenden Bank, der HVB, keine Ausschüttungen mehr (Zydra 2011). Nachdem in 2011 die Mietzahlung durch die Börse ausgelaufen sind und ein neuer Mieter nicht in Sicht war, hat die Commerz Real das Gebäude 2012 selbst gekauft, was als „eine Art öffentliche[r] Offenbarungseid“ (Ochs 2012) gewertet wird. Durch diesen Kauf wurde der Fonds vor der Pleite gerettet, Anteile an ihm zu halten ist aber gleichwohl kein gutes Geschäft. Die AnteilseignerInnen des Fonds haben sich inzwischen zusammengetan und prozessieren wegen schlechter Beratung (<http://www.recursa-anleger.de>, letzter Zugriff 02.07.2012).

Derartige Fehlspekulationen können grundsätzlich überall stattfinden, wovon Investitionsruinen in Florida oder Südspanien zeugen. Gleichwohl stehen *Global Cities* im aufgeheizten und höchst volatilen globalen Büroimmobilienmarkt im Zentrum des Interesses, weil hier besonders starke Wachstumsraten und Profite erhofft werden (Dörry 2010). Um die Anlage in *Global Cities* selbst auch zu einem tatsächlich globalen Geschäft zu machen, müssen die lokalen Immobilienmärkte stets erst vergleichbar gemacht und damit als für AnlegerInnen aus aller Welt attraktives Geschäftsfeld hergestellt werden (Heeg 2010). So wird die gebaute Umwelt in zentralen Bereichen von Städten wie Frankfurt geprägt durch die steingewordenen Kalkulationen von Immobilienspekulation und Finanzkapital (Harvey 2010).

Wie das Beispiel von Recursa und den ehemaligen Büros der Deutschen Börse in Frankfurt zeigt, ist *Global City* dann auch, wenn in den Kalkulationen des global agierenden Finanzkapitals nicht damit gerechnet wird, dass andere aus derselben Branche die Stadt verlassen könnten, dass lokale Verwurzelung auch regional interpretiert werden kann und die Region gegen die Stadt als Mittel auf demselben Weltmarkt genutzt wird, auf dem Recursa seine Anteile eingesammelt hat.

Wem also gehört die Börse? Und wem Frankfurt?

Der Gebäudekomplex an der Adresse „Neue Börsenstraße 1“, der inzwischen die Börse nicht mehr im Namen trägt, gehört einem Fonds, der strauchelt und dessen Anleger seit geraumer Zeit Geld verlieren. Das Unternehmen Deutsche Börse AG gehört Hedgefonds, die sich für Wohl und Wehe der Kommunen und der Bevölkerung an den Standorten ihrer Investitionen nur insofern interessieren, wie diese ihren Shareholder Value beeinflussen (könnten). Da dies beim Umzug des Unternehmens von Frankfurt nach Eschborn nicht zu erwarten ist, sehen sie in ihm nur Kostenersparnis und Wertsteigerung. Die Steuern, die die Deutsche Börse AG heute zahlt, gehören der Stadt Eschborn, jene, die sie nicht mehr in Frankfurt zahlt, gehören zu den Sachzwängen und Legitimationen einer lokalen Politik auf Kosten weiter Teile der Frankfurter Bevölkerung. Diese Bevölkerung zahlt als BewohnerInnen – im Gegensatz zur Börse mit ihrer Postadresse in Frankfurt – lokale Steuern und Abgaben, wohnt in der Mehrzahl zur Miete, nutzt oft soziale und kulturelle Einrichtungen und ist in all diesen – und weiteren – Weisen von der Spar- und Austeritätspolitik betroffen, die lange Zeit als einzig denk- und gangbare lokale Lektion aus der Krise 2008ff. gezogen wurde (vgl. ausführlich Schipper 2013). Die Stadt gehört ihnen als Steuer- und AbgabenzahlerInnen, als MieterInnen und als NutzerInnen ganz offenbar nicht. Die Stadt gehört vielmehr eben jenem eingangs genannten Geflecht von Akteuren aus Kapital, Politik und anderen Bereichen, die von sich sogar glauben mögen, im Interesse aller zu handeln und im Dienste des Allgemeinwohls zu stehen, die recht eigentlich aber die Stadt nur nutzen und benutzen im Dienste von Profit und Macht. Das zu ändern setzt, neben vielem anderen, ein Verständnis für diese Verflechtungen voraus sowie den Schluss, dass als Resultat dieser Verflechtung eben nicht alle in einem Boot sitzen, sondern, um ein im Anschluss an Foucault häufig verwendetes Bild anzuführen, manche steuern und andere nur rudern.

Literatur

- Arning, Matthias (2008): Frankfurt und Börse gehören zusammen. Oberbürgermeisterin Petra Roth bereitet sich auf das Gespräch mit dem Börsenchef vor. In: Frankfurter Rundschau, 22.01.2008: 3.
- CFB Commerz Fonds Beteiligungsgesellschaft (o.J.): Beteiligungsprospekt zum CFB Beteiligungsangebot Die Neue Börse Frankfurt/Main. Düsseldorf.
- Dietz, Peter (2008): Frankfurt verliert potenten Geldgeber. Konzern will Kosten reduzieren / 2000 Leute müssen Kisten packen / Bankenmetropole soll Sitz bleiben. In: Frankfurter Rundschau, 12.01.2008: 9.
- Dietz, Peter (2010): Francioni läutet neues Zeitalter ein. Deutsche Börse Gruppe blickt auf 425 Jahre Geschichte zurück / Belegschaft bangt um ihre Zukunft. In: Frankfurter Rundschau 11.09.2010: 18.
- Dörry, Sabine (2010): Europäische Finanzzentren im Sog der Finanzialisierung. Büromärkte und Stadtpolitik in Frankfurt, London und Paris. In: Informationen zur Raumentwicklung, 5/6: 351-364.
- Friedmann, John und Goertz Wolff (1982): World city formation: an agenda for research and action. In: International Journal of Urban and Regional Research 6: 309-344.
- Harvey, David (1985): The Geopolitics of Capitalism. In: Gregory, Derek; Urry, John (Hrsg.): Social Relations and Spatial Structure. Houndsmill, London: 128-163.
- Harvey, David (2010): The Enigma of Capital. London.
- Heeg, Susanne (2010): Unvergleichliches vergleichbar machen! Das Herstellen von Transparenz auf internationalen Immobilienmärkten. In: Belina, Bernd; Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in den Wissenschaft und anderswo. Münster: 85-107.
- Keil, Roger (2011): The Global City Comes Home: Internalised Globalisation in Frankfurt Rhine-Main. Urban Studies 48(12): 2495-2517.
- May, Alexandra (2012): „Es steht viel auf dem Spiel“ – Ein Gespräch mit IHK-Präsident Dr. Mathias Müller über eine zukunftsfähige Organisationsstruktur für die Metropolregion FrankfurtRheinMain und die neuen Handlungsspielräume des Regionalverbandes. In: IHK WirtschaftsForum 135(4): 8-9.
- Mohr, Daniel (2010): Deutsche Börse nun in Eschborn. Offizieller Sitz bleibt das wenige Meter entfernte Frankfurt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.11.2010: 22.
- Munser, Ralf (2008): Zeichen für den Finanzplatz. Eschborn Börse legt den Grundstein für neue Konzernzentrale / Unternehmen spart Gewerbesteuer in Millionenhöhe. In: Frankfurter Rundschau, (Ausgabe Region Nord-West), 15.11.2008: 20.
- Ochs, Jutta (2008a): Abstimmung mit Portemonnaie – und mit Füßen. Der beschlossene Wegzug der Börse aus Frankfurt schockt die Stadt und schiebt einen neuerlichen Keil zwischen die Kommunen der Rhein-Main-Region. In: Frankfurter Rundschau, 15.01.2008: 3.

- Ochs, Jutta (2008b): Mit Sack und Pack. Frankfurt bleibt für die Deutsche Börse noch ein Ort des Repräsentierens. In: Frankfurter Rundschau, 12.02.2008: 5.
- Ochs, Jutta (2012): „Neue Börse“. Keine Perspektive am Industriehof. In: Frankfurter Rundschau, 23.07.2012. URL im Internet: <http://www.fr-online.de/frankfurt/-neue-boerse--keine-perspektive-am-industriehof,1472798,16695340.html> (16.08.2012).
- Prigge, Walter und Klaus Ronneberger (1996): Globalisierung und Regionalisierung. zur Auflösung Frankfurts in die Region. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 21(2): 129-138.
- Ronneberger, Klaus und Roger Keil (1995): Ausser Atem – Frankfurt nach der Postmoderne. In: Hitz, Hansruedi et al. (Hrsg.): *Capitales Fatales*. Zürich: 286-353.
- Salzmann, Bernd (2008): Börse schüttet Gewinn komplett aus. Stellenabbau und Steueroptimierung durch Umzug trotz Rekorden auf allen Ebenen. In: Frankfurter Rundschau, 21.02.2008: 20.
- Sassen, Saskia (1996): *Metropolen des Weltmarkts*. Frankfurt am Main.
- Schipper, Sebastian (2013): *Genealogie und Gegenwart der „unternehmerischen Stadt“*. Neoliberaleres Regieren in Frankfurt am Main zwischen 1960 und 2010. Münster (i. Ersch.).
- Schönwitz, Daniel; Gerth, Martin; Hoyer, Niklas und Heike Schwerdtfeger (2011): Die schlechteste Geldanlage der Welt. In: Handelsblatt, 15.04.2011. URL im Internet: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/fonds/ratgeber-hintergrund/geschlossene-fonds-die-schlechteste-geldanlage-der-welt/4060454.html> (16.08.2012).
- Schultheis, Jürgen (2008): Die öffentliche Hand wird zum Abschied leise winken. Der Konflikt um die Deutsche Börse ist ein Lehrstück dafür, wie allein renditeorientierte Unternehmen eine unzeitgemäße politische Struktur ausnutzen und dabei nur gewinnen können. In: Frankfurter Rundschau, 15.01.2008: 3.
- Scott, Allen J. (2001, Hrsg.): *Global City-Regions: Trends, Theory, Policy*. Oxford.
- Zydra, Markus (2011): Deutsche Börse. Häuserkampf beim Großkapital. In: Süddeutsche Zeitung, 13.09.2011. URL im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/geld/deutsche-boerse-haeuserkampf-beim-grosskapital-1.1142161> (16.08.2012).

Frankfurt in Zeiten der Grünen Ökonomie: Die Green City und ihre Akteure

Von Café 2 Grad¹

Anspruch und Realität der „Green City Frankfurt“

Am späten Abend des 29. Juni 2012 stand fest: „The winner is Kopenhagen“ - auf die offizielle Auszeichnung als „Umwelthauptstadt Europas“ muss die *Global City* Frankfurt verzichten. Nach Hamburg 2011 hatte sich Frankfurt am Main für das Jahr 2014 als zweite deutsche Stadt um die Auszeichnung „European Green Capital“ beworben und war bei dem Auswahlverfahren unter die letzten drei Städte gekommen.² Der Titel wird von der Europäischen Kommission als Anerkennung für „hohe ökologische Standards“ und Bemühungen um die Verbesserung von Umwelt, Wirtschaft und Lebensqualität in Städten vergeben (Europäische Kommission 2012). Die Preisträger sollen eine Vorbildfunktion für andere Städte einnehmen. Die Bewerberstädte werden anhand verschiedener so genannter Umweltkriterien überprüft. Dazu zählen beispielsweise der Schutz von Natur und biologischer Vielfalt, die (Nah-)Verkehrsinfrastruktur, Luft- und Wasserqualität, Lärmbelastung, die vorhandenen Initiativen zur Bekämpfung des Klimawandels oder die Abfallerzeugung und -bewirtschaftung. Aber es geht noch um mehr: die Verknüpfung von ökonomischer Prosperität mit ökologischen Standards. So stellt Janez Potocnik, der EU-Kommissar für Umwelt, fest: „The finalist and winners of the European Green Capital Award provide us with valuable real-life examples of how respect for the environment, excellent quality of life and economic growth can be successfully combined“ (ebd.).

Für die ehemalige Oberbürgermeisterin Petra Roth (2011) ging es bei der Bewerbung darum, „die Entwicklung zur Green City strategisch zu fördern und zu beschleunigen.“ Tatsächlich hat sich Frankfurt bereits vergleichsweise früh um eine nachhaltige Stadtentwicklung bemüht. Die Stadt war dabei, als 1991 - unter Rot-Grün - die Klima-Allianz gegründet wurde; im gleichen Jahr wurden Grundsatzbeschlüsse für die Niedrig-Energiebauweise und den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung getroffen. Seit 2005 gibt es die „Leitlinien für wirtschaftliches Bauen“, die Passivhausbauweise bei Neubauten und Sanierungen mit Passivhaus-

¹ <http://2grad.blogspot.de>

² Zuletzt waren noch Frankfurt, Kopenhagen und Bristol im Rennen. Zur „European Green Capital 2012“ wurde Kopenhagen ernannt.

Komponenten einfordern. Frankfurt ist laut Eigenwerbung des städtischen Wohnungskonzerns ABG-Holding die „Hauptstadt der Passivhäuser“ in Europa.³ Der Beschluss der Stadt, öffentliche Gebäude im Passivhaus-Standard zu bauen und bei Verkauf von städtischen Immobilien und Baugrundstücken die Käufer auf diesen Standard festzulegen, wird zum großen Teil auch durchgeführt. Bisher sind allerdings erst ca. 150.000 qm und 1.000 Wohnungen im Passivhaus-Standard gebaut worden – im Verhältnis dazu stehen 2 Millionen qm Büroraum in der Stadt leer, was die Größenordnung von Frankfurts Bemühungen um „nachhaltiges Bauen“ exakt beschreibt.

Der „Zukunftsfahrplan: 100% Klimaschutz in Frankfurt“ verspricht bis zum Jahre 2050 die Energieversorgung der gesamten Stadt auf erneuerbare Energien umzustellen. Dazu zwei Beispiele: Der neue Stadtteil in Flughafennähe, Gateway Garden, soll eine deutsche Modellregion für E-Mobilität und der Bockenheimer Campus zu einem „hochenergieeffizienten Stadtquartier mit hoher Leuchtkraft“⁴ werden.

Nach Ansicht der Frankfurter Stadtverwaltung haben die BürgerInnen diesen Wandel zur Grünen Stadt bereits wahrgenommen: „Inzwischen heben mehr als die Hälfte der Bürger die ‚vielen Parks und Grünanlagen‘ als Markenzeichen Frankfurts hervor; der ÖPNV und Abfallbeseitigung – um nur zwei öffentliche Dienstleistungen zu nennen – erhalten Bestnoten“, lobt die ehemalige grüne Frankfurter Umweltdezernentin Manuela Rottmann (2010) die Entwicklung der Stadt. Die Stadt habe den Wandel zur „Dienstleistungsstadt“ durch die Bebauung ehemaliger Industrie- und Hafenanlagen mit „grünen Stadtquartieren“ und weiteren Umweltmaßnahmen wie z.B. im Bereich der Luft- und Wasserqualität genutzt, um den Weg zu einer „grünen“ und „nachhaltigen“ Stadt einzuschlagen.

Dagegen steht – regional wie überregional – die weiterhin negative öffentliche Wahrnehmung Frankfurts in punkto Lebensqualität und ökologischer Bilanz. Zwar gilt Frankfurt als wirtschaftliche „Großmacht“, aber nicht unbedingt als „ökologisch vorbildliche“ Stadt. Betrachtet man nicht nur die „vielen Parks und Grünanlagen“, wäre das Attribut „ökologisch“ für Frankfurt reiner Hohn: Frankfurt hat den größten deutschen und zweitgrößten europäischen Verkehrsflughafen, der für enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen und seit der Eröffnung der Landebahn Nordwest auch für eine weiter steigende und für viele Menschen in der Rhein-Main-Region unerträgliche Lärmbelastung verantwortlich ist. Neben dem erheblichen Pendlerverkehr in die „Dienstleistungsmetropole“ trägt auch die Industrie mit der Inbetriebnahme eines neuen Feinstaubkohlekraftwerks 2011 im Frankfurter Stadtteil Fechenheim zur Luftverschmutzung bei. Außerdem beherbergt Frankfurt den weltweit größten Internetknoten DE-CIX, dessen Rechenzentren im Ostend, Gallus und im Gutleutviertel riesige Mengen an Strom verbrauchen (FAZ vom 07.05.2012) - so viel wie eine Stadt in der Größe von Fulda mit ca. 65.000 Einwohner. Selbst der *Green City Index*, den Siemens in Auftrag gegeben hat, stellt fest, dass „die CO2 Emissionen der Stadt mit 12,8 Tonnen pro Einwohner

³ Träger der meisten Passivhaus-Bauten ist die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Holding. Die Zahl der private Passivhaus-Bauherren ist gering (<http://mein-bau.com/2810/frankfurt-ist-passivhaus-hauptstadt-deutschland>).

⁴ Frank Junker, Chef der ABG-Holding, zitiert nach Immobilien-Zeitung.de vom 29.3.2012: „Kulturcampus: Alles so schön grün hier ... Frankfurt schwimmt weiter auf der grünen Welle“.

fast doppelt so hoch sind wie im Mittel der 41 [untersuchten] europäischen Städte (6,5 Tonnen).“ (Siemens 2011: 32).

Die Grüne Stadt als Standortvorteil?

In Anbetracht dieser Tatsachen erscheint es berechtigt, die Bewerbung der Stadt als bloße Augenschwärmerei und „Greenwashing“ abzutun und damit zu benennen, worum es dem Frankfurter Magistrat beim Leitbild der nachhaltigen Stadtentwicklung in Wirklichkeit geht: um die Erzielung eines Vorteils in der globalen Standortkonkurrenz. Was von den Verantwortlichen der Stadt auch gar nicht bestritten wird. So brachte der Frankfurter Wirtschaftsdezernent Frank schon bei der Vorstellung der Bewerbung zum Ausdruck, dass durch „eine Auszeichnung wie den European Green Capital Award Frankfurt auch als Wirtschaftsstandort attraktiver werde.“ (FR vom 14.10.2011)

Im Konkurrenzkampf um die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen (und die Bindung ihrer Angestellten an die *Global City*) zählen nicht nur steuerliche Anreize, Subventionen oder Grundstückspreise (harte Standortfaktoren), sondern auch attraktive Kultur- und Freizeitangebote und „ein positives, lebenswertes Image“ (weiche Standortfaktoren, Holm 2011: 43). Dieses Image soll heutzutage auch irgendwie *grün* und *nachhaltig* sein, die Stadt möglichst viele Naherholungsgebiete und -möglichkeiten, Grünflächen und Spielplätze vorweisen können. In Zeiten, in denen die Kommunen außer der Festsetzung des Gewerbesteuersatzes relativ wenig Einfluss auf die harten Standortfaktoren haben, spielt das Image der Stadt für die Wirtschaftsförderung eine immer größere Rolle.

Was die weichen Standortfaktoren angeht, hat Frankfurt weiterhin nicht gerade den Ruf, besonders attraktiv oder umweltfreundlich zu sein. *Bankfurt* und *Mainhattan* lassen nicht unbedingt an hohe Lebensqualität denken - eher an die „Unwirtlichkeit der Städte“, die Alexander Mitscherlich schon 1965 am Beispiel Frankfurts diagnostizierte. Insofern liegt der Wunsch nahe, entgegen dem negativen Image mit einem Titel *Umwelthauptstadt Europas* werben und sich so gegenüber anderen europäischen (Finanz-) Metropolen abheben zu können. Ein Titel als Auszeichnung für die bereits geleisteten ökologischen Modernisierungen und als Mittel in der Standortauseinandersetzung wäre das i-Tüpfelchen im globalen Wettbewerb gewesen.

Die Grüne Stadt als Ort von unterschiedlichen (Kapital-)Interessen

***Green Economy* und die Stadt**

Die Kritik an der Bewerbung zur European Green Capital sollte sich allerdings nicht auf die Standortfrage reduzieren oder sich mit einer Gegenüberstellung „Emissionen, Fluglärm und wachsender Individualverkehr“ versus „Passivhausbauweise, Grüngürtel und öffentlicher Per-

sonennahverkehr“ begnügen und allein bessere, glaubwürdigere Konzepte einfordern. Damit würde man es auch den ProtagonistInnen und FürsprecherInnen der Bewerbung zu leicht machen, da die Kritik den Kern ihrer Argumentation – Energieeinsparung im Gebäudebereich, Mobilitätskonzepte und modernes, nachhaltiges Umweltmanagement – verfehlen würde. Im Themengebiet der *Grünen Stadt* treten unterschiedliche politische und soziale Akteure auf den Plan – StadtplanerInnen, wirtschaftliche Interessenverbände, privatwirtschaftliche Akteure bis hin zu Gewerkschaften, Umweltorganisationen und BürgerInneninitiativen. Hier treten die unterschiedlichen Interessen in Konflikt miteinander oder verdichten sich zu gemeinsamen Strategien. Um zu verstehen, welche Interessen und welche Akteure sich auf dem Gebiet der Entwicklung zur *Grünen Stadt* vereinen (oder auch entgegenstehen), ist es notwendig, sich mit den grundlegenden Ursachen und Hintergründen des Projekts einer *nachhaltigen, ökologischen* Stadtumstrukturierung auseinanderzusetzen (siehe dazu unten den Exkurs zu Städten und Klimawandel). Bevor wir näher auf die einzelnen Akteure der Green Economy und Green City eingehen, lassen wir noch einmal beispielhaft einen ihrer bekanntesten Fürsprecher zu Worte kommen: Joschka Fischer, heute Berater des Siemens-Konzerns für das neue Geschäftsfeld „Stadtentwicklung“.

In seinem Beitrag auf dem Nachhaltigkeitsforum der Frankfurter Rundschau im Jahre 2010 deutet Fischer an, dass es bei der Green City um ein Projekt geht, das weit mehr als Tourismuswerbung, Greenwashing oder gar sozial-ökologischer Umbau ist. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Urbanisierung beschreibt Fischer es als „Schicksalsfrage“, „ob es gelingen wird, [...] das Prinzip Nachhaltigkeit global durchzusetzen [...]. Und diese Schicksalsfrage wird in den urbanen Ballungsräumen entschieden. [...] das ist ganz zentral auch eine wirtschaftliche Frage. [...] Aus meiner Sicht ist in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft diese Erkenntnis verankert.“ Mit Blick auf den globalen Konkurrenten China bezeichnet Fischer es als entscheidend, „ob wir uns hier in die Lage versetzen, den Vorsprung, den wir haben, zu halten oder sogar auszubauen, indem wir die notwendigen Investitionen bei uns heute vornehmen. [...] Wir verfügen über das notwendige Kapital, über das notwendige Knowhow. Was wir jetzt brauchen, ist unternehmerische Bereitschaft und den politischen Willen, die Weichen so zu stellen, dass wir den ökologischen Umbau tatsächlich als Kernanliegen begreifen, auch und gerade in den Ballungsgebieten.“⁵

Die Frage nach der Profitabilität einer *Green Economy* stellte sich nicht nur für Siemens als Akteur im globalen Wettbewerb der Kapitale, sondern in vergleichbarer Weise auch für Frankfurt als in globale Konkurrenz eingebundenes kontinentaleuropäisches Finanzzentrum.

Exkurs: Städte und Klimawandel

Bei all dem Gerede über *Green Economy* und *Nachhaltiges Wirtschaften* wird leicht vergessen, dass Teile der Welt es bereits jetzt mit katastrophalen Zuständen zu tun haben, die auf Umweltverschmutzung und Klimawandel zurückzuführen sind. Weltweit bedrohen Dürren

5 Joschka Fischer auf dem Nachhaltigkeitsforum von Siemens und Frankfurter Rundschau im Frankfurter Depot am 24. November 2010

und Orkane, Überflutungen und Versauerung der Meere immer stärker die menschlichen Lebensgrundlagen - vor allem der Armen in der Peripherie. Die Städte, vor allem solche mit Metropolenfunktion, sind wesentlich für die menschengemachte Erderwärmung verantwortlich. Sie sind zu 80 Prozent für den weltweiten Kohlendioxidausstoß verantwortlich, zu 75 Prozent für den Energieverbrauch, Tendenz steigend. In Deutschland hat der Gebäudesektor mit 40% den größten Anteil am Energieverbrauch, verursachen Heizung und Warmwasserbereitung für Wohnungen circa 15% der deutschen CO₂-Emissionen. Die bekannten Folgen des Klimawandels werden auch die Städte Mitteleuropas treffen: sie heizen sich immer stärker auf. Für Frankfurt werden beispielsweise 70 Tage mit mehr als 30 Grad plus im Sommer vorausgesagt und im Rhein-Main Gebiet wird der Klimawandel zu einem weiteren Anstieg der Jahresmitteltemperaturen führen. So werden großflächige Grünanlagen als Frischluftentstehungsgebiete und für den Luftaustausch notwendige Lücken in der städtischen Bebauung immer wichtiger. Auch der Gesundheitsbereich muss sich auf steigende Durchschnittstemperaturen und Hitzewellen einstellen, die vor allem die Gesundheit älterer und kranker Menschen gefährden.

Städte sind somit gleichermaßen Verursacher und Leidtragende des Klimawandels - wobei die Verantwortung für beides keineswegs alle gleichermaßen trifft.⁶

Neben den Fragen, die der Klimawandel aufwirft, kommen aber noch weitere Herausforderungen auf die Städte hinzu: Ressourcenknappheit und globale Konkurrenz um fossile Rohstoffe wie Öl und Gas. Die Energiekosten werden aller Voraussicht nach steigen und auf kommunale Haushalte treffen, denen immer weniger steuerliche Mittel zur Verfügung stehen. Es liegt also nahe, dass sich politische Akteure auf supranationaler als auch auf nationaler und lokaler Ebene mit der Thematik Stadt, Energie, Klima und Klimaschutz auseinandersetzen.

Energie- und Klimapolitik von Europäischer Union und Bundesregierung

Gewichtige Akteure auf dem Gebiet der Energie- und Umweltpolitik, und abgeleitet davon, auf dem Gebiet der Stadtentwicklung, sind die Europäische Union und die Bundesregierung. Als Antwort auf Ressourcen- und Rohstoffknappheit, die damit steigenden Energiekosten und auf den Klimawandel will die Europäische Union einerseits Schritt für Schritt *energieautark*⁷ werden, andererseits die CO₂-Emissionen begrenzen und zurückfahren. Ein Eckpfeiler der Energieautarkie ist, neben der Förderung regenerativer Energien, die Erhöhung der Energieeff-

6 „Die Auswirkungen der Klimaveränderung verteilen sich [...] auf tragisch ungerechte Weise auf die verschiedenen Regionen und Gesellschaftsschichten und richten den größten Schaden in den ärmsten Ländern an, die über die geringsten Ressourcen für eine nennenswerte Anpassung verfügen. Diese geographische Trennung von Emissionsquelle und Umweltfolgen ist es, die einer vorausschauenden Solidarität im Wege steht“, so die nicht unbedingt optimistische stimmenden Bemerkungen von Mike Davis über den Umgang mit der „ökologischen Schuld des Nordens“ (Davis 2010: 30).

7 d.h. unabhängig von Rohstoffimporten werden. Neben der Förderung regenerativer Energien spielt auch eine potentiell militärische Komponente eine Rolle: so hat die EU 2011 eine Rohstoffinitiative beschlossen, die den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen und dabei massiven Druck auf die Exportländer ausübt (medico international 2011: 37f.).

fizienz. Die EU-Kommission will eine Energieeffizienzrichtlinie erlassen, die das Energiesparen zur Pflicht machen soll.⁸ Schon 2010 wurde eine EU-Gebäuderichtlinie erlassen, die von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden muss.

Die Bundesregierung strebt laut ihrem Energiekonzept die „Nullemission“ für alle Gebäude bis 2050 an. Die jährliche energetische Sanierungsrate soll von ein auf zwei Prozent steigen und der Wärmebedarf im Gebäudebereich um 20 Prozent bis 2020 bzw. um 80 Prozent bis 2050 reduziert werden.

Gegen den prognostizierten Klimawandel hat die EU ein Zwei-Grad-Celsius-Ziel der maximalen globalen Erwärmung festgelegt und Gesetzesentwürfe geschaffen, um den Klimawandel zu begrenzen. Diese gipfelten bisher im Klima- und Energiepaket, das Anfang 2009 von Rat und Europäischem Parlament beschlossen wurde. Mit diesem Paket war die EU der erste Länderblock weltweit, der für 2020 ein weitreichendes rechtlich verbindliches Gesetzespaket festgelegt hat. Es steht auf drei Pfeilern: mindestens 20 Prozent erneuerbare Energien am gesamten Endenergieverbrauch, 20 Prozent Treibhausgasreduktion im Vergleich zu 1990 und 20 Prozent Energieeffizienzsteigerung bis 2020. Ob diese Ziele aber erreicht werden, darf stark bezweifelt werden.

Die Richtlinien, die von der Bundesregierung in Gesetze gegossen werden, haben einen direkten Einfluss auf die kommunale Ebene. Im Bereich der Emissionsreduzierung stellt die Bundesregierung zum Beispiel Gelder zur energetischen Sanierung von Gebäuden zur Verfügung oder ändert das Mietrecht⁹. Um die Höhe der Förderungen und um die Verteilung wird derzeit noch gestritten.¹⁰ Diese Maßnahmen werden im Wohnungsbereich wiederum direkten Einfluss auf die Situation der MieterInnen haben.

Ökologische Gentrifizierung - Green City und Immobilienwirtschaft

Ein weiterer Akteur ist die Immobilienwirtschaft, die unter dem Deckmantel der energieeffizienten Sanierungen eine eigene Agenda verfolgt. Dass Energiesparmaßnahmen im Gebäudebereich aus ökologischen Gründen sinnvoll sind, steht außer Frage. MieterInnen nicht sanierter Wohnungen sind zudem stärker von den stetig steigenden Energiekosten betroffen - eine unbestreitbar wichtige soziale Begründung. Laut Statistischem Bundesamt ist der Gas-

8 Derzeit wird weiter um die Energieeffizienzrichtlinie gestritten. Deutschland drängt laut Spiegel auf die Aufweichung der Regelungen auf EU-Ebene (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/energieeffizienz-bundesregierung-torpediert-richtlinie-der-eu-a-836489.html>, zuletzt abgerufen am 6. Mai 2012).

9 Zur geplanten Mietrechtsänderung schrieb der Deutsche Mieterbund in einer Pressemitteilung: „Dagegen soll mit dem Mietrechtsänderungsgesetz beispielsweise das Mietminderungsrecht bei Baumaßnahmen zur energetischen Modernisierung für drei Monate völlig ausgeschlossen werden. Das bedeutet, trotz Baulärms, Dreck, Einrichtung des Gebäudes und Verdunklung der Wohnung oder trotz Ausfall der Heizungsanlage und der Warmwasserversorgung soll der Mieter weiter die volle Miete zahlen.“ (DMB 2012a).

10 Die Vereinbarung der CDU/FDP Koalition zur CO₂ Gebäudesanierung sieht bis 2014 jährliche Fördermittel von 1,5 Milliarden Euro vor. Gestritten wird vor allem darüber, ob die Förderung über eine Bereitstellung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder über steuerliche Erleichterungen erfolgen soll. Beides hat übrigens direkte soziale Auswirkungen: „Die steuerliche Förderung reduziert nicht die Kosten, die vom Vermieter auf den Mieter als Sanierungskosten umgelegt werden können.“ (IG BAU 2011)..

und Heizölpreis seit 2005 um 20% gestiegen. Selbst die Einsparungen durch einen geringeren Energieverbrauch im milden Winter 2011/2012 wurden dem bundesweiten Energiespiegel des Deutschen Mieterbunds zufolge durch die steigenden Energiepreise zunichte gemacht (DMB 2012b).

Jährlich werden in Deutschland 1-2% der Häuser im Bestand energetisch saniert. Die Hauseigentümer können dabei auf staatliche Hilfen zurückgreifen, indem sie über ihre Hausbank bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen zinsgünstigen Kredit beantragen. Nach § 559 BauGB kann der Vermieter bis zu 11% der Sanierungskosten jährlich auf die MieterInnen umlegen. Die dadurch steigenden Mieten werden durch geringere Heizungskosten aber in der Regel nicht ausgeglichen. „Konsequenz dieser gesetzlichen Regelung ist, je teurer die Modernisierung ausfällt, desto höher steigt die Miete. Richtig wäre stattdessen, zu sagen: Je besser und effizienter die Modernisierungsmaßnahme wirkt, desto mehr kann auch die Miete steigen. Dazu muss die 11-Prozent-Regelung abgeschafft und müssen Modernisierungsmieterhöhungen im System der Vergleichsmiete eingebaut werden“ (DMB 2011), so die Forderung des Mieterbundes.

Der Effekt der ökologisch begründeten Sanierungsmaßnahmen liegt auf der Hand: MieterInnen müssen aufgrund steigender Mieten aus ihren Häusern ziehen. Zugleich bietet die energieeffiziente Sanierung die Möglichkeit, Gebäudebestände oder ganze Stadtteile immobilienwirtschaftlich oder politisch aufzuwerten und dadurch ärmere Haushalte zu verdrängen – quasi eine „ökologische Gentrifizierung“. Gerade in Frankfurt mit seinem knappen Wohnungsangebot sieht die Immobilienwirtschaft noch Spielraum nach oben. Der Sozialwissenschaftler Andrej Holm bezeichnet dies als „ökologische Ertragslückenschließung“, die „insbesondere in Altbauvierteln als neu eröffnete Modernisierungsspielräume zu massiven Mietsteigerungen führen werden“ (Holm 2011: 51) und spricht vor diesem Hintergrund von „klassenspezifische[n] Kosten einer ökologischen Nachhaltigkeit“ (ebd.: 46). Dazu passt das vom Bund geplante Mietrechtsänderungsgesetz. Das trägt bezeichnenderweise den Titel: "Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln".

Am Horizont die Grüne Wirtschaft?

Neben der Immobilienwirtschaft, die auf energetische Sanierungen setzt, wollen von der Green City auch Konzerne, Bauunternehmen oder das Handwerk – in unterschiedlicher Weise – profitieren. High-Tech-Firmen wie die schon oben erwähnte Siemens AG setzen in der Hoffnung, dass grüne Technologien einen neuen Wachstumsschub bewirken, immer stärker auf das erhoffte wachsende Geschäft mit den Städten. Die Siemens AG hat sich in den letzten Jahren auf das Gebiet der „umweltfreundlichen Stadtentwicklung“ spezialisiert, womit vor allem Gebäude- und Verkehrstechnik sowie Stromverteilung gemeint sind.

Um sich selbst als Pionier und weltweiter Spitzenreiter in Sachen Umwelttechnologie in Szene zu setzen, beauftragte Siemens das Forschungsinstitut „Economist Intelligence Unit“, einen „Green City Index“ zu entwickeln. Der Konzern, der weltweit für den Bau von Atom-

kraftwerken verantwortlich ist, hat seit einigen Jahren einen Strategiewechsel begonnen und versucht, die Inwertsetzung des notwendigen Umbaus sicherzustellen.¹¹

Bauunternehmen und das Handwerk erhoffen sich von einer verstärkten Sanierungswelle gefüllte Auftragsbücher. So sind auch sie an gesetzlichen Regelungen und staatlichen Förderungen von energetischen Gebäudesanierungen interessiert. Dazu beteiligen sie sich immer wieder an Initiativen, sei es im Zusammenspiel mit der Immobilienwirtschaft, sei es zusammen mit Gewerkschaften. Die IG BAU beteiligt sich beispielsweise an Kampagnen zur Sanierung von Wohnungsaltbeständen. Sie ist zusammen mit Umweltorganisationen an der Kampagne „Freiheizberaubung“ der Klima-Allianz beteiligt, welche in einem Positionspapier zur Kampagne einen „Sanierungsfahrplan 2050“ und ein klimafreundliches und soziales Mietrecht fordert.¹²

Nicht zuletzt spielt der Bereich der Energiekosten auch für alle Wirtschaftsbereiche eine Rolle. Wenn in Frankfurt Hochhäuser saniert oder neu gebaut werden (z.B. die „Green Towers“ der Deutschen Bank oder der neue „Tower 185“ von PricewaterhouseCoopers an der Messe) geht es auch den Konzernen um eine Kostensenkung im Energiebereich – schließlich sind auch Firmen von steigenden Energiekosten betroffen. So rentieren sich die energetischen Baumaßnahmen, die Deutsche Bank und PricewaterhouseCoopers getroffen haben, bereits nach wenigen Jahren.

Die BefürworterInnen von Grüner Stadt und Green Economy verweisen, wie Ulrich Brand dies für die politikwissenschaftliche Umweltforschung beschreibt, auf eine „win-win-win-Situation“: „Ökonomische Dynamik in den grünen Unternehmenssektoren, grüne Jobs, Legitimität für die Politik, sozial-ökologische Nachhaltigkeit.“ (Brand 2011) Deutlich wird dieser Anspruch, wenn z.B. der grüne Bürgermeister Frankfurts, Olaf Cunitz, in einem Interview mit hr-online behauptet, dass alle BürgerInnen Frankfurts, auch sozial Schwächere, von einer Green City profitieren würden. Denn die energieeffiziente Bauweise der ABG Holding führe ja dazu, dass weniger Energie verbraucht und dementsprechend weniger Nebenkosten anfallen würden - zur Realität der mit "ökologischer Gentrifizierung" einhergehenden Verdrängungsprozesse siehe oben.¹³

Fazit: Radikale Demokratisierung der (natürlichen) Lebensgrundlagen statt Green City!

Das Projekt Grüne Stadt und der Diskurs darum wird auch nach der gescheiterten Bewerbung als „European Green Capital“ fortgeführt werden. In der Vision der Grünen Stadt, wie sie von den IdeologInnen der Green Economy entwickelt wird, materialisieren sich unterschiedliche Interessen, die teilweise zusammengehen, zum Teil aber auch im Konflikt miteinander stehen. Fragwürdig bleibt, was davon realisierbar ist – und wenn ja, wie und unter welchen Umstän-

11 vgl. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/industrie/0,2828,727920,00.html>

12 vgl. <http://www.freiheizberaubung.de/>

13 Interview mit Olaf Cunitz, 27.6.2012, abrufbar unter http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36082&key=standard_document_45207329

den. Politische und ökonomische Machtverhältnisse werden in der Diskussion um die Grüne Stadt nicht benannt. Hier liegen die Herausforderungen für eine emanzipatorische Bewegung.

Wir können und wollen die Lebensbedingungen (in) dieser Stadt nicht von den sozialen Bedingungen und den Bedingungen der Reproduktion, von den Auswirkungen des Flughafens auf Mensch und Umwelt und auch nicht von der Ausbeutung von Rohstoffen im globalen Süden trennen. Dabei ist es gesellschaftlich und ökologisch sinnvoll, Energiesparmaßnahmen im Gebäudebereich vorzunehmen und erneuerbare Energien auszubauen. „Es muss jedoch danach gefragt werden, *wie* dies erreicht werden soll und *welche* gesellschaftlichen Interessen dabei gestärkt werden. Die *Green Economy* setzt auf herrschaftsförmige Technologien, die zu einer zentralisierten Energieproduktion und –versorgung durch Großunternehmen passen.“ (BUKO 2012)

In einer Rede an der Münchener Universität entwarf der Soziologe Mike Davis 2008 ein Bild von „grünen“ und „roten“ Zonen der „Stadt der Zukunft“: In diesem Bild stehen die „grünen Zonen“ als Ort „elitärer alternativer Lebensformen“, die „reichhaltige Möglichkeiten für die Monumentalisierung individueller Visionen bieten“, den „roten Zonen“ der „Mietskasernen und Ballungsräumen“ gegenüber (Davis 2010: 33).¹⁴ Diese „Dystopie“ lässt sich auf die Vision der „Green City Frankfurt“ übertragen: während im Frankfurter Innenstadtbereich immer neue grüne „Leuchtturmprojekte“ entstehen und sich in der Mittel- und Oberklasse ein grüner, nachhaltiger Lifestyle verallgemeinert und populär wird, werden gleichzeitig die weniger wohlhabenden MieterInnen durch eine wachsende Zahl energetischer Sanierungen an den Stadtrand gedrängt. Diese sind dann zusätzlich durch wachsende „Energiearmut“ bedroht, da aufgrund steigender Energiekosten immer mehr Menschen ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen können.

Diese zugespitzte Darstellung betrifft aber nicht nur den Diskurs um die Green City, sondern den Diskurs um die Green Economy im Gesamten. In den Leuchtturmprojekten der Grünen Stadt manifestieren sich, wie gezeigt, handfeste materielle Interessen auch von aufkommenden „grünen“ Wirtschaftszweigen.

In seinen Thesen zur Green Economy fordert der Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse der BUKO: „Statt die Verfügung über die natürlichen Lebensgrundlagen immer exklusiver zu gestalten gilt es, sie radikal zu demokratisieren. Abstrakt bedeutet dies, die Art und Weise, wie sich Gesellschaften Natur aneignen und wie sie darüber Ernährung und Wohnen, Kommunikation und Mobilität ermöglichen, zum Gegenstand demokratischer Auseinandersetzung zu machen.“ (BUKO 2012)

Genau hier wollen wir in der Auseinandersetzung mit der Stadt und ihren Vorstellungen einer „Umwelthauptstadt“ anknüpfen. Unser Ziel ist eine Verbindung sozialer und ökologischer Kämpfe, in denen die Frage „Wem gehört die Stadt?“ mit der Frage „Wie soll diese Stadt aussehen?“ verbunden wird. Historisch gesehen waren die Kämpfe gegen Stadtumstruk-

14 Nach Auffassung von Mike Davis (2010: 33) können nur ausgehend von den „roten Zonen“ „die Probleme der Armut und des Klimawandels“ mithilfe der Umsetzung „unmöglicher Lösungen“ aufgehoben werden.

turierung nie von sozial-ökologischen Fragestellungen zu trennen.¹⁵ Es gilt, den Begriff der Green City zu dekonstruieren und unsere Vorstellungen von einem Guten Leben für Alle entgegenzusetzen.

Literatur

- Brand, Ulrich (2011): Imperiale Lebensweise und Bedingungen alternativer Wohlstandsmo-
delle. Thesen für die Tagung zu politischer Ökologie, 14./15. April 2011, Wien. URL im
Internet: [http://www.univie.ac.at/intpol/wp-content/uploads/2011/05/Brand_Imperiale-
Lebensweise1.pdf](http://www.univie.ac.at/intpol/wp-content/uploads/2011/05/Brand_Imperiale-
Lebensweise1.pdf) (15.08.2012).
- BUKO (2012): Nach dem Scheitern der Green Economy. 10 Thesen zur Kritik der Grünen
Ökonomie. URL im Internet:
[http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/gesnat/BUKO34-Gesnat-Thesen-DE-
Langfassung-A4-V2.pdf](http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/gesnat/BUKO34-Gesnat-Thesen-DE-
Langfassung-A4-V2.pdf) (15.08.2012).
- Davis, Mike (2010): Wer wird die Arche bauen? Das Gebot zur Utopie im Zeitalter der Kata-
strophen. In: ARCH+ 196/197: 28-33.
- Deutscher Mieterschutzbund (DMB) (2011): Pressemeldung. Bundesjustizministerin will
Mietrecht verschlechtern. Energiepolitischer Konsens wird so aufgekündigt. URL im In-
ternet: [http://www.mieterbund.de/pressemitteilung.9.html?&no_cache=1&tx_ttnews
\[tt_news\]=341](http://www.mieterbund.de/pressemitteilung.9.html?&no_cache=1&tx_ttnews
[tt_news]=341) (15.08.2012).
- Deutscher Mieterschutzbund (DMB) (2012a): Pressemeldung. Bundesregierung will Miet-
rechtsänderungen beschließen. Mieterbund: Überflüssig wie ein Kropf. URL im Internet:
[http://www.mieterbund.de/pressemitteilung.9.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=1
4687](http://www.mieterbund.de/pressemitteilung.9.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=1
4687) (15.08.2012).
- Deutscher Mieterschutzbund (DMB) (2012b): Pressemeldung. Bundesjustizministerin will
Mietrecht verschlechtern. Energiepolitischer Konsens wird so aufgekündigt. URL im In-
ternet: <http://www.mieterbund.de/heizspiegel2012.html> (15.06.2012).
- Europäische Kommission (2012): European Green Capital. URL im Internet:
<http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/about-the-award/index.html>
(15.05.2012).
- Holm, Andrej (2010): Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwer-
tung und Verdrängung. Münster.
- Holm, Andrej (2011): Stadtumbau und Gentrifizierung. Ein ökosoziales Paradoxon. In: Politi-
sche Ökologie 124: 45-52.

15 So auch Radkau (2011: 147): „Aus einer rein ökologischen Sicht der Umweltbewegung fallen solche Initiati-
ven (gegen Stadtsanierung) heraus; in der historischen Wirklichkeit dagegen sind Protestbewegungen gegen die
Zerstörungen gewachsener Stadtstrukturen vielerorts für die Umweltbewegung zentral“.

- IG BAU (2011): Energetische Gebäudesanierung. Information zu „Energiewende“ und Mietrechtsreform. URL im Internet: http://www.igbau.de/Binaries/Binary2618/110610_EGS_Info_Energiewende_Mietrecht.pdf (15.08.2012).
- medico international (2011): Fluchtursache Reichtum. Migration und Rohstoffhandel in Westafrika. URL im Internet: <http://www.medico.de/media/fluchtursache-reichtum-migration-und-rohstoffhande.pdf> (15.08.2012).
- Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München.
- Roth, Petra (2011): Vorwort. In: Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.): Frankfurt Green City – Frankfurt in allen Farben. Frankfurt am Main.
- Rottmann, Manuela (2010): Vorwort. In: Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Umwelt und Gesundheit (Hrsg.): Umwelt Frankfurt 2010. Status und Trends. Frankfurt am Main.
- Siemens AG (2011): German Green City Index. Analyse der Leistungen zwölf deutscher Großstädte im Bereich Umwelt- und Klimaschutz. Eine Studie der Economist Intelligence Unit im Auftrag der Siemens AG. München.

Flughafenausbau – weit mehr als nur ein Flughafen

Von Petra Schmidt

Seit 1998 wehrt sich das Bündnis der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung. Nach der Inbetriebnahme der Landebahn Nord-West ist die Bewegung keineswegs zu Ende, im Gegenteil: zahlreiche vom Fluglärm Neu-Betroffene demonstrieren gemeinsam mit den „Alt-Aktivist:innen“ Montag für Montag im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens für die Schließung der Landebahn, für eine Reduzierung der Flugbewegungen und der weiteren Belastungen sowie für ein Nachtflugverbot von 22-06 Uhr.

Bislang entzündete sich der Protest hauptsächlich an den Neubauten von Start- und Landebahnen. Diese Sichtweise greift zu kurz. Der Focus muss wesentlich mehr auf Veränderungen direkt auf dem Flughafengelände gelegt werden, sowie auf die Veränderungen im Rhein-Main-Gebiet, die daraus erfolgen. Zum Zweiten wird der Flughafen (-ausbau) viel zu wenig in den übergreifenden Zusammenhängen von ökologischer und ökonomischer Krise diskutiert

Flughafenausbau und kein Ende in Sicht?

Neben der Landebahn im Nordwesten nahe Kelsterbach (mindestens 200ha Wald) wurde mittlerweile mit den Vorarbeiten des Baus des Terminals 3 für die Abfertigung von bis zu 35 Mio. Passagieren auf dem Gelände der ehemaligen US-Airbase begonnen. Ca. 100ha Wald südlich des Flughafens fielen in den vergangenen Jahren u.a. für die A-380-Halle den Harvestern („Holzvollerntern“) zum Opfer. Ab Oktober 2012 können 7 Großraumflugzeuge (u.a. A-380) und 6 Mio. Fluggäste jährlich am neuen Flugsteig A-Plus, einem Anbau am Terminal 1, abgefertigt werden. Das ehemalige Wohngelände der US-Streitkräfte, Gateway Gardens, wurde nach der endgültigen Rückgabe der US-Airbase im Jahr 2005 zu einer weiteren Immobilienfläche für den Flughafenbetreiber Fraport und wird nun gar als neuer „Stadtteil“ vermarktet. Auch das House of Logistics and Mobility (HOLM) entsteht dort, eine enge Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft, in der zu Logistik, Mobilität und angrenzenden Disziplinen geforscht wird. Kritische Wissenschaft ist bei diesem wirtschaftsorientierten Ansatz dort kaum zu erwarten. Das 2011 eröffnete Airrail Center/Square soll neben zwei Hotels, hochwertige Bürofunktionen nebst Konferenzräumen anbieten. Dazu kommt noch der Logistikstandort Mönchhofgelände an der B43 zwischen Raunheim und Kelsterbach, sowie das

ehemalige Ticona Gelände, das ebenfalls für Logistikflächen zur Verfügung steht. Auch Cargo City Süd wächst weiter.

Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz sondern direkte Folge von Deregulierung und Privatisierung. Die Vollendung der Integration des europäischen Binnenmarktes in den 90er Jahren schuf durch die Liberalisierung des Luftverkehrs erst die Voraussetzung für das ungehemmte Wachstum des Luftverkehrs, dazu kommen noch Verträge wie das Open Sky Abkommen mit USA/Europa, das ebenfalls mehr Flugverkehr generieren soll. Begonnen hatte dieser Prozess seit Mitte der 80er Jahre. Bis heute sind dadurch erhebliche Überkapazitäten im Luftverkehr zu verzeichnen (eine erwartete „Marktbereinigung“, sprich: Pleiten und Arbeitsplatzabbau hat bisher nicht im erwarteten Maße stattgefunden, ist aber gleichwohl Realität).

Tatsächlich kam es zu zwei (politisch gewünschten) Folgen der Liberalisierung: Wachstum und Wettbewerb. So wurden ehemalige Staatslinien privatisiert und fanden sich nun in einem immer härteren Konkurrenzkampf, dem, neben der Bildung von Luftfahrtallianzen, mit einem steten Wachstumskurs begegnet werden sollte. Die Folge sind sinkende Gewinne bei den Airlines, Pleiten (s. Air India, King Fisher, Spanair), Fusionen (British Airways und Iberia), Übernahmen (AUA durch LH) und die Gründung von Billigfliegern, die herkömmliche Fluglinien unter Druck setzen. Zu spüren bekommen das vor allem die Beschäftigten, denen immer wieder neue Sparprogramme auferlegt werden. Die Fluglinien geben den Kostendruck an die Flughafenbetreiber weiter, die wiederum nach Kräften Kosten senken. So lagerte z.B. die Fraport AG bereits vor Jahren den Frachtbereich in Tochterfirmen aus, bei verschlechterter Entlohnung. Ähnliches geschah mit den Beschäftigten der Bodenverkehrsdienste. Neben Kostensenkung wurden und werden vom Flughafenbetreiber verstärkt neue Einnahmequellen im Non-Aviation-Bereich gesucht, um die frühere Einnahmequelle Start/Landegebühren und Abfertigung zu ersetzen¹.

Airport City

Die Vermietung von Läden, Parkplätzen und die Umsatzsteigerung pro Passagier beim Shopping werden nun zum lukrativen Geschäft für die Fraport AG. 50% der Fluggäste sind Umsteiger am Frankfurter Flughafen (Ist-Zustand 2000) (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2006: 10). Diese Zahl soll nach den Vorstellungen der Fraport noch gesteigert werden, denn diese Umsteiger lassen beim Duty-Free-Einkauf mehr Geld auf dem Flughafen als andere Fluggäste.

Das Konzernergebnis von 2008 spricht eine deutliche Sprache: im Segment Retail and Properties lag das Ergebnis bei 61% am Gewinn vor Steuern, Zinsen, Abschreibungen (E-BITDA), obwohl der Umsatz nur 21% der Konzernaktivitäten ausmacht (Fraport AG 2009:

¹ Vergleiche zu den Entwicklungen am Frankfurter Flughafen auch meinen Beitrag im Sammelband „Turbulenzen Widerstand gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens: Geschichten, Fakten, Facetten“ (2002).

36). Letztlich wird durch diese neuen Angebote bewusst Flugverkehr erzeugt oder nach Frankfurt gezogen, der Flughafen mutiert zum „Shoppingcenter mit angehängter Landebahn“.

Einzelhandel, Gastronomie, Lifestyle und Vergnügungsangebote werden als eigene Faktoren auf dem Flughafen angeboten, die damit die Qualität des Aufenthaltes auf dem Flughafen steigern und die Rentabilität garantieren sollen. Es wird also bewusst versucht, Teilaspekte von Urbanität (Dichte, Überlagerung der Nutzungen) im Terminal anzulagern – Nutzungen, die sonst eher in Innenstädten zu finden sind und die mit der Organisation und Abwicklung von Luftverkehr nichts zu tun haben. Dabei wird „Urbanität am Terminal“ zum reinen Produkt Urbanität, beschränkt auf den Konsum. Die Widersprüchlichkeit einer städtischen Gesellschaft, kritischer Öffentlichkeit, überhaupt eine Bevölkerung, die dort auch lebt, findet man dort nicht. Wichtiges Standbein „Airport City“ ist das Angebot von klassischen Büro- und Konferenzfunktionen, die sonst in den umliegenden Städten abgewickelt werden könnten. Auch Unternehmensniederlassungen ziehen von Frankfurt an den Flughafen. Die Fraport AG wird immer mehr zum Immobilienentwickler. Außerdem werden immer mehr Gebiete in der Nähe des Flughafens logistisch, funktional und organisatorisch mit dem Flughafen verknüpft, wie z.B. an den rasant wachsenden Logistik-Flächen, vom Mönchhof-Gelände bis zum ehemaligen Holzmann Gelände in Neu-Isenburg, abzulesen ist. Diese Entwicklung vom Flughafen hin zur „Airport-City“ findet weltweit statt (s. Dubai, Amsterdam – die konkreten Ausprägungen und Dimensionen unterscheiden sich dabei von Flughafen zu Flughafen). Flughäfen verändern sich von einer Verkehrsfläche und Durchgangsstation für Güter und Passagiere zu multimodalen (d.h. mit verschiedenen Verkehrsträgern verknüpften und keineswegs nur luftseitig angebondenen) und multifunktionalen Immobilienstandorten.

Logistik – Fracht – Verkehr

Über Deregulierungen wurden also schnelle Transportmöglichkeiten über den Flughafen geschaffen, die wiederum just-in-time-Produktion, die Verlagerung und Zerlegung der Produktion sowie immer kürzere Produktzyklen massiv förderten – und nun, da diese Produktions- und Transportmöglichkeiten geschaffen worden sind, als unumgänglich und „notwendig“ von Luftfahrtsgesellschaften, Flughafenbetreibern und Politik eingestuft werden.

Der Flughafen schafft somit die Voraussetzung, die für den Abbau von industriellen Arbeitsplätzen in den alten hoch industrialisierten Zentren und die Verlagerung verschiedener Branchen in Regionen, in denen zu Billigtlöhnen gearbeitet wird, nötig sind. Kein Wunder, dass die Luftfracht schneller wächst als der Welthandel, der wiederum erheblich über dem Wachstum der globalen Wirtschaft liegt. Ob das sinnvoll ist, eine gegebene Menge an Gütern in ihren Einzelteilen permanent durch die Welt zu transportieren, bis sie endlich am Bestimmungsort ihres Gebrauchs angekommen sind, ist in einer Profit getriebenen Ökonomie völlig irrelevant (Beispiel: Hühnerküken, die für die industrielle Aufzucht in Thailand bestimmt sind und die aus den USA via Frankfurt/Main importiert werden – offensichtlich ist es am billigsten, die Küken um die halbe Welt zu fliegen).

Landseitig löst dieser Mechanismus ein Anwachsen von Logistik und Kfz-Verkehr aus. Verkehrskollaps auf den Autobahnen, die hohe Schadstoffbelastung im Rhein-Main-Gebiet so hoch, dass die Umweltzonen in den größeren Städten die Feinstaubbelastung kaum senken können – das Transitland Hessen und das Rhein-Main-Gebiet bekommen über die Vielzahl und Menge an Verkehrsträgern, die volle Breitseite an Belastungen zu spüren. Die Kommunen in der Umgebung des Flughafens stehen vor der Frage, ob sie ihre Gewerbeflächen nunmehr nur noch durch mit dem Weltmarkt verflochtene (Logistik) Betriebe voll bekommen - hier sind auch auf lokaler Ebene die Verkehrsprobleme und der Ruf nach neuen Umgehungsstrassen schon mit vorprogrammiert.

Das eh schon verkürzte und von Ausnahmeregelungen durchlöchernde Nachtflugverbot von 23-05 Uhr (die gesetzliche Nacht dauert 8 Stunden) steht massiv unter Beschuss der Luftfracht- und Logistikbranche. Die „Fracht braucht die Nacht“, heißt eine Initiative der deutschen Logistikbranche, die durch die Lufthansa Cargo AG angestoßen wurde². Dazu ein Beispiel: Siemens Health Care betreibt weltweit 2 zentrale Lager für Ersatzteile medizinischer Geräte. Eines davon ist in Neu-Isenburg. Es soll garantiert werden, dass man Kunden innerhalb von 24 Stunden weltweit erreicht. Ein 1 Million Euro teures Strahlentherapiegerät, das kaputt ist, kostet an jedem Tag, an dem es ausfällt, 50.000 Euro. Das Kostenargument dient dann als „Begründung“, warum Nachtflüge „notwendig“ seien. Die Einrichtung eines dritten Ersatzteillagers, um die Zeitzonen auszugleichen, wird dagegen in dem FAZ-Artikel, der diese Sichtweise vertritt, überhaupt nicht angesprochen!

Flughafen und Arbeit

Um den Konsens aufzubrechen, der nach der Startbahn West galt (keine Erweiterung über den Zaun hinaus – festgeschrieben war das im Landesentwicklungsplan), dienten die „Arbeitsplätze“ als Brechstange und Totschlagargument von Fraport, Hessischer Landesregierung, Lufthansa & Co, um ihre Interessen durchzusetzen.

Bei einem Teil der Firmen am Flughafen handelt es sich um Verlagerungen, es sind keineswegs alles Neuansiedlungen (so z.B. die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die vom Frankfurter Mertonviertel in das Airrailcenter/Squaire zog, oder die Condor-Verwaltung, die vorher in Kelsterbach ansässig war, jetzt aber u.a. wegen des unerträglichen Fluglärms nach Gateway Gardens umzog; Teile der Verwaltungszentrale von DB Schenker sind aus Berlin, Mainz und dem Ruhrgebiet an den Flughafen umgesiedelt worden, oder auch die Kundenbetreuung von DELL, die vor einigen Jahren von Langen an den Flughafen zog und jetzt in Bratislava sitzt. Auch in den 90er Jahren verlagerten Speditionen ihren Firmensitz aus dem Umland in die neue Cargo City Süd). Es sei noch einmal auf die Folgen der von der EU auf den Weg gebrachten Liberalisierung bei den Bodenverkehrsdiensten verwiesen (verschlechterte

² Vgl. hierzu die Website der Initiative „Die Fracht braucht die Nacht“: <http://www.die-fracht-braucht-die-nacht.de/deutsch/startseite/startseite.htm>.

Bezahlung und Arbeitsbedingungen), dem Outsourcing vor allem im Frachtbereich, aber auch dem Outsourcing und Lohndumping bei Catering Firmen (s. LSG). Was am Flughafen tatsächlich boomt, ist die schlecht bezahlte Sicherheitsbranche. Aktuell will die Lufthansa Fixkosten im Konzern bis Ende 2014 um 1,5 Mrd. Euro senken, es ist die Rede von Arbeitsplatzabbau auch am Frankfurter Flughafen (bislang nicht bestätigte Zahl: 1500 Arbeitsplätze in Frankfurt), konzernweit einige tausend (Friese 2012). Mittlerweile sind Leiharbeiter, also Leih-Flugbegleiter, bei der Lufthansa in Berlin erlaubt (gerichtlich bestätigt) – es ist eine Frage der Zeit, wann das auch am Frankfurter Flughafen Schule macht. „Bis zu 14.000 neue Stellen sollen in „FRA“ bis zum Jahr 2020 entstehen – und zwar in einer Vielzahl von Branchen und auf allen Ausbildungsniveaus“ (Franz 2012; zitiert aus Brief der Initiative „Ja zu FRA“) – das zentrale Argument „Arbeitsplätze“ wird hier vom Flughafenbetreiber SELBST reduziert, die Zahlen, die vor dem Ausbau genannt wurden, lagen um etliches höher. Die Bedeutung der Arbeitsplatzzahlen am Flughafen relativieren sich im Lichte von Sparpaketen und Rationalisierung, von der Verlagerung, der tatsächlichen Anzahl (normalerweise stammen die Angaben direkt von Fraport) und der Qualität der Arbeitsplätze. Und so ist es eher eine Drohung, wenn Fraport betont, bei ihnen bekämen auch gering Qualifizierte einen Job. Denn die Menschen sind durch Hartz IV und eine hohe Arbeitslosenquote leichter erpressbar geworden. Die fortschreitende Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung durch den wachsenden Flugverkehr sollen ihnen mit einem Billigjob schmackhaft gemacht werden. Inzwischen gibt es Hinweise, die die Ansiedlungswirkung durch die deutschen Flughäfen stark relativieren, dies sei nur bei Logistik nachweisbar der Fall. „Eine hohe Wirtschaftsdynamik, die aufgrund ökonomischer Wirkungen von Flughäfen allgemein angenommen wird, konnte in den Umlandgemeinden nur in einigen Fällen, insbesondere am Münchner Flughafen, nachgewiesen werden“ – so ein Zitat aus einer Diplomarbeit von Jan Schubert aus dem Jahr 2007.

Die hier genannten Kritikpunkte müssen jedoch viel stärker in dem Gesamtzusammenhang von Krise, Abbau des Sozialstaates, dem Ende von Vollbeschäftigung und der Organisation von alternativen Einkommens- und Beschäftigungsverhältnissen diskutiert werden, sonst bleibt sie dem Wachstumsdenken untergeordnet und es muss diskutiert werden wie Wohlstand definiert wird.

Wie demokratisch ist ein Flughafen?

Nun sind Unternehmen generell eher demokratiefreie Zonen und gemeinhin ihrem privaten Gewinnstreben verpflichtet (auch wenn die Fraport AG noch zu knapp 51% in öffentlicher Hand ist – als börsennotiertes Unternehmen agiert der Flughafenbetreiber weit jenseits einer öffentlichen Daseinsvorsorge zur Bereitstellung eines Mindestmaßes an Verkehrsinfrastruktur (Fraport AG 2012: 1).

Andererseits kann ein Flughafen, der jährlich 53 Mio. Passagiere durchschleust, der Verkehrsdrehscheibe ist (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. 2012) und an dessen Straßen, das einem Ortsschild nachempfundene „Frankfurt – Flughafen“ prangt, schwerlich allein als privater Gewerberaum definiert werden. Dennoch verbot die Fraport AG jahrelang

Demonstrationen im Terminal. Erst durch die Klage einer Abschiebegegnerin wurde vor dem Bundesverfassungsgericht das Demonstrationsrecht im Terminal erstritten – das nur Gültigkeit hat, weil sich die Aktienmehrheit in der öffentlichen Hand befindet (Scheidler 2011) – bei einer weiteren Privatisierung bestünde Hausrecht der Fraport!

Einige Kommunen hatten im Vorfeld der Flughafenerweiterung den verwaltungsrechtlichen Weg beschritten und gegen den (damaligen) Ist-Zustand des Flughafens geklagt, da der Betrieb selbst nie in seiner Gesamtheit planfestgestellt wurde. Alle diese Klagen wurden abgeschmettert (vgl. bspw. FAZ.net 2010).

Ein Bebauungsplan existiert – außer für Gateway Gardens – bis heute nicht für den Flughafen (dessen Gelände fast ausschließlich auf Frankfurter Gemarkung liegt) (Knippenberger 2011: 40). Die angekündigten Einzelhandelsflächen auf Gateway Gardens riefen Proteste der nahe gelegenen Kommune Neu-Isenburg hervor, die Umsatzeinbußen in ihrem Neu-Isenburg-Zentrum befürchtete. Sie konnte eine Begrenzung des Einzelhandels auf dem ehemaligen US-amerikanischen Wohnquartier erreichen. Ein reguläres Verfahren, in dem die umliegenden Kommunen gehört würden, fand nicht statt (vgl. bspw. Manus 2010). Sind bei dem Bau von neuen Start/Landebahnen noch Verfahren wie Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren nötig, so kann seit einigen Jahren jedes Bauvorhaben auf dem Flughafengelände selbst ohne weiteres Planverfahren durchgeführt werden (ebd.).

Um dem Flughafen hier die letzten potentiellen Hindernisse aus dem Weg zu räumen, beschloss die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2008 alles, was auf dem Betriebsgelände gebaut wird, nach § 34 des Baugesetzbuches zu genehmigen (ebd.: 40f.). (hier der Absatz 1: „Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden“ (nach § 34 Abs. 1 BauGB).

Damit verzichtet die schwarz-grüne Stadtregierung in Frankfurt auf eigene politische Gestaltungsmöglichkeiten und ordnet sich einem globalen Wirtschaftsunternehmen und seinen wirtschaftlichen Interessen unter. Der Flughafenbetreiber hat ohne jede demokratische Kontrolle zunehmend indirekten und direkten Einfluss auf die Gestaltung der Region (s. z.B. Mönchhofgelände, für das die Kommunen Kelsterbach und Raunheim bereits Pläne hatten (Frankfurt Airport 2012) , das dann aber von der Fraport AG aufgekauft wurde, oder der Regionalpark Südwest als Lieblings-Greenwashing-Projekt des Flughafenbetreibers (vgl. bspw. Harting 2003; Kunz 2012). Sind überhaupt einmal regionale Gremien in die Planungsprozesse eingebunden, so gebärden sie sich lediglich als Erfüllungsgehilfen der Luftfahrtindustrie. So wurde im Jahr 2004 von der Regionalversammlung Südhessen der Bau der A-380-Werft im Bannwald beschlossen (Hessisches Wirtschaftsministerium 2004), obwohl auf dem bestehenden Gelände des Flughafens eindeutig genug Platz für den Flugzeughangar zu finden gewesen wäre. Ein sparsamer Umgang mit Flächen sieht anders aus, zumal durch die endgültige Rückgabe der US-Airbase im Jahr 2005 der Fraport über 200 Ha Fläche zugefallen sind (Wetzel 2012), die aber letztlich das Wachstum des Flughafens in allen seinen Facetten nur beschleunigt haben.

Die Landesregierung hat durch den RP Südhessen durchsetzen lassen, dass alle Gewerbeflächen am Flughafen als Flächen für den Luftverkehr dargestellt werden („flughafenaffin“) „Laut Planungsverband wurde nach der sich abzeichnenden Argumentationskette von der Landesregierung in Absprache mit der Fraport beschlossen, den ganzen Flughafen einschließlich der gewerblichen Bauflächen als zum Flughafen gehörige Funktionsfläche zu betrachten“ (Knippenberger 2011: 43). Mit dieser gewagten Argumentation versucht die Luftfahrtlobby in Verein mit der Landesregierung möglichst eine Diskussion (oder gar Protest) über den Einfluss des Flughafens auf die Raumstruktur zu verhindern.

Flughafen – Region und Globale Auswirkungen

Was folgt daraus? Wird statt auf der Frankfurter Zeil oder dem Neu-Isenburg Zentrum zukünftig die Bevölkerung lieber in den Shopping-Centern am Flughafen zum "Rund-um-die-Uhr-Konsum" einfallen? Werden Güterverteilzentren und wachsender Straßenverkehr weiter zum Schadstoffausstoß, Zerschneidung und Versiegelung von Flächen beitragen? Was sind die Auswirkungen auf Produktionsstandorte, Beschäftigtenstruktur, Arbeitsverhältnisse und Wohnbevölkerung bei einem ungebremsten Ausbau von „Airport City“?

Großflughäfen produzieren Nutzungen, die nicht primär luftverkehrsbezogen sind. Die zusätzlichen Nutzungen am Flughafen entstehen nicht aufgrund regionaler Nachfrage, sondern aufgrund hoher Zentralität, d.h. globaler Nachfrage, doch die Folgen hat die Region zu tragen. Der Frankfurter Flughafen steht nicht alleine in der Rhein-Main-Region (zumal mit dem Egelsbacher Flughafen noch ein weiterer Verkehrslandeplatz existiert), sondern ist Teil der Gesamtbelastung der Rhein-Main-Gebietes. Dazu gehören z.B. die geplante Erweiterung des Kohlekraftwerkes Staudinger, der Ausbau der A66/A661 und der Antrag auf Abholzung von 80 ha Bannwald für den Kiesabbau bei Langen. Die Begrenzung des Flughafens und die Reduktion seiner Belastungen stehen damit im Zusammenhang einer umfassenden Energiewende und Verkehrswende (neue Mobilitätskonzepte, die die Verringerung von Verkehr - nicht von Mobilität - zum Ziel haben). Das schließt veränderte Produktionsbedingungen mit ein (Regionalisierung und De-Globalisierung).

Faktisch hat sich die Gleichung Flughafen = Arbeitsplätze = Wohlstand durchgesetzt, ohne dass die ökologischen, gesundheitlichen, sozialen und Klimafolgekosten dabei berücksichtigt wurden, da Wachstum keineswegs mehr Wohlstand bedeutet, weil unsere Gesundheit und die ökologischen Grundlagen immer mehr zerstört werden und zugleich die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft immer tiefer wird.

Wie in einem Brennglas treffen am Flughafen regionale Belastungen und globale Auswirkungen aufeinander: die Gesundheitsgefährdungen und Belastungen der Bevölkerung durch Lärm, Schadstoffe und die Naturzerstörungen in der unmittelbaren Umgebung; ein Konsummodell, das Flugreisen als quasi selbstverständliche Art der Fortbewegung implementieren möchte, für alle, die es sich leisten können und die den richtigen Pass besitzen; eine Steigerung der klimaschädlichsten Art der Fortbewegung durch immer mehr Luftverkehr sowie die Abhängigkeit von globalen Transportketten für Produktion und Verteilung, dessen unge-

bremste Steigerung des Luftverkehrs Einfluss auf den Klimawandel hat und dessen Folgen vor allem die Menschen in den ärmeren südlichen Ländern zu tragen haben.

Im Moment werden diese Überlegungen kaum von den Menschen mitgetragen werden, die sich primär für ihre eigene Gesundheit und gegen den unerträglichen Fluglärm einsetzen, da diese nur anteilig die Folgen dieser Profit getriebenen Ökonomie tragen und sich deshalb nur gegen eine Folge, den Lärm, und nicht die Ursache zur Wehr setzen. Hier anzusetzen und Ansätze für eine Politik zu schaffen, die oben beschriebene Themenfelder aufgreift, bleibt Aufgabe für die nächsten Jahre.

Literatur

- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V (2012): Die wichtigsten Flughäfen der Welt. URL im Internet: <http://www.dlr.de/next/desktopdefault.aspx/tabid-6756/> (28.07.2012).
- Frankfurt Airport (2012): Business-Standort. Flächenentwicklung. Mönchhofgelände. URL im Internet: http://www.frankfurt-air-port.de/content/frankfurt_airport/de/business_standort/flaechenentwicklung/moenchhof_gelaende.html (27.07.2012).
- Franz, Christoph (2012): Brief der Initiative Ja zu FRA. URL im Internet: <http://www.fluglaerm-eppstein.de/Downloads/120214-JaZuFra%28LH%29.pdf> (29.07.2012).
- Fraport AG (2009): Geschäftsbericht 2008. URL im Internet: http://www.fraport.de/content/fraport-ag/de/misc/binaer/investor_relations/geschaeftsberic/ht/geschaeftsbericht2008/jcr:content.file/file.pdf (29.07.2012).
- Fraport AG (2012): Jahresabschluss der Einzelgesellschaft nach HGB für 2011. URL im Internet: http://www.fraport.de/content/fraport-ag/de/misc/binaer/investor_relations/geschaeftsberichte/einzelabschlusse/einzelabschluss-2011/jcr:content.file/Fraport%20AG%20Bericht%20HGB%202011.pdf (29.07.2012).
- FAZ.net (2010): Flughafen Frankfurt. Klage gegen Bau einer neuen Landebahn gescheitert (10.02.2010). URL im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/flughafen-frankfurt-klage-gegen-bau-einer-neuen-landebahn-gescheitert-1939337.html> (26.07.2012).
- Friese, Ulrich (2012): Zu hohe Fixkosten. Lufthansa legt Sparplan vor (20.04.2012). URL im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/zu-hohe-fixkosten-lufthansa-legt-sparplan-vor-11724656.html> (30.07.2012).
- Harting, Mechthild (2003): Von der Mainspitze bis Frankfurt: Der Regionalpark nimmt Form an (01.10.2003). URL im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region/von-der-mainspitze-bis-frankfurt-der-regionalpark-nimmt-form-an-1131208.html> (30.07.2012).
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2006): ÄNDERUNG DES LANDESENTWICKLUNGSPANS HESSEN 2000 nach § 8 Abs. 7 HLP - Erweiterung Flughafen Frankfurt Main. URL im Internet: <http://www.landesplanung-hessen.de/wp-content/uploads/2011/01/LEP-EFFM-12-09-06.pdf> (29.07.2012).

- Hessisches Wirtschaftsministerium (2004): Landesregierung genehmigt Regionalplan Südhessen 2000 neu. Pressemitteilung vom 24.08.2004. URL im Internet: <http://www.zukunft-rhein-main.de/?show=jDEk?show=jDEk> (29.07.2012).
- Knippenberger, Ute (2011): Neue Perspektiven für Flughafen und Stadt. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2011: 37-46.
- Kunz, Gerhild (2012): Regionalpark RheinMain. Garten der Villa Wenske wurde neu gestaltet. URL im Internet: <http://www.regionalpark-rheinmain.de/de/service/pressemeldungen.aspx?nwsid=56> (29.07.2012).
- Manus, Christoph (2010): Neu-Isenburg. Nur ein Supermarkt in Gateway Gardens (19.04.2010). URL im Internet: <http://www.fr-online.de/kreis-offenbach/neu-isenburg-nur-ein-supermarkt-in-gateway-gardens,1473032,2812128.html> (24.07.2012).
- Scheidler, Alfred (2012): BVerfG zur Versammlungsfreiheit. Kein Demo-Verbot am Frankfurter Flughafen (22.02.2012). URL im Internet: <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bverfg-zur-versammlungsfreiheit-kein-demo-verbot-am-frankfurter-flughafen/> (28.07.2012).
- Schmidt, Petra (2002): Chronisches Wuchern. Ausbau ohne Halt? – Eine Chronik zum Rhein-Main-Flughafen 1988-2002. In: Redaktionsgruppe Schwarzspecht (Hrsg.). Turbulenzen: Widerstand gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens : Geschichten, Fakten, Facetten. Frankfurt: 107-126.
- Schubert, Jan (2007): Airport Cities: Urbane Nutzungen am Flughafen. Unveröffentlichte Diplomarbeit der Arbeitsgruppe Stadt- und Regionalforschung des Geographischen Instituts Bonn.
- Wetzel, Wolf (2012): Zeittafel zur Geschichte des Frankfurter Flughafens und zur Startbahnbewegung bis heute. URL im Internet: <http://wolfwetzel.wordpress.com/2012/03/20/zeittafel-zur-geschichte-des-frankfurter-flughafens-und-zur-startbahnbewegung-bis-heute/> (27.07.2012).

Bürgerbeteiligung – ein attraktives Angebot oder ein Narkoseraum

Von Wolf Wetzel

Seit ein paar Jahren geht anscheinend nichts mehr ohne Bürgerbeteiligung. Ob CSU oder SPD, ob Regierung oder Opposition, niemand will mehr über die Köpfe der Betroffenen hinweg regieren. Alle wollen sie in Entscheidungsprozesse einbinden und daran beteiligen. Für diesen neuen Umgang zwischen Politik und BürgerIn hat man auch gleich ein paar neue Worte kreiert: Bürgerforen, Mediationsverfahren, partizipative Teilnahme, u.v.m. – der letzte Schrei kommt aus der schwarz-grünen Schmiede in Frankfurt: Planungswerkstätten.

Weht ein neuer Geist durch die politischen Institutionen? Werden nun Beteiligte und Betroffene nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt?

Wenn heute von Bürgerbeteiligung die Rede ist, dann wird vage und andeutungsvoll darauf verwiesen, dass man aus der Vergangenheit gelernt habe, wo man den/die BürgerIn „nicht mitgenommen habe“. Das habe zu viel Ablehnung und Entfremdung, und gelegentlich auch zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, die den verantwortlichen Politikern Reputation, also (Wahl-)Stimmen gekostet haben.

Der Preis, solche Vorhaben gewaltsam durchzusetzen, war dementsprechend hoch (wie z.B. für die neue Startbahn 18 West am Frankfurter Flughafen in den 80er Jahren) und manchmal scheiterte auch ein Projekt am Widerstand der Bevölkerung, wie die Wiederaufbereitungsanlage/WAA in Wackersdorf Ende der 80er Jahre. Auch mit Blick auf die Häuserkämpfe der 80er Jahre ist immer wieder davon die Rede, dass es die Stadt-Politik damals versäumt hätte, die guten Absichten gut und frühzeitig zu „kommunizieren“, BürgerInnen in ihren Sorgen ernst zu nehmen, anstatt ihnen (mit dem Knüppel) vor den Kopf zu schlagen. Aus all diesen Erfahrungen habe man heute gelernt. Heute würde man alles tun, um Bürgernähe herzustellen anstatt bürgerkriegsähnliche Zustände auszulösen.

Was ist an diesem guten Willen neu, was hat sich tatsächlich in den letzten 30 Jahren geändert? Haben heute BürgerInnen mehr Einfluss auf Planungsprozesse als vor 30 Jahren? Was hat sich medial, was hat sich substanziell verändert? An drei Beispielen soll diesen Fragen nachgegangen werden.

Bau der Nordbahn am Frankfurt Flughafen (1998-2011)

Fast fünf Jahre tobte ein erbitterter Kampf um die Startbahn 18 West, rund um den Frankfurter Flughafen. Selbst als diese 1984 eingeweiht wurde, ging der Widerstand weiter. Was dabei

oft in Vergessenheit gerät, ist die Tatsache, dass lange davor, noch viel länger, mit allen verfügbaren politischen Mitteln und Möglichkeiten darum gerungen wurde, Widerspruch und Gegnerschaft zu diesem Projekt zu artikulieren. Auch damals gab es das Recht, gegen das Planfeststellungsverfahren Einspruch zu erheben, was tausende BürgerInnen auch genutzt hatten. Monatelang beteiligten sich BürgerInnen und Bürgerinitiativen (BI's) an Anhörungen; Einwände wurden gesammelt und vorgetragen – und am Ende abgelegt. In keinem dieser Verfahren hatten die Betroffenen ein substantielles Recht. Sie durften vortragen, sie durften Widerspruch anmelden, sie durften für viel (eigenes) Geld ExpertInnen für sich sprechen lassen, sie durften vieles, nur eines durften sie nicht: dem geplanten Vorhaben wirksam im Weg stehen.

Kaum war die Startbahn 18 West eingeweiht, drangen weitere Ausbaupläne der Flughafenbetreiber an die Öffentlichkeit. Die Flughafenbetreiber und die sie stützenden Parteien wussten um die Schwierigkeiten. Hatten sie doch versprochen, dass nach der Startbahn-West keine weiteren Ausbaupläne am Frankfurter Flughafen auf die Bevölkerung zukämen. Wie also mit dem organisierten Wortbruch umgehen? Was also tun, um ähnliche bürgerkriegsähnliche Zustände zu vermeiden?

Man organisierte lange vor der anvisierten Inbetriebnahme einer weiteren Landebahn ein *Mediationsverfahren*. In der Hoffnung, dass diese Neuschöpfung ernst gemeint war, erklärten sich viele Bürgerinitiativen bereit, an diesem Mediationsverfahren teilzunehmen – unter ganz und gar nicht überzogenen Bedingungen:

- das Ergebnis muss offen sein, damit auch eine Nulllösung möglich ist
- das Ergebnis muss bindend für die Landesregierung sein
- der Konfliktgegenstand (geplante Baumaßnahme) muss in der Mediation detailliert benannt sein

Die Antwort der hessischen Landesregierung ließ nicht lange auf sich warten: Sie lehnte diese Minimalvoraussetzungen rundum ab, worauf das Bündnis der Bürgerinitiativen Ende September 1998 erklärte, dass es unter diesen Voraussetzungen nicht bereit sei, daran teilzunehmen. Dennoch beteiligten sich Natur- und Umweltinitiativen an diesem Verfahren. Wieder trugen sie mit viel Zeit und Energie ihre Widersprüche vor. Wieder hatten sie keinerlei substantielle Rechte in diesem Verfahren. Am Ende dieses teuren und langatmigen Verfahrens stand fest, dass das Vorhaben wie geplant, ohne Verzögerungen und Abstriche, durchgesetzt werden würde. Einzig und allein eine „Empfehlung“ an die Betreiber wurde ausgesprochen: Ein Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr morgens. Zynisch positiv brachte Maik Bohne, Projektleiter von „Kollaborative Demokratie 21“ der Stiftung Neue Verantwortung diese Form der Kollaboration auf den Punkt:

Als gelungenes Beispiel der beteiligungsorientierten Infrastrukturplanung gilt bis heute der Ausbau des Frankfurter Flughafens. Vor dem Hintergrund der emotional geführten Kämpfe um den Bau der Startbahn West entschloss sich die hessische Landesregierung Ende der 1990er Jahre ganz bewusst, den erneuten Ausbau der Landebahn mit einer frühzeitig einberufenen Mediation und einem neuartigen Regionalen Dialogforum (RDF) zu begleiten – unter anderem besetzt mit Vertretern von Wirtschaft, Landesministerien, Kommunen, Bürgerinitiativen und Deutscher Flugsicherung. Insbesondere das RDF entwickelte sich unter der Leitung von Johann-Dietrich Wörner zum zentralen Ort der Debatte. Es begleitete nicht nur den for-

mellen Planungsprozess bis zum Abschluss, sondern erarbeitete konkrete Ergebnisse wie den Anti-Lärm-Pakt. Auch wenn Einzelfragen wie das im RDF ausgehandelte Nachtflugverbot noch letztinstanzlich geprüft werden müssen, so kann der gesamte Prozess als Erfolg gelten. Der umsichtige Einsatz von neuen Methoden wie dem Joint Fact Finding (gemeinsame Faktenklärung) half, eine hochemotionale Situation zu entschärfen und die Betroffenen zu ergebnisorientierten Verhandlungen zu bringen – frühzeitig und sachlich. So konnte bewiesen werden: *„Beteiligung und effiziente Planung schließen sich nicht aus, sondern führen zu schnelleren und besseren Ergebnissen. Im Vergleich zum Bau der Startbahn West konnte die Zeit für die Planung und Umsetzung der kürzlich eingeweihten Landebahn halbiert werden.“* (Handelsblatt vom 03.01.2012)

Parallel dazu versuchten BürgerInnen mit Einsprüchen ihr Anliegen geltend zu machen: „Mehr als 125.000 Menschen aus der Rhein-Main-Region – auch diese Zahl ist ein Rekord – hatten Einwendungen wegen zu hoher Lärmbelastung, zu starker Eingriffe in die Natur oder eines zu hohen Risikos, Flugzeuge könnten in das Chemiewerk Ticona stürzen.“ (FAZ vom 8.9.2006)

Am Ende dieses langen Weges stand fest, was von Anfang beschlossene Sache war: Die Nordbahn wird gebaut. Geflogen wird rund um die Uhr und geschlafen, wer nicht in diesen Flugrouten leben muss. Diese lang gezogene Warteschleife ins Nirgendwo beschreibt Dietrich Elsner, Sprecher des Arbeitskreises Fluglärm Mainz-Lerchenberg/Koordinator der Initiativen Fluglärm in Mainz und Rheinhessen, rückblickend so: „Am Ende waren unsere 150.000 Einwendungen und unsere 101 Tage, die wir im Anhörungstermin in Offenbach mit vielen Anträgen verbracht haben, der Planfeststellungsbehörde gerade mal zwei Sätze in sieben Zeilen (Ordner 1/3, Seite 175) wert. Einer Planfeststellungsbehörde, die zur hessischen Landesregierung gehört, die gleichzeitig Hauptaktionär der Fraport ist.“ Ein letzter Versuch war wieder einmal der juristische Weg: Eine Klage sollte wenigstens das Nachtflugverbot durchsetzen. Im Oktober 2009 wischte der Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) auch dieses Ansinnen vom Tisch: „300 Beweisanträge wurden im Hauptsacheverfahren abgeschmettert, nicht ein einziger Antrag wurde für wert erachtet, geprüft zu werden“ (Treber et al. 2009).

Stuttgart 21 – Alles Bahnhof?

Unter dem Mantra „Zukunftsfähigkeit“ soll der Stuttgarter Bahnhof und ganze Areale drum herum für den internationalen Wettbewerb fit gemacht werden: „In Stuttgart soll der Bahnhof mitsamt Gleisen in Tunneln verschwinden. Die Kosten dafür explodieren, das Vorhaben wackelt. Dennoch sollen jetzt die Arbeiten starten.“ (FR vom 24.11.2009)

Die Stadt Stuttgart, das Land Baden-Württemberg und der Bund stellen Milliardenbeträge aus öffentlichen Mitteln bereit, um dieses Megaprojekt „Stuttgart 21“ zu finanzieren. Der Clou an der Sache ist, dass diese öffentlichen Gelder in ein Projekt gesteckt werden sollen, das nach dem Willen der Bundesregierung privater nicht sein kann: Die Deutsche Bahn AG ist auf dem Sprung, ein ganz normales Privatunternehmen zu werden. Was man den „Schwabben“ nie zugetraut hätte, trat zum Erschrecken aller Investoren ein: Der Protest dagegen wur-

de lauter und prominenter, und die Versuche, diesen wirkungslos zu machen, nahmen kafkaeske Formen an: Eine „vom Bundesverkehrsminister Tiefensee zugesagte Wirtschaftlichkeitsberechnung wird bis heute der Öffentlichkeit vorenthalten, angeblich weil das den Unternehmensinteressen der Deutschen Bahn AG schade“ (zitiert aus einer Rede von Peter Conradi am 24.09.2007).

Sie verstehen nur Bahnhof...

Die Kritik am Gigantismus dieses Bauvorhaben verhallte, genauso wie ein preiswerteres Gegenkonzept. Man stellte in den Chefetagen auf Durchzug. Die Stuttgart-21-GegnerInnen starteten daraufhin ein Bürgerbegehren und sammelten dafür über 60.000 Unterschriften. 2007/08 wurde dieses Ansinnen für bedeutungs- und rechtlos erklärt.

Und während beharrlich am Baubeginn 2010 festgehalten wurde, sickerten immer mehr Fakten durch, die belegen, wie sich ein Kartell aus Lokal- und Landespolitikern, Banken, Großunternehmen und Deutscher Bahn AG Geld, Posten und Gefälligkeitsgutachten gegenseitig zuschieben.

Unbeirrt hielt das Konsortium aus Landesregierung und Bahn AG an diesem Vorhaben fest – trotz Demonstrationen, die Woche für Woche größer wurden. Nach einem brutalen Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-GegnerInnen am 30. September 2010 hätten Landesregierung und KoKG davon ausgehen gehen, dass nun der Protest genug eingeschüchtert ist und aufgibt. Das Gegenteil war der Fall. Über 50.000 demonstrierten gegen Polizeigewalt und gegen Stuttgart-21. Was vorher zynisch vom Tisch gewischt wurde, kam nun wieder auf die Tagesordnung. Man suche den Dialog mit den BürgerInnen, wolle ihnen zuhören, wollen ihnen Gehör verschaffen. Eine Schlichtung wurde – ähnlich einer fest gefahrenen Tarifaueinandersetzung – eingerichtet, und Heiner Geißler (Ex-Generalsekretär der CDU) als Schlichter eingesetzt. Faktisch hatten weder „Schlichtung“, noch „Schlichterspruch“ bindende Rechtskraft. Und so symbolisch hier eine Tarifaueinandersetzung nachgestellt wurde, so real waren die Bedingungen, die an die Teilnahme geknüpft wurden. Die Bahn AG sollte in der Zeit der Schlichtung ihre Bauarbeiten einstellen, die Stuttgart-21-GegnerInnen ihren Protest. Bis auf die Parkschützer ließen sich alle Stuttgart-21-Gruppierungen darauf ein. Das Ende war weder überraschend, noch wichtig: Heiner Geißler verkündete als Schlichterspruch, dass das größte Bahnprojekt Deutschlands fortgesetzt werden solle und verband dies mit der persönlichen und noch bedeutungsloseren Note, man könnte doch eine Hälfte des Bahnhofs unter die Erde schaffen, die andere stehen lassen.

Abgesehen von der Tatsache, dass alle Schlichtungsrunden live im Fernsehen übertragen wurden, war der Rest für die Katz bzw. ganz im Sinne einer CDU-Landesregierung, die auf Zeit und Wiederwahl setzte. Diese verlor sie 2011 grandios – und der Wahlgewinner, die GRÜNEN, wollte unbedingt an die Macht. Nun haben grüne S-21-Gegner und rosa S-21-Befürworter eine Koalition und ein Problem. Damit beide an der Macht bleiben können, darf nun das Volk entscheiden – in einer Volksbefragung.

Dass an das ›Ja‹ in der Volksbefragung deutlich höhere Anforderungen gestellt wurden, als an jede normale Wahl, hatten viele S-21-GegnerInnen kritisiert: „Ein Drittel der Wahlbe-

rechtigten (und nicht etwa der Wähler!) (hätten) für den Ausstieg aus dem Bahn-, das in Wahrheit ein gigantisches Immobilienprojekt ist, stimmen müssen“ (Stern vom 27.11.2011).

Dennoch versuchten sie das schier Unmögliche und verloren die Abstimmung. Ein Kommentar von Arno Luik im Stern zieht folgendes Fazit: „Zwar hatten die außerparlamentarischen S21-Gegner die Volksabstimmung –anders als die regierenden Grünen, die merkwürdigerweise auf diese Abstimmung gesetzt hatten –schon immer als Farce eingeschätzt, weil sie keine realistische Siegchance hatten. Aber dass sie so verlieren würden, das hatten auch sie nicht erwartet. Sie sind nun frustriert. Sie fühlen sich durch die Volksabstimmung gedemütigt –wie in der gesamten Geschichte von Stuttgart 21. Am Anfang hat die Politik ihren Protest erst ignoriert, dann belächelt und verhöhnt, schließlich diffamiert, als Nörgler, Blockierer, Freizeitanarchisten, Altersegoisten, Wohlstandsverwahrloste wurden die Bürger am Ende entwürdigt. Und in der von den meisten Medien bejubelten Geißlerschen Schlichtungsrunde wurden sie nochmals vorgeführt. Dieser runde Tisch im Scheinwerferlicht der TV-Kameras war eine Seifenoper, die Mitbestimmung simulierte und die Bürger einseifte. Heiner Geißler verdrehte im November 2010 charmant-lächelnd im Sinne von Bahn und Politik die Befunde der Anhörung, befand: ›Ich halte die Entscheidung, S21 fortzuführen, für richtig“ (Stern vom 27.11.2011).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Tom Adler, Stadtrat der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Die Linke in Stuttgart und Vertreter der Gruppe „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“ im Aktionsbündnis der Projektgegner: „Falsch war auch, die Volksabstimmung zu einem ‚bedeutenden Fortschritt in Richtung direkte Demokratie‘ zu überhöhen. Bis sie von SPD und Grünen beschlossen wurde, war breiter Konsens: Unter den gegebenen Bedingungen handelt es sich nicht um Erweiterung von Demokratie, sondern um deren Simulation. Damit wurde denen der Weg geebnet, die jetzt mit dem Ergebnis das Herunterfahren der Proteste begründen und herbeiführen wollen“ (Junge Welt vom 07.12.2011).

Bauprojekt „Kultur-Campus“ in Frankfurt 2011ff

„Auf 16,5 Hektar Fläche wird im Laufe der nächsten Jahre im Stadtteil Bockenheim der Kulturcampus Frankfurt entstehen. Möglich wird die Verwirklichung durch die Übertragung des gesamten Universitätsareals an die ABG durch das Land Hessen, gemäß einem Letter of Intent, der von der ABG FRANKFURT HOLDING, dem Land und der Stadt unterschrieben wurde. Es werden Wohnungen, kulturelle Einrichtungen und Gastronomiebetriebe entstehen, um ein lebendiges Stadtviertel zu verwirklichen. Als erste Baumaßnahme errichtet die ABG an der Ecke Gräfstraße und Sophienstraße mit einem Investitionsvolumen von 80 Millionen Euro 130 Miet- und 70 Eigentumswohnungen, eine Tiefgarage mit 300 Stellplätzen sowie einen Supermarkt. Der Baubeginn ist noch für 2011 geplant“ (ABG Frankfurt Holding 2011).

Was sich so wunderbar, grün, CO-2-neutral, vielfältig und mega-kulturell anhört, und selbstverständlich ein ganz lebendiger Ort für alle werden soll, ist auf Kritik und Widerspruch gestoßen. Denn zu allererst geht es um eine weitere Privatisierung von öffentlichem Eigentum, die nicht alle, sondern kapitalstarke Interessenten und Investoren im Auge hat. Zudem ist

es kein Geheimnis, dass ein solches Projekt die Preise, also zuallererst die Mieten, drum herum in die Höhe treibt, also langfristig genau jene vertreiben wird, die in den Genuss dieses ›Kulturcampus‹ kommen sollen.

Um diese Bedenken professionell ernst zu nehmen, Sorgen auszuräumen, hat die Stadt Frankfurt das ganze Instrumentarium von „Bürgerbeteiligung“ an den Start gebracht, mit dem erklärten Ziel, die Bürger frühzeitig auf den neuesten Stand der Dinge zu bringen.

Zwei „Bürgerforen“ wurden bereits 2011 abgehalten. Auf beiden Podien waren viele vertreten: RepräsentantInnen der Stadt Frankfurt, VertreterInnen der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft ABG Holding und StadtplanerInnen, die im Auftrag beider unterwegs sind. Obwohl diese Bürgerforen reinen Informationscharakter hatten, waren VertreterInnen der Bürgerinitiativen, die sich kritisch bis ablehnend dazu positionieren, nicht auf dem Podium vertreten.

Nun plant die Stadtregierung auch noch sogenannte Planungswerkstätten, um „mit den Bürgern die Zukunft des großflächigen Areals zwischen Gräfstraße und Senckenberganlage zu planen“ (Frankfurt.de 2011).

Dort dürfen neben allen BefürworterInnen auch KritikerInnen, also Bürgerinitiativen, Platz nehmen. Doch selbst wenn man dies jetzt Planungswerkstatt nennt, als ginge es um die Herstellung eines gemeinsamen Produktes, dürfen große Zweifel angebracht sein.

Welche Kompetenz, welches materielle Gewicht haben diese Planungswerkstätten bei der Verwirklichung des Kulturcampus? Was steht in den Kaufvertrag zwischen dem Land Hessen und der ABG FRANKFURT HOLDING im Detail drin? Was steht also jenseits aller Ideenhuberei längst fest? Wer entscheidet darüber, was das Ergebnis dieser Planungswerkstätten ist? Welchen rechtlich bindenden Charakter hätte ein solches Ergebnis?

Die Bürgerinitiativen „Offenes Haus der Kulturen“ und „Ratschlag Campus Bockenheim“ verfassten ein gemeinsames Positionspapier, um die Bedingungen ihrer Teilnahme öffentlich zu machen.

„Transparenz“

Der Kaufvertrag zwischen Land Hessen und AGB Holding betrifft öffentliches Eigentum. Er muss offengelegt werden, um die Grundlagen des Planungsprozesses für alle beteiligten Akteure im gleichen Maße transparent zu machen. Die Kompetenzen von ›Rundem Tisch‹, ›Steuerungsgruppe‹ und ›Planungswerkstätten‹ müssen klar und einvernehmlich definiert werden. Ergebnisse der ›Steuerungsgruppe‹, des ›Runden Tisches‹ und der ›Planungswerkstätten‹ müssen dokumentiert und –z.B. über Audiomitschnitte –veröffentlicht werden.

Die Bürgerinitiativen werden an den Pressegesprächen der VertreterInnen von Magistrat, Stadtplanungsamt, ABG Holding, Kulturforum zum ›Campus Bockenheim‹ beteiligt. Auf der Internetseite www.kulturcampusfrankfurt.de erhalten die Bürgerinitiativen einen eigenen Bereich mit Admin-Zugang und damit die Chance zur bereits zugesicherten Beteiligung an der dort betriebenen Öffentlichkeitsarbeit.

Umfassende Informationen

Die bisher angekündigten Themenschwerpunkte für die Planungswerkstätten sind unzureichend. Wir erwarten eine Erweiterung um weitere Planungswerkstätten mit den Themen ›Denkmalgeschützte Bauten‹, ›Klimawandel – Auswirkungen auf den Stadtteil und städtebauliche Möglichkeiten‹ sowie ›soziale Einrichtungen auf dem Campus Areal‹...

Um die Diskussionen des Planungsprozesses durch Fachkompetenz fundiert und unabhängig zu ermöglichen, können die Bürgerinitiativen Gutachter bestellen. Die Kosten werden –nach einem vorher festzulegenden Umfang –vom Magistrat übernommen.

Ergebnisoffenheit

Wir verlangen, dass alle Fragen, welche die Rahmenbedingungen sowie den Prozess der Planungen betreffen, ergebnisoffen behandelt werden. Die Vorentscheidung der ABG-Holding, einen erheblichen Teil des Areals weiterzuverkaufen, stellt die Arbeit in den Planungswerkstätten unter das Primat der ökonomischen Interessen von potenziellen privaten Investoren. Dies widerspricht dem Ziel einer sozialverträglichen Bebauung in öffentlicher Hand und muss für eine tatsächliche Offenheit des Planungsprozesses zurückgenommen werden. Die im ›letter of intent‹ enthaltenen Absichtserklärungen, den Abriss der denkmalgeschützten Gebäude, u.a. eines Studentenwohnheims, betreiben zu wollen, sind inakzeptable Einschränkungen des Planungsprozesses. Die Festlegungen auf einen Wohnanteil von nur 40% und auf den Bau von Eigentumswohnungen widersprechen einer ergebnisoffenen Planung.“ (Erklärung vom November 2011 nach Frankfurter Gemeinde Zeitung am 16.11.2011)

Eine erste Absage erteilte der Chef der ABG-Holding nur wenige Tage später: Man werde den Kaufvertrag in all seinen Details nicht öffentlich machen. Was als partizipative Teilnahme wirkmächtig verstanden werden könnte, scheint sich – schneller als gedacht – als spiritueller Gesprächskreis herauszustellen. Dass die Simulation einer substanziellen Mitgestaltung, einer Mitentscheidung, nicht nur auf Bürgerbeteiligungsformen beschränkt ist, zeigt die Antwort auf das Ansinnen des Frankfurter Stadtparlamentes, zur politischen Bewertung des Projektes „Kulturcampus“ den Kaufvertrag im Detail kennen zu wollen. Auch diese Aufforderung beantwortete der Chef der ABG-Holding mit einem klaren ‚Nein‘. Es handele sich dabei um Geschäftsgeheimnisse, die er nicht bereit ist, preiszugeben. Handelt es sich bei dem Projekt „Kulturcampus“ um ein geheimhaltungsdürftiges Rüstungs- bzw. Waffengeschäft?

Fazit

- Das Planungsrecht hat die darin eingeschriebenen Formen der Bürgerbeteiligung nicht ausgedehnt, sondern substanziell eingeschränkt. Das Beschleunigungsgesetz aus dem Jahr 1991 sieht u.a. vor, dass Klagen gegen Projekte nicht den bisher üb-

lichen mehrstufigen Instanzenweg der Gerichte durchlaufen, sondern direkt und in letzter Instanz vom Bundesverwaltungsgericht entschieden werden.

- Im Gegensatz zu allen Beteuerungen, BürgerInnen an Planungsprozessen mehr zu beteiligen, ist genau das Gegenteil der Fall: „Die Bundesregierung will die Planungsverfahren für Großprojekte verkürzen und dafür die Beteiligungsrechte von Bürgern einschränken. Das ergibt sich aus einem Entwurf von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) für ein ‚Gesetz zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren‘, der der F.A.Z. vorliegt. Der wohl heikelste Punkt ist die darin vorgesehene Regelung, dass die jeweils zuständigen Verwaltungsbehörden künftig von einem öffentlichen Erörterungstermin absehen können. Beim Großprojekt der Deutschen Bahn, Stuttgart 21, führte der Vorwurf der mangelnden Bürgerbeteiligung zu einer Verschärfung der Proteste.« (FAZ vom 6.1.2011)
- Im Gegenzug nehmen die symbolischen Beteiligungsformen zu, die weder rechtlich bindend, noch mit materiellen Rechten ausgestattet sind.
- Die Absicht dieser symbolischen Beteiligungsformen ist nicht, BürgerInnen mehr Mitsprache, mehr Entscheidungsbefugnisse einzuräumen, sondern den (zu erwartenden) Protest plan- und kalkulierbar zu machen.
- Die Einbindung ins Nichtverhandelbare zielt darauf, den Ort der Auseinandersetzung dorthin zu verlagern, wo er einflusslos ist.
- Gleichzeitig sind diese spirituellen Formen der Einbindung eine handfeste Möglichkeit, den Protest zu spalten, in jene, die gesprächsbereit sind und jene, die sich dem verweigern.

Lieber ein Spatz in der Hand als ...?

Der Umgang mit der Frage, ob man sich an den verschiedenen Formen von „Bürgerbeteiligung“ beteiligen sollte, ist nicht nur eine Frage der genauen Analyse. Meist wissen viele um die geringen Chancen – und wollen sie doch ergreifen. Das hat weniger etwas mit fehlender Erkenntnis zu tun, sondern vor allem mit handfesten Ohnmachtsgefühlen. Wenn Protestbewegungen schwach sind, wenn ihr Protest „auf der Straße“ ungehört bleibt, ins Leere läuft, wenn die Herrschenden sich davon weder beeindrucken, noch aufhalten lassen, dann greift man zu jedem Strohalm.

So richtig der Verweis auf zurückliegende, durchweg negative Erfahrungen ist, so richtig es ist, dass man auf den Lauf der Geschichte nicht Einfluss nimmt, indem man sie wiederholt, so bleibt doch die wichtigste Frage unbeantwortet: Was macht Protest erfolgreich, chancenreicher?

Die Auseinandersetzungen um den Frankfurter Flughafen bieten dafür eine unverhoffte Antwort: Um die geplante Landebahn Nord wurde seit über zehn Jahren gerungen. Es gab das Mediationsverfahren, es gab die Möglichkeiten, über das Planfeststellungsverfahren Einwände geltend zu machen. Man ging auch den Weg über die Gerichte, um die juristischen Mög-

lichkeiten auszuschöpfen. Unstrittig ist, dass alles mit viel Zeit und Energie und Engagement gemacht wurde – ohne den geringsten Erfolg.

Die Landebahn wurde gebaut, alle Zusagen und Versprechen wurden bereits mit ihrem Aussprechen gebrochen, nicht einmal das vereinbarte! Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr morgens konnte durchgesetzt werden.

Seitdem donnern Flugzeuge über die betroffenen Gemeinden und reißen die Menschen nicht nur aus dem physischen, sondern auch politischen Schlaf. Bis dahin waren alle Versuche, den Konflikt dorthin zu tragen, wo er hingehört, in die Herzkammer des Flughafens, in die Schalterhallen des Geschäftsbetriebes, von geringer Zustimmung getragen. Der Protest gegen die Landebahn Nord, vor Ort im Kelsterbacher Wald, hat nie mehr als eintausend Menschen mobilisiert. Seit fünf Wochen hat sich das Blatt gehörig gewendet. Woche für Woche ziehen Tausende von BürgerInnen durch den Flughafen und lassen sich nicht mehr abfertigen. Für Stunden verwandeln sie die Drehscheibe eines profitablen Geschäftes in einen öffentlichen Raum des Protestes – und sorgen zum ersten Mal für schlaflose Nächte bei den ökonomischen und politischen Betreibern des Flughafens. Woche für Woche – und ein Ende ist hoffentlich nicht absehbar – rütteln sie an der Wertungskette, an der viel gepriesenen Wertschöpfungskette, das einzige Organ des Flughafens, das Ohren hat, das empfindlich auf Störungen reagiert.

Nicht die Hoffnungen, PolitikerInnen zu überzeugen, in Dialogforen um Anerkennung zu betteln, haben die Wende gebracht, sondern der materielle und politische Schaden, den diese Demonstrationen verursachen und anrichten. Die guten Argumente aller Flughafen-KritikerInnen waren ihnen zehn Jahre, waren ihnen 30 Jahre egal, die Bedürfnisse der dort wohnenden AnliegerInnen ebenso. Was die Landesregierung und die Fraport heute zu Gesprächen, zum Nachdenken bewegt, ist die Tatsache, dass sich der Unmut, die Wut dort festgesetzt hat, wo sich das Herz der Fraport befindet: in der Geschäftsbilanz, in den Renditeerwartungen.

Und genau dort flimmert es jetzt. Angesichts der Tatsache, dass der Protest mutiger wird, die Forderung nach Schließung der Landebahn Nord lauter, schwimmen der Landesregierung die Felle davon. Nun steht ein Nachtflugverbot ganz oben auf der Agenda der Fraport, um zu verhindern, dass das Unverhandelbare, der Rückbau der Landebahn Nord, ins Zentrum des Protestes rückt.

Und dass kleine, entschlossene Aktionen, Beharrlichkeit und Ausdauer nicht aussichtslos sind, sondern die Tür zu dieser unerwarteten Wende am und um den Frankfurter Flughafen aufgestoßen haben, ist wichtig zu erwähnen: Seit den 90er Jahren demonstrierten antirassistische Gruppen und Initiativen gegen Abschiebungen immer wieder im Frankfurter Flughafen, der mehr als Rendite für Wenige und Lärm für den Rest abwirft. Der Frankfurter Flughafen ist auch der größte Abschiebeflughafen in Deutschland. Die Fraport erklärte daraufhin den Flughafen zum Privateigentum, ernannte sich zum Hausherrn und verbot jede Demonstration. Devot verteidigte die Landesregierung den Flughafen als rechtlosen Raum und die Polizei sorgte für die gewaltsame Durchsetzung. Festnahmen, Hausverbote und Strafverfahren waren die Regel und die Folge. Eine Demonstrantin klagte für ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit auch im Frankfurter Flughafen und ging durch alle Instanzen – und bekam 2011 Recht: „Die Fraport AG werde mehrheitlich von der öffentlichen Hand beherrscht. Ein gemischt-

wirtschaftliches Unternehmen sei ebenso wie ein rein staatliches unmittelbar an die Grundrechte gebunden, so die Begründung (...). Der Wunsch ‚eine Wohlfühlatmosfera in einer reinen Welt des Konsums zu schaffen‘, begründe kein Verbot.“ (FR vom 22.02.2011)

Literatur

ABG Frankfurt Holding (2011): Bilanzpressekonferenz 2011. Der Konzern ABG FRANKFURT HOLDING bleibt auf Erfolgskurs. Verstärkt Investitionen in den Wohnungsneubau. URL im Internet: http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/2011-06-21_PM_Bilanz-PK_ABG.pdf (30.07.2012).

Conradi, Peter (2009): Peter Conradi. Rede bei der Kundgebung gegen "Stuttgart 21" am Montag, 24. September 2007 um 18.30 Uhr auf dem Stuttgarter Marktplatz. URL im Internet: <http://www.kopfbahnhof-21.de/index.php?id=71> (31.07.2012).

Frankfurt.de (2011): Gejohle in Bockenheim. 60 Störer torpedieren das zweite Bürgerforum zum Kulturcampus – Abbruch nach anderthalb Stunden. URL im Internet: [http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2855&_ffmpar\[_id_inhalt\]=8078216](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2855&_ffmpar[_id_inhalt]=8078216) (30.07.2012).

Treber, Dirk, Petra Schmidt und Leo Spahn (2009): Nachtflugverbot jetzt! Presseerklärung vom 24. August 2009. URL im Internet: <http://kelsterbach.wordpress.com/2009/08/24/nachtflugverbot-jetzt/#more-2065> (31.07.2012).

Das Frankfurter Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens

Von Dirk Treber

Nach der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest ist von zahlreichen Bundes- und Landespolitikern von CDU, FDP und SPD das Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens als vorbildlich für den Umgang mit zukünftigen Großprojekten bezeichnet worden. In diesem Zusammenhang wurde auch oft auf das Beispiel Stuttgart 21 verwiesen, obwohl die Schlichtung durch Heiner Geisler erst zustande kam, nachdem bereits wichtige Bauarbeiten für das Projekt durchgeführt wurden. In diesem Beitrag soll nun geprüft werden, ob das so angepriesene Mediationsverfahren wirklich so gut war wie sein Ruf.

Ein Fazit der Frankfurter Erfahrungen ist allerdings auch deshalb notwendig, weil zurzeit bei verschiedenen Projekten Mediationsverfahren angedacht sind oder bereits durchgeführt werden. Beispiele sind das Mediationsverfahren am Flughafen Leipzig/Halle, am Flughafen Berlin Schönefeld und am Flughafen München.

Beispielsweise muss aus heutiger Sicht auch das Mediationsverfahren zum Ausbau des Flughafens Wien kritisch betrachtet werden. Während in der Vergangenheit der Flughafenbetreiber in Sachen Lärminderung in Vorleistung gegenüber den betroffenen Städten und Gemeinden und ihren Bürgern getreten ist, zeichnet sich bei der konkreten Planung für die dritte Bahn des Flughafens jetzt ein ähnlicher Verlauf wie in Frankfurt ab.

Kritisch beobachtet werden muss insbesondere auch wie sich der Runde Tisch am Flughafen München auswirkt und ob dadurch nicht ein Keil zwischen die Ausbaukritiker getrieben wird. Zurzeit ist die Situation ähnlich wie zu Beginn der Mediation in Frankfurt, die Bürgerinitiativen (BIs) verweigern sich diesem Verfahren, ein Teil der Kommunalvertreter macht beim runden Tisch mit.

Zunächst einmal gilt es zu untersuchen, ob die von verschiedenen Experten bei einer Mediation zu beachtenden Prinzipien eingehalten wurde.

1. Repräsentativität: Wurden die Interessen aller Betroffene repräsentiert und hatte jeder die Möglichkeit, sich gehör zu verschaffen? Nein.
2. Gleichbehandlung: Wurden die Initiativen und Verbände auf die gleiche Art und Weise behandelt? Nein.
3. Anerkennung: Wurden die Rechte aller Beteiligten gewürdigt? Nein.

4. Vollständigkeit der Informationen: Wurden alle relevanten Informationen berücksichtigt und flossen alle Argumente in die Abwägung ein? Nein.
5. Ergebnisoffenheit: Ist jede Alternative möglich oder geht es nur um das „wie“ der Durchsetzung? Es geht nur um das „wie“, nicht um das „ob“.
6. Korrigierbarkeit der Entscheidungen: Könnten Entscheidungen bei neuen und wesentlichen Informationen revidiert werden? Nein.
7. Begründung der Entscheidung: Es gab nur wirtschaftliche Begründungen.
8. Neutralität des Mediators: War der Mediator genügend unabhängig von den Entscheidungsträgern/Mediantengruppen? Nein. Es gab drei Mediatoren, die von der Landesregierung vorgeben wurden.
9. Transparenz: Wurden die Ziele klar und deutlich mitgeteilt? Konnte verfolgt werden, was mit den Ergebnissen passiert ist? Ziele wurden klar mitgeteilt, die Ergebnisse sind anders als damals behauptet.
10. Möglichkeiten zum Reflektieren und Mitgestalten des Prozesses: Konnte das Vorgehen, die Themenauswahl und die Auswahl des Mediators von den Medianten beeinflusst werden. Die Themenauswahl konnte beeinflusst werden, zum Teil auch das Vorgehen, die Auswahl der Mediatoren nicht.

Am Ende des Mediationsprozesses standen die folgenden fünf Empfehlungen:

Ausbau des Flughafens, Nachtflugverbot, Optimierung, Anti-Lärm-Pakt, Regionales Dialogforum (RDF).

Was ist daraus bis heute geworden

- Der Ausbau des Flughafens ist, was die Landebahn Nordwest anbetrifft, erfolgt: Die Inbetriebnahme erfolgte am 21. Oktober 2011.
- Die neuen An- und Abflugrouten wurden durch die Deutsche Flugsicherung (DFS) festgelegt. Ergebnis: Der Fluglärm hat in vielen Teilen des Rhein-Main-Gebietes und Rheinessen erheblich zugenommen.
- Das eingeschränkte Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr ist durch eine juristische Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes und nach der endgültigen Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im April 2012 bestätigt worden. „Aufgrund der politischen Entscheidung zum Planfeststellungsbeschluss vom Dezember 2007 hätten im Zeitraum von 23.00 bis 5.00 Uhr 17 Flüge stattfinden dürfen, insgesamt in der Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr 150 Flugbewegungen¹.
- Die durchschnittliche Anzahl an Flügen zwischen 22.00 bis 23.00 und von 5.00 bis 6.00 Uhr (jetzt durchschnittlich 133 Flüge) stellt keine wesentliche Veränderung ge-

¹ Siehe hierzu Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens – Bau der Landebahn Nordwest vom 18. 12. 2008

genüber dem Status Quo dar. Bisher fanden zwischen 22.00 und 6.00 Uhr durchschnittlich 145 Flüge pro Nacht statt².

- Die Fluglärm-schutzzonen sind Ende September 2011 in Kraft getreten, allerdings hat die Fraport AG bis zu 6 Jahre Zeit, um diese Maßnahmen des passiven Schallschutzes zu finanzieren. Durch intensive Lobbyarbeit der Fraport AG in Berlin wurde schon vor einigen Jahren erreicht, dass die ursprünglichen höheren Entschädigungszahlen im neuen Fluglärm-schutzgesetz von 2006 für Schallschutzmaßnahmen rund um den Frankfurter Flughafen halbiert werden konnten³.
- Optimierung des Flughafens ist fast abgeschlossen: also Sanierung der bestehenden Start- und Landebahnen, Ausbau der Cargo-City-Süd, Erweiterung des Terminal 1 um einen neuen Flugsteig für A 380 Flieger im Frühjahr 2012. Ab Ende 2012 soll mit dem Bau des Terminals 3 begonnen werden⁴.
- Selbst der Bau der A 380-Werft könnte bei gutem Willen noch zur Optimierung dazu gerechnet werden, obwohl ich der Meinung bin, dass diese Erweiterung mit dem Gesamtplanfeststellungsverfahren hätte behandelt werden müssen.
- Im Rahmen des Anti-Lärm-Pakts werden sieben Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes erprobt. Derzeit ist es noch zu früh, um erkennen zu können, ob dadurch eine Reduzierung des Fluglärms erreicht werden kann.
- Das Regionale Dialogforum (RDF) ist mittlerweile durch das Forum Flughafen und Region (FFR) abgelöst worden. Während das RDF alle sechs Wochen getagt hat, tritt der Konvent des FFR nur noch zweimal im Jahr zusammen. Im Gegensatz zum RDF, wo in der Regel, die zu beratenden Papiere zwei Wochen vorher an die Mitglieder verschickt wurden, erhalten die Mitglieder des FFR erst in der jeweiligen Konventsitzung die entsprechende Unterlagen. Es besteht keine Möglichkeit sich vorzubereiten.
- Neu entstanden ist das Umwelt- und Nachbarschaftshaus (UHN) in Kelsterbach. Bisher kann noch nicht endgültig beurteilt werden, ob auch den Kritikern des Flughafen-ausbau ausreichend Platz zur Selbstdarstellung eingeräumt wird. Auffällig ist vor allem, dass die Einweihung viel später stattfindet als geplant und sich das UNH bisher hauptsächlich auf das Lärmmonitoring konzentriert, während das Umweltmonitoring und das Sozialmonitoring bisher gar keine Rolle spielen. Auch die mehrfach angekündigten Veranstaltungen haben bisher nur zum Thema Aktiver Schallschutz stattgefunden, alle weiteren Themen wurden bisher nicht behandelt.
- Die im Frühjahr 2012 von der Hessischen Landesregierung und der Luftverkehrsseite vorgeschlagenen zusätzlichen Maßnahmen zur Fluglärmreduzierung bringen keine wesentlichen Lärmentlastungen.

² Siehe hierzu die Aufzeichnungen des Deutschen Fluglärm-dienstes (DFLD) www.dfld.de für die Jahre 2006-2009.

³ Die Zahlungen für die Lärmschutzmaßnahmen sind nach dem 2007 verabschiedeten Fluglärm-schutzgesetz geregelt.

⁴ Der Baubeginn für den 2. Teil der A380-Werft hat die Fraport AG Anfang diesen Jahres bekanntgegeben ohne genau mitzuteilen, ab welcher Woche im Herbst oder Winter 2012 die Bauarbeiten beginnen werden.

- Die am Ende des RDF vorgesehene Aufwertung der Kompetenzen der Fluglärm-schutzkommission ist bisher noch nicht erfolgt, ob dies zukünftig der Fall sein wird, ist noch vollkommen offen.

Fazit

Das Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens hat seine Funktion erfüllt, nämlich Akzeptanzschaffung in der Bevölkerung für den Flughafenausbau in Frankfurt. Dass der Bevölkerung als Ausgleich jahrelang versprochene Nachtflugverbot ist nur durch Gerichtsentscheidungen zustande gekommen. CDU und FDP haben die Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet bewusst für dumm verkauft.

Allerdings muss zum Thema Mediation zum Flughafenausbau in Frankfurt noch mehr an-gemerkt werden:

Nach dem Ende der Mediation im Januar 2000 haben die damals beteiligten sechs kom-munalen Vertreter in einer Fußnote erklärt, dass sie den Flughafenausbau aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Die Lufthansa ihrerseits hat erklärt, dass sie gegen ein Nachtflugverbot ist. Trotzdem wurde mit dem RDF ein Nachfolgegremium der Mediation geschaffen, an dem sich sowohl die Kommunen als auch die Lufthansa bzw. die Luftfahrtseite insgesamt beteiligt haben⁵.

Allerdings haben die kommunalen Vertreter großen Wert darauf gelegt, alle rechtlichen Ver-fahren gegen die Planfeststellung für den Flughafenausbau in Frankfurt zu nutzen und keine freiwilligen Vereinbarungen mit der Luftverkehrsseite abschließen wollen.

Das heißt auch ohne Mediation und RDF wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit das gleiche Ergebnis zum Flughafenausbau in Frankfurt, wie oben geschildert, erzielt worden.

Wie ist die jetzt erkennbare unterschiedliche Haltung der betroffenen Städte und Gemein-den zum Flughafenausbau zu erklären?

Einigkeit bei den Städten und Gemeinden bestand im Wesentlichen nur solange, wie es noch die Möglichkeit gab, den Flughafenausbau zu verhindern.

Nachdem dies gescheitert ist, vertreten die betroffenen Städte und Gemeinden hauptsäch-lich ihre Interessen bzw. vermeintlich die ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Diese Interessenlage ist differenziert zu betrachten: ein Teil der Gemeinden möchte nur nicht von Fluglärm behelligt werden, der Flughafenausbau wird auch positiv beurteilt:

Vorteile wie steigende Gewerbesteuererinnahmen, steigende Zahl von Arbeitsplätzen und Neuansiedlung von flughafenaffinen Betrieben, sowie steigende Tourismusströme werden gerne in Kauf genommen. Besonders ausgeprägt ist diese St.-Florian-Haltung bei einem Teil der Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Offenbach.

⁵ Siehe hierzu den Bericht Mediation Flughafen Frankfurt/Main vom Juli 2000, herausgegeben von der Mediati-onsgruppe Flughafen Frankfurt/Main.

Außerdem kann es sich keine Stadt oder Gemeinde leisten, in Fundamentalopposition zur Hessischen Landesregierung und zur Bundesregierung zu sein, weil viele Kommunen für ihre Projekte im Straßenbau, der Dorfsanierung und der Inanspruchnahme von öffentlichen Fördertöpfen auf eine gute Zusammenarbeit mit diesen übergeordneten Staatsorganen angewiesen sind.

Die unterschiedliche Interessenlage der Kommunen reduziert den Protest und Widerstand gegen den Flughafenausbau dann nur noch auf die juristische Auseinandersetzung bis hin zum Bundesverfassungsgericht (BVG) oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).

Nachdem sich bei der letzten Kommunalwahl in Hessen im Frühjahr 2011 zum Teil die Mehrheitsverhältnisse in den Kommunen geändert haben, lässt die Bereitschaft weiter zu prozessieren nach bzw. in Zeiten klammer Kassen muss gespart werden.

Es ist zwar lobend anzuerkennen, dass die meisten Städte und Gemeinden für die juristische Auseinandersetzung um den Ausbau des Frankfurter Flughafens, viel Geld bereitgestellt und fachkundige Rechtsanwaltsbüros engagiert haben, allerdings hat dieses Setzen auf den juristischen Weg gerade bei den Bürgerinitiativen auch viele Illusionen erzeugt. Nur mit juristischem Beistand ist der Kampf gegen den Flughafenausbau nicht zu gewinnen.

Es genügt also für die BIs nicht, einerseits die Mediation als Akzeptanzschaffung für den Flughafenausbau zu kritisieren, auf der anderen Seite dann aber zu viel Vertrauen in das rechtliche Geschick von Verwaltungs- und Umweltjuristen der Kommunen zu setzen.

Selbstkritisch sollte diskutiert werden, wie verschiedene Protestformen von der Unterschriftensammlung, über direkte Aktionen, Demonstrationen, Platzbesetzungen, Blockaden etc. zum Erfolg führen können.

Festzustellen ist darüber hinaus, dass sich erst kurz vor Inbetriebnahme der neuen Landebahn plötzlich in zahlreichen Kommunen, die außerhalb des engeren Flughafenumlandes liegen, neue Bürgerinitiativen gegründet haben. Hauptsächlich wurde gegen den neuen oder zukünftigen Fluglärm protestiert und demonstriert. Inwieweit sich dabei die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Zunahme des Fluglärms in der Region ursächlich mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens zu tun hat, lässt sich noch nicht abschließend beurteilen.

Politisch hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, mit großem politischem Druck von denjenigen, die sich erst jetzt engagieren, in Sachen Verhinderung des Flughafenausbaus mehr zu erreichen. Allerdings ist mit der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest die Auseinandersetzung um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens noch nicht beendet.

So soll ab Ende 2012 mit dem Bau des Terminals 3 begonnen werden. Dazu gehört auch einer neuer S-Bahn-Anschluss bei Zeppelinheim sowie der Um- und Ausbau des dortigen Autobahnanschlusses. Im Zuge der Airportcity Frankfurt wird die Fraport AG das bereits zum Teil genutzte Mönchhof-Gelände weiter ausbauen, das ehemalige Ticona-Gelände gewerblich nutzen, wahrscheinlich auch kleinere Gewerbegebiete in Kelsterbach. Hinzu kommen die Entwicklung von Gateways Garden und der Überbauung des Fernbahnhofs am Flughafen. Zusätzlich soll die A 380-Werft noch einmal um die jetzt schon erreichte Größe erweitert werden, andere Infrastrukturvorhaben im engeren Flughafenbereich sind wahrscheinlich ebenfalls noch in den Fraport-Planungsschubladen versteckt.

Zum Schluss eine persönliche Anmerkung: Ich habe das RDF und das FFR immer dazu benutzt, dort meine kritischen Positionen vorzutragen, ohne mir dabei Illusionen zu machen, dafür eine Mehrheit zu finden. Durch meine Teilnahme konnte ich viele Informationen sammeln und die handelnden Akteure der Luftfahrtseite kennenlernen.

Dieses Wissen lässt sich nutzen, um Gegenstrategien zu entwickeln.

Leben in der Frankfurter *B-Ebene*

Von Lucas Pohl

Die Verlierer der Wohlstandsakkumulation

Zwar zählt Deutschland im europäischen Vergleich klar zu den Wohlstandsstaaten und die Rhein/Main-Region, allen voran Frankfurt am Main als finanzindustrielles und infrastrukturelles Zentrum, stellt unter Maßgabe kapitalistischer Bewertungskriterien eines der erfolgreichsten und gewinnbringendsten Ballungsgebiete des Landes dar – das heißt jedoch nicht, dass Armut und Bedürftigkeit per se nicht existieren.

In Anlehnung an die Begriffsdefinition einer der derzeit größten Online-Enzyklopädien, Wikipedia, wird Wohlstand als positiver Zustand, in Abhängigkeit zur individuellen Wahrnehmung interpretiert. Unter Einfluss gesamtgesellschaftlicher Denk- und Handlungsmuster finden stetig Redefinitionen statt, sodass das, was einmal Wohlstand war, es heute vielleicht nicht mehr ist und auch in verschiedenen Teilen der Welt Wohlstand unterschiedlich definiert wird. Innerhalb der westlich geprägten Wahrnehmung hat sich im Laufe einer verwertungsgetriebenen Umstrukturierung und Verfügbarmachung das Bewusstsein eingestellt, dass monetäres Kapital das ist, was Wohlstand ermöglicht (Foucault 2004: 123ff.; Lemke 2000: 40). Das Außergewöhnliche und Eminente am Kapital ist letztlich die Idee der gewinnbringenden Reinvestition.

Die Idee der Kapitalakkumulation ist nicht neu, hat sich jedoch im Zuge einer neoliberalen Neuordnung der letzten Jahrzehnte wie ein Leitgedanke in Bereiche der Gesellschaft vorgewagt, die vormals frei waren von Verwertungslogiken und Sachzwängen. Den gesellschaftlichen Rahmen dafür forderte bereits die liberale Tradition im ausgehenden 17. Jahrhundert, die Etablierung einer freien autonomen Marktwirtschaft (Lemke 2011: 171ff.). Was dem Präfix „Neo“ im Neoliberalismus jedoch seine Berechtigung verleiht, ist der Gedanke, dass die Proklamierung des freien Marktes zu kurz greift, politisch Stellung bezogen werden muss und daraus der Anreiz entsteht, über eine marktorientierte Politik die bestmöglichen Bedingungen für den Wettbewerb zu schaffen (Harvey 2007: 84; Jessop 2002: 460).

Stadtpolitisch bedeutet dies eine „radikale Redefinition des städtischen Raums nach ökonomischen Kriterien“ (Lebuhn 2007: 529), also eine Durchsetzung ökonomischer Rationalitäten durch Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung auf der städtischen Ebene (Heeg & Rosol 2007: 492ff.). Alltäglich zeigt sich dieser steuerungspolitische Umbruch etwa in stadtpolitischen Argumentations- und Handlungsmustern – dem Bedeu-

tungsgewinn des globalen Wettbewerbs, privatwirtschaftlich ausgerichteter Akteurskonstellationen und öffentlichkeitswirksamer Aktionsformen, aber auch hinsichtlich eines kontinuierlichen Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Neuordnung des städtischen Raumes (ebd.). Die Privatisierung vormals öffentlicher Räume geht oft einher mit einer strengeren Kontrolle durch sowohl staatliche als auch private Akteure (Belina 2006). Sichtbar wird dies unter anderem durch die Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten, wie bspw. durch das Verbot von Alkoholkonsum oder des Schlafens in der Öffentlichkeit.

Innerhalb des eng geschnürten Korsetts eines deregulierten Verwaltungsapparates, vermeintlicher Sachzwänge und dem Bedeutungszuwachs der öffentlichen Repräsentationsflächen findet sich nur wenig Raum für die weniger profitablen Bereiche der Stadt (Gebhardt 2001: 45f.). Insofern lassen sich Missstände etwa hinsichtlich bezahlbaren Wohnraumes, alternativer Nutzungskonzepte und ungenutzter Freiflächen in Städten auch als Resultate einer bestimmten politischen Schwerpunktlegung erfassen. Noch stärker als die weniger verwertbaren sozialpolitischen Handlungsanreize wird die Kommunikation der Kehrseiten, der „*negativen Qualitäten*“ einer Stadt, von der unternehmerischen Logik gehemmt, obwohl die neoliberale Neuordnung, bspw. durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer Verschlan- kung des sozialpolitischen Verwaltungsapparates, eine Vielzahl neuer Umstände und Möglichkeiten bietet, um durch das gesellschaftliche Raster zu fallen.

In diesem Beitrag möchte ich mich dem Sprechen über Obdachlosigkeit widmen. Konkret beziehe ich mich hierbei auf die Verhandlung der Öffnung der B-Ebene an der Hauptwache in Frankfurt als Schlafplatz für Obdachlose in den Wintermonaten. Meine These hierzu ist die, dass diese vermeintlich wohlfahrtsstaatliche Maßnahme unter einem rational-ökonomischen Deckmantel zu verstehen ist. Außerdem möchte ich dabei auf das vermeintlich Neue dieser Maßnahme eingehen, sie in Bezug setzen und einen Einblick in die unterschiedlichen Wahrnehmungen im Umgang mit Obdachlosigkeit geben.

Die B-Ebene als „Politikum“

Seit einigen Jahren öffnet der Betreiber des öffentlichen Nahverkehrs (VGF) in den Wintermonaten und in Absprache mit der Stadt Frankfurt die Hauptwache, um diese als nächtliche Unterbringung für Obdachlose zur Verfügung zu stellen.

Die Hauptwache im Zentrum der Stadt bildet nicht nur einen zentralen Verkehrsknotenpunkt, sondern dient als verlängerter Arm der Frankfurter Zeil, einer der größten Einkaufsstraßen Deutschlands, gleichzeitig als touristischer Anziehungspunkt mit Blick auf die Frankfurter Skyline als Sinnbild des Wirtschafts- und Finanzsektors der Metropole. Die unterirdische und teilprivatisierte S-/U-Bahn-Station „Hauptwache/Zeil“, alltagssprachlich als B-Ebene bezeichnet, ist Produkt der späten 1960er Jahre und kennzeichnet sich als „Transit- raum“ (Fuchs 1998), dessen maßgeblicher Zweck es ist, ihn zu durchqueren, um zu seinem Ziel zu kommen. Unbewegliche „Elemente“, wie Straßenmusiker, Pflastermaler oder Biertrinker können dabei schon mal als „die Bewegung unterstreichende Kontrapunkte“ (Fuchs 1998: 50) aufgefasst werden. In diesem Sinne erscheint die Öffnung der B-Ebene als öffent-

lichkeitswirksames Vorhaben im Umgang mit einer städtischen Problematik, welches sowohl durch die Stadt als auch VGF und Medien durchweg positiv kommuniziert wird.

Doch die Vorgaben sind strikt: Die B-Ebene öffnet von 22 bis 6 Uhr und Handzettel schildern die Verhaltensregeln. Die Überwachung übernimmt ein privater Sicherheitsdienst und der sorgt u.a. dafür, dass keine Hunde Zugang in die B-Ebene erhalten – ein Kriterium, welches vielen Obdachlosen die Nutzung der Hauptwache als Schlafmöglichkeit verwehrt.

Um was handelt es sich bei dieser Öffnung eigentlich? Ist es eine Notübernachtung oder sogar der Ersatz einer Obdachlosenunterkunft? Und inwiefern lässt sich hierbei von einer sozialpolitischen Maßnahme sprechen?

Auf eine Anfrage entgegnet der örtliche Sicherheitsdienst: *„um Gottes Willen, das ist Politik. Da bin ich sehr ruhig, da sag ich keinen Ton drüber“*.¹ Doch wenn es sich dabei um Politik handelt, warum sollte man nicht darüber sprechen können? In Kontakt mit der Stadt erhalte ich kaum Antworten: *„das Thema ist sehr sensibel, die von oben wollen nicht, dass darüber gesprochen wird“*. Mit der Idee, durch das Gespräch mit der Obdachlosenhilfe mehr zu erfahren, versuche ich es zunächst bei einem stadtnahen Verein für Sozialarbeit, doch auch dort erhalte ich nur phrasenhafte Antworten – die Öffnung der Hauptwache sei ein *„Politikum“* und es sei nicht klar, wie dieses kommuniziert werden soll. Ist es nicht ein Kennzeichen von Politik, dass es mehrere Auslegungen von Argumenten gibt und nicht eine einzige Form der Kommunikation? Und auch hier erschließt sich mir nicht, warum man bei Unklarheit vollständig aufhört, über etwas zu sprechen.

Nach mehreren Gesprächen mit Obdachloseninstitutionen und Sozialarbeiter_innen ist für mich deutlich, was die Öffnung der B-Ebene in den Wintermonaten nicht ist – eine menschenwürdige Unterbringung. Durch die weiteren Gespräche zieht sich der Tenor, dass es sich aufgrund des Fehlens jeglicher Infrastruktur für persönliche Hygiene, Schutz des Privateigentums und Rückzugsmöglichkeiten maximal um eine Notlösung handeln kann. Doch diese Notlösung existiert bereits seit vielen Jahren und ein Ersatz ist nicht in Aussicht.

Unter den Unterkünften, die den ca. 2.200 offiziell Obdachlosen in Frankfurt² zur Verfügung stehen, taucht die Hauptwache nicht auf. *„Das wäre ja auch angreifbar. Es wäre ein Skandal, wenn das offen kommuniziert wird“*, so eine Sozialarbeiterin. Insofern funktioniert die Hauptwache nicht als Obdachlosenunterkunft, sie ist vielmehr eine Art Puffer zwischen der Anzahl der Bedürftigen und den Kapazitäten der Stadt, denn laut Statistik verfügt die Stadt mit etwa 2.200 über ausreichend Schlafplätze.³ Problematisch wird es nur, wenn die Anzahl der Obdachlosen zunimmt oder die Statistik nicht alle Betroffenen erfasst. So weist eine Mitarbeiterin der Obdachlosenhilfe darauf hin, dass *„die Zahl derer, die keinen Schlafplatz haben, sehr stark davon abhängig ist, wen man befragt“*. Dabei wird deutlich, dass die Obdachloseninstitutionen auch untereinander keine einheitliche Stimme repräsentieren – so

¹ Die hier aufgeführten Zitate entstammen einem empirischen Forschungsprojekt zu Obdachlosigkeit in Frankfurt, welches ich im Rahmen des Studiums an der Goethe Universität 2012 durchgeführt habe. Die interviewten Personen wurden aus Schutz ihrer Privatsphäre anonymisiert.

² Die Daten beziehen sich auf die „Jahresdurchschnittszahlen der Wohnungs- und Obdachlosen in Frankfurt am Main“ der Wohnungsnotfallhilfe von 2011.

³ Hierzu bspw. http://www.fnp.de/fnp/region/lokales/frankfurt/niemand-erfriert-in-frankfurt_rmn01.c.9577344.de.html

eine Einrichtung über eine andere: *„die werden uns nicht am Telefon sagen: Wir sind voll, weil das politisch nicht gewollt ist“*.

Ein klassisches Dilemma bei der Arbeit mit Obdachlosen, so viele Sozialarbeiter_innen, sei die fehlende Bereitschaft jener, sich von den Institutionen aufnehmen zu lassen: *„es gibt immer eine Personengruppe, die lassen sich nirgends einbinden und für die ist die Hauptwache goldrichtig“*. Doch genau diese tauchen oftmals nicht in Statistiken auf. Hinzu kämen, so ein Fazit vieler Gespräche, die vielen Sinti und Roma, welche sich im Zuge der EU-Osterweiterung in Frankfurt und zunehmend auch nachts in der Hauptwache aufhalten. *„Die verdrängen die Frankfurter Obdachlosen“*, so ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes. Doch heißt das, dass die Betroffenen freiwillig frieren und auf Hygiene und Privatsphäre verzichten? In erster Linie verkennt man dabei, dass es sich hier um ein spezifisches Bewusstsein handelt, welches impliziert, dass die fehlende Nutzung einer Dienstleistung den gesellschaftlichen Ausschluss rechtfertigt. Insofern obliegt es den Bedürftigen, zu entscheiden, ob sie sich dem gegebenen Angebot öffnen oder im schlechtesten Fall erfrieren.

Aus stadtpolitischer Perspektive wird Migration deshalb zum Problem, weil Obdachloseneinrichtungen auf die Nachfrage osteuropäischer Obdachloser reagieren. Das zeigt sich in der städtischen Reaktion auf den Versuch einer Obdachloseneinrichtung, sich differenzierter mit den neuen Gegebenheiten auseinanderzusetzen. Diese beschäftigte kurzfristig einen Roma als Hilfskraft, um mit den ausländischen Neuankömmlingen zu kommunizieren – das Pilotprojekt war jedoch finanziell auf drei Monate begrenzt und wurde inzwischen eingestellt. Die Leitung einer Obdachloseneinrichtung dazu: *„wir waren lange in einer Debatte mit der Stadt Frankfurt, doch die sieht keinen Handlungsbedarf, da sie nicht verpflichtet sei, den Osteuropäern zu helfen. Es gibt dazu keine rechtliche Grundlage, das sind Touristen. Die Stadt wirft uns vor, daran Schuld zu haben, dass so viele Romas da sind. Denn wir helfen ihnen ja. Aber das Problem wird nicht verschwinden.“*

Die Art der Problematisierung von Obdachlosigkeit unterliegt einer klassischen Marktlogik – dabei wäre es doch sogar aus unternehmerischer Sicht angebracht, das Dienstleistungsangebot der Nachfrage entsprechend anzupassen?

Fazit

Zwar steht die Öffnung der Hauptwache und der derzeitige stadtpolitische Umgang mit Obdachlosen weiterhin progressiv gegenüber den Traditionen von „Zero-Tolerance“ und Maßnahmen wie der „Vertreibenden Hilfe“ – der Ausfuhr von Obdachlosen aus dem Stadtgebiet – da. Sie jedoch als sozialpolitische Leistung zu verstehen greift meiner Meinung nach zu kurz.

Was sich hier manifestiert, ist nicht nur Ausdruck sozialer Missstände und vermeintlicher kultureller Unterschiede. Gleichzeitig etabliert sich im derzeitigen Umgang mit Obdachlosigkeit in Frankfurt ein spezifisches Konzept von Wohlstand, welches die Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation entscheidend beeinflusst. Die, deren Besitz, hier exemplarisch der

eines Wohnsitzes, sich auf ein Minimum beschränkt – dessen Möglichkeiten für die Kapitalakkumulation belanglos sind – werden problemlos marginalisiert.

Die B-Ebene stellt in diesem Sinne die Möglichkeit eines 15.000m² großen Teppichs dar, unter den die gekehrt werden können, die keinen Platz in Frankfurt haben oder sich des gegebenen Dienstleistungsangebotes verwehren. Zugleich bietet sie die Möglichkeit, weiterhin zu bekunden, dass Frankfurts Obdachlosenhilfe ausreichend ist und kein Bedarf bestehe, Geld in neue Projekte zu stecken. Sie ist ein teilprivatisierter Schutz vor dem Erfrierungstod und inwiefern ein solcher nicht nur als trauriges Schicksal eines Menschenlebens, sondern auch als schlechte Publicity ausgelegt werden würde, bleibt an dieser Stelle offen.

Literatur

- Belina, Bernd (2006): Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster (Westfälisches Dampfboot).
- Foucault, Michel (2004) [1978/1979]: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978/1979. Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- Fuchs, Joachim (1998): Die Zeil. Vom Viehmarkt zur Erlebniszone. In: Greverus, Ina-Maria; Moser, Johannes; Schilling, Heinz; Welz, Gisela (Hrsg.): Frankfurt am Main – Ein kultur-anthropologischer Stadtführer. Frankfurt: 49-60.
- Gebhardt, Dirk (2001): „Gefährliche fremde Orte“. Ghetto-Diskurse in Berlin und Marseille. In: Best, Uwe und Dirk Gebhardt (Hrsg.): Ghetto-Diskurse. Geographie der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. Potsdam: 9-90.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich (Rotpunktverlag).
- Heeg, Susanne und Marit Rosol (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: Prokla 37 (4): 491-510.
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, Neoliberalism, and Urban Governance: A State-Theoretical Perspective. In: Antipode 34 (3): 452-472.
- Lebuhn, Henrik (2007): Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt. Eine Berliner Fallstudie. In: Prokla 37 (4): 529-545.
- Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. In: Politische Vierteljahresschrift 41 (1): 31-47.
- Lemke, Thomas (2011) [1997]: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Berlin (Argument).

Arbeitskampf bei Maredo: Angriff auf Gewerkschaftsrechte

Von Michael Weissenfeldt

„Nach Angaben der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) hielten Maredo-Mitarbeiter die 34 Beschäftigten, mehrheitlich Migranten, in der Filiale in der Fressgass fest und zwangen sie, von sich aus zu kündigen. Maredo bestreitet das“ (FR vom 09.02.2012)

Am 26. November 2011 kam es in der Frankfurter Filiale des Unternehmens Maredo zu Übergriffen der Geschäftsleitungen auf die Angestellten. Auf einer unangekündigten MitarbeiterInnenversammlung wurden Beschäftigte laut Aussage von Anwesenden massiv unter Druck gesetzt und zu Kündigungen gezwungen (FR vom 18.01.2012), nachdem sie zuvor vom Unternehmen über einen längeren Zeitraum ausspioniert worden waren, um mögliches Fehlverhalten zu dokumentieren. Insgesamt wurden nach Angaben von Maredo 16 Kündigungen ausgesprochen, 13 weitere MitarbeiterInnen sollen freiwillig gekündigt haben – unter den entlassenen MitarbeiterInnen befand sich auch der langjährige Betriebsrat des Unternehmens. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat gegen Maredo bereits ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung und Nötigung eingeleitet. Die neuen Angestellten sollen mit 7,50€/h weit weniger verdienen als die entlassenen MitarbeiterInnen (Handelsblatt vom 05.12.2011; FR vom 18.01.2012; Süddeutsche.de vom 08.05.2012)

Eine Stellungnahme zu dem Vorgang/Vorfall am 26.11.11

Freiheitsberaubung, Nötigung, Entlassung
bei Maredo auf der Frankfurt Freßgasse

betrifft nicht nur Immigranten, aber eben im hohen Maße.
Bei Maredo arbeiten viele "Ausländer", ob jetzt mit oder ohne deutschen Pass.

Sie haben ihr neues Leben in Deutschland bei einer Firma begonnen,
in diesem Falle eben bei Maredo.
Sie waren immer absolut loyal,
und sie haben sich nie etwas zu Schulden kommen lassen.

Durch sie, die Kollegen, nur durch sie und ihren Einsatz,
ist Maredo groß geworden, stark und reich.
Und die Kollegen haben alles für die Firma gegeben.
Und die Gäste haben gewusst, warum sie ins Maredo essen gingen:

Nicht nur wegen des Produkts, sondern auch wegen den Menschen.
Vor allem wegen den Menschen.

Die Gäste wissen das, die Kollegen wissen das,
aber der Geschäftsführung ist das herzlich egal.

Die denken nur eins:
zu alt,
zu teuer,
zu unbequem.
RAUS!!!

Kommen wir nun zu dem Vorfall, richtiger wäre „Übergriff“,
am 26. November 2011 im Maredo Freßgass:
Juristisch hat auch dieses seinen Wortschatz:
14 Kollegen haben Anzeige gestellt
wegen „Freiheitsberaubung und Nötigung“.

Eine knappe Zusammenfassung der Geschehnisse:

Im Restaurant war Licht und Strom „ausgefallen“ WORDEN.
Die Gäste sind deswegen gegangen, das Lokal war leer –
dageblieben waren die Kollegen.
für die vorbereitete Aktion sollte es keine Zeugen geben.

Um 16:00 (Schichtwechsel) begann die Kommandoaktion:

Etwa ein Dutzend Mitarbeiter der Firmenzentrale
(Personalchef, Revisor, weitere Anzugträger), RegionaldirektorInnen, Sicherheitskräfte
und AnwaltInnen der Firma Maredo stürmten das 1. Stockwerk,
wo sich Personalräume und das Betriebsleitungsbüro befinden.

Als erste Aktion schalteten diese "HERREN" den Betriebsrat aus,
indem sie den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter mit Hausverbot belegten.
Somit war sichergestellt, dass die übrigen Kollegen keine Unterstützung erhalten konnten.
Ihr Recht auf Beistand und Zeugen wurde damit ausgehebelt.

Die übrigen Kollegen wurden im hinteren Bereich des Gastraums zusammengedrängt, sie wurden eingeschränkt in ihrer Mobilität und der Kommunikation. Sie mussten sich setzen, sie durften nicht telefonieren, sie mussten sogar ihre Telefone ausstellen.

Unter diesem Druck, bei diesen Zwangsmaßnahmen wurde ihnen gesagt, sie seien Diebe, alle Verbrecher, über 500 (fünfhundert) Straftaten hätten sie begangen. Sie seien durch „verdeckte Ermittler“ beobachtet worden, drei Kameras seien installiert worden, für alles gäbe es Beweise.

Den Kollegen wurde gesagt: mit ihnen würden jetzt Anhörungen gemacht, da könnten sie dann entscheiden, ob sie selbst kündigen wollten. Wenn sie das nicht machten, würden sie fristlos entlassen. Gegen sie würde Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt und es könne ihnen passieren, dass eines Morgens die Polizei bei ihnen in ihrer Privatwohnung klinge und davorstehe.

Ihr könnt euch vorstellen, dass bei den Kollegen die allergrößte Panik herrschte. Jeder hat Angst vor der Polizei. Jeder hat schon mal Ärger mit irgendeiner Behörde gehabt. Und jeder hat gehofft, diese Scheiße sei nun endlich vorbei.

Und dann sagt dir so ein „WICHTIGER HERR AUS DER ZENTRALE“, die Polizei könnte vor deiner Tür stehen und dich rausklingeln. Bereits die Vorstellung, was da passieren könnte...

Mit dieser massiven Einschüchterung hatte die Geschäftsführung teilweise Erfolg:

Manche Menschen haben mehr Angst als andere, und wenn sie allein und ohne Beistand sind, kann man fast alles mit ihnen machen.

Manche der Kollegen waren aber so betroffen, dass die sich dachten, mit so einer Firma will ich nie wieder was zu tun haben – nichts wie raus – und unterschrieben die Kündigung. Eine objektiv falsche Entscheidung, aber menschlich verständlich.

Wieder andere wollten bloß ihre Ruhe.

Und wieder andere hatten einfach eine riesige Angst vor der Polizei und vertrauten den Versprechungen der Firmenleitung (weiter Geld, gutes Zeugnis, keine Anzeige, etc)

Etwa ein Dutzend unterschrieben ihre Kündigung,
doch zwei fechten sie nun vor Gericht wieder an.

Maredo hatte nicht damit gerechnet, dass die überwiegende Mehrheit
diesen Zwangsmaßnahmen und Einschüchterungen widerstehen wird:

Die Kollegen wussten:
Wir haben uns nichts vorzuwerfen.

und sie wussten:
Wir können unser Gesicht nur wahren, wenn wir kämpfen.
Wir gehen erhobenen Hauptes in diesen Konflikt.
Wir werden erhobenen Hauptes aus diesem Konflikt herausgehen.

Solidarität ist unsere Waffe!

Was bleibt?

Die Kollegen in unserer Filiale kamen aus über 14 Ländern:
Pakistan, Marokko, Vietnam, Sri Lanka, Polen, Italien, Argentinien, Griechenland, Eritrea,
China, Algerien, Jugoslawien, Kosovo, Türkei und Deutschland.

Herr Ganeshan arbeitet seit 1980 bei Maredo, Arif seit 1981.
15 Kollegen seit den 80er Jahren, weitere acht seit den 90ern.
Nur wenige sind kürzer als zehn Jahre bei Maredo.

Um bei Maredo den von der Gewerkschaft geforderten Mindestlohn zu erreichen,
muss man mindestens in Tarifgruppe drei eingruppiert sein.
Die meisten der langjährigen MitarbeiterInnen/KollegInnen sind in TG 3 eingestuft.
Tariflohn West: 8,53€ – im Osten ist es noch schlimmer.

Die neuen eingestellten Kollegen sind alle in TG 1, zu 7,50 € brutto beschäftigt.
Sie haben befristete Verträge, Teilzeit.
Die sogenannte Vollzeit liegt meist bei 140 Stunden.
Maredo wird den Kollegen nach einem halben Jahr keinen unbefristeten Vertrag geben,
sondern wieder einen befristeten Vertrag.
So nutzen sie deren Unsicherheit aus.

Die Fluktuation bei Maredo ist derzeit enorm.
Wöchentlich werden einige Kollegen rausgeworfen und einige neu eingestellt.

Die (nach dem 26.11.12) geschassten/entlassenen Kollegen waren viele Jahre bei Maredo. Sie haben Unternehmensverkäufe und gut ein Dutzend Betriebsleiterwechsel überlebt. Ihre, für Maredo, heute relativ hohe Eingruppierung verdanken sie ihrer langen Betriebszugehörigkeit, und dem Tatbestand, dass sie damals vergleichsweise hohe Arbeitsentgelte erhielten.

Maredo gehört nach dem letzten Managment-Buy-Out mehrheitlich dem Private-Equity-Unternehmen ECM mit Sitz in Frankfurt. Der Firmensitz von Maredo ist in Düsseldorf

Unsere Forderungen sind:

- Wiedereinstellung aller gekündigten Kollegen des Maredo Freßgass
- Rauswurf aller Akteure gegen uns bei der Kommandoaktion vom 26. November 2011
- Bestrafung der Verantwortlichen und der Hintermänner

III Wie weiter?

„Feedback-Zettel“

Unten bitte Argumente, Gedankengänge, Diskussionschnipsel oder Ähnliches aus den Sessions und Plena aufschreiben und dann im KOZ an die Scheibe kleben.

<p>Wem gehört Frankfurt? Stadtpolitik sowie die großen Wirtschaftsriesen haben das Sagen. Kleine Bürgerinitiati- ven haben keine Stimme.</p>	<p>Wie geht's weiter? Mehr Aktionen, mehr Netzwerke, um gemein- sam Stadt zu gestalten und etwas erreichen zu können</p>
---	--

„Feedback-Zettel“

Unten bitte Argumente, Gedankengänge, Diskussionschnipsel oder Ähnliches aus den Sessions und Plena aufschreiben und dann im KOZ an die Scheibe kleben.

<p>Wem gehört Frankfurt?</p>	<p>Wie geht's weiter? Man muss die BürgerInnen in Frankfurt besser informieren, mit ihnen ins Gespräch kommen. Wir müssen in die Stadtviertel gehen. Wir müssen die bevorstehenden Umwälzungen in der Stadt für die BürgerInnen in einen größeren gesellschaftspolitischen Kontext stellen.</p>
-------------------------------------	---

Wie geht's weiter?

Wirklich weiter geht es nur,
 wenn sich die Kämpfe um
 Wohnungen, Stadtraum,
 Lebensqualität, Migration,
 Kunst & Kultur, Ökologie,
 Antimilitarismus, usw.
 ENDLICH verbinden.



¹ Die Feedbackzettel wurden von Teilnehmer_innen gegen Ende des Kongresses ausgefüllt; hier sind einige Vorschläge dokumentiert.

„Frankfurter Gemeinde Zeitung“ – Lokales Web-Projekt zwischen Politik und Kultur

Von der Frankfurter Gemeinen Zeitung

Die meisten Initiativen, welche auf dem aktionistischen Kongress vertreten waren, intervenieren im realen Raum Frankfurts, konzentrieren sich auf ausgewählte, drängende Problematiken und engagieren sich oft in ganz praktischem Widerstand vor Ort. Anlässe dafür gibt es mehr als genug im finanzgetriggerten Frankfurt. Die „Frankfurter Gemeinde Zeitung“ (kurz FGZ, www.kwassl.net) versteht sich gleichfalls als eingreifende Initiative, die als politisches Medium wie als praktische Vermittlungsinstanz vor Ort agieren möchte, und das primär als Zeitung im Web. Auf dem Kongress stellten wir den Hintergrund, die Mittel und Erfahrungen dieser „lokalen Web-Zeitung“ vor. Dabei diskutierten etwa 15 Teilnehmer die Realisierung ihrer Intentionen, die Vielfalt der offenen Möglichkeiten und dabei auftauchende Schwierigkeiten. Mehr als die Hälfte der Beteiligten kannten die FGZ bisher nicht, und das wollten wir ändern.

Das kleine Web-Journal entstand Ende 2009 aus dem gefühlten Mangel heraus, dass eine breitere und gleichzeitig lokal sensible Instanz medialen Einspruchs in Frankfurt seit langer Zeit nicht mehr existiert. Kein Wunder: In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich die Stadt zu einem Finanz- und Verkehrszentrum umgebaut, die meisten Industrieansiedlungen sind verschwunden. Kritische politische Initiativen wurden weitgehend marginalisiert, wenn wir von eher isolierten Ein-Punkt Umwelt BI's absehen. Die Entwicklung lief nicht viel anders als andernorts, aber eben ein bißchen radikaler – insbesondere vor dem Hintergrund, dass Frankfurt Jahrzehnte vorher eine politisch besonders brodelnde Stadt gewesen ist.

Zur bundesweiten politischen Nivellierung durch mediale „Blödmaschinen“ großer Durchschlagskraft – durch die Liquidation der sozialdemokratischen Reste in der Frankfurter Rundschau noch verstärkt – kam im lokalen Bereich die weitgehende Einstellung von kritischen „Stadtzeitungen“ der 70er und 80er Jahre hinzu, ungefähr zu Zeiten der deutschen Wiedervereinigung. In Rheinmain betraf dies die „Andere Zeitung“ und den „Pflasterstrand“. Ersetzt wurden sie passend zum Zeitgeist und dem Frankfurter Gefühl der Finanz-Performance durch Lifestylemagazine wie „Journal“ und „Prinz“, die sich ausschließlich auf Wohlfühlimage und Eventmarketing für alle Gelegenheiten kaprizieren.

Von politischem Einspruch oder kritischen Kulturinterpretationen kann in Medien hier vor Ort inzwischen keine Rede mehr sein, und verstärkt wird dieser Trend durch den neuen „schwarz-grünen Konservatismus“. Diese Auflösung von echten Konfliktlinien folgte den

Umbrüchen von Klassen und Milieus in Lebenswelten sowie in den heterogenen Zonen der Arbeit und des Konsums, die sich in den letzten Jahrzehnten in immer neuen Wellen durch Ökonomie und Kultur wälzten.

Mit dieser Ausgangslage fischen wir mit der FGZ im Trüben der täglichen Meinungssuppe, Web hin, Social Media her: Noch nie waren die Zeitungen, Talkshows, Radioprogramme und Webnews so vereinheitlicht wie heute, werden abgefüllt mit hohlen Ideologemen – nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichem Druck, Quote und dem Drang zur „Mitte“. Trotz Wohlfühlimage: Statt uns zu Tode zu amüsieren, langweilen wir uns bloß zu Tode, inzwischen auch mit Katzenblogs. Aber das muss man ja nicht unkommentiert lassen...

Allerdings überzeugen uns auch viele „linke“ Medien und Web-Initiativen kaum, die entweder etwas tröge daher kommen oder bloß als Insiderinstanzen arbeiten, und oft allein als Binnenmedium für die Nachrichten eher hermetisch agierender Initiativen fungieren. Zur Frustration über mediale Ideenarmut kommt das nervige Geplapper der an die Tastaturen gefesselten Nerds hinzu, das gerade in Städten wie Frankfurt anschwillt. Deshalb konstatiert der FGZ-Flyer: „Der inselhaften Vereinzelung und thematischen Einengung des Bloggertums setzen wir ein gemeinsames Zeitschriften-Projekt breiteren Anspruchs entgegen. Wir: d.h. eine lockere Gruppe von Schreibern, Fotografen, politisch Ambitionierten, Theaterleuten, Stadtflaneuren und Webaffinen.“

Die Initiatorengruppe der Frankfurter Gemeinen Zeitung, Ende 2010 auf 10 Aktive angewachsen, sah aber neben diesem zeitgeistigen Niedergang des Medial-Politischen weitere wichtige gesellschaftliche und kulturelle Scharniere, denen sich unsere „praktische politische Vermittlungsinstanz“ zuwenden müsse. Das WWW, einst auch als neues Universum politischer Freiheiten eingeführt, polarisiert sich zunehmend in wenige gigantische Informationsfestungen, die von Google über Spiegel bis zu Bild gleichförmige Meldungen duplizieren, und zwar gleich millionenfach, mindestens. Dazu kommt: In Social Media werden fast nur noch private Befindlichkeiten gezwitschert. Das Netz ist nicht das Reich der unbegrenzten Möglichkeiten und–ambitionierteste Anstrengungen gelten dort meistens der Frage nach erfolgreichen Geschäftsmodellen. Auch das „Gefällt mir“ für politisch korrekte Ziele ist im Netz schnell am Ende, wenn die Zahl denn schließlich hoch genug ist. Und das ist zu schnell. Bemerkenswert für unsere Idee des urbanen Projekts: Auch im Web dreht der große Talk sich gleichzeitig oft um Städte und findet in ihnen statt, das meint in Umfeldern, in denen langsam die sozialen Auseinandersetzungen zunehmen.

Aus diesen vielfältigen Anreizen und dem Bedürfnis nach ihren Überbrückungen, aus dem Verfall der Zeitungswelt wie den Potentialen des Webs rührt das Konzept der FGZ her: „Wir kümmern uns um: Kultur und Politik, Stadt und Web. Unsere politische Linie: Gegen den neoliberalen Mainstream, der immer noch als mächtigster Strom die Printmedien, das Web und die Köpfe durchströmt, auch die der Blogger und der "digitalen Boheme". Wir benutzen einen wilden Stilmix: Satire/ Theorie/ Collagen/ Reportagen/ Poetry/ Diagnosen /radikal Subjektives. Und natürlich das Netz.“

Aber Vorsicht: Indem die FGZ gegen herrschende Blödmaschinen anschreibt, filmt und dichtet, oder es zumindest versucht, meint sie nicht, sich in eine einzelne, homogene und bereits fertig verfasste „Gegenöffentlichkeit“ einzuordnen, aus der manche Leute wie Themen ein- und andere ausgeschlossen werden. Wir denken eher an viele stichelnde Gegenöffent-

lichkeiten, die das Netz der Interpretationen für unsere laufenden Umbrüche und alltägliche Anmaßungen verdichten. Blätter der Art FGZ verstehen sich dabei genau als Brückeninstanz zwischen unseren verschiedenen Erfahrungszonen, von den Nachbarn vor Ort bis zum Screen in die globalen Weiten hinein. Sie sollen die punktuellen Angriffspunkte und Impulse von Initiativen und Themen kontextualisieren helfen, was die Möglichkeiten, die Ideen und die Wirksamkeit vielleicht schrittweise erhöht, auch durch ungewohnte Gegenüberstellungen.

In diesem Sinne macht sie beim neuen, gegenwärtigen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ mit einer Collage von Einwänden und eigensinnigen Interpretationen mit, über eine Mischung von kulturellen und politischen Artikeln, Statements zu aktuellen Ereignissen und schließlich ausgewählten Veranstaltungsempfehlungen. Neben unseren breiten politischen Bewertungen und Kulturkommentaren kommen in dem kleinen Zeitungsportal besonders die städtischen Eigenarten und Konfliktlinien ins Bild. Immerhin durchschnittlich 1.000 verschiedene Leser bei 5.000 Seitenzugriffen am Tag erreicht die FGZ inzwischen.

„Die FGZ verbindet das Netz mit der Stadt, den ebenso unwirklichen wie beliebigen Raum mit dem konkreten Ort Frankfurt/ Rhein-Main. Das bedeutet aber nicht die Wiederauf-
erstehung der Lokalberichterstattung mit anderen Mitteln, sondern spiegelt die gegenwärtige Glokalisierung, die Durchdringung von globalen und lokalen Prozessen. Wir suchen unge-
bahnte, ungeahnte Wege durch diese Stadt und das Städtische überhaupt.“

Dabei begnügen wir uns nicht damit „reale“ Prozesse draußen in Stadt und Welt zu beschreiben und zu bewerten, sondern mitunter versucht die FGZ gerade die neuen Verstrickungen zwischen Web-Maschinen und Stadt zu beleuchten. Diese betreffen gerade hier die spekulativen Finance-Maschinen und die Überwachungswelt, die statistisch berechnete wie personalisierte Werbeansprache und die Ortung unseres Lebens mit den neuen IT-Maschinen, und zwar über flüchtige Web-Hypes hinaus. Das Web ist nämlich durchaus williges Agens herrschender politischer Instanzen, ein taugliches Hilfsmittel der Privatisierung öffentlichen Raums und, ganz anders als zuweilen gewünscht, nicht automatischer Hort bürgerschaftlicher Emanzipation. Aus dieser Perspektive heraus versuchen wir schrittweise, zwischen Media und Ort verwendbare Web-Ressourcen für Initiativen unserer Art zu erproben. Und zwar in Formen, dass sie dabei nicht als bloßer Ersatz für andere Aktivitäten außerhalb der Netze („gefällt mir“) funktionieren.

Doch das FGZ-Konzept enthält noch mehr als die Web-Präsentation fertiger Postings und unsere Reaktionen auf Kommentare: Nicht nur, dass wir gerne eine wachsende Medien-Initiative mit Verknüpfungen neuer Perspektiven und Ideen sein möchten („Die FGZ versucht laufend neue Ideen, Perspektiven und Akteure einzubeziehen. Blogger und Journalisten, Poeten des Wortes wie des Bildes, Designer und Web-Spezis, Neo-Linke, alle die, die wichtiges und aufregendes zu zeigen und zu sagen haben: Probiert uns aus. Join us.“); bisher folgten ungefähr 30 Mutige mehr oder weniger kontinuierlich dieser Aufforderung.

Neben den eigenen Beiträgen in der Zeitung (vom offenen „Autorenteam“) möchte die FGZ außerdem auch Platz für Verlautbarungen und Ideen Frankfurter Initiativen aller Art schaffen, um Leuten, die in ähnlichen Umständen aktiv oder breiter politisch interessiert sind, ein gemeinsames Forum oder gar die Gelegenheit für den Aufbau von öffentlichen Archiven zur Verfügung zu stellen. Gerade der Verlust von Geschichte politischer Einsprüche und der Buntheit ihrer einstigen öffentlichen Auftritte scheint uns eine besondere Fehlstelle des ge-

genwärtigen neoliberalen Umfelds. Deshalb gibt es im FGZ- Portal neben den (zunächst etwas ungewöhnlichen, an Flaneure in der Stadt erinnernden) Haupt-„Rubriken“ wie „Bewohnen“, „Erkunden“, „Servieren“, „Media“ oder „Experimentieren“ noch Menüs, die als Archive für Dossiers und Projektpläne arbeiten können: Beispiele dafür sind „Occupy Frankfurt“, „Frankfurt“ oder „Wem gehört die Stadt“. Sie enthalten Texte, Bilder, Ton und Video, alles leicht in der Zeitung abrufbar. Beliebige weitere „Projekte“ und Dossiers lassen sich jederzeit ergänzen, und über Markierungen auch miteinander vernetzen.

Die gegenwärtigen Medieneingriffe, die Äußerungen von Initiativen und die Diagnosen möchten wir in Zukunft mit weiteren Links zwischen Raum, Zeit und Themen verbinden: Wir denken an Archive für die Geschichte Frankfurter Wohnungspolitik, der jahrelangen Hausbesetzungen und das korrupte Umfeld zwischen Bankenviertel und Regierungsinstitutionen – das schon vor den Blockupy-Verboten prima funktionierte. Das macht gewiss Sinn: Wenn sich Initiativen allein auf die aktuellen Kontexte ihrer jeweiligen Zielstellungen beschränken, überlassen sie sich viel zu sehr den äußeren Bedingungen der herrschenden Strukturen mit ihrer viel größeren Reichweite.

In diesem Geist von kritischer Komposition und des Brückenbaus ist die Tür der FGZ offen, das Spektrum vertretener Positionen reicht im Prinzip von „Bewegungs-Grünen“ bis zur „Interventionistischen Linken“, enthält Kunst-Kultur-Projekte wie empörte Mietinitiativen, wenngleich sie sich bisweilen zwischen den Buchstaben zu erkennen geben. Von Blockupy oder Flughafenkritikern, dem Club Voltaire oder dem Mampf ganz zu schweigen. Wir geben uns dabei keinerlei Parteibegeisterung hin und die Zurückhaltung betrifft trotz unserer Web-Orientierung auch eine gehörige Distanz zu marktgläubigen „Piraten“.

Das Ziel der FGZ Web-Ressourcen und ihrer praktischen Entfaltung sehen wir in fruchtbarem Ideenaustausch und Anreizen für politisch-kulturelle Zusammenarbeit, ohne als enge Plattform für irgendwelche Parteipolitik im parlamentarischen Raster zu dienen. Die Artikulation echten Antikapitalismus scheint uns nur dann vielversprechend, wenn er nicht bloß einen eindimensionalen Gegenpol zu den hohlen Phrasen bietet, die uns schon den ganzen Tag um den Kopf fliegen. Er muss mit überraschenden Ideen agieren und sich zu mehr verbinden, als es punktuelle Impulse allein leisten können. Wir meinen auch nicht, dass mit der gebotenen Web-Technik der FGZ schon das Ende der Fahnenstange erreicht ist, vieles lässt sich noch in Stellung bringen.

Diese Art der (medialen) Brückenbildung ist aber immer noch nicht alles, denn die FGZ möchte raus aus dem Netz, rein ins Lokale. Am besten sollen sich dabei genannte Brückenbildungen durch praktische (oder „militante“) Untersuchungen gegen die „Kultur der Flughafen-Lounges“ hier vor Ort ergänzen. Solche Untersuchungen betreffen Beschreibungen der Umstände und die „kleinen Politiken“ von Betroffenen vor Ort, in Zukunft vielleicht als größere Projekte zwischen Initiativen auszubauen – zumindest schweben sie uns so vor. Das kann beispielsweise die drastischen Mieterhöhungen in Frankfurt betreffen, die Politiken des Baus von teuren Eigentumswohnungen der Wohnungsbaugesellschaft ABG und die neuen Gentrifizierungsquartiere – auch die Schließung kultureller Einrichtungen erlauben Links Betroffener und Aufmüpfiger.

Mehr noch ist geplant und wurde teilweise schon realisiert, bis zu (politisch eigensinnigen) Veranstaltungen in Frankfurt und Rheinmain. Sie betreffen eine Mischung von Ideen,

Ausdrucksweisen, Medien und Initiativen vor Ort, d. h. sie sollen hier mit „Stadtraum für abweichende Äußerungen“ ein kleines Stück bei der Selbstgestaltung von Gegenöffentlichkeiten helfen. Realisierte Aktivitäten im Stadtraum sind die Teilnahme am Netzwerk „Wem gehört die Stadt“, begleitet von einer versuchsweisen Einrichtung von entsprechenden Dossiers und Projekten in der FGZ. Außerdem bieten wir Lesungen und theatralische Präsentationen von FGZ-Beiträgen an wechselnden Veranstaltungsorten.

Gegenwärtig versuchen wir darüber hinaus mit dem Projekt „Bankers Babylon“ zusammen mit der Rosa-Luxemburg Stiftung Hessen noch ein Stück weiter aus dem unmittelbaren Medienkreis herauszutreten, eben die Gegenöffentlichkeiten im Stadtraum zu erweitern. Bankers Babylon soll mit Fokus auf die gesellschaftlichen Regime der Finanzen eine Folge von Events und Web-Aktivitäten gegen die Macht der Märkte in Frankfurt und anderswo bieten. Wir interpretieren in Bankers Babylon Geld und Liebe, Städtisches und Globales, Kultur und Politik unter dem großen Finanzregime neu. Wir nutzen dazu Theater und Wissenschaft, Initiativen und Involvierte, Musik, Tanz, Bilder, Texte, Naheliegendes und Fernes, Realität und Fiktion, und vermengen all dies miteinander.

Rund um Bankers Babylon kommen Wissenschaftler zu Wort, Autoren, Theatermacher, Künstler, aber auch Leute, denen selten zugehört wird, die das System ausgespielt hat. Oder solche, die manches vorhaben. Und andere, die in unterschiedlichen Funktionen in dem System mitarbeiten oder mitgearbeitet haben – egal, ob als Manager, Mitglieder der Putzkolonne oder "Kreative". Viele von ihnen hoffen wir, im Laufe des Projektes noch zu finden.

Mit dieser Mixtur an Spielorten in Rheinmain möchte die FGZ das, was sie im Web als Brücken zwischen Analysen, Initiativen und Erfahrungen versucht, gleichsam in der realen Welt wiederholen, auch um unseren und anderen pfiffigen Interpretationen noch weitere Ausdrucksmittel an die Hand zu geben und das Ganze in der Stadt der Finanzen festzunageln. Die erste „Bankers“-Veranstaltung am 21. März realisierte diese Mischung vor über 200 Zuschauern in der Frankfurter Naxos-Halle, einer ehemaligen Werkzeugmaschinenfabrik zusammen mit dem Theater Willy Praml. Es soll nicht die letzte bleiben, und wir denken auch daran, Veranstaltungen zu diesem politisch-kulturellen Dauerthema nach Größe und Gestalt zu variieren.

Und um das web-urbane Bild vollständig zu machen: Für Bankers Babylon haben wir eine eigene Website (www.bankersbabylon.de) kreiert, die Besuchern als U-Bahn-Plan erscheint, und auf der sie mit den U-Bahn-Linien, Stationen und Umsteigebahnhöfen das Funktionieren und die Verwerfungen in Finance City verfolgen können, von den Institutionen über die Politik bis zur Stadt und dem Widerstand.

Bankers Babylon ist wie die FGZ als „Beteiligungsprojekt“ gedacht und in der Stadt Frankfurt besteht dafür gewiss großer Bedarf: Wer weiß schon wirklich, was und wie mit dem ganzen Durcheinander wer anfangen will? Hier gibt es noch viel zu experimentieren und zu entdecken, für Initiativen aller Art.

Das Projekt der Frankfurter Gemeinde Zeitung hat jedoch auch seine (kleinen) Schwierigkeiten, für deren Abhilfe die Initiatoren weitere Hilfe benötigen – wenn wundert das wirklich? Die Probleme liegen in sozialen, kulturellen und politischen Kontexten, vielleicht auch an ein paar Schwächen des bisherigen Konzepts. Auf dem Kongress konnte das in der Kürze der

Zeit natürlich nur angerissen werden. Vermutlich werden „Medieninitiativen“ unserer Art an anderen Orten von Ähnlichem geplagt.

Zuerst betrifft das die noch zu schwache Beteiligung und fehlendes Interesse: Wir registrierten besonders dürftige Bereitschaft bei Studierenden und Jüngeren - in einer Stadt, in der sich allein über 50.000 Studierende tummeln; symptomatisch kommt das als allgemeine politische Indifferenz oder über die Rechtfertigung mit dem allgegenwärtigen „Zeitdruck“ daher. Aus dem Blickwinkel aber, dass für Web-Talk anderer Art oft viel weniger Hindernisse existieren, stellen sich uns Fragen nach den typischen Formen der Aufmerksamkeit und Aktivierung im Web, der Art von Motivierung und Nachhaltigkeit in Social Media: Wie kommt eigentlich aktive Teilnahme zustande, die über Dates und Katzenbilder oder die Rezeption von Breaking News hinausreicht? Was helfen hier Stadt-Aktivitäten? Und was hält bei Stange?

Darüber hinaus gestaltet sich die Zusammenarbeit mit vor Ort arbeitenden Initiativen nicht immer leicht: Auch hier kommen Desinteresse und soziale Abschottungen vor, sogar als Fortschreibung herrschender individualistischer Milieus zu verstehen, nur etwas abgewandelt. Dabei sind sich viele grundsätzlich einig, dass sie über punktuelle Impulse hinaus kommen müssen, und zwar auch mit anderen. Gelegentlich gesellschaftskritische Institutionen wie z. B. Gewerkschaften können auch zu wenig mit „querliegenden“ Lokal-Medien wie uns anfangen, was vermutlich nicht zuletzt als Zeichen ihrer anhaltenden institutionellen Krise gelten kann.

Die Gründe für solche Initiativlosigkeit wie Indifferenzen zwischen Milieus sind in der FGZ umstritten, und nicht nur dort. Umso lobenswerter erachten wir daher den Anstoß für den aktivistischen Kongress in Frankfurt, bei dem sich weitere Chancen für Brückenbildungen eröffnen, auch zwischen Stadt und Akademie. Vielleicht sehen sich manche daran Beteiligte auch angesprochen, bei uns mitzuwirken, und sei es nur über Infos zu ihren laufenden Aktivitäten

Raum für gemeinschaftliche Wohnprojekte in Frankfurt

Von Birgit Kasper

Es gibt sie – gemeinschaftliche Wohnprojekte in Frankfurt. Es sind Gruppen zwischen acht und rund hundert Personen, die eine andere Form von Nachbarschaft und eine andere Organisationsform des Wohnens planen und umsetzen. Aber für jedes Wohnprojekt war der Weg von der Gruppe Interessierter hin zum realisierten Projekt ein aufwändiges Unterfangen. Und für jede neue Initiative bleibt es bislang in Frankfurt besonders schwierig, Zugang zu geeigneten Flächen oder Gebäuden zu finden und sich in Konkurrenz zu den dominanten Wohnungsmarktakeuren durchzusetzen.

Neun bereits existierende Wohnprojekte und 16 Wohninitiativen, die in der Gründungs- oder Planungsphase sind, gibt es derzeit in Frankfurt. Sie sind im Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V., einem seit zehn Jahren bestehenden gemeinnützigen Verein, zusammengeschlossen. Dem Verein ist es 2009 gelungen, eine Projektförderung der Stadt Frankfurt zu erhalten, mit der nun seit drei Jahren eine Koordinations- und Beratungsstelle in der Adickesallee 67/69 betrieben werden kann. Neben der Unterstützung der Projekte und Initiativen des Netzwerks geht es in der Anlaufstelle um die Koordination und Beratung von Neuinteressierten sowie um die strategische Weiterentwicklung gemeinschaftlicher Wohnformen. Das Hauptziel ist es, mehr gemeinschaftliche Wohnformen bei der Realisierung ihrer Konzepte zu unterstützen, aber zentrales Problem ist nach wie vor das Finden und die Verfügbarkeit von geeigneten Flächen und Gebäuden.

Gemeinschaftliche Wohnformen haben einen besonderen Flächenbedarf

Die Wohninitiativen und -projekte, die gemeinschaftliches Wohnen planen, wählen die Gruppenkonstellation selbst. Dementsprechend weisen sie eine große Vielfalt auf. Ein Grundprinzip ist aber, dass alle Gruppenmitglieder gleichberechtigt sind. Von Anfang an gilt das Prinzip der Selbstorganisation und die Regeln des Miteinanders werden von der Gruppe entwickelt. Des Weiteren werden häufig gemeinschaftliche, alltägliche Aktivitäten oder die gegenseitige Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner (z.B. bei Krankheit, der Beaufsichtigung von Kindern oder bei gemeinsamen alltäglichen Aktivitäten) als Ziel formuliert. Wichtig ist in den Wohnprojekten, dass es Gemeinschaftsräume, -flächen oder Nutzungen gibt, die die ab-

geschlossenen Wohnungen ergänzen, wo gemeinschaftliche Aktivitäten möglich sind. Die bestehenden Frankfurter Wohnprojekte sind über die ganze Stadt verteilt und liegen zwischen dem Frankfurter Berg, Bergen-Enkheim und Niederrad.

Wohnprojekte entstehen selten nach einem vorhersagbaren Ablauf. Vielmehr ist es die schrittweise Kombination: eine (Kern-)Gruppe von Personen, die sich durch eine gemeinsame Idee oder ein Leitbild auszeichnen, das mit der Zeit konkretisiert und weiterentwickelt wird. Zudem muss sich die Gruppe im Lauf der Zeit auf eine Rechtsform und die Finanzierung des Projekts einigen (Genossenschaft / Stiftung / GmbH / Verein / Eigentümergemeinschaft o.ä.) und natürlich muss das entsprechende Objekt bzw. Grundstück gefunden werden. Aus diesem Grund gleicht kein Wohnprojekt dem anderen. Die Idee hinter einem Wohnprojekt wird von den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt, sei es beispielsweise die gemeinsame Alltagsgestaltung, integrative Interessen, der Wunsch ein Gebäude umzunutzen oder die Kombination von gemeinschaftlichem Wohnen und Arbeiten. Was die Wohnobjekte oder Grundstücke der Projekte anbelangt, kann es sich um Neubauten, um Schrottimmobilien, um Baulücken, um eine Flächenkonversion oder die Umnutzung von Leerständen, zum Beispiel von ungenutzten Büroräumen, handeln.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte brauchen also nicht nur ein anderes Raumprogramm, nämlich gemeinschaftlich nutzbare Räume neben den einzelnen Wohnungen, sie benötigen auch andere Verfahren, um ein Haus oder ein Grundstück nutzen zu können. Anders als beim klassischen Mieten einer Wohnung in einem bestehenden Wohnblock oder dem Kauf eines Hauses in einem Reihengebiet brauchen Wohnprojekte schlichtweg größere Flächen auf einen Schlag. Damit müssen sie auch andere, ungewohnte Wege gehen bei der Suche nach der passenden Immobilie.

Leere Flächen gibt es massenhaft – aber sie sind unauffällig und werden nicht mobilisiert

Für Wohninitiativen im Frankfurter Raum ergibt sich an diesem Punkt aber eine kuriose Situation: Einerseits ist (Wohn-)raum knapp und teuer, andererseits erzielt der Büroleerstand mit rund zwei Millionen Quadratmetern Fläche einen absoluten Spitzenplatz in Deutschland (vgl. auch den Beitrag von Susanne Heeg in diesem Band).¹ Dabei ist die hohe Leerstandsquote bei Frankfurter Büroflächen mit 15% nicht allein auf den Leerstand in den „Bürostädten“ Niederrad und das Mertonviertel zurückzuführen. Auch zahlreiche Leerstände in innenstadtnahen Stadtteilen tragen einen großen Anteil dazu bei.

¹ vgl.: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/170216/umfrage/leerstandsquote-deutscher-buerozentren-seit-2009>; <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/170212/umfrage/flaechenleerstand-deutscher-buerozentren-seit-2009>.

*Abbildung 1: Der frühere Kaufhof Leipziger Straße
(Quelle: Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.)*



Wie groß diese Ressource ist – wo in Frankfurt doch immer wieder davon gesprochen wird, dass es keine Flächenreserven mehr gäbe – kann man sich mit zugegebenermaßen einfachen, aber auch eindrucksvollen Berechnungen herleiten. Wie viel sind eigentlich zwei Millionen Quadratmeter Fläche? Die durchschnittliche Wohnung ist in Frankfurt etwa 70 Quadratmeter groß und wird von 1,88 Personen bewohnt. Das bedeutet, man könnte theoretisch bei der Umnutzung dieser leerstehenden Büros über 28.500 Wohnungen bauen. Dies entspricht in etwa dem Wohnungsbestand von Sachsenhausen. In diesen gedachten Wohnungen könnten entsprechend mehr als 53.000 Menschen wohnen. Natürlich sind nicht alle dieser Büroflächen fürs Wohnen geeignet. Standort, bautechnische Struktur, planungsrechtliche Gegebenheiten, Altlasten, Wirtschaftlichkeit usw. können einer Umnutzung entgegenstehen. Aber um überhaupt zu einer Abwägung zu kommen, muss bekannt sein, welche Bürogebäude und Brachflächen oder vielleicht sogar gesamte Wohnhäuser in Frankfurt überhaupt leer stehen.

*Abbildung 2: Ehemaliges Landesarbeitsgericht und Frankfurter Arbeitsgericht, Adickesallee 36
(Quelle: Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.)*



Leerstand sichtbar machen!

Um die Leerstände sichtbar zu machen, gibt es in Frankfurt seit Dezember 2011 den Leerstandsmelder: www.leerstandsmelder.de/frankfurt.

Dabei handelt es sich um eine Internet-Plattform, auf der interessierte Bürgerinnen und Bürger leer stehende Gebäude in Frankfurt einstellen, aktuelle Informationen austauschen und darüber hinaus eventuell über die Umnutzung diskutieren. Durch dieses partizipative Verfahren soll ein unabhängiger und dynamischer Überblick über Leerstände in der Stadt ermöglicht und die Mobilisierung von Flächen unterstützt werden.

Abbildung 3: Postkarte für Leerstandsmelder
(Quelle: Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.)



Initiiert wurde der Leerstandsmelder in Hamburg vom Gängeviertel e.V. zunächst mit der Intention, Leerstände in Hamburg und anderen Städten schlichtweg sichtbar zu machen. Neben Frankfurt werden inzwischen auch Leerstände in Bremen, Berlin, Kaiserslautern und Görlitz gemeldet. In jeder dieser Städte gibt es jeweils eine moderierende Stelle – für Frankfurt hat diese Rolle das Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V. übernommen. Bislang gibt es in Frankfurt über 300 Einträge, was sowohl das rege Interesse als auch die Notwendigkeit einer solchen Website, insbesondere in einer Stadt wie Frankfurt, widerspiegelt. Die Einträge zeigen, dass vor allem im Westend Büroleerstände ausgesprochen verbreitet sind, was unter anderem daran liegt, dass viele ehemaligen Wohnungen zu Büroräumen umgestaltet worden sind, es jedoch bereits ein Überangebot an zu vermietenden Büros in diesem Stadtteil gibt. Besonders frappierend ist, dass es hier zu keinen marktgetriebenen Korrekturen der Mietpreisvorstellungen der Eigentümer kommt. Zu erwarten wäre, dass mit der sinkenden Nachfrage (was der Leerstand ja anzeigt) auch die Mietpreise sinken müssten. Offensichtlich tragen Regulierungen dazu bei, dass grundlegende Marktmechanismen außer Kraft gesetzt sind.

Ein weiteres Beispiel für massiven innenstadtnahen Leerstand ist die Neue Börse am Industriehof. Das Gebäude wurde 2000 für die Neue Börse gebaut und bis 2010 entsprechend genutzt. Dann zog die Neue Börse in eine wiederum neu errichtete Immobilie in Eschborn und die Neue Börse steht nun seit zwei Jahren komplett leer. Im Grundriss erinnert das Gebäude ein wenig an das nun von der Goethe Universität genutzte, ehemalige IG-Farben-Haus. Allerdings ist es deutlich größer, umfasst 55.000 Quadratmeter, was nach oben be-

schriebener Rechenweise Platz für 700 Wohnungen bieten würde (über 600 Parkplätze sind auch vorhanden). Jedoch ist auf lange Sicht mit keiner Folgenutzung zu rechnen, so dass der Raum für jede weitere Nutzung auf Jahrzehnte verschwendet ist.

Mit Hilfe des Leerstandsmelders ist nun aber ein erster Schritt für die Identifikation von unnutzbaren Immobilien getan und er leistet damit einen konstruktiven Beitrag für den Umgang mit Leerständen.

Offen bleibt vorerst die Frage, warum sich Leerstände lohnen und die Mobilisierung nicht besser voran geht – wo doch klar sein muss, dass die Leerstände auch eine finanzielle Belastung für die Kommune darstellen durch das Vorhalten von Infrastruktur, Verlagerung von Siedlungswachstum an die Stadtränder, durch entgangene Steuereinnahmen usw. Technische, rechtliche, organisatorische, wirtschaftliche oder einige andere Gründe sind sicherlich die Ursache dafür.

Eine Forderung muss daher sein, dass die Kommune in die Lage versetzt wird, „hoffnungslose“ Leerstände mobilisieren zu können. Grundlage dafür wäre eine Leerstandsabgabe als kommunales Steuerungsinstrument – beispielsweise mit einer Gebühr in Höhe von 20 Euro pro Quadratmeter Leerstand und Jahr, sobald ein Gebäude länger als ein Jahr leer steht. Auf diese Weise würde vermutlich ein Teil der Eigentümer veranlasst, nachhaltiger und verantwortungsbewusster mit den knappen Flächen in der Stadt umzugehen, vielleicht sogar dazu inspiriert, Gebäude an interessierte Gruppen zu verkaufen. Andererseits könnte die Kommune mit der Leerstandsabgabe „hoffnungslose“, nicht mehr nachnutzbare Leerstände aufkaufen, einem eigenen Immobilienfonds zuführen und die Konversion für neue Nutzungen unterstützen.

Eine Stadt wie Frankfurt braucht Räume für neue Wohnformen und Ansätze für neue Wohnkultur – und solche Räume sind auch vorhanden, man muss sie nur erstmal sichtbar machen.

Daher: Macht alle mit beim Leerstandsmelder! Schaut euch auf euren täglichen Wegen um, schildert Eure Beobachtungen, fotografiert Leerstände und macht so auf leer stehende Gebäude aufmerksam!

Thesen zum Vergleichsmietensystem

Von Jürgen Schardt

Der Mietspiegel ist ein Instrument im deutschen Vergleichsmietensystem, mit dem die Mietpreise auf dem privaten Wohnungsmarkt reguliert werden sollen. Frankfurt war Pionier bei der Durchsetzung des Mietspiegels in der Bundesrepublik: Bereits in den 1960er Jahren wurden Mietprognosen von der Vereinigung der Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer (Haus & Grund) veröffentlicht, die bei Rechtsstreitigkeiten schlichtende Funktion erfüllen sollten; 1974 kam es zur Bildung einer Kommission, in der neben der Stadt Frankfurt u.a. Repräsentant_innen der beiden Mietparteien vertreten waren und die den ersten Mietspiegel herausgab; 1990 kam es schließlich zur bundesweit ersten Erstellung eines Mietspiegels mittels der Regressionsanalyse – einer Methode, die damals von Seiten der Vermieter_innenverbände heftig angefeindet wurde, mittlerweile jedoch allgemein als anerkannt gilt.

Bis 2008 stimmten die Mieter_innenverbände allen Mietspiegeln geschlossen zu, während von Seiten der Vermieter_innenverbände immer wieder Protest geäußert wurde. So äußerte sich bspw. Haus & Grund in Vertretung der Kleineigentümer_innen zum Mietspiegel 2008 wie folgt: „Der einseitig von der Stadt aufgezwungene Mietspiegel kann seinen Hauptzweck, nämlich für eine Befriedung zwischen Mietern und Vermietern zu sorgen, nicht erfüllen“ (Haus & Grund 2009).

2010 wendete sich das Bild jedoch: Während die Vermieter_innenverbände dem neuen Mietspiegel mehrheitlich zustimmten, stimmte ein Mieter_innenverband dagegen und zwei enthielten sich der Stimme. Beispielhaft auch hier die Erklärung von Haus & Grund: „Frankfurter Vermieter können aufatmen. Der neue Frankfurter Mietspiegel 2010 ermöglicht Mietsteigerungen um durchschnittlich 4,4 Prozent. [...] Die Innenstadt wurde durch die Einführung von zwei neuen Wohnlage-Kategorien stark aufgewertet, die Liste der Durchgangsstraßen wurde merklich reduziert, und der restaurierte Staltpbau erhält endlich die Zuschläge, die ihm gebühren. Freuen dürfte viele Vermieter zudem, dass auch Balkone, Terrassen, Loggien und Rollläden wieder Zuschläge erhalten, ebenso wie modernisierte Bäder“ (Haus & Grund 2011a).

In der Folge kam es zu teilweise drastischen Mieterhöhungen, die zum Protest verschiedener Stadtteilinitiativen führten. In der Diskussion um die Fortschreibung des Mietspiegels 2010 wurde von der IG BAU seine Abschaffung gefordert.

Die folgenden Stichpunkte stellen den Versuch dar, zentrale Momente des Vergleichsmietensystems thesenartig zu entwickeln und den Mietspiegel als wohnungspolitisches Instrument in diesen Kontext einzuordnen.

1. Das Vergleichsmietensystem wurde 1971 mit der Abschaffung des freien Kündigungsrechts der Vermieter_innen („Änderungskündigung“) eingeführt und bildete insofern einen Fortschritt im Sinne des Mieter_innenschutzes. Es bewegt sich im Spannungsfeld zwischen der Gewährleistung der Kapitalisierung des Privateigentums und dem Sozialstaatsprinzip: Einerseits soll den Vermieter_innen eine angemessene Rendite garantiert werden, andererseits sollen die Mieter_innen vor unangemessenen Erhöhungen aufgrund einer angespannten Wohnungsmarktlage geschützt werden.
2. Das Kräfteverhältnis zwischen den widerstreitenden Interessen der beiden Mietparteien drückt sich im Vergleichsmietensystem darin aus, dass die Mieterhöhungen der Bestandsmieten durch den starken Einfluss der Neuvermietungen in enger Anbindung an den Markt erfolgen, gleichzeitig aber durch Aufnahme geänderter Bestandsmieten in die Definition der ortsüblichen Vergleichsmiete gedämpft werden und durch die Kappungsgrenze eine zusätzliche Beschränkung erfahren.
3. Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist gespalten, Regionen mit großem Wohnungsleerstand stehen expandierenden Ballungsgebieten gegenüber, in denen Wohnungsknappheit und steigende Mieten herrschen. Das Vergleichsmietensystem wirkt in beiden Fällen verschieden: Wo es Leerstand gibt, lassen sich weder teure Neuvermietungsmieten realisieren, noch die Bestandsmieten beliebig anheben. Unter solchen Bedingungen kommen sowohl Kappungsgrenze als auch unangemessene Überhöhungen bei Neuvermietungen kaum zum Tragen, weil die geringe Nachfrage allein für einen relativ schonenden Verlauf der Mietentwicklung sorgt. Wo dagegen ein hoher Druck auf dem Wohnungsmarkt lastet, wirken die Regularien des Vergleichsmietensystems kaum und die Entwicklung verläuft nahezu ungebremst marktförmig: Die Beschränkungen der Miethöhe bei Neuvermietungen sind an zu viele Bedingungen gebunden, als dass sie wirksame Interventionen ermöglichen, während die Kappungsgrenze zu viel Raum bietet, um drastische Steigerungen zu verhindern. Wenn dann eine hohe Bevölkerungsfuktuation (und damit ein hoher Anteil an Neuvermietungen) stattfindet, ist das formulierte Ziel des Vergleichsmietensystems – der Schutz der Bestandsmieten – nicht mehr gewährleistet.
4. Sofern am Vergleichsmietensystem weiterhin festgehalten werden soll, müsste eine Reform auf Bundesebene im Sinne des Mieter_innenschutzes umfassen:
 - eine deutliche Senkung der Kappungsgrenze (§ 558 BGB),
 - einen wirksamen Schutz vor überhöhten Mieten bei Neuvermietungen (§ 5 WiStG),
 - die Aufnahme aller Bestandsmieten in die Definition der ortsüblichen Vergleichsmiete (§ 558 BGB),
 - eine Streichung der Modernisierungsumlage auf die Mieten (§ 559 BGB).
5. Innerhalb des Vergleichsmietensystems bietet der Mietspiegel im Vergleich zu den bestehenden Alternativen das größte Maß an Objektivität und Transparenz: Sowohl die Erstellung von Sachverständigengutachten als auch die Nennung von drei Vergleichswoh-

nungen obliegen der Vermieter_innenseite und damit deren Interessen. Im Falle von Unstimmigkeiten mit den Mieter_innen fällt die Entscheidung darüber, ob die ortsübliche Vergleichsmiete objektiv begründet ist, in die Kompetenz der Gerichte. Innerhalb des Vergleichsmietensystems stellt der qualifizierte Mietspiegel daher das fundierteste Begründungsmittel dar: Er muss wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und nachvollziehbar dokumentiert sein, die Erstellung erfolgt in der Regel unter Beteiligung beider Mietparteien.

6. An den qualifizierten Mietspiegel wird der Anspruch erhoben, die ortsübliche Vergleichsmiete gemäß der gesetzlichen Vorgaben abzubilden. Unabhängig von der Wahl der Methode kann es bei einer Teilerhebung jedoch nur um eine Annäherung gehen, die mit Ungewissheiten behaftet bleibt. Aufgabe der Städte sollte es daher sein, die geringen politischen Spielräume im Prozess der Erstellung zu nutzen, um Plausibilität zu gewährleisten.
7. Mietspiegel sind jeweils Ausdruck einer Entwicklung, die nicht ausschließlich vom „freien Spiel der Kräfte“ auf dem Markt bestimmt wird, sondern auch politisch hergestellt ist. Mit dem Rückgang des öffentlichen Wohnungsbaus, dem Wegfall der Sozialbindungen und der vermehrten Umwandlung in Wohneigentum wächst die Bedeutung des privaten Wohnungsmarkts. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften durch die Reorganisation nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zunehmend profitorientiert arbeiten. Im Ergebnis gibt es immer weniger bezahlbaren Wohnraum für Personen mit niedrigem Einkommen, insbesondere in den Zentren der Ballungsräume. Daraus resultierenden Verdrängungsprozessen wäre von städtischer Seite mit einem öffentlichen Wohnungsbau zu begegnen, der soziale Aspekte wieder in den Mittelpunkt stellt und eine flächendeckende Versorgung mit günstigem Wohnraum gewährleistet. Bleibt eine solche Politik aus, so bietet der Mietspiegel als Instrument keine Handhabe, um dagegen zusteuern und Mieten zu schützen.
8. Staatliche Politik hat ihre Schranke in der Warenförmigkeit der Produktion und reproduziert damit eine Konkurrenz- und Wettbewerbslogik, die stets zu neuen Krisen führt. Demgegenüber gilt es, Praxen einer solidarischen Ökonomie zu entwickeln, die nicht an Profit oder Rendite orientiert sind. Um gesellschaftlich relevant zu werden müssten diese über die Organisation des Wohnraums weit hinausgehen – wieso aber nicht da anfangen, wo wir täglich leben?

Warum ‚Stadt‘ und warum ‚gutes Leben‘?¹

Von Harald Rein

Generell erscheint die Orientierung auf das Kampffeld Stadt richtig. Denn nach Meinung des Geographen David Harvey (2011) konzentrierten sich fortschrittliche Bewegungen lange Zeit zu einseitig auf Betriebe/Arbeitsplätze sowie auf die Eroberung der Macht im Nationalstaat. Städtische Bewegungen und die Orientierung auf Kämpfe in internationalen Metropolen müssten als vielversprechende Alternative und wichtige Ergänzung gesehen werden: „Wenn man [...] die Stadt als Ausgangspunkt nimmt, bekommt man eine ganz neue Vorstellung davon, wer die Gesellschaft eigentlich verändern soll“ (Harvey 2012).

Interessant sind auch die Entwicklungen in den großen Metropolen Latein- und Südamerikas. Dort werden in den Armenvierteln, glaubt man Autoren wie Raul Zibechi (2011), neue Organisationsformen und Überlebensstrategien entwickelt, die dem System der Wertschöpfung und der Modernisierung eine kollektive soziale Dynamik entgegenstellen. Diese sind orientiert am Alltag und in Konfrontation mit dem globalen Kapital. Auch wenn die Erfahrungen aus diesen Regionen nicht abbildhaft übertragbar sind, verdeutlichen sie aber doch einen sozialen Entwicklungsschub, mit dem in nächster Zukunft auch in europäischen Städten zu rechnen ist.

Bislang sind städtische Kämpfe in Deutschland und auch in Frankfurt jedoch eher schwach ausgeprägt und besitzen noch ein zusätzliches Manko: Sie werden weder im Kopf noch real zusammengedacht, die Aktivitäten sind vereinzelt. Eine Veränderung ist dringend erforderlich! Die Zielsetzung sollte ein gemeinsames Nachdenken über die politische und soziale Situation in der Stadt sein, mit dem Ergebnis gemeinsamer Interventionen.

Aus den Debatten innerhalb der bundesweiten Erwerbslosengruppen gibt es nun einen Vorschlag, diesen Zustand zu verändern. Selbst stark behaftet mit Themen, die kaum anderen sozialen Bewegungen zu vermitteln sind oder diese nur am Rande interessieren, wie z.B. die Regelsatzdiskussion, wurden die Auseinandersetzungen um diese Frage nochmals gründlich gerührt und geschüttelt sowie über grundlegend andere Wege zu einer allgemeinen Existenzsicherung bzw. gesellschaftlichen Veränderung nachgedacht. Zu allererst stellten wir uns dazu

¹ Harald Rein ist als Berater im Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) tätig und gehört einer Frankfurt/Offenbacher Arbeitsgruppe „Gutes Leben“ an, die aus der bundesweiten Arbeit des unabhängigen Erwerbslosennetzwerkes BAG-PLESA (Bundesarbeitsgemeinschaft-Prekäre Lebenslagen, www.bag-plesa.de) entstanden ist. Die inhaltlichen Ausführungen sind Produkt der gemeinsamen Diskussion.

die Frage: Was verbindet Mieterkampf, Kampf gegen Flughafenausbau, Kampf von MigrantInnen, Erwerbslosenprotest usw.?

Die Antwort ist so banal wie einsichtig: Ein gutes Leben!

Was ist das Besondere an der Forderung nach einem guten Leben?

1. Die Forderung nach einem guten Leben stellt den Versuch dar, die Zersplitterung der sozialen Auseinandersetzungen zu überwinden: Hier für einen höheren Regelsatz, da für Mindestlohn, hier für die Rechte von MigrantInnen oder da für die Verbesserung der Wohnsituation. Das gute Leben ist eine gemeinsame Forderung hinter die sich Viele stellen können, ohne dass der Anspruch an Radikalität verloren geht.
2. Gutes Leben ist keine Defensivforderung, es geht nicht um Almosen, sondern um die bewusste Forderung nach einer ausreichenden Existenzsicherung, in deren Mittelpunkt die Lust auf Leben in selbstbestimmter Form steht. Mit der notwendigen Unbescheidenheit der Begrifflichkeit „gut“ wird sich abgesetzt von der Tafelpraxis, Resteverwertung und sonstigen Maßnahmen und Mitteln, die zur gesellschaftlichen Ausgrenzung genutzt werden.
3. Aus der Forderung nach einem guten Leben ergeben sich weitere Diskussionsstränge: Wie will ich leben und arbeiten, wie erreiche ich es möglichst preisgünstig aber dennoch gut zu wohnen, welche Arten von Wohnen möchte ich entwickeln, wie soll mein Stadtteil aussehen, welche Art von lokaler Gesundheitspolitik benötige ich, welche Angebote kostenloser oder zu geringen Gebühren verfügbaren öffentlichen Gütern sind notwendig, wie gelangen wir an gesellschaftlich erzeugten Reichtum und wie verwenden wir ihn? So wäre z.B. die Einführung eines anonymen Krankenscheins eine konkrete Verbesserung für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Auch wenn vom Individuum ausgegangen wird, sollte immer klar sein, dass gesellschaftlicher Fortschritt nur im solidarischen gemeinsamen Kampf erreichbar ist.
4. In den einzelnen Teilbereichsbewegungen (Migration, Ökologie, Wohnen etc.) nimmt der Blick hin zu einem guten Leben einen zentralen Platz ein. Aus ihrer jeweiligen Theorie und Praxis heraus, können diese die Forderung nach einem guten Leben spezifizieren.
5. Die Bestimmung was für ein gutes Leben nötig ist, kann möglicherweise über eine gemeinsame Praxis organisiert werden, etwa indem zu Veranstaltungen aufgerufen wird, in denen gesellschaftliche Akteure selbst festlegen, was ein gutes Leben ausmacht, was dafür benötigt wird und wie es umzusetzen ist. Eine Art Befragung von unten, mit dem Ziel bisherige Verteilungsregelungen in Frage zu stellen und das Gemeinsame in Theorie und Praxis hervorzuheben, könnte hierfür ein Anfang sein.
6. Die Diskussion um ein gutes Leben umfasst zum einen die Frage, was benötige ich, um gut zu leben (also alle menschlichen und gesellschaftlichen Grundbedürfnisse, die bislang nur über den Einsatz von Geld zu befriedigen sind, wie z.B. Nahrungsmittel, Bekleidung

usw.), aber auch zum anderen die Frage, was benötige ich für ein gutes Leben, das ich mir nicht kaufen kann (also Zeit, Anerkennung, Arbeit, Gesellschaft usw.).

7. Entscheidend ist die Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen voranzutreiben und jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft die Möglichkeit zu bieten, Dinge realisieren zu können (politisch, kulturell, individuell etc.), die er oder sie für wichtig erachtet. Dazu benötigt es institutionelle Voraussetzungen, die erkämpft werden müssen, sodass Menschen in Freiheit tätig sein können. Eine dieser Voraussetzungen könnte das bedingungslose Grundeinkommen sein (also ein ausreichendes Einkommen für Alle, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit), aber auch der freie Zugang zu anderen Ressourcen (Mobilität, Bildung, Gesundheit etc.).
8. Und schließlich lassen sich auch internationale Verbindungen herstellen: In einigen Ländern Südamerikas hat das Recht auf gutes Leben Verfassungsrang („Buen Vivir“). Es steht im Zusammenhang mit indigenen Traditionen bzw. Wertvorstellungen und versteht sich als neues Entwicklungskonzept, das sich von westlichen Wohlstandsparadigmen verabschieden will. Buen Vivir ist scharf abgegrenzt von der Idee des individuellen guten Lebens. Es ist nur im sozialen Zusammenhang denkbar, vermittelt durch die Gemeinschaft, in der die Menschen leben. Nach Silke Helfrich (2010) zielt Buen Vivir auf eine Überwindung der Wachstumslogik ab und verfolgt eine Umverteilung durch die Schaffung von Gemeingütern. Es versteht sich als Gegenentwurf zu einem einseitig wachstumsorientierten Entwicklungsbegriff. Es ist ein politisches Modell und eine soziale Praxis, die die ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen befriedigen und in Einklang mit den ökologischen Bedingungen stellen will.

Zurück nach Frankfurt: Wir möchten gerne ins Gespräch mit anderen Gruppen, Initiativen und Personen kommen, die ebenfalls den „roten Faden“ der Verbindung von theoretischen Diskussionen und praktischer Arbeit unterschiedlicher Aktionsfelder suchen. Gleichzeitig stellen wir den Ansatz des „guten Lebens“ zur Diskussion, als eine Möglichkeit, diesen Faden aufzunehmen und weiterzuführen. Ein erster Schritt dazu könnte eine Stadtversammlung, organisiert von vielen im Stadtbereich wirkenden Initiativen, mit dem Ziel sein, aus dem jeweiligen Blickwinkel der einzelnen Initiativen selbstbewusst und überzeugend das gute Leben einzufordern. Für Initiativen, die sich für bestimmte Themen, wie z.B. Bildung, Wohnen oder Migration engagieren oder die gegen die weiter wachsende Armut kämpfen, könnte die Diskussion um ein „gutes Leben“ nicht nur eine Klammer darstellen; sie könnte auch eine Dynamik in Gang bringen, herrschende Vorstellungen, wie wir zu leben haben, anzugreifen.

Wie es auch gehen kann:

“Der Fehler eines Mitarbeiters im Jobcenter hat bei einem Paar in Sachsen-Anhalt für einen unerwarteten Geldsegen gesorgt. Die Hartz-IV Empfänger aus der Nähe von Magdeburg hatten plötzlich gut 83 000 Euro mehr auf dem Konto. Diese Summe sei im Juli und August we-

gen eines Eingabefehlers überwiesen worden, sagte die Leiterin des zuständigen Jobcenters. „Bei der Septemberberechnung haben wir es bemerkt“, sagte sie. Man habe sofort versucht, das Paar zu erreichen. Alle Versuche seien aber gescheitert, auch im Jobcenter seien die beiden trotz eines Anhörungstermins nicht aufgetaucht.“ (FAZ vom 15.10.2011)

Literatur

Harvey, David (2011): The Urban Roots of Financial Crises – Reclaiming the City for Anti-capitalist Struggle. In: Panitch, Leo; Albo, Greg; Chibber, Vivek (Hrsg.): The Crisis and the Left. Hamburg: 1-35.

Harvey, David (2012): Die Weltwirtschaftskrise ist eine Krise der Urbanisierung. URL im Internet: <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36988/1.html> (29.06.2012).

Helfrich, Silke (2010): Buen Vivir: Gemeingüter für ein gutes Leben. URL im Internet: <http://commonsblog.wordpress.com/2010/02/01/bien-vivir-gemeinguter-fur-ein-gutes-leben/> (29.06.2012).

Zibechi, Raul (2011): Territorien des Widerstands. Berlin.